

Immun gegen Arbeitslosigkeit

Eine europäische Antwort auf die Globalisierung

Ein neuartiger Ansatz garantiert:

Arbeit für alle,
Abbau der Überstunden,
finanzierbare Rentenansprüche,
Erhaltung des Wohlfahrtsstaates in der EU

von
Gerd Flum /
Barbara Gierull (Koautorin)

www.barbara-gierull.de

2., überarbeitete Auflage - Dezember 2000

Gerd Flum:

Meiner lieben Rosa und meinen Kindern gewidmet

Wie die Gesellschaft organisiert sein sollte, wie Menschen ihr Leben leben sollten - solche Fragen dürfen nicht allein auf der Grundlage von Marktwerten entschieden werden.

(George Soros)

Barbara Gierull:

Ohne die Impulse des einzelnen stagniert die Gesellschaft; ohne das Wohlwollen der Gesellschaft erlöschen die Impulse.

(William James)

INHALT

- Vorwort**
- 9 Einführung**
- 15 Zum Problem der Arbeitslosigkeit**
- Überstunden und Arbeitslosigkeit
 - Die Folgen der Globalisierung der Wirtschaft
 - Ein Steuersystem zur Stärkung der Solidarität

Erster Abschnitt

Steuern als Instrument zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit

- 33 Kapitel 1: Der Schlüssel zur Arbeitsverteilung:
ein neuartiger Arbeitgeberanteil**
- Der Weg zur wirtschaftlich sinnvollen Umverteilung der Arbeitsstunden
 - Konsequenzen
 - Weitere Beispiele möglicher Arbeitszeiten
- 46 Kapitel 2: Eine wirksame Arbeitslosensteuer**
- 51 Kapitel 3: Die schwächere Lohnsteuer**
- 57 Kapitel 4: Das variable Kindergeld**
- Mutterschaft bzw. Elternschaft als Beruf anerkannt
 - Kinderzuwendungszeit und Rente
 - Gesellschaftliche Solidarität mit Müttern bzw. Eltern
- 63 Kapitel 5: Die Renten**
- Die neue Rentenberechnungsbasis: die kumulierten Lebensarbeitsstunden
 - Die Rentensteuer
 - Langsames Ausscheiden: Rentenantritt in zwei Etappen

Zweiter Abschnitt

Zur praktischen Umsetzung

- 75 Kapitel 6: Anwendungspraxis**

- Löhne und Gehälter
- Arbeitnehmer von zwei Arbeitgebern
- Zentrale Staatsdienstleistungen
- Steuerhinterziehung und Strafen
- Die Selbständigen
- Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle und Arbeitslosengeld
- Ausgleichszahlungen bei ungewollter Arbeitszeitreduktion
- Mögliche Anreize in der Startphase
- Übergangsregelungen bei den Renten
- Finanzierbarkeit des Systems

89 **Kapitel 7: Die Notwendigkeit neuartiger Steuern**

- Ökosteuern
- Werbesteuern
- Die problematische Irrationalität der Finanzmärkte
- Die Tobin-Steuer

Dritter Abschnitt

Die Massenarbeitslosigkeit ist eliminierbar

105 **Kapitel 8: Ergebnisse - Chancen**

- Der Ist-Zustand - unser Unbehagen
- Dienstleistungssektor und Arbeitslosigkeit
- Allgemeine Hoffnung: Teilhabe am Arbeitsmarkt
- Das erreichbare Ziel: Arbeit für alle
- Entschärfung der Rentenproblematik
- Chancen, Aufgaben
- Solidarität
- Politische Durchsetzbarkeit

Anhang

Beispiele - Formeln - Kommentare

131 **Anhang A: Abrechnungsbeispiele**

- Erheblicher Freizeitgewinn bei erträglichen Nettolohneinbußen
- Korrekte Berücksichtigung des arbeitsmarktwirksamen Kindergeldes
- Arbeitsteilung bei den überlasteten Spitzenverdienern
- Einkommensteuer, Vermögenssteuer

144 **Anhang B: Zur Lohnsteuerformel**

145 **Anhang C: Die Formel zur Rentensteuer**

147 **Literaturhinweise**

Vorwort

Als das Buch "Immun gegen Arbeitslosigkeit" im Frühjahr 2000 so weit fertiggestellt war, dass es über die *reformwerkstatt-ruhr* herausgegeben und ins Internet gestellt wurde, war es als Denkanstoß und Diskussionsgrundlage zum Thema Arbeitslosigkeit und deren Eliminierung gedacht.

Mittlerweile ist aus dem "Einzeldenker" Gerd Flum ein "Denker-Team" Gerd Flum und Barbara Gierull geworden.

Ausgehend von einem Satz in diesem Buch in der Einführung

"Wo werden Forscher- oder Expertenteams gebildet, um genauso zielstrebig nach Lösungen zu suchen ...«

kam es zu einer arbeitsintensiven, spannenden und eine Freundschaft begründenden Zusammenarbeit, deren Ergebnis nun in dieser überarbeiteten Auflage vorliegt.

In den letzten Monaten haben wir viel über inhaltliche Schwerpunkte nachgedacht, Diskussionen geführt, Meinungen eingeholt und Änderungen im Text vorgenommen.

Eine der wesentlichsten Bereicherungen ist das unter dem Titel

"Überwindung der Massenarbeitslosigkeit - Material-Werkstattheft zu dem Buch: Immun gegen Arbeitslosigkeit"

fertiggestellte Seminarheft, in dem Grafiken zu Zielen und Methoden, die im Buch erklärten "Bausteine" inklusive Rechenbeispielen pädagogisch-didaktisch aufgearbeitet wurden. Diese Materialien sollen das Buch einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen; sie können in AGs, Workshops, in Universitätsseminaren, Bildungsurlauben u.a.m. eingesetzt werden, um möglichst viele Interessierte an der Diskussion über die Um- und Neuverteilung von Arbeit und Einkommen zu beteiligen.

Als Arbeitsmaterialien zum Buch wird auch das Material-Werkstattheft über das *Sozialpfarramt Herne* herausgegeben - ISBN 3-9807124-2-7 - und kann wie das Buch dort bestellt werden.

Wir hoffen, dass wir mit dem Buch und dem Seminarheft Anstöße zu einer regen Diskussion geben können, in der neue Lösungsvorschläge und Wege zum Abbau der Arbeitslosigkeit in Europa gefunden werden, denn:

"... nicht der langsame Abbau unseres Sozialstaates,
sondern der intelligente Umbau ist unsere Aufgabe".

Gerd Flum

Barbara Gierull

Traditionell gehörte es zu den grundlegenden Aufgaben der Volkswirtschaftslehre, über das Problem der Vollbeschäftigung nachzudenken. Ungefähr seit 1966 haben die Wirtschaftswissenschaftler dieses Thema abgeschrieben; ich meine, das ist eine ganz falsche Einstellung. Es kann kein unlösbares Problem sein. Es mag schwierig sein, aber gewiss nicht unlösbar.

Karl Popper (1994)

Einführung

In den letzten Jahrzehnten haben wir gewaltige ökonomische, technische, kulturelle und geopolitische Änderungen erlebt, die die sozialen Beziehungen mehr verändert haben als die letzten zwei oder drei Jahrhunderte davor. Unsere entwickelten Gesellschaften haben lange gebraucht, um die Wichtigkeit dieses Wandels zu registrieren. Die Massenarbeitslosigkeit ist zu einem der herausragendsten und beunruhigendsten Zeichen dieses Wandels geworden. Das Scheitern aller Initiativen, um die Arbeitslosigkeit zu reduzieren, rührt von einem totalen Unverständnis seiner Ursachen und seiner Mutationen her. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit ist Ausdruck unserer Unfähigkeit, uns an die veränderten technischen, sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten anzupassen und bestätigt die Ohnmacht unserer Eliten, sich der neuen Situation zu stellen und sie anzugehen.

Was die konservativen Kräfte anbelangt, so überrascht diese Haltung nur teilweise, denn ihre liberale Philosophie betrachtet die Arbeitslosigkeit als das Ergebnis eines nicht funktionierenden Marktes und behandelt sie wie einen unerwünschten Saldo, wie einen unvermeidbaren, unangenehmen Nebeneffekt, der mit karitativen Techniken zu behandeln ist. Eine soziale Aufgabe, die die Wirtschaft gerne der Gesellschaft, dem Staate überträgt. Die zunehmende Arbeitslosigkeit wird unter Einsatz immer größerer finanzieller Mittel politisch gemildert. Es entsteht eine wachsende Kluft zwischen der arbeitenden Mehrheit der Bevölkerung und den von der Arbeitswelt Ausgeschlossenen. Diese Spaltung wird von der Gesellschaft zwar besorgt, aber weitestgehend stillschweigend hingenommen und erstaunlicherweise verteidigt niemand mit Energie die ca. 12 Millionen Arbeitslosen der Europäischen Union (EU), obgleich in den meisten Ländern die "Partei der Arbeitslosen" mühelos jede Art von 5%-Klausel bei den nationalen Parlamentswahlen überspringen würde. Wären die Arbeitslosen organisiert und hätten sie im Parlament ihre Funktionäre und Lobbys, so könnte sich die Gesellschaft nicht mehr mit großen dialektischen Debatten zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit begnügen, sondern effektive Maßnahmen zur Veränderung des Ist-Zustandes auf dem Arbeitsmarkt wären einzuleiten.

Die heutigen Diskussionen über die verschiedenen Vorschläge zur Arbeitsverteilung werden in den Medien geführt, wobei Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft oft nicht ausgereifte Lösungsvorschläge unterbreiten, die meist das vermeintlich unumgängliche, nicht regulierbare Diktat der Märkte akzeptieren und darum selten die sozialen Nöte der Arbeitslosen beseitigen helfen. Die von den Arbeitslosen selbst im Parlament vorgetragenen Änderungsvorschläge würden die Problematik der Arbeitssuchenden klarer darstellen und besser verständlich machen, weshalb jene, die über einen akzeptablen Arbeitsplatz und ein gesichertes Einkommen verfügen, Konzessionen machen müssen, obgleich sie sich verständlicherweise dagegen sträuben.

Es hat den Anschein, als ob die Politiker, die Arbeitgeber und die Gewerkschaften in den verschiedenen Ländern sich scheuen, durch eine konsequente Arbeitsverteilung die

Arbeitslosigkeit aktiv zu bekämpfen. Zwar hat der Rat der EU am 15. Dezember 1997 in Cardiff einen gewissen Start gemacht, als er die ersten beschäftigungspolitischen Leitlinien für 1998 festlegte. Darin heisst es, dass:

... binnen einer von jedem Mitgliedstaat festzulegenden Frist, die fünf Jahre nicht überschreiten darf, in Mitgliedstaaten mit besonders hoher Arbeitslosigkeit aber länger sein kann,

- ? allen **Jugendlichen** ein Neuanfang in Form einer Ausbildung, einer Umschulung, einer Berufserfahrung, eines Arbeitsplatzes oder einer anderen die Beschäftigungsfähigkeit fördernden Maßnahme ermöglicht wird, ehe sie sechs Monate lang arbeitslos sind;
- ? den **arbeitslosen Erwachsenen** durch eines der vorgenannten Mittel oder genereller durch individuelle Betreuung in Form von Berufsberatung ebenfalls ein Neuanfang ermöglicht wird, ehe sie zwölf Monate arbeitslos sind.

Diese Maßnahmen zur Vorbeugung und zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit sollten mit Maßnahmen zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen verknüpft werden.

Dies sind leider nur politische Absichtserklärungen, denn die Förderung der Beschäftigungsfähigkeit allein führt nicht zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Man fragt sich darum, wo sind die wirklich konkreten Pläne für die Wirtschaft, wo sind die öffentlichen Mittel, damit an den Universitäten und an anderen Institutionen mögliche Alternativen zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit ausgearbeitet und in kleinen Bereichen ausprobiert werden? Wo werden Forscher- oder Expertenteams gebildet, um genauso zielstrebig nach Lösungen zu suchen, wie dies in der Medizin geschieht, wenn neue Viren oder unbekannte Krankheiten auftauchen und die Wissenschaftler forschen, Labors neue Arzneien testen und in den Kliniken ihre Wirkungsweise untersuchen. Die Politiker versagen völlig, denn sie stehen seit Jahren vor einer außergewöhnlichen Situation und registrieren dies viel zu spät. Genauso, wie man vor der Erdölkrise sehr exakt die Rohstoffabhängigkeit Europas vom Nahen Osten kannte und die Regierungen trotzdem nicht handelten, genauso planlos starrt man auf die Arbeitslosenquote, unternimmt kaum effiziente Aktionen, lernt nicht aus den Erfahrungen der Nachbarstaaten und verbreitet trotz permanenter neuer Strukturreformen, dass eine Trendwende beim nächsten Konjunkturaufschwung naht.

In dieser Studie wird nicht untersucht, weshalb die Arbeitslosigkeit in Europa so stark angestiegen ist, ob das Ende des Kalten Krieges den Verlust vieler Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie bedeutete, ob die wachsende Konkurrenz Asiens (vor allem Chinas) und des europäischen Ostblockes mit ihren niedrigeren Gehältern daran schuld ist. Es wurde nicht der Frage nachgegangen, warum Europa die zukunftssträchtigen Informations- und Kommunikationstechnologien nicht intensiver fördert ("Delors-Bericht"), warum die Schulpläne diese neuen Entwicklungen nicht gebührend berücksichtigen, warum wir nicht große Infrastrukturen für einen ökologischen Güterverkehr schaffen, ob die Forschung vernachlässigt wurde, ob Europa zu wenig Produkte entwickelt oder ungenügend neue Dienstleistungen (in Altersheimen, bei der Krankenpflege, bei den Therapien für Drogensüchtige) anbietet oder ob wir einfach bequem geworden sind und das Geld in Anlagenfonds auf den internationalen Finanzmärkten für uns arbeiten lassen. Kurz: Warum der Strukturwandel uns Europäer überrennt und wir, die wir mit Recht auf unsere Denker und unser soziales Wohlfahrtsnetz stolz sind, keine Konzepte entwickeln, die uns das Steuerrad nicht entreissen, sondern uns weiterhin

erlauben, die soziale Komponente eben dieser ehemals sozialen Marktwirtschaft aufrechtzuerhalten.

Es wird hier nicht untersucht, wie und wo neue Arbeitsplätze geschaffen werden können, sondern wie wir die vorhandenen Arbeitsplätze gerechter auf alle Arbeitswilligen aufteilen. Denn Wachstum und neue Arbeitsplätze schaffen ist kompatibel mit Arbeitszeitverteilung. Carl Friedrich von Weizsäcker behauptete schon 1977 in einem auf dem Europäischen Management Forum in Davos gehaltenen Vortrag über die *Wechselwirkung weltweiter ökonomischer und politischer Probleme*: "Niemand hat anscheinend den Mut, zuzugeben, dass man beim **heutigen Lohnniveau mit der heutigen Wochenstundenzahl** die Arbeitslosigkeit nicht überwinden kann." Und weiter: "...die abnehmende Nachfrage nach Arbeit in den hochindustrialisierten Ländern bedeutet, dass wir das Ziel des technischen Fortschritts zu erreichen beginnen, nämlich die Entlastung vom Zwang zu physischer Arbeit. Das Verteilungsproblem der Arbeit wird genau wie das Verteilungsproblem der Konsumgüter ein Problem **sozialer Gerechtigkeit**;..." Dieser hervorragende Wissenschaftler und Denker Deutschlands warnte im gleichen Vortrag: "Weichen wir pessimistischen Konsequenzen aus, so verschließen wir unsere Augen vor denjenigen Informationen, die zur Lagebeurteilung am wichtigsten sind; bleiben wir auf dem Pessimismus sitzen, so verschließen wir unsere Augen vor den Wegen zur Lösung." Einige Länder der EU fanden erfolgreiche Wege (die Niederlande, England, Irland, Dänemark...), die Politiker anderer Länder (Spanien, Frankreich, Italien, Deutschland,...) verschlossen ein Jahrzehnt lang (1985 - 1995) die Augen vor der Wirklichkeit oder aber erhofften noch Wunder von der nächsten Konjunkturbelebung, obwohl gerade die Unternehmer Deutschlands wegen des hohen Lohnniveaus weiterhin in die Rationalisierung von Prozessen investierten. Steigende Arbeitslosenzahlen waren die Folge, jetzt scheint unser Wirtschaftssystem einer Krise entgegenzugehen. Schon befürchteten viele Menschen soziale Unruhen in den von der Arbeitslosigkeit am meisten betroffenen Regionen. Zum Jahreswechsel 1997/1998 eskalierten sehr gefährlich einige soziale Revolten in manchen Industrievierteln Frankreichs; das war der erste beunruhigende Aufschrei aus dem Ghetto der Langzeitarbeitslosen, der erste Funke, der das Risiko eines emotional sich ausbreitenden Flächenbrandes aufzeigte. Die Geschichte ist launenhaft. Es sind gerade die Gefühlsreflexe und nicht die Logik einer konkreten Situation, die häufig die Ereignisse entscheiden.

Gerade darum ist der Einsatz des Verstandes unerlässlich, um das Instrument zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit zu finden. Dieses Unterfangen kann jedoch nur gelingen, wenn Weizäckers Grundrealität uneingeschränkt akzeptiert wird, die besagt, dass Arbeitsplätze immer mehr zu Mangelware werden. Denn immer stärker konkurrieren Firmen mit Produkten oder sogar Dienstleistungen aus Asien (Stichwort: Software aus dem indischen Bangalore), und der Fortschritt der sich rapid entwickelnden Informationstechnologien macht Tausende von Arbeitsplätzen im Bankgewerbe, in den Versicherungen, in Reisebüros, in den Behörden, in der Industrie und im Handel überflüssig. Die Arbeitsstunden, die die europäische Wirtschaft offerieren kann, sind also ein kostbares Gut, das sinnvoll und gerecht auf möglichst viele Menschen verteilt werden sollte. Das Volumen der geleisteten Arbeitsstunden muss zukünftig in sinnvoller Weise unter mehr Personen aufgeteilt werden.

Die Gewerkschaften versuchten in der Vergangenheit, durch permanente Wochenarbeitszeitverkürzungen ein Gleichgewicht zwischen dem Arbeitsstundenangebot und der Arbeitsstundennachfrage herzustellen, wobei meist ein voller Lohnausgleich angestrebt wurde. Diese Strategie war teilweise erfolgreich, aber die Utopie der stets gleichen Entlohnung

bei gleichzeitiger Verringerung der Arbeitszeit lässt sich nicht verwirklichen, denn die Konkurrenz in Fernost und anderswo arbeitet zu Niedrigstlöhnen bei längeren Arbeitszeiten. Die Arbeitgeber dagegen erwarteten, dass eine anormal hohe Arbeitslosenquote zu einem flexibleren Arbeitsmarkt führen würde, der ihren Interessen mehr entgegenkäme. Aus Furcht, den Arbeitsplatz zu verlieren, ertragen viele Angestellte manche Schikanen. Einige Unternehmen nutzen die Gunst der Stunde zur Abschaffung der genauen Arbeitszeiterfassung und zur Einführung der sog. "Vertrauensarbeitszeit". Das bedeutet, es kommt nicht darauf an, eine bestimmte Anzahl von Arbeitsstunden abzuleisten, sondern darauf, ein gestecktes Arbeitsziel in möglichst kurzer Zeit zu erreichen. Wenn das Ziel erreicht ist, kann man schon früher heimgehen. Die Menschen empfinden, dass diese so großzügig klingende Vertrauensarbeitszeit den Leistungsdruck erhöht und sehen in ihr eher eine verkappte Mehrarbeitszeit. Denn um dem Schicksal der Arbeitslosigkeit zu entinnen, leistet jeder so viele unbezahlte Überstunden, wie der Dienstherr erwartet. Diese **in keiner Statistik registrierten**, "freiwilligen" Überstunden verringern die Chancen der Arbeitssuchenden gewaltig.

Benötigt wird heute ein sehr flexibler Arbeitsmarkt-Mechanismus, der die jeweils angebotenen Arbeitsstunden (das kostbare Gut) auf alle arbeitswilligen Bürger verteilt und sämtliche Überstunden auf ein unumgängliches Mindestmaß reduziert. Ein System wird benötigt, das anzeigt, dass z.B. je Bergarbeiter 30 Wochenarbeitsstunden, je Programmierer 35, je Krankenschwester 40 Wochenarbeitsstunden angeboten werden. "Automatisch" und permanent sollte sich das Gleichgewicht einstellen, derart, dass kein Bergarbeiter, kein Programmierer und keine Krankenschwester arbeitslos bleibt, weil die Wochenarbeitsstunden für verschiedene Berufsgruppen automatisch unterschiedlich angeboten werden.

Solch ein automatisches, d.h. ein sich selbst regulierendes System, das die je Sektor insgesamt verfügbaren Arbeitsstunden auf die willigen und fähigen Arbeiter jenes Sektors in sinnvoller Weise aufteilt, wird im 1. Kapitel vorgestellt. Dort wird gezeigt, dass mit einem geeigneten Ansatz für den vom Arbeitgeber abzuführenden Steuersatz (der "Arbeitgeberanteil" je Beschäftigten) die Arbeitsverteilung erreichbar ist. Sobald nämlich der Steuersatz eine Funktion der geleisteten Monatsarbeitsstunden ist und um so höher ausfällt, je mehr Stunden der Arbeitnehmer beschäftigt wird, hat das Unternehmen ein Interesse an der Einstellung neuer Mitarbeiter. Die dadurch erzielbare Personalkostenreduktion in den Firmen "erzwingt" diese Arbeitsverteilung.

Für den, der 180 und mehr Monatsstunden arbeitet, bedeutet die Arbeitszeitreduktion Einkommenseinbußen, jawohl, aber dafür ermöglicht die hier vorgeschlagene Philosophie den heute Arbeitslosen einen Arbeitsplatz, derart, dass sie ihre Frustration ablegen und gleichzeitig alle die Genugtuung spüren, in einer Gesellschaft zu leben, die jene auffängt, die in Firmen oder Branchen ohne Zukunft beschäftigt sind. Dies wird durch die Schaffung eines wirklich flexiblen, die Überstunden eliminierenden, freien Arbeitsmarktes möglich.

Die Anzahl der Monatsarbeitsstunden bestimmt auch den neuartigen Arbeitslosen-steuersatz im 2. Kapitel, der nicht einheitlich für alle Arbeitnehmer festgesetzt wird. Im Gegenteil zur konsequenten Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist es notwendig, die Kurzarbeiter von dieser Abgabe zu verschonen, die übrigen Arbeiter aber um so stärker zu besteuern, je mehr Stunden sie arbeiten.

Im 3. Kapitel wird ein neuer Ansatz für die Lohnsteuer vorgestellt, der versucht, die niedrigen Einkommen von dieser Steuer fast zu verschonen, während anormal hohe Einkommen wie die etwa der Fußballstars mit einer hohen Lohnsteuer veranlagt werden.

Interessant ist ferner eine neuartige Gestaltung des Kindergeldes (in Kapitel 4), das sowohl der Mutter als auch dem Vater ausbezahlt wird, dessen Höhe jedoch unterschiedlich ausfällt. Die kindererziehende "Nur-Hausfrau", die keinen Arbeitsplatz "belegt", soll ein deutlich höheres Kindergeld erhalten als die Mutter, die einer bezahlten Berufstätigkeit nachgeht. Dieses viel attraktivere Kindergeld ist eine Art Ersatzeinkommen, aber außerdem wird die Zeit, die eine Mutter der Kindererziehung zuwendet, bei der Rentenberechnung gebührend berücksichtigt.

Zu der in vielen Ländern anstehenden Rentenreform wird im 5. Kapitel ein neuer Ansatz vorgestellt, der das größte Hindernis auf dem Weg zu mehr Teilzeitarbeit ausräumt: die Einbußen bei der Rente. Der schwerwiegendste Nachteil der meisten aktuellen Rentensysteme, nämlich der durch die Altersteilzeitarbeit verursachte geringere Rentenanspruch, wird behoben, während gleichzeitig der Problematik der ständig erhöhten Lebenserwartung sowie der veränderten Altersstruktur der Bevölkerung Rechnung getragen wird. Ebenfalls vorgesehen ist, dass zukünftig die EU-Staaten vermutlich alle zehn Jahre das Rentenalter um ein Jahr erhöhen müssen, d.h den Antritt der Rentenbezüge schrittweise hinauszögern, um zu vermeiden, dass beim stetigen Anstieg der Lebenserwartung die Menschen eines Tages 30 bis 50 Jahre Rente beziehen. Einen vorzeitigen Antritt des Ruhestandes kann sich die Gesellschaft zukünftig nicht leisten, weshalb ein gleitender, sanfter Ausstieg aus dem Arbeitsleben angestrebt wird, der in der neuen Rentenformel und in einer speziellen Rentenbesteuerung eine sehr starke Unterstützung findet. Ferner wird in Übereinstimmung mit ähnlichen Gedanken des Pariser Wirtschaftsprofessors Dominique Taddei ein Rentenanstritt in zwei Etappen ermöglicht. In der ersten reduziert der angehende Rentner langsam seine Arbeitszeit im Einvernehmen mit dem Arbeitgeber, wodurch sich natürlich sein Nettoeinkommen mindert, aber dafür kann dieser den Ruhestand langsam angehende Rentner zusätzlich die halbe Rente beziehen. In der zweiten Etappe des Ruhestandes bezieht, er dann die volle ihm zustehende Rente. Dabei wird in jeder dieser beiden Etappen das Rentenalters zur Errechnung von vernünftig ausgleichenden Rentenbesteuerungssätzen herangezogen.

Im 6. Kapitel werden mehrere mit der Einführung eines solchen Fiskalsystems verbundene praktische Probleme behandelt. Ein wichtiger Vorschlag ist dabei, dass der Staat nicht nur die Kontrollfunktion ausübt, sondern gleichzeitig als kostenloses, effizientes Dienstleistungsunternehmen fungiert, das die Personalabteilungen der Firmen entlastet.

Schließlich wird im 7. Kapitel auf die Notwendigkeit hingewiesen, neuartige Steuern einzuführen: einerseits zum Schutze unserer Umwelt und andererseits spezielle Steuern zur Verteidigung der nationalen Wirtschaftspolitik gegen spekulative, kurzfristige Finanztransaktionen. Diese Steuern bedürfen aber einer international sehr weitgehenden Abstimmung, denn im Alleingang eines Landes wären sie nur teilweise wirksam.

Die Ergebnisse und Chancen, die sich aus diesem neuartigen, die Arbeitslosigkeit wirksam und dauerhaft abbauenden Steuersystems ergeben, werden im 8. Kapitel durchgegangen. Arbeit für alle in einer wirklich solidarischen Gesellschaft ist keine Illusion, sondern tatsächlich einfach erreichbar, wenn der politische Wille dazu existiert.

Die konkreten, hier verfolgten Ziele seien darum zusammenfassend noch einmal klar formuliert:

- ? Die wirtschaftlich sinnvolle Arbeitsteilung soll gefördert werden; lange Wochenarbeitszeiten sollen sich weder für Arbeitgeber noch Arbeitnehmer lohnen.
- ? Die Einstellung neuer Mitarbeiter zwecks Arbeitsverteilung soll die Lohnnebenkosten senken helfen.

- ? Die Schaffung eines wirklich flexiblen Arbeitsmarktes soll die Beschäftigungschancen von Geringqualifizierten wesentlich erhöhen.
- ? Die durch die Arbeitszeitverkürzung hinzunehmenden Abstriche beim Bruttolohn sind durch ein geeignetes Steuersystem so abzumildern, dass die Verluste beim Realeinkommen minimiert bzw. erträglich werden.
- ? Ein attraktives Kindergeld soll Mütter junger Kinder zur vorübergehenden Aufgabe ihrer Berufstätigkeit bewegen. Eine gebührende Anrechnung dieser Kinder-erziehungszeit bei der Rentenermittlung ist als zusätzlicher Anreiz vorzusehen.
- ? Der langsame Ausstieg aus dem Arbeitsleben ist nicht zu bestrafen, sondern zu fördern. Er ist für den angehenden Rentner befriedigender zu gestalten.
- ? Gleichzeitig ist jedoch der definitive Rentenanstritt zukünftig hinauszuzögern, und zwar im Einklang mit der steigenden mittleren Lebenserwartung.
- ? Für den Staat sind neue Einnahmequellen zur Steuerentlastung des Faktors Arbeit und zum Schutze unserer Umwelt und unserer Gemeinwesen anzuregen.

Nicht der langsame Abbau unseres Sozialstaates sondern der intelligente Umbau ist unsere Aufgabe.

Die folgenden Seiten sollen die Menschen zum Nachdenken ermuntern, dem Arbeitslosen endlich berechnete Hoffnungen machen, die spürbare Resignation vieler Politiker bekämpfen, die Bereitschaft der Gesellschaft zum Überdenken gängiger Wirtschaftsideologien stärken, den Blick für die negativen Effekte vieler aktueller Steuersysteme schärfen und schließlich die Kreativität aller Experten in Fiskalsystemen anregen, damit alle zusammen einen Beitrag zu einem (eventuell einheitlichen europäischen) Steuersystem leisten, das die Arbeitslosigkeit bekämpft und die Solidarität zwischen den Menschen deutlich hervorhebt. Es geht darum, ein auf dem gesunden Menschenverstand fußendes Fiskal- und Rentensystem zu konstruieren, das zu einem funktionierenden Arbeitsmarkt führt, der die Anzahl der jeweils verfügbaren Arbeitsstunden wirtschaftlich sinnvoll und menschlich tragbar auf alle Arbeitswilligen aufteilt. Dies trägt dem Appell der Bevölkerung Rechnung, das menschliche Drama jedes Arbeitslosen und also die soziale Komponente der Wirtschaft nicht länger zu ignorieren.

Zwar widerspricht diese Arbeitsverteilungsphilosophie manchen vorherrschenden Meinungen, aber dies ist angesichts der Uneinigkeit zwischen den Experten nicht verwunderlich. Man braucht nur die Beiträge von Jeremy Rifkin²³, Chris Freeman und Luc Soete¹⁰, Daniel Yergin und Joseph Stanislaw³⁶, der Alfred Herrhausen Gesellschaft¹⁷, von Viviane Forrester⁹, Alain Minc²¹, Horst Siebert²⁷, Pierre Bourdieu², Joaquín Estefanía⁵, Helmut Saiger²⁴, Jordi Goula¹³, Friedhelm Hengsbach¹⁶, George Soros²⁸, den "IAB-werkstattberichten"¹⁹, usw. zu lesen, um sich von den verschiedenartigen Gedankengängen und den gegensätzlichen Argumentationen zu überzeugen. Sie reichen von den optimistischen Technologievisionen bis zu den düsteren Zukunftsprognosen. Die Vielfalt der Möglichkeiten verwirrt, es sind eben "so viele Autoren, so viele Szenarien, so viele Fragen" (Ulrich Beck¹). Diese eklatante Widersprüchlichkeit sowie die in der Vergangenheit gescheiterten Ansätze zur Reduktion der Arbeitslosigkeit führen zu politischer Ratlosigkeit und verunsichern unsere Politiker und deren Berater. Alle zweifeln längst an der Behauptung des Nobelpreisträgers für Wirtschaftswissenschaft Paul A. Samuelson²⁵: "Ebensowenig wie wir heute Krankheiten demütig hinnehmen, brauchen wir uns heute mit der Massenarbeitslosigkeit abzufinden."

Das Vertrauen in die politische Klasse ist heute geringer als jemals seit 1949, von ihr geht weder politische noch moralische Führung aus.

Helmut Schmidt

Zum Problem der Arbeitslosigkeit

Überstunden und Arbeitslosigkeit.

Es ist gut und nötig, sich ab und zu von der Sicherheit abzuwenden, die uns die tägliche Routine vermittelt und sich die unbehaglichen Fragen über das für uns Unbekannte zu stellen. Wir alle sind uns heute mehr oder weniger der Veränderungen bewusst, die um uns herum stattfinden. Einige sind so offensichtlich wie die Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten, die uns das Internet frei Haus bietet. Das wird Vieles in unserem Leben verändern, von den persönlichen Beziehungen bis zu den Einkaufsgewohnheiten, der Planung der Urlaubsreisen usw. Andere sind nicht so offensichtlich, nicht aber weniger bedeutungsvoll. Dazu gehört das Fusionsfieber zwischen Firmen, der Trend zu Oligopolen, die in einem rasenden Wettlauf immer mehr Macht und größere Dimensionen anstreben. Das ist eine unmittelbare Folge der Überwindung der Entfernungen, wodurch die Welt zu einem einzigen, riesigen potentiellen Markt geworden ist. Man vermag die Buchführung der Unternehmen aus Tausenden von Kilometern Entfernung zu führen oder in "real time" auf der anderen Seite des Erdballs an den gerade geöffneten Börsen Aktien zu kaufen. Gleichzeitig steigt jedoch allmählich das Bewusstsein für die begrenzten Ressourcen unseres Planeten und für die Wichtigkeit der Umwelterhaltung. Die Verbreitung der neuen Techniken in Verbindung mit der Globalisierung der Wirtschaft einerseits und die Einführung der Forderung eines nachhaltig aufrechterhaltbaren Wirtschaftswachstums andererseits wird ein neues Gesellschaftsmodell ergeben, bei dem nichts wie bisher sein wird. Wir haben uns auf einen neuen Weg gemacht, von dem wir nur wissen, dass es kein Zurück gibt, aber nicht, wohin er uns führen wird. Die drohenden Gefahren erahnen wir und sie spiegeln sich in Fragen wider wie: Wer wird eigentlich die Welt beherrschen, wer die großen internationalen Konzerne zügeln, was wird mit der Arbeit geschehen, was mit den persönlichen Freiheiten, wie muss sich das Erziehungswesen verändern, damit Kinder vor allem lernen zu lernen, wie werden die Ungleichheiten in der Nachbarschaft, in den einzelnen Ländern, in der Welt aussehen...? Wir werden beginnen müssen, darüber nachzudenken.

Den Start zum Nachdenken über das hier uns beschäftigende Zentralthema der Arbeitslosigkeit sollen die folgenden Tatsachen bzw. Ungereimtheiten auslösen:

- a) Holland hat seine Arbeitslosigkeit von 12 % im Jahre 1982 auf nur 4 % im Jahr 2000 gesenkt. Dies wird allerdings bei einer mittleren wöchentlichen Arbeitszeit von nur 30 - 32 Stunden erreicht, weil 38 % der Niederländer Teilzeitjobs haben. Die Zahlen beeindruckend ("Welt am Sonntag" vom 22. 11. 1998):
 - ? Jedes Jahr gut drei Prozent Wirtschaftswachstum
 - ? 600 000 neue Arbeitsplätze seit 1994
 - ? Die Erwerbsquote erhöhte sich um mehr als zwölf Prozent - obwohl zwischen 1992 und 1994 100 000 Industriearbeitsplätze verloren gingen.
 - ? Die Staatsschulden sanken von rund zehn auf heute 1,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

? Die Unternehmenssteuern wurden von 55 auf 35 Prozent herabgesetzt, in der nächsten Stufe sollen es nur noch 30 Prozent sein.

Warum ahmte bisher niemand das holländische Beispiel nach?

- b) In Deutschland wurden die extrem kurzen Ladenöffnungszeiten verlängert. Man sollte annehmen, dass diese Maßnahme im Sinne der Gewerkschaften war, da dadurch bei gleicher Wochenarbeitszeit mehr Personal benötigt wird und folglich Arbeitslose einen Arbeitsplatz finden können. Das Gegenteil war der Fall: Mit über 4 Millionen Arbeitslosen diskutierte die Nation, wie die Überstunden mit teuren Zulagen honoriert werden sollten. Ist das nicht schizophren? An diesem Beispiel wird verständlich, weshalb 1997 der deutsche Bundespräsident Roman Herzog "Mutlosigkeit" und eine "unglaubliche mentale Depression" in der Bevölkerung registrierte.
- c) Wie ist es verständlich, dass im Jahr 1997 Lkw-Fahrer in Frankreich 48 und mehr Stunden pro Woche arbeiten mussten? War dies etwa angesichts der Millionen französischer Arbeitsloser kein Skandal? Die Bevölkerung sympathisierte im Herbst 1996 mit den streikenden LKW-Fahrern, obwohl diese durch die zweiwöchige Blockierung der wichtigsten Zufahrtsstraßen der europäischen Wirtschaft enorme Schäden zufügten. Die Politiker wirkten wie gelähmt, und ihre passive Haltung führte zur Duldung völlig irrationaler Streiks. Dem Chaos, dem Wahn wurden Tür und Tor geöffnet und wieder einmal fand man keine sinnvolle Lösung. Konsequenz: Drei Jahre später, genauer im Oktober 1999 demonstrierten die Lkw-Fahrer erneut unter dem Motto: "Übermüdung tötet". In mehreren EU-Ländern klagten sie wieder über viel zu lange tägliche Arbeitszeiten, die sich zu 48 bis 65 Wochenstunden im Regelfalle aufaddieren. Die Folge: eine sehr beklagenswerte Anhäufung von Verkehrsunfällen mit vielen Todesfällen (allein in Spanien wurden 1998 insgesamt 417 tödlich verunglückte Berufsfahrer registriert). Ist dieser Fall nicht ein klarer Beweis des mangelnden Verständnisses der Politiker, aber auch der Gewerkschaften, für die Problematik der Arbeitslosen einerseits und der Überstunden andererseits?
- d) Der deutsche Bundeskanzler Schröder, der die Arbeitslosigkeit bestimmt bekämpfen wollte, unterstützte im November 1999 höchstpersönlich ein Sanierungskonzept für den hochverschuldeten deutschen Baukonzern Philipp Holzmann, das die Entlassung von über 3000 Mitarbeiter und gleichzeitig die unentgeltliche Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit von 39 auf 43 Stunden für die verbleibenden Mitarbeiter vorsah? Wieder gingen Überstunden für die einen und Arbeitslosigkeit für die anderen Hand in Hand! Gab es keine sinnvollere, gerechtere Alternative zu dieser Lösung, die aus verschiedenen Gründen die internationalen Wirtschafts- und Finanzkreise so erregte? Warum erhoben die Gewerkschaften keinen Einspruch? Sie billigten mit ihrem Stillschweigen ein kurzsichtige Strategie, die ihrem angekündigten Ziel der 32-35-Stundenwoche zuwiderlief. Warum?
- e) Selbst in der friedliebenden und normalerweise so vernünftigen Schweiz hatten Assistenzärzte nach der für das Jahr 1998 gültigen Regelung eine wöchentliche Arbeitszeit von 55 und eine Präsenzzeit von 65 Stunden, kamen aber oft auf sehr viel mehr

Wochenstunden. Im Land des runden Tisches forderte im November 1998 der Assistentenverband einen Gesamtarbeitsvertrag, der die Arbeitszeit von über 65 Wochenstunden senken sollte. Die Zürcher Assistenz- und Oberärzte verweigerten sofort einen Teil ihrer Aufgaben und kündigten eine eintägige Arbeitsniederlegung an, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Kommentar des schweizerischen "Tages Anzeiger" vom 18.11.98:

Alle Achtung vor den Jungärzten. Sie bekämpfen, was andere seit Jahren hinnehmen. Zahlreiche Berufsgruppen mit Top-Ausbildung - Bänkler, Informatiker, angestellte Juristen und Ökonomen - haben zwar 42 Stunden im Vertrag, arbeiten aber meist deutlich mehr. Ausgerechnet die so hierarchisch organisierten Spitalärzte sagen nun: "Wir haben genug!" Sie setzen ein Zeichen, dass Staat und Privatwirtschaft nicht endlos Arbeitsplätze einsparen und gleichviel Bütz auf weniger Hände übertragen können. Es spricht für unsere jungen Mediziner, wenn sie als erste diagnostizieren, wo unsere in der Rezession restrukturierte Wirtschaft krankt.

- f) Laut einer Umfrage unter 1600 Führungskräften des Beraterverbundes "International Management Development" (IMD) arbeiten über 90 % der britischen Manager mehr als 50 Stunden jede Woche und über 65 % der deutschen Manager mehr als 60 Stunden pro Woche ("Blickpunkt Business EU" vom 19/25. 11. 96). Wie der Pariser Wirtschaftsprofessor Dominique Taddei bemerkte: "Seit langer Zeit herrscht die schlechte Gewohnheit, die Arbeitszeit der Leitenden nicht zu messen, die in einigen französischen Unternehmen 50 % der Mitarbeiter darstellen." Laut "Computing" (spanische Ausgabe vom 9. 06. 1999) geben 98 % der 6000 befragten spanischen Firmendirektoren an, unter Stress zu leiden, wobei der Begriff Stress nicht aus einer ärztlichen Perspektive zu interpretieren, sondern als ein von ihnen selbst geäußertes Spannungsexzess zu verstehen ist. Wollen die meisten Manager keine Tätigkeiten delegieren oder halten sie sich für unersetzlich, genial, unentbehrlich,...? Während die Jugend an "Unterstunden" und Arbeitslosigkeit psychisch leidet, belasten die Manager ihre Gesundheit und ihr Familienleben mit Stress und Überstunden. Ist ein Stundenausgleich unmöglich? Muss unsere Gesellschaft geistigen Konkurs anmelden, weil sie blind und unfähig ist, der Unvernunft und dem Egoismus Einhalt zu gebieten?
- g) Viele Millionen Jungen und Mädchen werden weltweit zu Arbeitszwecken ausgebeutet, u.a. auch in der EU. Um diesen Sachverhalt anzuprangern, haben über 2000 Nichtregierungsorganisationen aus fast hundert Ländern einen weltweiten Marsch gegen die Kinderarbeit organisiert, der im Mai 1998 in Spanien ankam. Das war nicht vergeblich, denn wenige Tage später wurde die Kinderarbeit in Spanien öffentlich verurteilt. Es wurde publik, dass in Lucena, 72 km von Córdoba entfernt, Minderjährige in Firmen angestellt werden, die "der Holzverarbeitenden und der Kältetechnischen Industrie angehören, und die mehrheitlich im Gewerbegebiet ‚Los Santos‘ liegen. Die Kinder haben selbst eingestanden, dass einige von ihnen seit ihrem 12. Lebensjahr arbeiten, und zwar 12 Stunden täglich plus 50 Überstunden im Monat" (La Vanguardia, 24. 05. 1998). Seitens einer Gewerkschaft wurde am Arbeitsplatz ein nahezu völliges Fehlen von Sicherheits- und Gesundheitsmaßnahmen festgestellt. Dieselbe Gewerkschaft kritisierte, dass von den 431 Personen, die am 14. August 1998 bei der Tomatenernte in den Feldern von Badajoz (Spanien) arbeiteten, 200 unter 16 Jahre alt waren. "Laut dem

Roten Kreuz, der einzigen Organisation, die sich ihrer annimmt, stehen sie um 6.30 Uhr morgens auf und arbeiten ohne Unterbrechung bis 13.30 Uhr. Aber damit ist ihr Tagespensum noch nicht geschafft. Um fünf müssen sie wieder aufs Feld und bis acht durchhalten. Sie lassen nicht nur einen harten Tag hinter sich, sondern auch 30 Kisten mit je 28 Kilo Tomaten auf den Lastwagen" (El País, 15. 08. 98). Das alles, obwohl Kinderarbeit gegen die UNICEF-Konvention über Kinderrechte verstößt, die Spanien unterzeichnet hat.

Das Vereinigte Königreich ist allerdings "Europameister in Kinderarbeit, wie ein bedrückender Bericht bescheinigt, der von einem unabhängigen Gremium, der Low Pay Unit, abgefasst und am 11. Februar dieses Jahres veröffentlicht wurde: 2 Millionen Kinder zwischen 6 und 15-16 Jahren, von denen 500.000 unter 13 Jahre alt sind, gehen nahezu regelmäßig einer Arbeit nach. Es handelt sich nicht nur um ‚Flickarbeit‘, sondern um Tätigkeiten, die von Erwachsenen in der Industrie und im Dienstleistungsbereich ausgeführt werden sollten und die lächerlich bezahlt werden" (Le Monde Diplomatique, April 1998). Wie lässt man bei so viel Arbeitslosigkeit unter der erwachsenen Bevölkerung zu, dass man diese Kinder um ihre Jugend und um ihr Recht auf eine Ausbildung beraubt, nur weil sie sich als zahmer und leichter im Umgang erweisen und einen erbärmlichen Lohn akzeptieren? Jede Ausbeutung ist schrecklich, aber die von Kindern ist abscheulich.

- h) In Dänemark hat ein Abiturient "gesetzlichen Anspruch auf einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz: Das Kopenhagener Arbeitsamt vermittelt jungen Arbeitslosen nach spätestens 13 Wochen eine Stelle. Dem Recht auf Arbeit folgt aber auch eine Pflicht. Der junge Mann muss den Job, der ihm angeboten wird, antreten - sonst streicht die Behörde seine Sozialhilfebezüge: Arbeit ist obligatorisch." (Süddeutsche Zeitung, 21. 08. 1997). Drei Jahre nach Einführung dieser strengen Vorschriften ist die Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen unter 25 Jahren praktisch auf Null gesunken. In Spanien hingegen war 1997 der Anteil der arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren über 40 %, in Italien und Finnland über 30 %, in Frankreich über 28 % ... Der anfängliche Widerstand der dänischen Bevölkerung gegen die "Zwangsgesetze", die sich jedes einzelnen Arbeitslosen annehmen sollen, ist überwunden. Entscheidend ist nach Ansicht dänischer Arbeitsmarktexperten, dass man die Jugendlichen frühzeitig erreicht. Sie sollen sich gar nicht erst an die Arbeitslosigkeit gewöhnen. Inzwischen denken Politiker in Schweden an einen ähnlichen Plan.
- i) Spanien mit über 20 % Arbeitslosigkeit benötigte 1997 über 5 % seines Staats-haushaltes für eine sehr beschränkte Arbeitslosenunterstützung, und 12 % der Haushaltsmittel wurden zur Zahlung der Zinsen der Staatsverschuldung verwendet. Ohne Arbeitslosigkeit hätten die für beide Posten bereitgestellten Mittel der Jahre 1987 bis 1996 (einer Hochzinsphase!) gereicht, um die Staatsschulden fast ganz abzutragen. Die Regierung hätte für 1997 ihre Ausgaben um 17 % senken können! Man kann diese Behauptung leicht verändert verallgemeinern: Fast alle Staaten der EU könnten ihr Wohlfahrtsnetz mühelos auch in Zukunft aufrechterhalten, wenn keine Altlasten einer langen Vergangenheit in Form von hohen Staatsschulden abzutragen wären. Denn selbst in Niedrigzinsphasen belastet der Schuldendienst erheblich die Staatshaushalte der Länder der EU.

- j) In den USA hatte die Arbeitslosenquote in den neunziger Jahren eine fallende Tendenz. Gewiss ein großer Teil der dort neu entstandenen Arbeitsplätze entfällt auf den unteren Bereich der Lohnskala. Die reiche Oberschicht, die immer mehr verdient, lässt sich von denen bedienen, die mangels sozialen Auffangnetzes gezwungen sind, Arbeit zu Bedingungen anzunehmen, die einen ausreichenden Lebensunterhalt kaum zulassen, so dass diese Beschäftigten als "working poor" bezeichnet werden. Aber trotz der am amerikanischen Modell zu Recht bemängelten Aspekte - vermag man daraus keine positiven Lehren abzuleiten zur Aufstellung einer europäischen Variante mit einer stärkeren Betonung der sozialen Verantwortung?
- k) Je mehr Arbeiter eine Firma entlässt, um so mehr steigen deren Aktienkurse an der Börse, weil höhere Gewinne zu erwarten sind. Besonders pervers wirkt dabei die zunehmende Tendenz der Konzerne, das Salär ihrer Manager an die Entwicklung der Börsenkurse zu koppeln. Sie kümmern sich darum genauso intensiv um den Markt für ihre Aktien wie um den ihrer Produkte. Im Zweifelsfalle zählen die Signale der Finanzmärkte mehr als die der Produktmärkte. Dies geschieht als Folge der Un-Kultur des Shareholder-Value, die lediglich die sehr partiellen Interessen der Aktionäre, der Shareholder, im Blick hat. Und das sind die Interessen "toter" Kapitals und nicht die Interessen lebendiger Menschen und einer lebendigen Umwelt. Besonders ungeschickt und gefühllos verhielt sich die französische Michelin-Gruppe im September 1999, als sie die französische Regierung und die europäische Gesellschaft mit der Ankündigung einer 10 %-igen Personalreduktion schokierte bei gleichzeitiger Bekanntgabe einer 17 %-igen Gewinnsteigerung für das abgelaufene erste Halbjahr. Es ist wahnsinnig und ein grundlegender Widerspruch, wenn wirtschaftlich gesunde, bedeutende Unternehmen sich entscheiden, eine Unzahl ihrer Mitarbeiter zu entlassen und zu Frührentnern zu verdammen. Man kann nicht einfach zulassen, dass Unternehmen ihre Arbeitskosten senken, indem sie Arbeiter auf die Straße setzen und dem Staat die Kosten und Belange dieses Arbeitslosenheers aufbürden. Ein Unternehmen darf sich nicht ausschließlich um das Wohl seiner Aktionäre kümmern, sondern die Politiker müssen dafür Sorge tragen, dass ein gerechter Anteil allen Bürgern zukommt.
- l) Am Tage, da die Beamten Spaniens gegen eine Nullrunde im öffentlichen Dienst streikten, veröffentlichte die bedeutendste Zeitung Barcelonas ("La Vanguardia" am 11. 12. 96) folgenden Leserbrief unter dem Titel '**Es lebe die Solidarität**':

Vielleicht kann jemand meine Fragen beantworten, denn Chaos herrscht in meinem Hirn.

Die ganze Welt spricht von Solidarität, aber ich finde sie nirgendwo.

Diejenigen, die meist über einen festen Arbeitsplatz verfügen, streiken immer wieder, um mehr zu verdienen.

Anstatt mehr zu verdienen, bekommen die Arbeitslosen alle 6 Monate weniger und nach einer gewissen Zeit überhaupt nichts. Warum streiken nicht sie? Vielleicht würden 3 Millionen Menschen etwas erreichen.

Es lebe die Solidarität.

Wenn diese Fakten bzw. Widersprüche nachdenklich gestimmt haben, sollte sich fragen, ob wir uns die Arbeitslosigkeit samt ihren Nebenkosten aller Art wirklich leisten können. Ob eine Gesellschaft, ein Land oder die EU wettbewerbsfähig bleiben können, wenn sie im Gegensatz zu anderen Ländern die Nichtleistung einer hohen Anzahl arbeitsloser Menschen entlohnen müssen. Wie teuer die Arbeitslosigkeit den Staat, der sie nicht konsequent bekämpft, zu stehen kommt, hat noch kein Wirtschafts- und Sozialexperte richtig errechnen können, aber in jedem Fall mindert sie erheblich die Wettbewerbsfähigkeit der produktiven Wirtschaft. Frankreich gibt 4,5 % seines Bruttosozialprodukts aus, um die Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Das waren 1997 ca. 400000 Millionen französischer Franken, die sich in etwa wie folgt aufteilten: 40 % Arbeitslosengelder, 45 % nicht bezahlte Sozialversicherungen, 7 % vorzeitige Pensionierungen und derselbe Prozentsatz noch einmal für Aus- bzw. Weiterbildung. Würde die Arbeitslosigkeit drastisch gesenkt, so könnten alle Länder der EU große Einsparungen in ihren Staatshaushalten realisieren. Das ist der Schlüsselaspekt für einen Lösungsansatz.

Die Wirkungen der Arbeitslosigkeit auf die Kriminalität sind ebenfalls schwer zu beziffern, aber zweifellos sind viele Delikte durch sie verursacht. Weil verlässliche Daten auch hier fehlen, wird auch diese negative Nebenwirkung der Arbeitslosigkeit in ihrem wahren Ausmaß nicht registriert bzw. unterschätzt. In den USA schätzten die amerikanischen Wissenschaftler Merva und Fowles der Universität von Utah, dass der Anstieg der Arbeitslosigkeit von 5,5 auf 7,5 Prozent (im Zeitraum Mitte 1990 bis Mitte 1992) in den 30 untersuchten großstädtischen Regionen 1459 zusätzliche Morde, 62607 zusätzliche Gewaltverbrechen und 223500 zusätzliche Eigentumsdelikte zur Folge hatte (siehe Jeremy Rifkin²³).

Es erhebt sich die Frage, ob ein auf hemmungslose Gewinnmaximierung programmiertes Wirtschaftssystem, das immer mehr Menschen als überflüssigen Kostenfaktor betrachtet, nicht gezügelt oder geändert werden muss, weil es sonst zutiefst unmenschlich ist. Wollen wir den Begriff "fraternité" (Brüderlichkeit) auf der Fahne der Französischen Revolution jetzt vergessen, oder soll Solidarität auch zukünftig das Kennzeichen der sozialen Marktwirtschaft der EU sein?

Der Soziologe Oskar Negt behauptet: "Arbeitslosigkeit ist ein Gewaltakt, der die Menschen wehrlos und damit gefügig für den Willen anderer macht; sie ist ein Anschlag auf die körperliche und seelisch-geistige Integrität, auf die Unversehrtheit der davon betroffenen Menschen. Sie ist Raub und Enteignung der Fähigkeiten und Eigenschaften, die innerhalb der Familie, der Schule und der Lehre in der Regel in einem mühsamen und aufwendigen Bildungsprozess erworben wurden und die jetzt, von ihren gesellschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten abgeschnitten, in Gefahr sind, zu verrotten und schwere Persönlichkeitsstörungen hervorzurufen".

Die Jugendarbeitslosigkeit ist noch beunruhigender und demoralisierender. Die bange Frage: "Werde ich nach abgeschlossener Ausbildung einen Arbeitsplatz finden?" beschäftigt frühzeitig unsere Jugend und verhindert ein unbesorgtes Ausleben des vielleicht schönsten Lebensabschnittes. Jene, die ihren ersten Arbeitsplatz suchen und nach Monaten nicht finden, zweifeln an sich selbst, und mancher flüchtet z.B. in die Welt der Drogen.

Kein Zweifel: Die Arbeitslosigkeit ist ein Zeichen sozialer Unsolidarität derjenigen, die Arbeit haben, mit jenen, die auf die Hilfe des Staates angewiesen sind. Die Gewerkschaften bekämpfen nicht diese passive Haltung der Gesellschaft (denn wo ist die Gewerkschaft der Arbeitslosen?), und es ist verwunderlich, dass sogar in Ländern mit über 20 % Arbeitslosigkeit (z.B. in Spanien bis 1998) nie der soziale Friede ernsthaft gefährdet schien. Die Arbeitslosen Spaniens organisierten nur kleine Protestmärsche, sie blockierten keine Straßen, sie planten

generell keine Aktivitäten, um Aufmerksamkeit zu erreichen. Für vergleichsweise viel unwichtigere Ziele haben in der Vergangenheit gewerkschaftlich organisierte Landwirte in der EU große Kundgebungen veranstaltet, LKWs angehalten und deren Ladung geleert, den Verkehr auf Autobahnen behindert usw.

Die spanischen Gewerkschaften fordern lautstark die Einführung der 35-Stundenwoche und die Abschaffung der vielen Überstunden. Sie sind jedoch zugleich Geiseln ihrer Betriebsräte und akzeptieren darum stillschweigend Situationen wie die folgende, die Tageszeitung "La Vanguardia" am 25. 03. 98 publizierte:

Der Oberste Gerichtshof Kataloniens hat die Verkehrsbetriebe *Transports Metropolitans de Barcelona* (TMB) verurteilt, die Sozialversicherung für insgesamt 404.247 Überstunden ihrer Mitarbeiter abzuführen, die sie mit der Zustimmung des Betriebsrates als strukturbedingte Stunden, für die weniger Sozialabgaben abzuführen sind, ausgegeben hatten. Das gestern zugestellte Urteil macht der Leitung der Verkehrsbetriebe und dem Betriebsrat den Vorwurf, diese Situation zugelassen zu haben. Der Oberste Gerichtshof hebt in seiner Entscheidung hervor, dass nicht mehr als 80 Überstunden pro Jahr und Mitarbeiter zulässig sind. Die zweite Kammer des Verwaltungsgerichts des Obersten Gerichtshofs Kataloniens weist ferner in ihrem Urteil darauf hin, dass ein Königliches Dekret über die Begrenzung von Überstunden erlassen wurde, um die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern, ein Umstand, der gegenwärtig zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften in Katalonien heftig diskutiert wird und einen der entscheidenden Punkte des zukünftigen Paktes für Arbeit in dieser autonomen Gemeinschaft bildet.

Ferner verweist das Urteil, auf "die bemerkenswert häufigen Stellungnahmen seitens der wichtigsten Gewerkschaftsmedien und der Regierungsmitglieder bezüglich der Notwendigkeit der Reduktion (der Arbeitsstunden) zur Schaffung von Arbeitsplätzen". Dem Urteil zufolge leisteten 1990 und 1991 sechzig Arbeiter der TMB jährliche Überstunden in der Höhe eines Drittels ihrer regulären Jahresarbeitszeit, und es gab sogar zwei Angestellte, die die Arbeit von dreien durchführten, denn einer leistete 763 und der andere 847 Überstunden, d.h. mehr als die Hälfte der jährlichen regulären Arbeitszeit.

Ein anderer Fall: Am 28. und 29. Mai 1998 weigerten sich die 1440 Fluglotsen, die auf den spanischen Flughäfen arbeiteten, weiter Überstunden zu machen, was zu enormen Flugverspätungen und zum Kollaps auf den Flughäfen des Landes führte. Die Lotsen protestierten auf diese Weise gegen die Arbeitsüberlastung und den Mangel an regelmäßigen Pausen. Dieses Kollektiv hat wegen der zu erbringenden großen Konzentrationsleistung laut Tarifvertrag eine Arbeitswoche von nur 30 Stunden. Obgleich die spanische Regierung Überstunden im Privatsektor unter Strafe stellen will, ging sie nicht mit gutem Beispiel voran und gestattete, dass ihre 1440 Fluglotsen (staatliche Angestellte!) 1997 rund 450.000 bezahlte Überstunden durchführten, für die sie pro Stunde 13.000 Peseten kassierten. Für sieben Stunden Arbeit an einem seiner offiziell freien Tage erhielt ein Lotse im Mai 1998 die unglaubliche Summe von 91.000 Peseten (ca. 550 Euros). Die Fluglotsen forderten bereits seit geraumer Zeit die Einstellung von 700 neuen Lotsen, während die Behörde Überstunden vorzog, da sie so angeblich Lohnkosten sparte. Aber wenn keine Arbeitsvorschrift einen Fluglotsen dazu zwingen kann, Stunden über die vertraglich vereinbarte Arbeitszeit hinaus zu arbeiten, wie ist es dann möglich, dass eine öffentliche Einrichtung keine neuen Lotsen einstellt und anlernt und den reibungslosen Flughafenbetrieb einzig und allein dem guten Willen der Belegschaft anvertraut? Die Weigerung der Fluglotsen, weiterhin so viele Überstunden zu

machen, hat diesen krassen Fehler der Behörden entlarvt. Die Folgen waren gewaltige Schadenersatzforderungen sowie Reklamationen seitens der ausländischen Fluggesellschaften. Es wäre wesentlich billiger gewesen, rechtzeitig mehr Fluglotsen auszubilden und einzustellen, aber aufgrund der hohen spanischen Abfindungen bei Entlassungen zog man den unseligen und irrationalen Weg der Überstunden dem normalen Weg der Schaffung neuer fester Arbeitsplätze vor. Im April 1999 wiederholte sich erneut das Chaos auf den Flughäfen, und das Madrider Parlament besprach dieses Thema angesichts der massiven Beschwerden aus der spanischen Öffentlichkeit in einer hitzigen Debatte. Zwei Monate später, am Morgen des 21. Juni 1999, musste aufgrund eines verdeckten Bummelstreiks der Fluglotsen sich ein einziger Lotse im Tower um 139 Flüge kümmern - eine Arbeit, die normalerweise vier Fluglotsen beschäftigt; enorme Verspätungen schlugen sich auf das gesamte spanische Flughafennetz nieder. In dieser chaotischen Situation, in der die Fluglotsen wussten, dass ihre Arbeit unerlässlich und sie selbst unersetzlich waren, steigerten sie erfolgreich ihre Erpressungen und erreichten, dass ab Juli 1999 der Lohn für ihre Überstunden von 13000 auf 15000 Pesetas erhöht wurde, was einer 15 %-igen Anhebung entsprach. Bemerkung: Nichts wird vom Markt mehr honoriert als Knappheit, erst danach kommt die Bewertung der Leistung. Die sich zeitlich abwechselnden, aber jährlich wiederholenden Forderungen der Fluglotsen, der Piloten der Fluggesellschaft Iberia und des Bodenpersonals bestätigten der spanischen Bevölkerung einmal mehr, dass ihre Politiker gute Redner in Wahlkampfkampagnen sind, die leicht viel versprechen, sobald sie jedoch die Verantwortung übernehmen, erweisen sie sich als schlechte Verwalter bzw. Manager.

Die Folgen der Globalisierung der Wirtschaft.

Es sollte eigentlich das Ziel jeder Wirtschaftspolitik sein, mehr Arbeitsplätze zu schaffen und das Leben der Bürger zu verbessern, aber heute denkt ein Unternehmer vor allem daran, wettbewerbsfähig zu sein, und das bedeutet, in Technik zu investieren und Arbeitsplätze abzubauen. Selbst die Märkte, die im Lande mit der höchsten Arbeitslosigkeit der EU (Spanien) von der öffentlichen Hand betrieben werden, ziehen die Kumulierung von Überstunden der Schaffung neuer Arbeitsplätze vor, wie die zwei vorhergehenden Fälle der spanischen Fluglotsen und der Mitarbeiter der städtischen Verkehrsbetriebe Barcelonas zeigten. Die Privatwirtschaft hingegen entwickelt ihre eigenen Spielregeln, verlegt ihre Produktionsstandorte und lässt nur Arbeitslosigkeit zurück, während sie über Grenzen, Nationen und Kulturen hinweg an einem beliebigen Ort des Planeten ihr Finanzkapital investiert, mit Währungen spekuliert, Regierungen belehrt und möglichst sogar korrumpiert, Rezessionen provoziert - alles mit einem einzigen Ziel: in möglichst kurzer Zeit den Gewinn zu maximieren. Während die Globalisierung der Produkt- und Finanzmärkte weltweit operiert, funktioniert die in Europa akzeptierte politische Organisationsform der Demokratie nur innerhalb der Nationen. Die Spannung zwischen lokal und global ist schwindelerregend. Die Verantwortlichen, seien es Unternehmer, Finanzexperten oder Politiker, denken in nationalen Größenordnungen (Preisstabilität, Reduzierung der Verschuldung, Kontrolle des Haushaltsdefizits), die Bürger hingegen erleiden die Zerstörung ihrer lokalen Wirklichkeit. Die Arbeitslosigkeit, die Unsicherheit der befristeten Arbeitsverträge und die fortschreitende Belastung der Umwelt sind für sie der Grund ihres erbärmlichen Lebens. Die prekären Arbeitsverträge beängstigen die Menschen, die fehlende Arbeitsplatzsicherheit engt das

menschliche Zusammenleben entscheidend ein. Aus Sorge vor der ungewissen Zukunft haben Familien weniger Kinder, man schränkt sich vorsichtshalber ein. Die Menschen fürchten den sozialen Absturz mit all seinen negativen Konsequenzen auf ihre Sicherheit, ihre Gesundheit, ihr Familienleben und auf die Zukunftschancen ihrer Kinder. Die Begriffe Gleichheit, Solidarität, Gewerkschaft und Wohlfahrtsstaat scheinen allmählich einen negativen Beigeschmack anzunehmen, ja es scheint fast, man wolle sie verbannen.

Die europäischen Bürger- und Arbeitsgesellschaften sind unter den Druck der Globalisierung geraten, die sie beängstigt. Eine immer breitere Mittelschicht glaubt, dass sie nicht eine bessere, sondern eine schlechtere Zukunft erwartet. Es ist die Angst vor Standortverlagerungen, die Angst vor Arbeitsplatzverlusten, die Angst vor unlauterem Wettbewerb, die Angst vor einer allgemeinen Absenkung der Löhne samt einer eventuell folgenden Deflation, letztlich ist es auch die Angst, nicht zu wissen, wer in dieser so verflochtenen Welt wirklich die Macht ausübt, wer den Kurs bestimmt. Welche Handlungsmöglichkeiten haben die Bürger, wie vermeiden sie, dass die voranmarschierende Liberalisierungswelle die Grundwerte der Ethik und Solidarität langsam aushöhlt? Es ist die Befürchtung, dass die großen multinationalen Konzerne stets am längeren Hebel sitzen, dass sie zu ihrem eigenen Vorteil die Investitionen, ihre derzeit stärkste Waffe, einsetzen, um so die Regierungen zur Öffnung ihrer Märkte, zur Privatisierung, zur Liberalisierung zu zwingen. Denn um ausländische Investitionen kämpfen alle Nationen verbittert, zumal sie die ersehnten Arbeitsplätze von morgen ins Land bringen sollen.

Auch Alain Minc²¹ meint in seinem Buch "La mondialisation heureuse" man müsse die heute dominante neoliberale Wirtschaftspraxis als die einzige Wirtschaftsheil versprechende Theologie akzeptieren. Den Märkten gesteht er die uneingeschränkte Herrschaft zu, sie alleine befinden über Gut und Ineffizient, und zwar genau so, wie Börsen die Unternehmen und wie Finanzmärkte die Staaten beurteilen. Um der Wettbewerbsfähigkeit willen unterstützt er den Abbau des sozialen Auffangnetzes und deklariert die wachsende soziale Ungleichheit ("l'irrésistible ascension de l'inégalité") als notwendiges Übel. Ihm zufolge haben sich das menschliche Leid und die irrationalen Leidenschaften - der Herrschaft der Vernunft (= dem Diktat der Märkte) - unterzuordnen. Ungleichheit wird also zunehmend nicht mehr als beklagenswerte Folge kaum mehr steuerbarer gesellschaftlicher Entwicklungen gesehen, sondern genau ins Gegenteil verkehrt. Ungleichheit wird zum dynamisierenden Gesellschaftsprinzip erhoben, soziale Ungleichheit wird als Ungleichwertigkeit von Menschen interpretiert (siehe F. A. von Hayek¹⁴). Wenige Starke werden im Kampf um Arbeitsplätze überleben – einige von ihnen werden dabei auch gut überleben. Ein immer größerer Teil wird aber ausgegrenzt werden und bleiben. Dieses riskante Spiel mit der Ungleichheit kann keine moderne Gesellschaft des 21. Jahrhunderts auf längere Sicht verkraften. Verteilungspolitische Fragen werden darum wieder auf die Tagesordnung der Politik zurückkehren, aber in einem neuen und umfassenden Sinne: Wie wird der ökonomische Reichtum der Nation, der ja auch und gerade in den Zeiten der Globalisierung und der Digitalisierung weiter wachsen wird, "verteilt" in einer Weise, dass er auch jenen gesellschaftlichen Bereichen, jenen Individuen und Gruppen zugute kommt, die an der Wertschöpfung durch Arbeit, Wissen, Kapital nicht teilnehmen können? Wie lässt sich verhindern, dass die einen immer drin und die anderen immer draußen sind, dass die einen alle Sicherheiten und die anderen keine haben, dass die einen in Deutschland lebenslänglich verbeamtete Lehrer sind und die anderen, genau so qualifiziert, niemals auch nur zeitweise Lehrer werden? Wo bleibt da die Chancengleichheit? Die Sozialwissenschaftler Rolf Heinze und Wolfgang Streeck, Berater der deutschen rot-

grünen Regierung, bemerkten dazu im Frühjahr 1999: "Hauptproblem sozialer Gerechtigkeit ist heute nicht mehr die Ungleichheit zwischen Automobilarbeiter und Kellner, sondern zwischen beiden auf der einen und dem Arbeitslosen, Sozialhilfeempfänger oder stillen Reservisten auf der anderen Seite".

Gesucht wird eine bessere soziale Absicherung von Teilzeitarbeit, um möglichst alle an Arbeit teilhaben zu lassen, zumal die Erwerbsarbeit nach wie vor im Bewusstsein der Mehrheit der Bevölkerung das zentrale und unverzichtbare Mittel zur Einkommenssicherung ist. Arbeit ist auch Quelle dafür, sich wertvoll und gebraucht zu fühlen. Aber in der Wahrnehmung und im Erleben der Menschen ist sie noch mehr: nämlich ein zentraler Aspekt der Persönlichkeitsentwicklung. Selbstwertgefühl und Selbstachtung vermitteln sich wesentlich über die gesellschaftliche Anerkennung der geleisteten Arbeit. Es geht um Aktivitäts- und Kommunikationsmöglichkeiten, aus denen man Herausforderungen und Erfolg gewinnen kann, Anerkennung und Status, Erfüllung und Sinn, Kontakte und Zugehörigkeit. Dass fehlende Arbeit unglücklich machen kann, zeigen immer wieder neue Studien zum Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit, Armut, Alkoholismus und Kriminalität.

Die bisher meist friedfertige Haltung der Arbeitslosen sollte niemanden dazu verleiten, die potentiellen Gefahren, die im europäischen Arbeitslosenheer liegen, zu unterschätzen. Ein Organisator mit demagogischen Fähigkeiten könnte in kurzer Zeit eine revolutionäre Stimmung entfachen. Die Erfahrungen aus den dreißiger Jahren haben Deutschland und seine europäischen Nachbarn offensichtlich doch noch nicht beherzigt.

Bevor durch solche Szenarien möglicher bürgerlicher Unruhen das soziale Gefüge ernsthaft gestört wird, muss unsere Gesellschaft eine tragbare, solidarische Lösung für die Überwindung der Arbeitslosigkeit finden, die wirtschaftlich vernünftig ist.

Denn die europäische Wirtschaft wird im Wettbewerb mit Nationen, die andere ökonomische Systeme und andere religiöse und soziale Wertvorstellungen verteidigen, nur dann eine Zukunft haben, wenn

- ? Arbeitgeber ihre Belegschaften nur für geleistete Arbeit entlohnen,
- ? jeder einer Beschäftigung nachgeht und man dadurch die direkten und indirekten Kosten der Arbeitslosigkeit vermeidet,
- ? der Sozialstaat mit dem erwünschten Wohlstandsniveau mehr durch die Beiträge aller Bürger und weniger zu Lasten der Arbeitgeber finanziert wird,
- ? der Arbeitslose, der von der Gemeinschaft Unterstützung erfährt, auch etwas Nützliches für diese Gemeinschaft tun muss, soweit das zugemutet werden kann. Denn gemeinnützige, kommunale Arbeitsangelegenheiten sind hilfreich, um zu vermeiden, dass aus Langzeitarbeitslosen soziale Problemfälle werden.

Ogleich dies einleuchtend sein mag, gelang es in den vergangenen Jahren nicht, die Gesellschaft zu überzeugen, dass heutzutage der Weg zur Vollbeschäftigung über die aktive, konsequente Arbeitsverteilung führt. Allerdings nicht so, dass man die Anzahl der zu arbeitenden Wochenarbeitsstunden einmal aufgrund irgendeiner Theorie ausrechnet und dann allen Wirtschaftssectoren und Unternehmen strikt vorschreibt. Im Gegenteil, Menschen und Märkte sind unvorhersehbar. Wie an den Börsen sollte darum nicht ein statisches, augenblickliches, sondern ein dynamisches, permanentes Gleichgewicht ermöglicht werden, derart, dass sich das Angebot an Arbeitsplätzen und deren Nachfrage stets die Balance halten. Doch der Versuch der gerechteren Arbeitsteilung scheiterte bisher am Besitzstandsdenken der

arbeitshabenden Mehrheit und an der Unfähigkeit, die Arbeitsmärkte so zu flexibilisieren, dass jede Teilzeitarbeit erlaubt und steuerlich attraktiv wird.

Statt dessen beschwor man die Schaffung neuer Arbeitsplätze und hoffte, dass die Arbeitslosen an diese magischen Zukunftsvisionen glauben, auch wenn die stets steigende Arbeitslosenquote der letzten Jahrzehnte hartnäckig das Gegenteil bewies. Arbeitsplätze wurden nicht nur in unzureichendem Maße geschaffen, sondern sie wurden in Europa laufend zerstört. Auch die Geburtenrate sank permanent mit steigendem Wohlstand, aber zweifellos besteht keinerlei Relation zwischen der Anzahl der Personen im arbeitsfähigen Alter und der Anzahl der Arbeitsplätze, die unsere Gesellschaft anbietet. Werden nicht mehr Menschen eingestellt, so ist dies schlicht und einfach deshalb, weil die Unternehmen sie nicht benötigen. Fallen gleichzeitig Arbeitsplätze Umstrukturierungsmaßnahmen (Automatisierung, Rationalisierung, Verlagerung der Produktion ins Ausland usw.) zum Opfer, so ist das, weil die Verantwortung gegenüber den Aktionären bzw. Besitzern die Geschäftsleitungen zur Gewinnmaximierung zwingt. Wenn Unternehmen den Aktionärgewinn zum höchsten Ziel erklären, dann wird der Wert des menschlichen Lebens missachtet, dann verschwinden Sittlichkeit und Ethik im geschäftlichen Gebaren. Die ungewissen Schicksale der entlassenen Arbeitskollegen, die ein Leben ohne Arbeit, ohne Geld, ohne Zukunftsaussichten erwartet, erscheinen in keiner Bilanz.

Darum ist es ein Gebot der Stunde, ehrlich zu erkennen, dass nur die Chance besteht, die angebotenen Arbeitsstunden möglichst "gerecht" aufzuteilen, genauso wie ein Vater 3 Würstchen und den Kartoffelsalat auf seine 4 hungrigen Kinder aufteilen würde, was nicht bedeutet, dass jedes Kind exakt seinen proportionalen Anteil bekommt. Man stelle sich nur vor, dass einem Kind unter Zustimmung aller anderen mehr Kartoffelsalat zugeteilt wird, weil es auf das Würstchen verzichtet, das es nicht gern isst.

Analog gibt es Menschen, die bereit sind, unter geeigneten Umständen 4 oder 6 Stunden anstatt 8 pro Tag zu arbeiten. Andere hingegen wären vielleicht angetan von der Möglichkeit, von montags bis samstags nur 4 Vormittagsstunden beschäftigt zu werden. Das Berufsleben wird vielfältiger und differenzierter, der traditionelle Vollarbeitsplatz ist längst nicht mehr die alleinige Norm und wird auch nicht mehr von allen angestrebt. Viele suchen einen Teilzeitarbeitsplatz. Diesen Bedürfnissen ist besser Rechnung zu tragen, damit auch die geringqualifizierten, von Langzeitarbeitslosigkeit bedrohten Menschen eine akzeptable, echte Beschäftigungschance erhalten. Aber nur wenige Firmen sind bereit, in ihren Fabrikhallen 4 Schichten à 6 Stunden pro Schicht einzurichten anstelle der üblichen 3 Schichten à 8 Stunden, was 33 % mehr Menschen einen Arbeitsplatz ermöglichen würde. Zu wenig wird ferner die Alternative der 4-Tage-Woche für die Menschen in Produktion und Verwaltung bei gleichzeitiger 6-Tage-Woche für die Maschinen ernsthaft in Erwägung gezogen. Viele leitende Angestellte leisten sogar regelmäßig 20 - 50 % Überstunden, während eine Aufteilung dieser Führungstätigkeit auf zwei Personen gar nicht in Betracht gezogen wird, weil dies zur Zeit Mehrkosten für die Firma bedeuten würde. Dabei sollten in Zukunft immer mehr Entscheidungen im Team getroffen werden, denn so lassen sich Irrtümer erkennen und Fehler vermeiden.

Aber alle haben Angst vor einer Arbeitsverteilung: Die Arbeitnehmer befürchten Einkommensminderungen, die Arbeitgeber zusätzliche Kosten und die Staaten die Zunahme ihrer Haushaltsdefizite. Doch die Angst lähmt sie alle und führt nicht zu neuen Ideen, sie lässt keinen Fortschritt zu. Es ist höchste Zeit offen zu bekennen, dass die meisten bisher ergriffenen

Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit relativ erfolglos waren. Genauer zu erkunden ist der Weg der intelligenten Arbeitsverteilung, der nicht gründlich, nicht konsequent und nicht sorgfältig genug untersucht worden ist, weil Arbeitsteilung bisher immer zu Zusatzkosten bei den Arbeitgebern führte.

Ein Steuersystem zur Stärkung der Solidarität

Genau hier soll das in den folgenden Kapiteln dargestellte Fiskalsystem ansetzen und den Spieß umdrehen, derart, dass die Kosten in den Firmen sinken, wenn die Arbeit auf möglichst viele Personen aufgeteilt wird. Diese Einsparungen müssen erheblich sein, denn rein organisatorisch ist es für ein Unternehmen leichter und damit billiger, weniger Leute anzulernen und zu koordinieren als eine vergrößerte Belegschaft, die auf viel mehr Schichten verteilt wird, korrekt zu informieren und einzusetzen. Die erzielbaren Kostenreduktionen müssen dabei auch im Verwaltungsapparat aller Firmen, Behörden und Dienstleistungsunternehmen so attraktiv sein, dass auch dort auf eine konsequente Arbeitsverteilung und auf den systematischen Abbau der Überstunden gezielt wird. Dass diese Arbeitsverteilung auf den höheren Managementstufen mit Schwierigkeiten verbunden ist, bedeutet noch lange nicht ihre Nicht-Machbarkeit, wie viele gerne behaupten, um den Vorschlag zu disqualifizieren.

Dabei ist der "Kuchen" der verfügbaren Arbeitsstunden natürlich nicht als eine konstante, fixe Größe zu betrachten. Das überdurchschnittlich hohe Einkommensniveau Deutschlands bewirkt, dass viele Firmen Teile der Produktion, der Verwaltung und des Vertriebs ins Ausland verlagern und der "Kuchen" immer kleiner wird. Wäre man in Deutschland bereit, niedrigere Preise, niedrigere Löhne und **niedrigere Steuersätze** am unteren Ende der beruflichen Qualifikationsskala zu akzeptieren, so würden Arbeitsplätze in den weniger attraktiven Bereichen entstehen, der "Kuchen" würde größer. Wenn das Anheben der niedrigen Einkommen aus sozialen Gründen dazu führt, dass in den Unternehmen einfache, wenig qualifizierte Arbeit verhältnismäßig hoch bezahlt werden muss, dann verschwinden die entsprechenden Arbeitsplätze vom Markt, weil man sich überlegt, wie man sie wegrationalisieren kann. Mit überhöhten Löhnen lockt man Roboter an und beschleunigt die Automatisierung, man erzeugt also Arbeit für Roboter, aber nicht für die Menschen. Das Zusammenstauchen der Lohnskala führt zu einem Verlust von Arbeitsplätzen oder verlagert diese in die Grauzone der Schwarzarbeit. Die Zukunft ist aber "nicht nur High-Tech, die Zukunft ist High-Tech, Low-tech und No-Tech". Im Extremfall kann in der EU einfache Arbeit nicht höher als bei ihren Nachbarstaaten entlohnt werden. Denn

der Strukturwandel ist ja nicht Selbstzweck, sondern nur ein Mittel der Anpassung an den Wandel, nur ein notwendiges Übel. Im Idealfall könnte sich die Anpassung so vollziehen, dass deswegen überhaupt kein Mensch arbeitslos werden müsste. So gesehen zahlen die Arbeitslosen als Außenseiter heute den Preis dafür, dass die Beschäftigten als *Insider* sich einen Reallohn erkämpft haben, der zu hoch ist, um mit Vollbeschäftigung vereinbar zu sein.

(Beitrag von Herbert Giersch¹⁷, Institut für Weltwirtschaft der Universität Kiel)

Deswegen wird auch die Einführung einer 35-Stunden-Woche in Frankreich, die nur geringe Lohnminderungen für die Belegschaften vorsieht, zu erhöhten Arbeitskosten führen, weshalb

ein Verlust an Wettbewerbsfähigkeit und eine Reduktion des "Arbeitskuchens" zu erwarten sind. Das Beispiel Hollands mit seinem "Wassenaar-Abkommen" zeigt hingegen, dass ein größerer Spielraum bei der Festlegung der Löhne und Gehälter, die Reform nicht haltbarer sozialer Leistungen sowie eine Flexibilisierung der Arbeitsverträge zu mehr Beschäftigung führen. Lohnzurückhaltung war in den Niederlanden sehr wohl ein Beitrag zur Verringerung der Arbeitslosigkeit. Die Menge der verfügbaren Arbeitsstunden ist folglich zu einem gegebenen Zeitpunkt zwar fix, variiert aber im Verlauf der Zeit und ist also durch Arbeitszeiten, Lohnkosten, Gesetze und Steuern positiv oder negativ beeinflussbar.

Die Europäische Kommission bemerkt gerade dazu in einem Bericht⁶ von Oktober 1998, dass Faktoren wie das Steuersystem sowie Rechtsvorschriften für Unternehmen und Arbeitskräfte die Beschäftigung ankurbeln oder hemmen können. Zur Besteuerung heisst es dort wörtlich:

Die Besteuerung hat beträchtliche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Die Besteuerung der Arbeit wird häufig als eine der Hauptursachen der hohen Arbeitslosigkeit in Europa genannt, da sie zur Erhöhung der Arbeitskosten beiträgt und auch Auswirkungen auf die Struktur von Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften haben kann.

In den letzten 15 Jahren haben sich die Abgabesysteme (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) in den meisten Mitgliedsstaaten in eine für die Schaffung von Arbeitsplätzen ungünstige Richtung entwickelt. Im Durchschnitt stieg die Steuer- und Sozialabgabenbelastung der Arbeit in der EU stetig zwischen 1980 und 1996 (von 35 % auf fast 43 %), während sie für andere Produktionsfaktoren, vor allem für Kapital, zurückging (von 42 % auf 36 %) und für den Verbrauch stabil blieb (bei 14 %).

Die Besteuerung der Arbeit wirkt sich auf die Nachfrage nach Arbeitskräften durch eine Verteuerung der relativen Arbeitskosten aus und führt zu einer Ersetzung der Arbeit durch Kapital. Die Besteuerung scheint auch die Struktur des Arbeitskräftebedarfs zu beeinflussen: Kapital und qualifizierte Arbeitskräfte ergänzen sich offensichtlich, während ungelernete Arbeitskräfte bis zu einem gewissen Grad durch Kapital ersetzt werden. Daher führen hohe Steuern tendenziell zu einer Verringerung des Bedarfs an geringqualifizierten Arbeitskräften.

Die Wirkung der Steuern kann verstärkt werden, wenn der Wettbewerb auch auf den Produktmärkten gering ist (da die Steuern einfach auf die Produktpreise abgewälzt werden), und kann auch von auf den Arbeitsmärkten vorherrschenden Mechanismen der Lohnverhandlungen abhängen.

Im allgemeinen wird erwartet, dass sich eine gezielte Verringerung der Besteuerung der Arbeit am unteren Ende der Lohnskala aufgrund der höheren Preiselastizität des Arbeitskräftebedarfs in diesem Bereich positiver auf die Beschäftigung auswirkt. Da der haushaltstechnische Handlungsspielraum in den meisten Mitgliedsstaaten begrenzt ist, muss eine Verringerung der Besteuerung der Arbeit durch eine Erhöhung der Steuern auf andere Produktionsfaktoren kompensiert werden. Gemäß Studien über die potentiellen Auswirkungen unterschiedlicher Verringerungen der Lohnnebenkosten auf die Beschäftigung ergeben sich die günstigsten Auswirkungen auf die Beschäftigung bei Steuerverringerungen für Niedriglohneempfänger und Neueinstellungen, da hier deutliche Verringerungen möglich sind.

Es muss ferner gesagt werden, dass die Verringerung der Besteuerung nicht ausreicht, um Arbeitsplätze zu schaffen, sondern weitere beschäftigungspolitische Maßnahmen durchgeführt werden müssen. Sie ist jedoch eine wichtige Voraussetzung für die Wirksamkeit dieser anderen Maßnahmen.

Es gehört zu den Widersprüchen der Sozialsysteme in der EU, dass deren Leistungen in hohem Umfang durch eine Abgabenbelastung des Produktionsfaktors Arbeit finanziert werden und man gleichzeitig den zum Teil dadurch verursachten Verlust von Arbeitsplätzen beklagt. Andererseits soll natürlich auch nicht der Produktionsfaktor Sachkapital stärker besteuert werden, denn Investitionen sind für die Erzeugung von Arbeitsplätzen notwendig. Und um in- und ausländische Investoren anzulocken, wird generell auch noch eine niedrigere Besteuerung der Gewinne verlangt.

In den folgenden Kapiteln werden zwei Ziele gleichzeitig angepeilt:

- ? die Eliminierung der hohen Arbeitslosigkeit durch die Einführung eines geeigneten Steuersystems, das zu einem flexibel funktionierenden Arbeitsmarkt führt
- ? die Reduktion der Lohnnebenkosten in den Unternehmen, damit diese wettbewerbsfähiger werden und neue Arbeitsplätze in der EU statt in Fernost schaffen.

Diese Ziele sind nicht utopisch, sondern in einer sozialen Marktwirtschaft erreichbar, wie in den folgenden Kapiteln gezeigt wird.

Aber auch für den Staatsapparat müssen ähnliche Ziele gelten. Während Unternehmen unter Wettbewerbsdruck stehen und Verbesserungsvorschläge und Kundenreklamationen ernsthaft studieren, herrscht im Dinosaurier-Konglomerat "Staat" eine starre, bürokratische Struktur, die streng nach Vorschrift arbeitet. Dieser Dinosaurier kennt keine Marktanteile, keinen Wettbewerb, kein modernes Management, keinen Zwang zur Kostenminimierung, keinen Servicebegriff, keine Kundenzufriedenheit, Für ihn existieren nur starre Hierarchien, Bürokratie, Vorschriften, Routine, Disziplin, die Macht des Monopols, die Ausstrahlung seiner staatlichen Hoheitsakte. Dieser Staat ist für die Wirtschaft ein sie zu stark belastender negativer Wettbewerbsfaktor. Er muss gründlich reformiert werden, weil dem Bürger, der ihn mit seinen Steuern finanziert, die hohen Kosten dieser schwerfälligen Bürokratie nicht länger zuzumuten sind. Die langen Bearbeitungszeiten und die exzessiven Hierarchien bedürfen einer grundlegenden Neuorganisation. Zur Vereinfachung und Straffung sämtlicher Amtshandlungen sind die Vorschriften und Vorgehensweisen einer Prüfung zu unterziehen, denn der neue Ansatz fordert Effizienz. Jeder Arbeitsvorgang ist als ein zielgerichteter Prozess anzusehen, der unter Ausnutzung aller zur Verfügung stehenden Hilfsmittel (wie z. B. vernünftig integrierte Datenbanken eines Computernetzes) in kürzester Zeit, mit den geringsten Kosten und möglichst papierlos ablaufen sollte. Die bekannte Bearbeitung der Formulare ("von der Wiege bis zur Bahre") ist durch ein zügiges, service-orientiertes Handeln zu ersetzen. "Die Gesetzgebung ist in wesentlichen Bereichen nicht automationsgerecht. Allein schon die umständliche, formularorientierte Abwicklung der Steuererklärungen macht dies beispielhaft deutlich" (Rainer Thome³¹). So wie den Banken erfolgreich die Automation mannigfacher Dienstleistungen gelungen ist, so muss der Staat den Wandel vom trägen Dinosaurier zur behenden Gazelle konsequent angehen. Die bloße Identifikation eines Bürgers oder einer Firma mittels eines Codes (wie am Bankautomaten) samt der Eingabe der notwendigen Daten muss in Zukunft genügen, um die meisten reinen Routineanträge bzw. die einfacheren Vorgänge mit oder ohne Unterstützung eines Beamten "ipso facto" zu erledigen. Das Eintragen der gleichen Daten in die gleichen Formulare, die stets in den gleichen Ablagen landen, muss entfallen, zumal sie später meist nur mit großem Aufwand auffindbar sind. Die Straffung und Reorganisation der Abläufe, eine größere Effizienz sowie flachere Hierarchiestrukturen sind anzustreben. Fit statt fett, was heute erst Rhetorik ist, muss morgen die Realität äußerst

schlagkräftiger, überschaubarer Einheiten mit einer entsprechend höheren Beamteneffizienz sein. Das Ergebnis dieser prozessorientierten Reorganisation wird für den Staatshaushalt und somit für die Wirtschaft allerdings nur dann eine Einsparung sein, wenn der Produktivitätsgewinn zu verkürzten Arbeitszeiten (z. B. von der 40- zur 30-Stundenwoche) und somit geringeren Personalkosten in den Behörden führt. Aber logischerweise muss der "Öffentliche Dienst" sich gleichzeitig dem neuen Zeitgeist anpassen, indem er seinen Service-Charakter und seine echte Kundenorientierung durch längere Öffnungszeiten, bessere Erreichbarkeit und kürzere Bearbeitungszeiten unterstreicht.

Zusammenfassend: Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der EU sind nicht nur die Kosten der Arbeitslosigkeit zu eliminieren, sondern gleichzeitig ist der Beamtenapparat in den verschiedenen Ländern zu modernisieren unter Berücksichtigung aller Verbesserungsvorschläge seiner Staatsdiener sowie all der vorgetragenen Beschwerden der bedienten Menschen. Aber gibt es in der EU die einsichtigen Politiker, die bereit sind, diese absolut notwendige, aber unpopuläre Straffung des Beamtenapparats durchzusetzen, wissend, dass sie viele Wählerstimmen kostet?

Nicht zu vergessen ist, dass es nicht nur um die hohen direkten und indirekten Kosten der Arbeitslosigkeit geht, sondern vor allem um ein menschenwürdiges Leben mit Hoffnung und echten Zukunftsperspektiven für jeden einzelnen vorübergehend Arbeitslosen. Wenn arbeitswillige Menschen keine Arbeitsgelegenheit finden, dann ist dies eine der größten sozialen Ungerechtigkeiten, die vorstellbar ist. Ein grundlegender Mentalitätswandel ist in unserer Gesellschaft vonnöten, um die Blindheit, das fehlende Einfühlungsvermögen und die Gleichgültigkeit gegenüber unseren Arbeitslosen zu bekämpfen. Eine befreiende Vision verlangt von der Gesellschaft die Bereitschaft zur Umsetzung, von den Politikern die Energie zur Erklärung und Durchsetzung von neuen Konzepten. Dies ist immer mit Schwierigkeiten verbunden, darum muss man erst klar das gemeinsame Ziel deklarieren, sodann einen konkreten Weg für die Zukunft aufzeigen und die Gesellschaft überzeugen und mobilisieren. Strukturelle Änderungen der Arbeitsmärkte und Sozialsysteme sind möglich, wenn die Regierenden und die Bürger wissen, wohin sie gehen wollen. In der Welt von morgen sind Erfindungsreichtum, Tätigkeitslust und Innovation des Einzelnen mehr denn je gefragt; doch Zukunftsoptimismus, Ausbildung, Forschung, Technik und ein sich selbst überlassener Markt sichern alleine noch nicht die Wettbewerbssituation der EU, hinzukommen muss Phantasie zur gerechten Beteiligung aller an der Arbeit und neue Ideen zur Umgestaltung und Verteidigung der Errungenschaften unserer sozialen Sicherungssysteme. Dies alles nutzt den Menschen aber nur, wenn es sich auf unserem blauen Planeten weiterhin leben lässt. Lediglich wenn dem Umweltschutz ein hoher Stellenwert zugeordnet wird und zugleich die Menschen empfinden, dass die sozialen Belange wie die Absicherung gegen Krankheit, gegen Arbeitslosigkeit, gegen Altersarmut, usw. ausreichend abgedeckt sind, versetzt sich die Bevölkerung der EU in eine aussichtsreichere Lage, um den Herausforderungen des globalen Wettbewerbs in Zukunft erfolgreich zu begegnen. Der Publizist Warnfried Dettling formuliert es sehr präzise: "Diesseits und jenseits von Arbeit braucht eine erfolgreiche Gesellschaft, soll es den Menschen gut gehen, die sichtbare Hand des Staates, die unsichtbare Hand des Marktes - und die vielen sichtbaren und unsichtbaren Hände von Menschen in einer sozial aktiven Bürgergesellschaft".

Hier wird lediglich ein Lösungsweg durchdacht, der Ausgangspunkt für weitere Überlegungen sein sollte. Leider kommt man ohne Zahlen nicht aus, wenn man präzise Vorschläge und nicht nur vage, leicht missverständliche Richtlinien unterbreitet. Politik und Wirtschaft versorgen

unsere hastige, audiovisuelle Gesellschaft üblicherweise mit überstürzten Beiträgen und unscharfen Bildern, die der Interpretation des Einzelnen viel Spielraum einräumen. Hier in diesem geschriebenen Text ist jedoch die Präzision der langsamen, rationalen Analyse notwendig, um eine Lösung unmissverständlich und klar vorzustellen. Dennoch sollten die Tabellen und Formeln in den nächsten Kapiteln niemanden abschrecken bzw. vom Weiterlesen abhalten, denn sie sind absichtlich einfachster Natur und verwenden nur die Addition und Multiplikation, die jeder in der Schule gelernt hat. Zudem folgt jeder Formel stets mindestens ein erläuterndes Beispiel, das ausführlichst vorgerechnet wird. Der Kernvorschlag zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit ist gerade in diesen ersten Kapiteln enthalten.

Erster Abschnitt

Steuern als Instrument zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit

Dieser Abschnitt ist der Vorstellung steuerlicher und sozialer Innovationen gewidmet, um allen Erwerbswilligen die Teilhabe am jeweils vorhandenen Arbeitsvolumen zu ermöglichen und das Arbeitslosenproblem definitiv zu lösen.

Im Einzelnen handelt es sich um:

einen neuartigen Steuersatz für den Arbeitgeberanteil, der zur Verteilung der Arbeit auf mehr Schultern und folglich zur Einstellung neuer Mitarbeiter führt, weil so eine Personalkostenreduktion erzielt wird;

eine wirksame Arbeitslosensteuer, die sämtliche Überstunden - auch die nicht bezahlten - eliminiert;

eine sehr schwach beginnende Lohnsteuer, die neue Arbeitsplätze für Geringqualifizierte sowie maßgeschneiderte betriebliche Kurzarbeitszeiten fördert;

ein für Mütter junger Kinder attraktives Kindergeld, das ihren Entschluss zur vorübergehenden Einschränkung der Berufstätigkeit bekräftigen soll, zumal die der Kindererziehung gewidmete Zeit mit einem Rentenbonus honoriert wird;

eine Rente und eine spezifische Rentensteuer, die die Altersteilzeit und den langsamen Ausstieg aus dem Berufsleben unterstützen, jedoch den definitiven Austritt hinauszögern, um die knappen Staatskassen zu schonen.

Alle diese Maßnahmen verfolgen zielstrebig den Abbau der Massenarbeitslosigkeit durch eine bessere Verteilung der Arbeit dank einer **gesetzlich nicht vorzuschreibenden, wirtschaftlich sinnvollen** Arbeitszeitverkürzung für alle Erwerbstätigen (mit Bruttolohnleinbuße, aber geringem Nettolohnverzicht). Das angestrebte Teilen und die dadurch aufgewertete praktische Solidarität sollen einer in Krise geratenen Gesellschaft helfen, den Graben zwischen den Randgruppen und den Wohlhabenden langsam zu schließen.

Ohne die Impulse des einzelnen stagniert die Gesellschaft; ohne das Wohlwollen der Gesellschaft erlöschen die Impulse.
William James ("Great Men and their Environment")

Kapitel 1:

Der Schlüssel zur Arbeitsverteilung: ein neuartiger Arbeitgeberanteil

Der Weg zur wirtschaftlich sinnvollen Umverteilung der Arbeitsstunden.

In meiner Kindheit organisierten manche Mütter an Geburtstagsfeiern ein Spiel, bei dem beispielsweise 10 Stühle nebeneinander mitten in den Raum gestellt wurden, sodann ertönte eine Musik, die bedeutete, dass die 11 anwesenden Kinder um die Stühle herumlaufen mussten, bis plötzlich die Musik stoppte und die eilige Suche nach einem freien Stuhl einsetzte. Alle fanden einen Platz zum Sitzen bis auf ein Kind, das stehen blieb und ausscheiden musste, weil immer ein Stuhl weniger als notwendig vorhanden war. Niemand wäre auf den Gedanken gekommen, diesem Kinde zu sagen: Warum sitzt du nicht? In Europa fehlen heute über 15 Millionen Arbeitsplätze und große Bevölkerungskreise in der EU haben noch kein Verständnis für die Arbeitslosigkeit. "Und warum arbeitest du nicht?" lautet ihre vorwurfsvolle Frage.

Einleitend sei noch einmal betont, dass die Arbeitsverteilung nicht die einzige, völlig isolierte Maßnahme gegen die Arbeitslosigkeit sein sollte. Wir würden uns täuschen, wenn wir dächten, dass die Arbeitsverteilung die Formel ist, die ein strukturelles Problem löst, für das das wirtschaftliche Wachstum und andere Strukturmaßnahmen keine Lösung hergaben. Die Arbeitsverteilung ist nur ein Teil einer globaleren Strategie, zu der das Wachstum der Unternehmen, die Eroberung der Märkte, die Internationalisierung, die produktiven, technologischen und organisatorischen Verbesserungen, die berufliche Weiterbildung der Leitenden und der Belegschaft,... gehören. Aber das Wachsen und das Schaffen neuer Arbeitsplätze ist nicht inkompatibel mit dem Verteilen. Eine expansive Wirtschaftspolitik, die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sowie die Eroberung neuer Märkte sind vereinbar mit der Verteilung der Beschäftigung in einer Welt mit einer neuen sozialen und kulturellen Organisation. Die Zukunft liegt in einem neuen Gleichgewicht von Arbeitszeit und Freizeit. Eine Zukunft, in der die Arbeit intensiver, bereichernder, produktiver und kooperativer sein wird. Und eine Freizeit neuer Dimension, um die Kontrolle über unser eigenes Leben zurückzugewinnen, um die Bindungen einer echten, humaneren und solidarischen Gesellschaft wiederherzustellen, um wirklich teilzuhaben an einem gesellschaftlichen Leben, das wir wieder als das unserer und das unserer Nachbarn und Mitbürger wiedererkennen. Das scheint eine konkrete Utopie, vielleicht die letzte quantifizierbare und realisierbare, die uns verbleibt, vielleicht auch die einzige, die dieser die Menschen mitreisenden technologischen Revolution einen Sinn geben kann, damit die vermeintlich unsteuerbaren Umwälzungen uns nicht wie eine unkontrollierte Lokomotive auf eine Schiene leiten, die unser Zusammenleben beängstigend einengt, unsere Gesellschaft zerreisst, die Natur gravierend schädigt und uns menschliche Kreaturen unserer Werte beraubt.

Schon im Jahre 1978 gelangte der nüchtern analysierende Wissenschaftler Carl Friedrich von Weizsäcker in seiner Studie "Gehen wir einer asketischen Weltkultur entgegen?"¹³⁵ zu folgenden Schlussfolgerungen, deren Richtigkeit zwanzig Jahre später keiner leugnen wird:

Im jetzigen Augenblick erscheinen drei Zwänge fast unabänderlich: 1.- Die Rationalisierung schreitet fort. 2.- Damit ist der Zwang unausweichlich, entweder das Wirtschaftswachstum zu verstärken oder die Arbeitszeit zu reduzieren. 3.- Faktisch bleibt das Wirtschaftswachstum (bei uns, d. h. im Industrieland) langsam, und die strukturelle Arbeitslosigkeit wächst solange, als andere Verteilungsschlüssel nicht gefunden sind.

Der französische Sozialist Michel Rocard stellte im Januar 1996 dem Europäischen Parlament einen Plan vor, der die Sozillasten für die ersten 32 Wochenstunden um ein ECU senken sollte, während die vom Arbeitgeber zu zahlenden Sozillasten für die dieses Limit überschreitenden Wochenstunden um 4 ECU erhöht werden sollten. Die Kosten für jene Arbeitgeber, die nicht bereit wären, die Wochenarbeitszeit von 40 auf 32 Stunden zu reduzieren, bliebe unverändert, während jene, die die Chancen der Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 32 Stunden nutzen würden, eine Kostenentlastung verbuchen würden. Dazu veröffentlichte Jacques Delors folgende prinzipiell zustimmende Überlegung ("Le Nouvel Observateur", 14. 03. 1996):

Verallgemeinernd kann man sagen, dass in den fünfziger Jahren ein Lohnarbeiter im Laufe seines Lebens 100.000 Stunden der Arbeit widmete. Derzeit sind es im Durchschnitt nicht mehr als ca. 70.000 Stunden. Und in fünfundzwanzig Jahren wird dieses Arbeitsleben eine Dauer von nur 45.000 oder 50.000 Stunden erreichen. Wie bringt man unseren Verantwortlichen und Arbeitern diese phantastische Wandlung bei...? Nehmen wir einmal einen Zeitraum von 45.000 Arbeitsstunden an. Das würde zu 30 Jahren Arbeit à 32 Stunden pro Woche anstatt der heutigen 40 Jahre führen. Was tun mit diesen zehn Jahren? Sich einfach anderen Tätigkeiten widmen, die neuen Bedürfnissen entsprechen ... [Mit dem Rocard-Plan] könnte was derzeit vier Arbeiter schaffen, morgen von fünf erledigt werden. Wegen seiner Wirklichkeitsnähe und der Ablehnung jeglicher Verordnung dieser Maßnahmen, d.h. der Ablehnung jeder Art erzwungenen Gleichschrittmarsches, respektiert dieser Plan die Freiheit eines jeden und gestattet die notwendige Mentalitätsentwicklung zu dieser neuen Gesellschaft. Schließlich fördert er dezentralisierte Verhandlungen, ja sogar auf Niveau von Produktionsplätzen, und trägt der Vielfältigkeit der Situationen sowie der oft recht unterschiedlichen Haltungen der Firmenchefs und der Arbeiter Rechnung.

Der Plan hatte jedoch einen wichtigen Haken, der ihn zum Scheitern verurteilte: die Arbeiter sollten nach Rocard zwar weniger Wochenstunden arbeiten, aber dennoch praktisch denselben Lohn erhalten, denn eine generelle Kürzung der Arbeitszeit hielt er nur für durchführbar, wenn sie von der Mehrheit verlangt würde; diese würde sie aber nur verlangen, wenn sie ihr nicht schadet. Damit jedoch so ein Arbeitsverteilungsplan den gewünschten Erfolg zeitigt, sind immer die von Joaquín Estefanía⁵ formulierten Forderungen zu erfüllen:

Damit die Formel zur Verteilung der Arbeitszeit aufgeht, müssen zwei Bedingungen erfüllt sein: Dass die besagte Verteilung markant und nicht zu gering ausfällt, denn sonst können die kleinen Arbeitszeitminderungen von möglichen Produktionszuwächsen absorbiert werden und die positiven Effekte für die Schaffung von Arbeitsplätzen verschwinden. Die

zweite Bedingung ist, dass diese Verteilung die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nicht durch eine Zunahme der Lohnkosten belastet. Die Wettbewerbsfähigkeit wird durch das Verhältnis zwischen Produktivität und Kosten definiert: Eine Firma kann eine höhere Produktivität als eine andere aufweisen und dennoch nicht wettbewerbsfähiger sein, wenn ihre Kosten pro Produkteinheit höher sind als die der zweiten.

Ohne die der Arbeitszeitverkürzung entsprechende proportionale Senkung der Bruttolöhne ergibt sich bei Rocard's Plan eine Erhöhung der Lohnstückkosten in den Unternehmen, was die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gefährden würde. So geht es also nicht, die zweite zu erfüllenden Grundbedingung Estefanías ist also nicht aus den Augen zu verlieren. Darum wird Rocard's Grundgedanke der unterschiedlichen Besteuerung der Wochenarbeitsstunden hier in einer verstärkten, logischeren Form aufgegriffen, die eine proportionale Bruttolohnsenkung vorsieht, aber gleichzeitig werden die dadurch verursachten Lohneinbußen der Arbeitnehmer durch ein anderes, die Wochenstunden ebenfalls berücksichtigendes Steuersystem weitgehend abgeschwächt. Der nominale Bruttoverlust soll so zu einer viel kleineren, erträglichen Minderung des Nettoeinkommens führen. Denn die Arbeitszeitverkürzung und die damit einhergehende solidarischere Verteilung der Arbeit auf mehr Personen soll:

- ? wirtschaftlich sinnvoll sein,
- ? weder per Gesetz noch per Tarifvertrag erzwungen werden,
- ? zur Senkung der Lohnstückkosten in den Unternehmen beitragen,
- ? für die Menschen dennoch erträglich gestaltet werden.

In diesem ersten Kapitel wird darum vorgeschlagen, dass der Arbeitgeber an den Staat für jeden seiner Mitarbeiter einen neuartigen Arbeitgeberanteil monatlich abführt, der die Funktion eines sinnvollen **Verteilungsschlüssels** zur Reduktion der Arbeitslosigkeit übernehmen kann. Steigt nämlich der Arbeitgeberanteil mit der Anzahl der gearbeiteten Monatsstunden besonders stark an, so "zwingt" er den Arbeitgeber, mehr Arbeitsplätze mit kürzerer Arbeitszeit anzubieten, weil dies für die Firma niedrigere Steuerabgaben bedeutet.

Welche Art Steuerformel für den Arbeitgeberanteil hilft, die vorhandene Arbeit auf mehr Menschen zu verteilen? Der Ansatz hierfür ist denkbar einfach, wie an dem folgenden Beispiel gezeigt wird.

Man nehme an, in Zukunft müsste der Arbeitgeber für den Arbeitnehmer einen Steuersatz zahlen, der nur von den im jeweiligen Monat vom Mitarbeiter geleisteten Arbeitsstunden abhängt. Zum Beispiel könnte für den Steuersatz folgende Tabelle gelten:

Im Monat gearbeitete Stunden	Steuersatz S für Arbeitgeber	
40	8 %	
60	12 %	
80	16 %	
120	24 %	(1.1)
160	32 %	
200	40 %	

Für den Angestellten Robert, der 8 Stunden pro Tag arbeitet, ergeben sich bei 20 Arbeitstagen 160 Monatsstunden und folglich laut Tabelle ein Steuersatz S für den

Arbeitgeberanteil von 32 %. Bei einem angenommenen Bruttolohn von 3040 Euro, wäre also der vom Arbeitgeber für Robert abzuführende Betrag:

$$\text{Arbeitgeberanteil B} = 32 \cdot 3040 / 100 = 972,80 \text{ Euro}$$

Organisiert sich der Arbeitgeber derart, dass Roberts 8-Stundenarbeit in Zukunft auf Christa und Robert aufgeteilt wird, so würde sich für diese beiden 80 Monatsstunden-Mitarbeiter laut obiger Tabelle ein Steuersatz S von nur 16 % ergeben. Da jeder nur den halben Bruttolohn von 1520 Euro (= 3040 / 2) beziehen würde, wäre der

$$\text{Arbeitgeberanteil B} = 16 \cdot 1520 / 100 = 243,20 \text{ Euro}$$

Für 2 Mitarbeiter à 4-Studentag zahlt der Arbeitgeber nur $2 \cdot 243,20 = 486,40$ Euro Steuern, d.h. genau die Hälfte gegenüber einen Arbeitnehmer, den er 8 Stunden/Tag beschäftigen würde, d.h. 50 % des Arbeitgeberanteils können erspart werden.

Man könnte sich auch eine weniger progressiv ansteigende Steuertabelle vorstellen. Die folgende Tabelle

Im Monat gearbeitete Stunden	Steuersatz S für Arbeitgeber
40	11 %
60	14 %
80	17 %
120	23 %
160	29 %
200	35 %

(1.2)

zwingt den Arbeitgeber nicht so stark, sich mit der Möglichkeit auseinanderzusetzen, mehr Personen einzustellen, auf die die Arbeit zu verteilen wäre. Denn für unseren 8 Stunden arbeitenden Robert müsste dann der Arbeitgeber einen Steuersatz von 29 % anwenden und also den

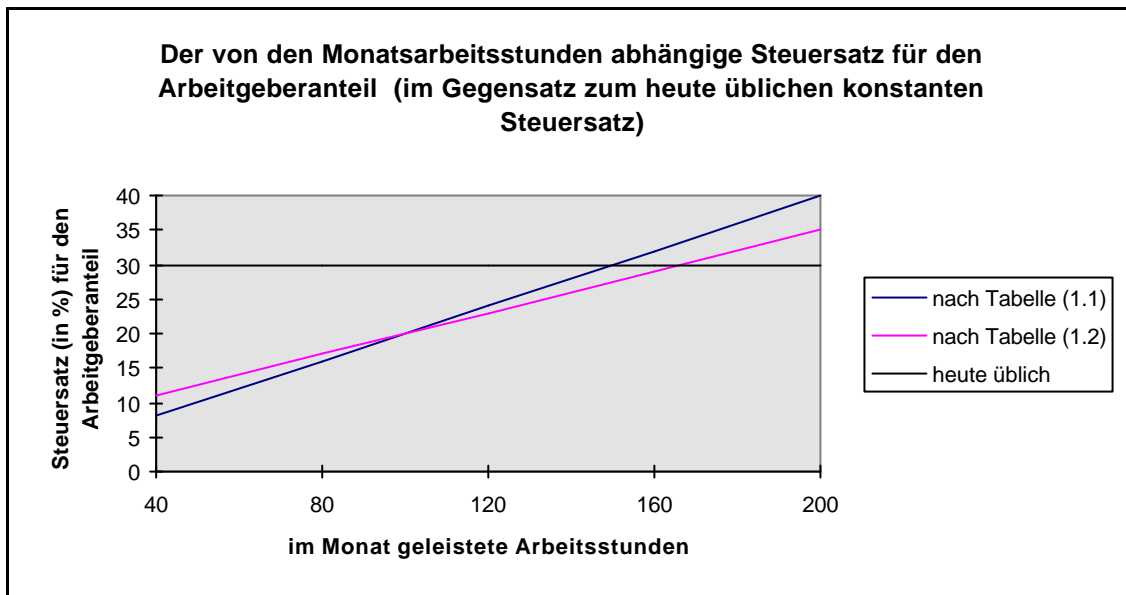
$$\text{Arbeitgeberanteil B} = 29 \cdot 3040 / 100 = 881,60 \text{ Euro}$$

abführen, während bei einer Aufteilung der Arbeit auf Christa und Robert für beide ein Steuersatz von 17 % zur Anwendung käme und folglich ein

$$\text{Arbeitgeberanteil B} = 17 \cdot 1520 / 100 = 258,40 \text{ Euro}$$

an den Staat zu entrichten wäre. Die Aufteilung der Arbeit bewirkt also hier eine geringere Einsparung (41,4 %) für den Arbeitgeber. Dementsprechend ist der Druck, mehr Personal einzustellen, geringer.

Die folgende Abbildung zeigt den gravierenden Unterschied zwischen den in der EU "heute üblichen" konstanten (jedoch je Land recht unterschiedlichen) Prozentsätzen für die Arbeitgeberanteile und den zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hier vorgeschlagenen Prozentsätzen, die von den gearbeiteten Monatsstunden abhängen.



Konsequenzen

Falls der Staat ein solches auf den Arbeitsstunden basierendes Fiskalsystem verwirklichte, ergäben sich für den Arbeitgeber einige Nachteile: Er muss mehr Personal anlernen und überwachen, sämtliche Tätigkeiten werden auf mehr Personen verteilt, was einen größeren Aufwand an Abstimmung, Information und Koordination erfordert. Schließlich verursacht eine größere Belegschaft mehr Reibungen, mehr Konfliktsituationen usw.

Als Vorteil ist jedoch nicht nur die Kostenreduktion hervorzuheben, denn beispielsweise gestattet die Einführung eines 4-Schichten-Betriebes in den Produktionsstätten, die Ruhezeiten (Frühstückspausen) zu eliminieren und generell die Probleme der 35- oder 37-Stundenwoche zu beseitigen. Denn 6 Stunden kann man ohne Pause arbeiten, was Maschinenstillstandszeiten verschwinden lässt. Außerdem kann der Betriebsleiter in Urlaubs- oder Krankheitsfällen andere eingearbeitete Kollegen bitten, mehr Stunden zu arbeiten, um die Folgen dieser Ausfälle zu minimieren.

In einer europäischen Fabrik, in der jetzt drei Schichten nur 7,25 bis 7,75 Stunden arbeiten (wegen vorgeschriebener Pausen), könnten in Zukunft 4 Schichten à 6 Stunden (und vermutlich ohne Pause) arbeiten. Der Arbeitgeberanteil würde sich (in einem Monat mit 20 Arbeitstagen) für die Firmen bei Anwendung der Tabelle (1.1) von 32 % auf 24 % vermindern, die Maschinenlaufzeiten würden sich um 5 - 6 % verlängern. Die Lohnnebenkosten je Produktionseinheit reduzierten sich wie folgt:

	<u>3-Schicht-Betrieb</u>	<u>4-Schicht-Betrieb</u>
Produktionseinheiten/Tag:	100	105
Arbeitgeberanteil:	32 %	24 %

Das bedeutete: Die Lohnnebenkosten für 100 Produktionseinheiten sanken von 32 % auf $24/105 = 22,86\%$.

Selbstverständlich bedeutet dies für jeden Lohn- oder Gehaltsempfänger, der bisher 8 Stunden täglich in die Fabrik ging und dessen Arbeitszeit auf 6 Stunden verkürzt wird, eine Einkommenseinbuße. Aber das Nettoeinkommen sollte nicht um 25 % sinken, denn die Abzüge, die der Arbeitnehmer bei seiner Arbeitslosensteuer, seiner Lohnsteuer usw. bezahlt, sollen in Zukunft jenen, der 8 Stunden arbeitet, mit höheren Steuersätzen belasten als jenen, der 6 oder sogar nur 4 Stunden arbeitet.

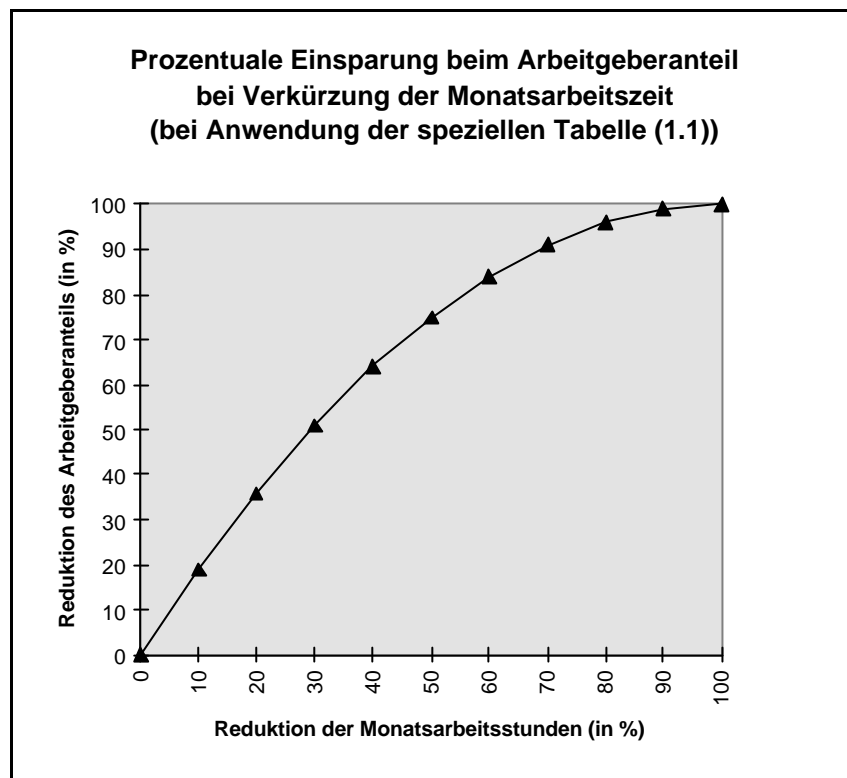
Ist ein Kaufhaus 10 oder 12 Stunden geöffnet, so werden in Zukunft selbstverständlich keine Überstunden mehr geleistet (denn sie treiben den Arbeitgeberanteil zu sehr in die Höhe), sondern die Arbeit wird auf 2 Personen aufgeteilt.

Dasselbe sollte für den Direktor eines Großkonzerns gelten, der 12 Stunden täglich arbeitet mit einem Bruttoeinkommen von 15000 Euro. Zwei Direktoren an seiner Stelle, die jeweils 6 Stunden arbeiten, würden dem Großkonzern bei Inkrafttreten des vorgeschlagenen Arbeitgeberanteils der Tabelle (1.1) viel Geld ersparen, ganz abgesehen davon, dass vier Augen mehr sehen als nur zwei und zwei Gehirne Ideen austauschen und Entscheidungen ausdiskutieren können. Manche Fehlentscheidung in europäischen Unternehmen wäre vielleicht vermeidbar gewesen, wenn ein anderer denkender Kopf sie überprüft hätte, ohne dadurch dem Unternehmen Mehrkosten zu verursachen, sondern sogar bei gleichzeitiger Kostenentlastung für die Firma.

Was geschieht in Zukunft, wenn ein Unternehmen aufgrund unvorhersehbarer politischer Ereignisse wichtige Märkte verliert, die schon fertiggestellten Produktionsmengen nicht mehr exportierbar sind und darum für eine längere Zeit eine sehr drastische Drosselung der Produktion unumgänglich wird? Zwei teure Varianten standen bisher in solchen Fällen vorrangig zur Debatte:

- ? Kurzarbeit offiziell zu beantragen, oder
- ? einen bedeutenden Teil der Belegschaft zu entlassen.

Beide bürdeten dem Staat erhebliche Kosten auf und belasteten die zukünftige Ergebnisrechnung des angeschlagenen Unternehmens noch zusätzlich mit den zu zahlenden hohen Abfindungen (bei Personalentlassungen) oder mit künftig höheren Herstellkosten je Produktionseinheit (bei Kurzarbeit). In Zukunft hingegen hat der Arbeitgeber freie Hand bei der Festlegung der Arbeitszeiten und kann der 4 Schichten à 6 Stunden arbeitenden Belegschaft die Schichtdauer von 6 auf 4 Stunden kürzen, damit die Produktionsanlagen nur noch 16 von den 24 Stunden in Betrieb sind. Dadurch reduzieren sich für die Firma die zu zahlenden Bruttolöhne um ein Drittel, der Arbeitgeberanteil fällt aber sogar um über 55 % bei Anwendung der Tabelle (1.1). Die folgende Abbildung verdeutlicht diese aus (1.1) sich ergebenden Einsparungen für den Arbeitgeberanteil:



Für Robert wurden die 75 Prozent Einsparung bei Halbierung der Arbeitszeit bereits vorgerechnet (der Arbeitgeberanteil sank von 972,80 auf 243,20 Euro).

Ein Unternehmen hat bei diesem System also kein Interesse am Personalabbau, kürzere Arbeitszeiten stellen eine nützlichere Hilfe dar und sind für die Mitarbeiter weniger traumatisch. Zwar trifft alle Mitarbeiter eine 33%ige Einbuße beim Bruttolohn sehr hart (der Nettolohn sinkt "nur" um die 15-20 %), aber menschlich ungerechter und organisatorisch schwieriger wären Personalkündigungen für ein Drittel der Arbeiter.

Auf dem Arbeitsmarkt treffen sich fortan zwei entgegengerichtete Interessen: die Arbeitgeber, die kürzere Arbeitszeiten bevorzugen, und die Arbeitnehmer, die möglichst lange Arbeitszeiten anstreben. Kein Arbeitnehmer muss zukünftig leer ausgehen und unbeschäftigt bleiben, jeder bekommt seinem Wirtschaftssektor, seiner Qualifikation und seinem Einsatz entsprechend seinen Anteil vom "wertvollen Gut" der angebotenen Arbeitsstunden. Ein flexibler, frei funktionierender Arbeitsmarkt entsteht, der ein ausbalancierendes Element (die Arbeitszeit!) besitzt, das Angebot und Nachfrage an Arbeitsstunden im Gleichgewicht hält, das also die Überstunden mit den "Unterstunden" ausgleicht. Zieht die Konjunktur an, so werden längere Arbeitszeiten angeboten, in Krisenzeiten werden diese reduziert, aber niemand muss deswegen seinen Arbeitsplatz verlieren. Heute hingegen gibt es viele Menschen, die in einer Gesellschaft, die von hoher Arbeitslosigkeit geprägt wird, regelmäßig Überstunden leisten. Dies ist nur möglich, wenn der Arbeitsmarkt durch Gesetze, Tarifverträge, Kündigungsschutz usw. verzerrt und seines ausbalancierenden Elements beraubt wird.

Keinerlei Probleme bereitet die Übertragung dieser Arbeitsverteilungsphilosophie auf die Selbständigen. Für sie gilt die These, dass ein Selbständiger sein eigener Arbeitgeber ist, er ist

gleichzeitig Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Abführung des Arbeitgeberanteils B muss er für sich als Arbeitnehmer leisten. Es ist also gleichgültig, ob man sein eigener Arbeitgeber ist oder nicht, der Arbeitgeberanteil B ist in jedem Falle abzuführen, dafür gibt es dann auch einen entsprechenden Rentenanspruch, wie im 5. Kapitel dargestellt wird. Doch zunächst seien am Beispiel meines äußerst preiswerten und hervorragend die Haare schneidenden Dorffrisörs die Auswirkungen dieses Steuersystems auf Selbständige vorgeführt. Dieser Frisör (er sei hier Carlos genannt) ist so mit Arbeit ausgebucht, dass er von morgens 7-8 bis abends 22 Uhr durchgehend (oft mit einer nur halbstündigen Mittagspause) pausenlos Kunden bedient. Diese müssen auch nicht lange warten, bis sie an der Reihe sind, da er Zeitkarten vergibt, die man sich einige Tage zuvor abholen muss. Unangemeldet schneidet er niemanden die Haare, er weiß am Tage zuvor genau, wann er am nächsten Tag seinen ersten und seinen letzten Kunden hat. Es ist dieser perfekt organisierte Service, der dem Frisör gestattet, jede Woche 70 Stunden ohne Andrang und Wartezeiten wie eine Uhr zu arbeiten: Ein Kunde nach dem anderen bekommt von ihm seine Haare geschnitten, denn es ist eben ein Ein-Mann-Betrieb. Bei seiner anormalen monatlichen Arbeitszeit von rund 300 Monatsstunden ergäbe sich nach Tabelle (1.1) für ihn ein Steuersatz S für den Arbeitgeberanteil B von 60 % (der Wert ist dort nicht direkt ablesbar, wohl aber leicht einzusehen) auf den sich selbst zugestandenen Bruttolohn! Angenommen dieser wäre 3000 Euro, so müsste er zusätzliche 1800 Euro abführen. Diese anormal hohe Belastung würde ihn sofort veranlassen, seine Bedenken gegenüber der Einstellung eines Mitarbeiters zu revidieren, zumal er mit einem Gehilfen auch die Leistung seines Frisörgeschäftes zu steigern vermag; es könnten mehr Bärte rasiert und mehr Haare geschnitten werden, derart dass aus den aktuellen 300 Monatsarbeitsstunden zukünftig 320 Gesamtarbeitsstunden werden könnten. Eine mögliche Aufteilung wäre:

Carlos arbeitet 180 Stunden im Monat und gesteht sich 2500 Euro brutto,
der Gehilfe dagegen arbeitet 140 Stunden und bekommt dafür 1000 Euro brutto.

Diese sinnvolle Aufteilung führt nach Tabelle (1.1) jeweils zu Arbeitgeberanteilen von

36 % auf 2500 Euro, d. h. 900 Euro für Carlos,
28 % auf 1000 Euro, d. h. 280 Euro für den Gehilfen,
also insgesamt: 1180 Euro für beide zusammen.

Die Einsparung von 620 Euro beim Arbeitgeberanteil (von 1800 auf 1180 Euro) bei Einstellung eines Gehilfen wiegt sogar die eingetretene Erhöhung der Bruttogehaltssumme um 500 Euro (von 3000 auf 3500 Euro) auf. Der Frisör unseres Beispiels erleidet brutto eine Einkommenseinbuße, aber wie erst später verständlich und in Anhang A ersichtlich, verschlechtert sich sein Nettoeinkommen überhaupt nicht, da zukünftig die Arbeitslosensteuer ebenfalls von den Monatsarbeitsstunden abhängig gestaltet wird. Bei diesem konkreten Beispiel sollte ferner nicht in Vergessenheit geraten, dass die dank der Einstellung eines Gehilfen erreichbaren zusätzlichen Dienststunden zu einer Ausdehnung seiner Kundschaft und zu Einnahmesteigerungen in der Kasse seines Frisörbetriebes führen.

Was also für die Arbeitgeber günstig ist, erweist sich für die Selbständigen als genauso vorteilhaft, sobald man die Selbständigen als Ein-Mann-Unternehmer betrachtet und entsprechend behandelt. Waren sie vorher so überarbeitet wie mein Frisör, so werden sie die wiedergewonnene Freizeit als einen ihrer Hauptvorteile ansehen.

Die Tabellen (1.1) und (1.2) dienen hier als konkrete Einführungsbeispiele einer allgemeineren Formel für den Steuersatz des Arbeitgeberanteils, die folgendermaßen aussieht:

$$\text{Steuersatz } S \text{ (in \%)} = k_0 + k_1 \cdot MH \quad (1.3)$$

wobei k_0 und k_1 für zwei konstante Werte stehen (wird sogleich anhand zweier Beispiele erläutert) und MH die individuellen Monatsarbeitsstunden der Mitarbeiter bedeutet. Sie verdient es, rot umrahmt zu werden, denn die Einführung per Gesetz dieser einfachen Formel zur Ermittlung des Steuersatzes für den Arbeitgeberanteil reicht aus, um die angestrebte solidarische Arbeitsverteilung automatisch zu provozieren. Sie baut die Überstunden ab und **eliminiert die Arbeitslosigkeit**.

Bezeichnet BE das Bruttoeinkommen des Beschäftigten, so errechnet sich der Arbeitgeberanteil B aus der Formel

$$B = S \cdot BE / 100 \quad (1.4)$$

Wählt man für die Konstanten k_0 und k_1 die Werte $k_0 = 0,2$ und $k_1 = 0$, so würde die Formel (1.3) für den Steuersatz wie folgt aussehen:

$$S \text{ (in \%)} = 0,2 \cdot MH \quad (1.5)$$

Es ist sofort zu erkennen, dass diese Spezialformel (1.5) zu den Werten der Tabelle (1.1) führt, anhand der wir die Kosteneinsparungen der konsequenten Arbeitsverteilung für die Arbeitgeber erläutert haben. Die Tabellen enthalten also nur einige ausgewählte Werte, und jetzt wird deutlich, dass die Steuersätze nicht alle 20 Monatsstunden sprunghaft ansteigen, sondern dass dieser Anstieg des Steuersatzes wirklich langsam und kontinuierlich ist, so wie es die graphischen Darstellungen auf den vorgehenden Seiten mit ihrem stetigen, nicht sprunghaften Verlauf bereits zeigten. Jedem Wert MH (=Monatsstunden) entspricht also ein eigener Steuersatz. Beispielsweise errechnet sich für $MH = 128$ Monatsarbeitsstunden nach (1.5) ein Steuersatz von 25,6 %.

Ordnet man hingegen in Formel (1.3) den Konstanten die Werte $k_0 = 0,15$ und $k_1 = 5$ zu, so wäre der Steuersatz S

$$S = 0,15 + 5 \cdot MH \quad (1.6)$$

Diese Formel ergibt die Werte der zweiten Tabelle (1.2), die einen schwächeren, nicht so steilen Anstieg des Steuersatzes provozieren, wie schon in der Abbildung ersichtlich war.

Weitere Beispiele möglicher Arbeitszeiten.

Eine Flexibilität bei den Arbeitsstunden gestattet Arbeitszeiten, die für gewisse Menschen besonders attraktiv sein können, wie die folgenden, heute utopisch wirkenden Beispiele aufzeigen.

Zwei verschiedene Fabriken A und B könnten folgende Arbeitszeiten offerieren:

<u>Fabrik</u>	<u>1. Schicht</u>	<u>2. Schicht</u>	<u>3. Schicht</u>	<u>4. Schicht</u>	<u>5. Schicht</u>
A	6-10	10-14	14-18	18-24	24- 6
B	7-12	12-18	18-24	24- 7	

Die bevorzugten Arbeitszeiten sind kürzer als die weniger gewünschten, wer abends oder nachts arbeitet, erreicht ein höheres Bruttoeinkommen dank der längeren Schichtdauer. Die Arbeitszeitflexibilität sollte die Wochenendarbeit weder verbieten noch bestrafen, damit wo notwendig die Maschinen sieben Tage in der Woche rund um die Uhr laufen können. Die dadurch erzielbare wesentliche Verbilligung der Produktion gestattet, die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Europa zu verbessern. Man beachte, dass bei allen hier vorgeschlagenen Tabellen nicht zwischen Nacht-, Feiertags- oder normalen Stunden unterschieden wird.

Vorteilhaft wäre es ferner, den überlasteten, bisher 10-12 Stunden arbeitenden Personalchef in der Fabrik B durch 2 jeweils 6 Stunden arbeitende Personalchefs mit folgenden Arbeitszeiten zu ersetzen:

Tagespersonalchef: 9-15 Uhr
 Nachtpersonalchef: 21-03 Uhr

Bisher kannte der (einzige) Personalchef nur die Mitarbeiter der Tagesschichten, in Zukunft hätte jeder Arbeiter Zugang und Kontakt zu einem Personalchef. Man sieht an diesem extremen Beispiel mit der anormalen Nachtarbeitszeit eines Personalchefs (von 21- 03 Uhr), dass die Neuorganisation der Arbeitswelt auch einige gesellschaftliche Gewohnheiten in Frage stellt. Der Start in eine Gesellschaft der Dienstleistungen und der Information zieht einher mit einer Schrumpfung des industriellen Sektors der Güterproduktion, der langsam immer weniger Menschen beschäftigen wird. Unsere soziale Organisation, unsere Arbeitsgewohnheiten sind aber das Ergebnis der Industriegesellschaft. Das typische Modell der Industriegesellschaft ist die Produktionskette. Damit eine Kette funktioniert ist es notwendig, dass alle Arbeiter am gleichen Ort zur gleichen Zeit anwesend sind. Räumliches und zeitliches Zusammentreffen ist Grundvoraussetzung. Dieser Grundforderung genügend, organisierte sich die Gesellschaft: Die Begriffe des Arbeitsplatzes, der festen Arbeitszeit, der gemeinsamen Urlaubszeit, der festen Feiertage... sind das Ergebnis jenes Industriemodells. Und nun fahren wir damit fort, obwohl die meisten Tätigkeiten diese strikten Auflagen nicht benötigen, ja ohne sie sogar besser funktionieren könnten. Gleitende Arbeitszeiten, die nicht übereinstimmen müssen mit jenen anderer Aktivitäten, permanente 24-Stunden-Dienste für alle Tage des Jahres, Telearbeit oder Heimarbeit, Teilzeitarbeit, gestaffelte Ferienzeiten, usw... das sind die Begriffe, die langsam die neue Organisationsform der Arbeitswelt prägen. Sie wird flexibler, variabler und individueller sein. Der Argwohn und das Misstrauen gegenüber dieser Entwicklung sind Zeichen einer verständlichen Angst vor einer befürchteten Ausbeutung der Arbeiterschaft. Andererseits hemmen sie die soziale Anpassung und die Entstehung neuer Tätigkeitsfelder in neuen Bereichen.

Zunächst jedoch sei exemplarisch auf weitere Möglichkeiten der Arbeitsaufsplittung sowie der Dehnung der Öffnungszeiten hingewiesen, um mehr Menschen in die Arbeitswelt zu integrieren. Werkstätten oder Dienstleistungsbetriebe könnten Kosten reduzieren, einen besseren Kundenservice und den Mitarbeitern interessante Arbeitszeiten offerieren, z.B.

	<u>1. Schicht</u>	<u>2. Schicht</u>	<u>3. Schicht</u>
Autohändler	7-13	13-20	
Werkstatt	6-11	11-17	17-23
Bank	7-12	12-19	
Chem. Reinigung	8-13 (Mo-Sa)	13-20 (Mo-Fr)	
Supermarkt	8-12 (Mo-Sa)	12-16 (Mo-Sa)	16-21 (Mo-Fr)
Einkaufszentrum	8-12 (Mo-Sa)	12-17 (Mo-Sa)	17-23 (Mo-Fr)

Anhand dieser Beispiele wird deutlich, dass diese völlig unkonventionellen, frei gestaltbaren Arbeitszeiten nicht nur mehr Menschen zu einem Arbeitsplatz verhelfen, sondern dass sie für gewisse Personenkreise durchaus sehr attraktiv sein können. Andererseits wird die Liberalisierung der Öffnungszeiten der verschiedenen Geschäfte und Einkaufszentren in den nächsten Jahren langsam aber unaufhaltsam fortschreiten. Schon heute bekommt man in Städten wie Madrid und Barcelona in vielen Restaurants spät nach Mitternacht ein Abendessen serviert. 145.000 Personen besuchten im Jahre 1998 um Mitternacht eine Paul Klee Ausstellung in Madrids Thyssen-Museum; man kann auch nachts billiger mit einer Tastatur den Atlantik in einem Internet-Cafe überqueren und manche nehmen die Gelegenheit wahr, um bis 2 Uhr morgens die letzten literarischen Neuerscheinungen durchzublättern. Sportgeschäfte wie Decathlon haben bis 22 Uhr geöffnet, Möbelgeschäfte in Einkaufszentren bedienen die Kundschaft ebenfalls bis 22 Uhr, gewisse Kioske schließen überhaupt nie und Bäckereien sorgen rund um die Uhr für frische Brötchen und Baguettes. Die Anforderungen wandeln sich, doch die neuen Marktnischen können erst dann wahrgenommen werden, wenn eine neue flexiblere Reglementierung der Öffnungszeiten diese "After-Hours-Einkäufe" ermöglicht. Auch im Kulturkaufhaus von Berlin ist "Late-night-shopping" ein Publikumserfolg. Andererseits aber machen diese längeren Geschäftsöffnungszeiten und die generell kürzeren, flexibleren Arbeitszeiten es dann völlig unnötig, den Sonntagseinkauf weiterhin zu fördern. Im Gegenteil der Sonntag sollte für möglichst alle Menschen frei sein, von den notwendigen Diensten (Krankenhäuser, Feuerwehr, Notdienste,...) einmal abgesehen. Es ist eine Unsitte, manche Menschen ihres freien Sonntags zu berauben, wenn dazu kein zwingender Grund existiert. Außerdem wäre es dem friedfertigen Zusammenleben förderlicher, wenn wir das dritte Gebot mehr beachten würden und die Menschen sonntags in die Kirchen statt in die Kaufhäuser locken.

Die variablen, breiteren Einkaufs- und Arbeitszeiten würden auch helfen, den Verkehr in den Stoßzeiten etwas zu entlasten, und generell dem Individuum mehr Freiheit bei der Gestaltung seiner Arbeits- und Freizeit einräumen. Viele junge Menschen bevorzugen diese flexibleren Arbeitszeiten und arbeiten gerne abends, damit sie den folgenden Morgen länger schlafen und ihren Wünschen entsprechend gestalten können. Viele Hausfrauen würden hingegen gerne in 4-stündigen Morgenschichten arbeiten, dann nämlich, wenn die Kinder in der Schule sind, um sich den Rest des Tages ihrem Haushalt und ihren Kindern zu widmen.

Schließlich seien beispielhaft mögliche Arbeitszeiten für Gaststätten, Apotheken bzw. Tankstellen aufgeführt. Gaststätten würden vermutlich Küchenpersonal und Kellner für die Mittagszeit (11-15 Uhr) und andere für den Abend einstellen (18-24 Uhr), denn das senkt den Arbeitgeberanteil.

Je zwei nicht weit voneinander entfernt gelegene Apotheken könnten hingegen einen kompletten 16-Stunden-Tagesservice miteinander absprechen:

	<u>1. Schicht</u>	<u>2. Schicht</u>
Apotheke E	7-11 Uhr	11-15 Uhr
Apotheke F	15-19 Uhr	19-23 Uhr

Eine dritte Apotheke G könnte gleichzeitig Arbeitsplätze für eine 8-Stunden-Nachtschicht von 23-7 Uhr anbieten. Dadurch hätten alle Mitarbeiter der Apotheken E, F und G feste, wenn auch heute ungewöhnliche Arbeitszeiten.

An wichtigen Straßen gelegene Tankstellen könnten einen vierschichtigen Dienst offerieren:

	<u>1. Schicht</u>	<u>2. Schicht</u>	<u>3. Schicht</u>	<u>4. Schicht</u>
(Mo-So)	5-10	10-14	14-19	19-24

oder einen dreischichtigen

	<u>1. Schicht</u>	<u>2. Schicht</u>	<u>3. Schicht</u>
(Mo-Do)	5-11	11-17	17-23
(Fr-So)	5-12	12-19	19- 2

In diesem letzteren Falle gäbe es einerseits Mitarbeiter, die nur montags bis donnerstags jeweils 6 Stunden (=24 Wochenstunden) tätig sind, und andererseits solche, die nur freitags - sonntags jeweils 7 Stunden (=21 Wochenstunden) arbeiten.

Arbeitszeiten unter 75 Monatsstunden sollten nur auf schriftlichen Antrag des Arbeitnehmers gestattet sein, um anormal kurze Arbeitszeiten zu vermeiden und ein Mindesteinkommen jedem zu ermöglichen.

Beispielhaft für innovative Arbeitszeiten und eine solidarische Grundhaltung sei das INA-Werk in Herzogenaurach (Deutschland) erwähnt. Völlig freiwillig und ohne den Zwang eines Fiskalsystems hat dieses Unternehmen zusammen mit seinem Betriebsrat den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zur Hauptaufgabe erklärt. Der Hersteller von Wälzlagern und Motorenteilen führte in den überlasteten Abteilungen ein Vierschichtenmodell ein, wandelte Überstunden in Arbeitsplätze um, verlängerte die Maschinenlaufzeiten (sechs Tage = 144 Stunden pro Woche) und schaffte so in acht Monaten über 400 Arbeitsplätze. Der ausgehandelte Pakt hat zwar vielen Arbeitern den Zusatzverdienst gekostet, dafür genießen sie aber einen dreijährigen Kündigungsschutz. Die Konsequenz ist ein "ganz anderes Arbeitsklima, die ewige Angst ist weg" ("Die Zeit", 05. 02. 1998).

Durch die letzten Beispiele sollte nicht der Eindruck entstehen, vornehmlich bei Jobs, die eine geringere Qualifikation verlangen, lasse sich die Arbeit aufteilen. Im Gegenteil, die Einführung der hier vorgeschlagenen Formeln für den Arbeitgeberanteil führt gerade beim viele Überstunden leistenden Management zu den relevantesten Kosteneinsparungen. Sie erzwingen geradezu die Arbeitsverteilung, das Delegieren von Tätigkeiten und schaffen somit die

Möglichkeit der Integration jener Hochschulabsolventen, die ihren ersten Arbeitsplatz suchen, um Berufserfahrung zu erwerben. Problematisch bleibt aber, dass einige Manager meinen, sie seien unersetzbar, würden rund um die Uhr gebraucht und deswegen so hoch bezahlt. Unter diesen Bedingungen werden sie selbst die Einführung flexibler Arbeitszeiten bremsen, um den befürchteten Prestigeverlust hinauszuzögern. Wie jedoch auch der Soziologe Professor Friedhelm Hengsbach¹⁶ hervorhebt, sollten "Teilzeitquoten für Männer auch in den oberen Etagen der Industrieunternehmen, Banken und Versicherungen selbstverständlich werden, selbst wenn Manager sich schwer davon überzeugen lassen, dass ihre Arbeit teilbar ist". Die Arbeitsteilung käme jenen Managern entgegen, die unermüdlich Überstunden arbeiten, oft reisen, ständig per PC und mobilem Telefon erreichbar bleiben, den Wohnungssitz häufig wechseln müssen und darum heutzutage immer öfter die Wichtigkeit des Geldes in Frage stellen. Der internationalen Beratungsfirma "EMA Partners International" zufolge, sind jedenfalls viele Manager bereit, einen Teil ihrer Einkünfte zu opfern, wenn sie dafür ihre Freizeit, ihre freien Wochenenden und ihren völlig ungebundenen Urlaub zurückgewinnen. Auch zeigt die Erfahrung mit der sogenannten "Loi de Robien" in Frankreich, dass die Unternehmer bei lukrativen Angeboten schnell ihre ideologischen Bedenken vergessen. Seit Sommer 1996 erhalten Unternehmen bis zu 40 % ihrer Sozialabgaben erlassen, wenn sie die Arbeitszeit reduzieren und neue Stellen schaffen. Obwohl der Pariser Dachverband gegen das Gesetz mobil machte, unterschrieben in den Folgejahren Tausende von Unternehmen eine entsprechende Vereinbarung. Wenn Geld im Spiel ist, das einen größeren Gewinn verspricht, dann reagieren die Firmen immer, denn das ist die Sprache, die sie sofort verstehen.

Zum Abschluss dieses Kapitels sei vermerkt, dass also eine Umverteilung von Arbeit (natürlich ohne einen direkten Lohnausgleich) derart möglich ist, dass statt 100 Leute mit 100 % Lohn in Zukunft 110 Leute mit 91 % Lohn arbeiten. Um es in der Sprache des eingangs erwähnten Spieles zu formulieren: auf 10 Stühlen könne eben auch 11 Personen sitzen, wenn alle bereit sind, sich etwas einzuengen. Dies vermutete bzw. wusste der intuitive gesunde Menschenverstand einer breiten Menschenmasse allerdings schon immer (daher der ständige Ruf nach der 35 Stundenwoche in vielen Ländern der EU), aber diese Forderung scheiterte an den Mehrkosten, die sie nach den gegenwärtigen Regeln in den Unternehmen verursachte. Denn jeder Arbeitsplatz bedeutet eben nicht nur variable Lohnkosten, sondern zusätzlich fixe Kosten, die also mit der Anzahl der Beschäftigten zunehmen. Diese fixen Kosten sind teils mit dem Arbeitsplatz verbunden, teils aber auch auf soziale Mindestabgaben, auf Steuern, auf Kündigungsschutzklauseln und auf die starren Vorschriften der Arbeitsgesetze zurückzuführen. Mit den in diesem Kapitel vorgestellten Formeln wird der Spieß endlich umgedreht: Die Einstellung neuer Mitarbeiter, um die Arbeit neu zu verteilen, wo es möglich ist, bringt endlich spürbare Einsparungen für die Unternehmer. Nun muss dieser Ansatz auch für die Arbeitnehmer akzeptabel gestaltet werden. Denn der für die Arbeitnehmer durch die Arbeitszeitreduktion entstehende unvermeidliche Nominallohnverlust ist über Entlastungen bei der Arbeitslosen- und der Lohnsteuer sowie durch ein neuartiges, höheres Kindergeld so abzufedern, dass die Reallohneinbußen für fast alle Einkommensschichten minimiert werden. Denn nur minimale Schmälerungen des Nettoeinkommens sind für breite Bevölkerungskreise akzeptabel und erträglich.

Im nächsten Kapitel befassen wir uns darum mit der Arbeitslosensteuer, die der Arbeitnehmer bezahlt. Die Struktur der folgenden Formeln ist denen für den Arbeitgeberanteil so ähnlich, dass sie dem Leser schon bekannt vorkommen werden.

Verantwortungsbewusstes Handeln bedeutet nicht, dass wir unsere Vernunft schärfen, sondern dass wir unsere Gefühle für das Wohl und Wehe der anderen schärfen.
Jostein Gaarder ("Sofies Welt")

Kapitel 2: Eine wirksame Arbeitslosensteuer

Auch von Arbeitnehmerseite soll die Arbeitsteilung unterstützt werden und demzufolge derjenige Arbeitnehmer, der 8 Stunden täglich einem Job nachgeht, einen höheren Arbeitslosensteuersatz haben als jener, der nur 6 oder gar 4 Stunden arbeitet und dadurch erst die Möglichkeit schafft, einen Arbeitslosen wieder in die Gesellschaft einzugliedern. Denn das ist und bleibt unser anzupeilendes Ziel. Die heute üblichen Arbeitslosensteuersätze in der EU dienen nicht der Überwindung der Massenarbeitslosigkeit. Im Gegenteil, die Überstunden sind für die Arbeitgeber und für die Arbeitnehmer fast immer lohnend, weil erstaunliche, von den Politikern vermutlich unbeabsichtigte steuerliche Konstruktionen die Konzentration der Arbeit auf weniger Schultern fördern. So gibt es in vielen Ländern Beitragsbemessungsgrenzen: für die staatliche Rentenversicherung, für die Krankenkassenbeiträge, für die Arbeitslosen- und die Pflegeversicherung, usw. Liegt ein Erwerbseinkommen über den jeweiligen Grenzbeträgen, so wird auf den die Grenze überschreitenden Anteil des Einkommens keinerlei zusätzliche Abgabe erhoben, er ist von der Steuer befreit. Je mehr Arbeit und Leistung vollbracht wird, je höher folglich der Bruttolohn, um so niedriger die prozentuale Abgabenbelastung. Die "Nebenkosten" sinken mit steigendem Einkommen. In verstärktem Maße gilt dieselbe Argumentation für die Überstunden, denn sie verursachen keine Nebenkosten in Form von Krankenstand ("Absentismus"), sie erhöhen nicht den Anspruch auf die jährlichen Urlaubstage, sie beeinflussen meist nicht das Urlaubs- oder Weihnachtsgeld, sie sind oft auch von vielen Nebenkosten befreit, weil bei Überschreitung der jeweiligen Bemessungsgrenzen die Abgaben an die Kranken-, Renten-, Pflegeversicherungen ebenfalls entfallen. Selbst 25%ige Lohnkostenzuschläge für Überstunden ergeben in vielen Fällen bei richtiger Kalkulation, dass die Produktion während dieser zusätzlichen Stunden für die Unternehmen besonders kostengünstig ausfällt. Die Konzentration der Arbeit auf weniger Menschen ist in der Praxis viel billiger als die Einstellung neuer Mitarbeiter. Gewollt oder unbeabsichtigt? Viele der aktuellen Besteuerungssysteme sind zur Bekämpfung der Überstunden und zur Verteilung der Arbeit auf mehr Menschen völlig untauglich.

Darum wird auch für die Arbeitslosensteuer das Prinzip, nicht nur nach der Höhe der Entlohnung progressiv, sondern nach Anzahl der Arbeitsstunden progressiv zu besteuern, hier konsequent fortgesetzt. Denn nicht, wer viel verdient, sondern wer viele Arbeitsstunden alleine für sich beansprucht, soll einen höheren Arbeitslosensteuersatz abführen. Regelmäßige Überstunden, die zu einer 45-, 55- oder 65-Stundenwoche führen, sollen zu einem abschreckend hohen Arbeitslosensteuersatz für den Beschäftigten führen. Und genauso wie im vorangehenden Kapitel keinerlei künstliche Bemessungsgrenze für den Arbeitgeberanteil eingeführt wurde, so wird auch hier jederlei Limit vermieden, denn Bemessungsgrenzen pflegen die erwünschte Arbeitsverteilung zu boykottieren (siehe dazu auch Holger Buch²).

Es soll niemand die Botschaft vergessen, dass die Arbeitsstunden Mangelware sind, deren gerechte Aufteilung auf möglichst viele Personen hier zielstrebig verfolgt wird.

Die allgemeine Formel für einen effizient wirkenden Arbeitslosensteuersatz S_2 ist darum identisch aufgebaut wie die Formel (1.3) für den Arbeitgeberanteil und ist also nur eine Funktion von den zu entlohnenden Monatsstunden MH:

$$\text{Steuersatz } S_2 \text{ (in \%)} = k_2 \cdot \text{MH} + k_3 \quad (2.1)$$

Hierin bedeuten k_2 , k_3 wieder Konstanten, und S_2 sollte nie negativ sein. Der abzuführende Betrag A ermittelt sich durch Anwendung dieses Steuersatzes S_2 auf das Bruttoeinkommen BE

$$\text{Arbeitslosenabgabe } A = S_2 \cdot \text{BE} / 100 \quad (2.2)$$

Für die frei wählbaren Konstanten k_2 und k_3 werden in den folgenden 2 Beispielen verschiedene Werte festgelegt, um die Reichweite und die Wirkungsweise der Formel (2.1) zu erläutern.

Beispiel 1: Setzt man $k_2 = 0,125$ und $k_3 = 10$, so ergibt sich die konkrete Formel

$$\text{Steuersatz } S_2 \text{ (in \%)} = 0,125 \cdot \text{MH} + 10 \quad (S_2 \geq 0) \quad (2.3)$$

die zu den Werten der folgenden Tabelle führt:

Im Monat gearbeitete Stunden	Steuersatz S_2 für Arbeitslosenabgabe
40	0 %
60	0 %
80	0 %
120	5 %
160	10 %
200	15 %
240	20 %
280	25 %

(2.4)

Für unseren 8 Stunden an 20 Arbeitstagen tätigen Robert ergibt sich für 160 Monatsstunden ein Arbeitslosensteuersatz $S_2 = 10 \%$ aus der Tabelle (2.4). Bei einem angenommenen Bruttoeinkommen von 3040 Euro würde auf seinem Gehaltsstreifen also ein Abzug zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von

$$A = 10 \cdot 3040 / 100 = 304 \text{ Euro}$$

erscheinen. Würde sich Robert in Zukunft die Arbeit mit Christa teilen, also nur 80 Stunden im Monat arbeiten, so wäre sein Steuersatz $S_2 = 0 \%$ und folglich seine Arbeitslosenabgabe A gleich Null.

Es liegt in der Logik des Systems, dass man einen umso höheren Arbeitslosensteuersatz S_2 akzeptieren muss, je mehr Stunden man im Monat arbeitet. Denn würden alle Menschen wirklich weniger als 40 Stunden pro Woche arbeiten und somit sämtliche **realen (nicht nur**

die offiziellen!) Überstunden verschwinden, so würde die Arbeitslosenproblematik in der EU sehr gemildert. Es gehört schon zu den unverständlichen Ungereimtheiten der Politik, dass eine Arbeitsministerin, die der französischen Industrie die 35-Stundenwoche vorschreibt, selbst nicht fähig ist, die Arbeitsverteilung vorzuleben und in ihrem Ministerium durchzusetzen. Spitzenpolitiker der EU berichten fast einstimmig über Arbeitszeiten von 12-14 Stunden pro Tag. Wenn die Gehälter der Spitzenbeamten so hoch sind, weil von ihnen eine 60- bis 70-Stundenwoche erwartet wird, dann muss erst recht diese wichtige Arbeit auf mehr Köpfe verteilt werden. Die zunehmende Arbeitssucht unter Politikern, die zu beobachtende politische Hektik, das engstirnige Denken in Wahlperioden und das Gerangel in den Entscheidungsprozessen sollten eigentlich schon Alarmsignale einer krankhaften Entwicklung sein, die fast sicher auf Machtstreben, Arbeitssucht und der damit zusammenhängenden Überlastung zurückzuführen ist. Der Gesellschaft wäre mehr gedient, wenn ihre Spitzenfunktionäre mehr Zeit zum Nach- und Überdenken ihrer Entscheidungen, zum Ausdiskutieren, zum Lesen, zum Entspannen, für Muße und für direkte Kontakte mit der Bevölkerung hätten. Müssten, wie in diesem System gefordert, überlastete Politiker und Staatssekretäre ihre wirklichen Arbeitsstunden angeben und nach der Tabelle (2.1) ca. 25 % Arbeitslosensteuer abführen, so würden sie selbst die Arbeitsverteilung bereitwilliger und konsequenter vorleben und ihre Botschaft wäre glaubwürdiger. Man kann nicht dem einfachen Arbeiter die 35-Stundenwoche mit Lohnneibußen als das Allheilmittel verkaufen und den leitenden Angestellten, den Geschäftsführern und den Spitzenpolitikern die regelmäßigen Überstunden erlauben, die im Gehalt selbstverständlich berücksichtigt sind.

In demselben Maße, wie die Arbeitslosigkeit abgebaut wird, vermag man durch geeignete Wahl der Konstanten k_2 und k_3 den Steuersatz S_2 zu reduzieren bzw. zu verändern (siehe folgendes Beispiel).

Beispiel 2:

Wird $k_2 = 0,08$ und $k_3 = 5$ festgesetzt, so verwandelt sich unsere Formel (2.1) in

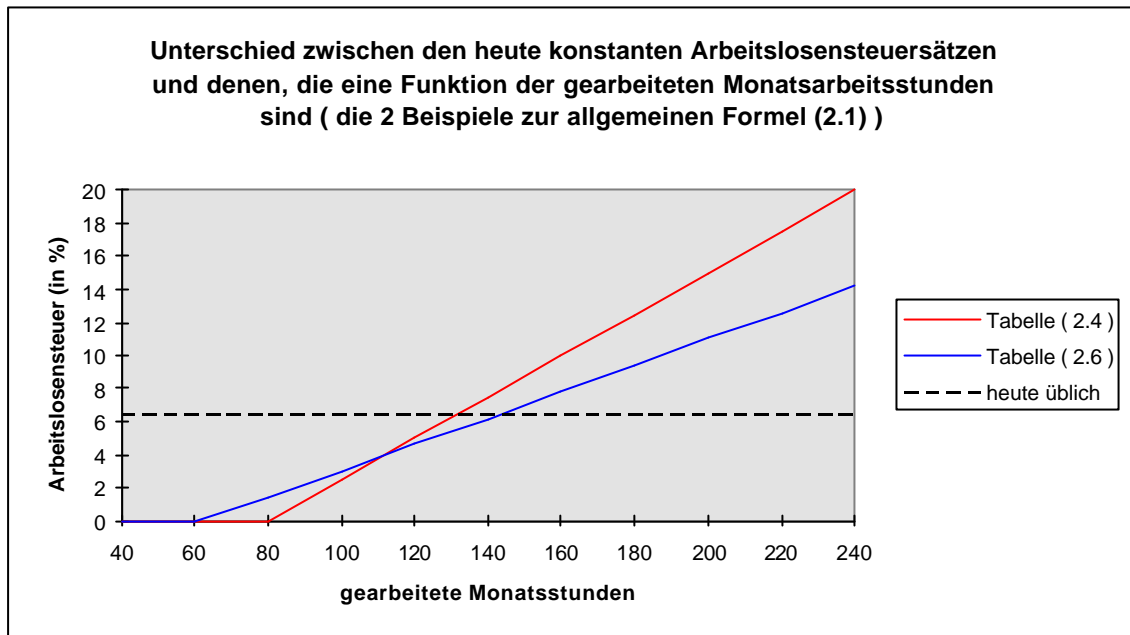
$$S_2 = 0,08 \cdot MH \cdot 5 \quad (S_2 \geq 0) \quad (2.5)$$

Diese führt zu folgender Tabelle:

Im Monat gearbeitete Stunden	Steuersatz S_2 für Arbeitslosenabgabe
40	0 %
60	0 %
80	1,4 %
120	4,6 %
160	7,8 %
200	11,0 %
240	14,2 %
280	17,4 %

(2.6)

Die Festlegung der Konstanten ist also prinzipiell eine politische bzw. wirtschaftliche Entscheidung.



Was die Selbständigen anbelangt, so erfordern auch die vom Arbeitnehmer zu zahlenden Steuern für sie keinerlei Sonderregelung. Da sie Arbeitgeber und Arbeitnehmer in einer Person sind, trifft sie die zu zahlende Arbeitslosensteuer in voller Höhe, denn das angestrebte Ziel ist ja eine generelle Arbeitsverteilung, von der folgerichtig niemand ausgeschlossen wird. Für meinen selbständigen Dorffrisör ergäbe sich bei seiner außergewöhnlichen Monatsarbeitszeit von 300 Stunden der abschreckende und darum effizient funktionierende Arbeitslosensteuersatz von 27,5 % (bei Anwendung der Tabelle (2.4)). Entscheidet er sich dagegen, einen Gehilfen einzustellen, um wie im ersten Kapitel dargestellt, selber seine Arbeitszeit auf 180 Stunden zu beschränken, so träfe ihn der wesentlich niedrigere Arbeitslosensteuersatz von 12,5 %. Er erleidet also netto überhaupt keinen Einkommensverlust, wenn er sich selbst bei Reduktion seiner Arbeitszeit von 300 auf 180 Monatsstunden, wie in Kapitel 1 angenommen, das Bruttoeinkommen von 3000 auf 2500 Euro kürzt:

Monatsstunden MH	300 Stunden	180 Stunden
Arbeitslosensteuersatz	27,5 %	12,5 %
Bruttoeinkommen	3000 Euro	2500 Euro
minus Arbeitslosensteuer	825 Euro	312,5 Euro
Ergebnis	2175 Euro	2187,5 Euro

Das bedeutet für unseren Frisör, dass ihn nicht nur als Inhaber seines Frisörbetriebes die Einstellung eines Mitarbeiters interessiert, wie im vorhergehenden Kapitel nachgewiesen,

sondern er selbst fährt als sein eigener Arbeitnehmer auch günstiger, und dies trotz eines niedrigeren Bruttoeinkommens. Eine so gearteter Arbeitslosensteuersatz erweist sich also auch bei den Selbständigen als erfolgversprechend zur Bekämpfung jeglicher Ansammlung von monatlichen Überstunden.

Zwar ist nun klar, dass die unbezahlten Überstunden, insbesondere die heimlichen, in keiner Statistik registrierten, verkappten Überstunden jetzt keinen Arbeitnehmer mehr interessieren, weil sie seinen Arbeitslosensteuersatz erhöhen und sein Nettoeinkommen mindern, aber dafür ist die korrekte Erfassung der Realarbeitsstunden eine unabdingbare Grundvoraussetzung, ein Thema auf das wir später in Kapitel 6 zurückkommen werden.

Besonders hervorgehoben sei, dass die beiden bisher behandelten Steuersätze S und S_2 die Überstunden konsequent bekämpfen, aber dennoch dem Arbeitgeber die Möglichkeit offenlassen, die Nacht- und auch die Samstagsstunden kostengünstig für die Produktion zu nutzen. Auch der Arbeitnehmer erfährt keinerlei steuerliche Nachteile, wenn er am Wochenende seinen Beitrag zur besseren Maschinenauslastung leistet. Der vom Arbeitgeber stets eingeforderten Flexibilität wird hier folglich entgegengekommen, aber die monatliche Überstunden oder gar die unbezahlten Zusatzzeiten werden systematisch gebremst. Sie schaden fortan den Unternehmern, den Beschäftigten sowie auch den Selbständigen, weil zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit eine wirtschaftlich sinnvolle Arbeitsverteilung auf möglichst viele Menschen angestrebt wird. Eine gerechtere Arbeitsteilung und ökonomische Vernunft stehen sich fortan nicht mehr unvereinbar gegenüber.

Kapitel 3: Die schwächere Lohnsteuer

Der Arbeitnehmer nimmt durch die Arbeitszeitverkürzung einen Brotlohnverzicht in Kauf, der aber nicht zu einer wesentlichen, zu hohen Reallohnminderung führen soll. Außer der Arbeitslosensteuer sind darum auch die Lohnsteuer und das Kindergeld positiver für die Kurzarbeiter zu gestalten, damit eine unerwünschte Schwächung der Massenkaufkraft vermieden wird, die ihrerseits ja nur zu konjunkturellen Einbrüchen und weiteren Arbeitsplatzverlusten führen würde.

Die Lohnsteuersätze sollten möglichst niedrig ausfallen und so konzipiert sein, dass sie einen entscheidenden Beitrag zur Förderung von Teilzeitarbeit, von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen sowie von Niedriglohnarbeiten leisten. Zu hohe Eingangssteuersätze wirken bestrafend auf diese Arbeitsverhältnisse, ganz abgesehen davon dass ein bei 0 % beginnender und langsam, aber stetig ansteigender Lohnsteuersatz vermutlich besser unserem Gerechtigkeitsgefühl entspricht. Denn ganz niedrige Steuersätze (unter 5 %) sollten für Teilzeitarbeiter mit kleineren Einkommen prinzipiell möglich sein. Andererseits sollten Spitzenverdiener 55 - 60 % Lohnsteuer abführen, wenn sie (in Euros) Millionenbeträge jährlich verdienen. Gewiss wirken Steuersätze von über 65 % konfiskatorisch, aber muss deswegen der Höchstsatz bei 35 - 40 % liegen? Ist die in den letzten Jahren eingeleitete Reduzierung der Höchststeuersätze notwendig und angesichts der hohen Arbeitslosigkeit sozial zu vertreten? Die Politiker scheinen unfähig, den Reichen einen gerechteren Anteil abzuverlangen, denn gerade sie schaffen es, durch legale Schlupflöcher zu entfliehen, die für den normalen Durchschnittsbürger versperrt oder unerreichbar sind. Wie John Kenneth Galbraith behauptet, haben die Steuererlässe für die Wohlverdienenden in den USA die Ungleichheit zwischen Reichen und Armen enorm verstärkt. Er plädiert darum für progressive Steuern, zumal seines Erachtens nichts zur sozialen Beruhigung mehr beitragen könnte als die besorgten Hilfeschreie der Überreichen¹¹.

Der 1998 publizierte Jahresbericht zu den Entwicklungsprogrammen der "Vereinten Nationen" bestätigt die weitergehende Konzentration des Reichtums und die Zunahme der sozialen Randgruppen. Die 225 reichsten Personen der Welt besitzen ein Kapital, das dem der 2500 Millionen ärmsten Einwohnern dieser Erde entspricht. Zwei Jahre zuvor benötigte man die 358 reichsten für diese Äquivalenz. Nur 4 % des Vermögens dieser 225 Supermillionäre würde ausreichen, um den notwendigsten Grundbedarf der Menschheit sicherzustellen. Der UNO-Bericht vermerkt, dass der ungebremste Konsum der stärksten Segmente den Abstand zwischen Reichen und Armen ständig vergrößert, die Chancenungleichheit verschärft und mehr als 1000 Millionen Menschen in die soziale Ausgeschlossenheit verdrängt. Diese Daten einer so verlässlichen Instanz widersprechen den neoliberalen Wirtschaftstheorien, denen zufolge eine Zunahme des allgemeinen Reichtums gleichzeitig zu einer Anhebung des allgemeinen Wohlstandes aller sozialen Schichten führen soll. Ein Faktor wie die Beschäftigung, die in der Vergangenheit ein Mindesteinkommen allen garantierte, verhindert heute nicht mehr, dass viele arbeitende Menschen objektiv arm sind, und zwar als Folge eines Arbeitsmarktes, der immer mehr kurzfristige, vorübergehende Tätigkeiten ohne Sicherheit, ohne Kontinuität anbietet. Aber die optimistische Konsequenz dieses Berichts ist die Tatsache, dass die Menschheit in der Lage ist, die materielle und kulturelle Armut zu eliminieren und dies klar und ganz einfach deswegen, weil das notwendige Kapital, der festgestellte Reichtum objektiv existiert. Das

Problem ist, dass die Mechanismen, die zur Umverteilung benötigt werden, nicht von der heute im westlichen Kapitalismus dominierenden Wirtschaftsdeologie zu erwarten sind.

Auch die Arbeitsgemeinschaft westfälischer Sozialpfarrer veröffentlichte für Deutschland ähnliche Überlegungen in "AMOS - Kritische Blätter aus dem Ruhrgebiet":

Kurzfristig braucht das Land einen sozialen Lastenausgleich in der Art wie ihn Georg Kronawitter vorgeschlagen hat, damit der Staat seine grundgesetzliche Verpflichtung zur sozialen Gerechtigkeit d.h. zum Abbau ungerechtfertigter sozialer Ungleichheiten erfüllen kann:

- Wer ein Reinvermögen von mehr als zwei Millionen DM besitzt, sollte 10 Jahre lang jährlich ein Prozent dieses Reinvermögens als Lastenausgleich abführen müssen.
- Bei einem Reinvermögen von 10 bis 25 Millionen DM sollte die Abführung jährlich zwei Prozent betragen.
- Und bei einem Reinvermögen von über 25 Millionen DM sollte der Lastenausgleich jährlich drei Prozent ausmachen.
- Zur Verhinderung der Kapitalflucht wird das Vermögen vom 31. Dezember 1996 zugrunde gelegt als zum letzten Male Vermögenssteuer gezahlt werden musste.

Die Verwendung des Reichtums zur Finanzierung sozialer Gerechtigkeit kann ohne Erregung, ohne Sozialneidvorwürfe mit großer Gelassenheit geführt werden, weil die Fülle so groß ist, dass eine Umverteilung von oben nach unten nicht nur notwendig, sondern auch schmerzfrei möglich ist.

Solange die Fundamentalspiritualität dieser Gesellschaft, die religiöse Verehrung des Kapitals nämlich, nicht kulturell bezweifelt wird, haben altruistische Konzepte wie dieses wohl wenig Chancen.

Da aber Arbeit für die meisten immer noch der einzige Weg ist, um sich ein Mindesteinkommen zu sichern, unterstützt die anschließend vorzuführende Lohnsteuer die Arbeitsverteilung, denn die bei Null beginnenden, langsam ansteigenden Steuersätze gestatten, Teilzeitarbeiter minimal zu veranlagern. Jene Spitzenverdiener, die jedoch 10 - 12 Stunden täglich arbeiten, werden besonders stark zur Kasse gebeten.

Im Gegensatz dazu scheint sich in einigen Ländern der Trend zu Treppenfunktionen mit wenigen "Stufen" für die Lohnsteuersätze neuerdings zu verstärken. In der Praxis vollzogen sich solche Stufenreduktion oft im Rahmen einer Steuervereinfachung; dabei waren die Überreichen die Hauptnutznießer, da gleichzeitig meistens die Höchststeuersätze gesenkt wurden. Die Tabelle

	<u>Bruttoeinkommen</u>	<u>Lohnsteuersatz</u>
bis	499 Euro	5 %
ab	500 Euro	12 %
ab	1500 Euro	22 %
ab	3000 Euro	32 %
ab	6000 Euro	42 %

stehe als Beispiel für eine Treppenfunktion und für andere ähnlich geartete Lohnsteuerphilosophien. Sobald gewisse Schwellenwerte überschritten werden, steigt der Steuersatz stärker an, um dann bis zum nächsten Schwellenwert konstant zu bleiben.

Die Lohnsteuer einzig und allein vom Bruttoeinkommen BE abhängig zu errechnen, würde dazu führen, dass für ein bestimmtes monatliches Bruttoeinkommen von beispielsweise 2500 Euro eine fixe Lohnsteuer abzuführen wäre, ohne zu berücksichtigen, ob diese in 80, 120 oder 160 Stunden verdient wurden. Wer bei gleichem Bruttoeinkommen länger arbeiten muss, sollte etwas weniger Lohnsteuer bezahlen, zumal er beim Arbeitslosengeld stärker besteuert wird.

Darum erscheint es vorteilhaft, die Lohnsteuer in Zukunft etwas differenzierter zu betrachten, zumal der Bruttolohn am Monatsende keinerlei Auskunft über den notwendigen Stundeneinsatz vermittelt. Da die bisher üblichen monatlichen Arbeitszeiten im bevorstehenden Informationszeitalter viel stärker variieren werden, sollte die Lohnsteuer nicht gleich ausfallen für den erfolgreichen politischen Gastredner, der jeden Monat nur eine sehr gut bezahlte Rede hält, wie für den Starprogrammierer der denselben Bruttolohn erst nach 150 Arbeitsstunden erreicht. Der Lohnsteuersatz S_3 wird darum in zwei Komponenten zerlegt, einen Stundensteuersatz Sh_3 und einen Monatssteuersatz Sm_3 , um einen gerechteren Ansatz zu versuchen. Für diese beiden Steuersätze könnten beispielsweise die jeweils folgenden Tabellen gelten:

Stundensteuersätze Sh_3	
Stundenlohn BH	Steuersatz
< 10 Euro	0 %
15 Euro	3 %
25 Euro	6 %
40 Euro	9 %
60 Euro	12 %
85 Euro	15 %
115 Euro	18 %
190 Euro	24 %
285 Euro	30 %
400 Euro	36 %

(3.1)

Monatssteuersätze Sm_3	
Bruttoeinkommen BE	Steuersatz
< 400 Euro	0 %
1000 Euro	3 %
2050 Euro	6 %
3550 Euro	9 %
5500 Euro	12 %
7900 Euro	15 %
10750 Euro	18 %
17800 Euro	24 %
26650 Euro	30 %
37300 Euro	36 %

(3.2)

Für einen Angestellten der nach 142 Arbeitsstunden am Monatsende ein Bruttoeinkommen von 3550 Euro erreicht, ergäbe sich ein Stundenlohn BH von:

$$BH = 3550 / 142 = 25 \text{ Euro}$$

und als Summe von Monats- und Stundensteuersatz also ein Lohnsteuersatz S_3 :

$$S_3 = Sm_3 + Sh_3 = 9 + 6 = 15 \%$$

Der abzuführende

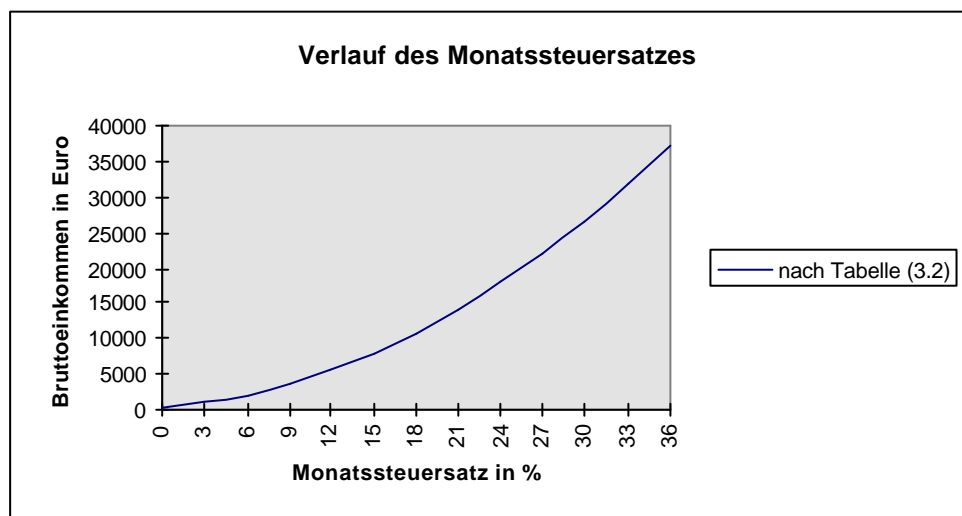
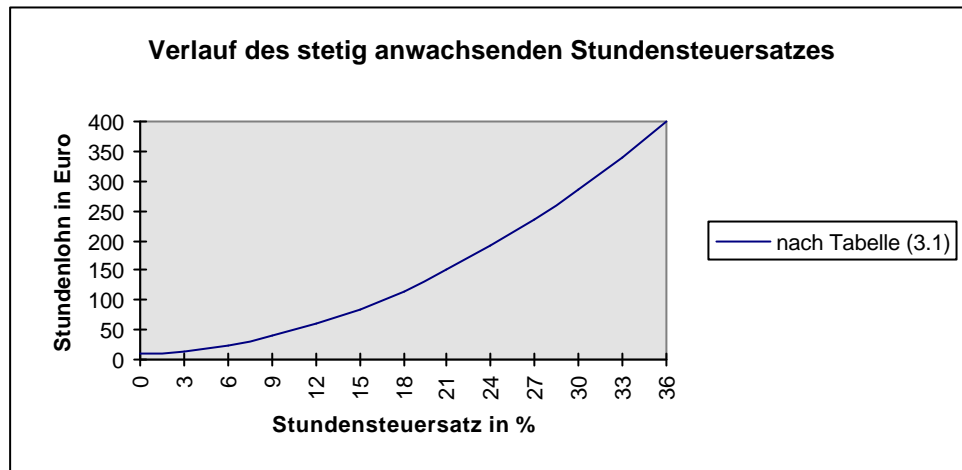
Lohnsteuerbetrag	$L = S_3 \cdot BE / 100$
------------------	--------------------------

wäre also gleich:

$$L = 15 \cdot 3550 / 100 = 532,50 \text{ Euro}$$

Es gibt natürlich mathematische Formeln, die zu den Tabellen obiger Art führen, sie seien jedoch hier nicht explizit aufgeschrieben, um niemanden mit mathematischen Wurzeln abzuschrecken (siehe Anhang B und Gerd Flum⁷). Das heisst aber nicht, dass die Tabellen als Treppenfunktionen zu interpretieren sind. Mitnichten, denn der Steuersatz gilt exakt nur für den aufgeführten Wert der davorstehenden Spalte. Als Grafik seien darum diese beiden

Steuerfunktionen dargestellt, damit wirklich klar bleibt, was eingangs ausdrücklich vermerkt wurde: es handelt sich jeweils um einen kontinuierlich langsam ansteigenden Stundensteuersatz und einen ebenso stetig anwachsenden Monatssteuersatz, derart dass kleine Einkommen wirklich minimal veranlagt werden, mit Steuersätzen, die nicht mit einem Mindeststeuersatz, sondern ganz niedrig bei Null beginnen.



Denn das Ziel muss die Anhebung der Nettoeinkommen auf ein auskömmliches Niveau sein, derart dass Beschäftigungsmöglichkeiten auf niedrigem Produktivitäts- und damit Bruttolohnniveau wieder eine Chance erhalten. Denn "das eigentliche Beschäftigungsdefizit der deutschen Volkswirtschaft liegt im Bereich niedrigproduktiver Dienstleistungsarbeit". Die hier vorgeschlagene Lohnbesteuerung bewirkt nicht nur die sozialpolitisch wünschenswerte Umverteilung von hohen zu niedrigen Einkommen, sondern auch die beschäftigungspolitisch notwendige Begünstigung arbeitsintensiver Dienstleistungsbereiche mit Beschäftigungschancen für die geringqualifizierten Arbeitnehmer. Konkret ergibt sich bei Anwendung der Lohnsteuertabellen (3.1) und (3.2) für einen Arbeiter, der für seine Boten-, Packer- oder Putzdienste in 80 Monatsstunden 750 Euro brutto verdient, ein Lohnsteuerabzug von nur 4 %

und seine Arbeitslosensteuer wäre 0 % nach Tabelle (2.4). 750 Euro brutto ergeben 720 Euro netto! Weil von jedem verdienten Euro viel mehr übrigbleibt, steigt der Anreiz für minderqualifizierte Arbeitslose. Auf dem Arbeitsmarkt wird bei niedrigen Bruttolöhnen der Abstand zwischen Brutto und Netto sehr klein, derart dass die in Deutschland existierenden und viel diskutierten Sonderregelungen für 630 DEM-Jobs überflüssig würden und ihre segensreiche Wirkung auf weitere Arbeitsbereiche ausgedehnt würde. Nur so gelingt die ersehnte Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und der angestrebte Aufschwung eines größeren Niedriglohnssektors, nur so erhält der Großteil der Bevölkerung neue Beschäftigungschancen, nur so steigt die Zuversicht in den Familien.

Für unseren 8 Stunden täglich arbeitenden Robert, der nach 20 Arbeitstagen ein Bruttoeinkommen BE von 3040 Euro erreicht, ergeben sich Steuersätze, die nicht aus der Tabelle direkt entnommen werden können, sondern die sich aus den im Anhang B detaillierten Formeln errechnen, und zwar:

$$S_{m_3} = 8,08 \%$$

$$S_{h_3} = 4,39 \%$$

und somit $S_3 = 12,47 \%$

und ein abzuführender Lohnsteuerbetrag:

$$L = 12,47 \cdot 3040 / 100 = 379,09 \text{ Euro}$$

Abschließend sei noch hervorgehoben, dass im Gegensatz zum generell niedrigen Lohnsteuerniveau jene Spitzenverdiener eine Gesamtsteuerlast von 50 -70 % eventuell akzeptieren müssen, die heute so "anormale" Gehälter und Prämien wie die Fussballer der besten westeuropäischen Mannschaften beziehen. Denn wie "Il Osservatore Romano" (10. 06. 1999) zu recht bemerkte, sind die Gehälter und Transfergelder für Fußballer oft eine "Beleidigung für die Armen". In diesem Zusammenhang finden sich jedoch volkswirtschaftlich wichtigere Argumente in dem sehr sachlichen und lesenswerten Buch von Konrad Stopp²⁹ "Wider die Raffgesellschaft *oder* Wie der Sozialstaat noch zu retten ist", dem die folgenden Absätze entnommen sind, die sich aus den Analysen des Autors für die Bundesrepublik Deutschland ergeben:

Sehr hohe Einkommen erweisen sich als disfunktional, da sie beim besten Willen nur zu einem kleinen Teil dem Konsum zugeführt werden können und der nicht konsumierte Hauptanteil in Anbetracht eintretender Sättigung keine Investoren findet. Funktional werden sehr hohe Einkommen erst mit ihrer Umverteilung. Eine gegenüber dem derzeitigen Einkommenssteuertarif stärkere Steuerprogression mit einem wesentlich höheren Spitzensteuersatz ist nicht nur verteilungspolitisch, sie ist auch des gewollten Wachstums wegen geboten.

Der Einwand, sehr hohe Steuersätze machten jedes Mehrverdienen uninteressant, mag für all die Fälle zutreffen, in denen Anstrengung, Können, Einsatz und Wagemut Voraussetzung für die Einkommenshöhe sind. Dies ist für Millionen-Jahreseinkommen in aller Regel nicht der Fall. Große Kapitaleinkommen werden sozusagen angeschwemmt. Verzicht auf Spekulation wäre eher ein Gewinn. Und: Wenn Stars des Sports und der Kulturszene sich entschlossen, "weniger zu tun", wäre dies kein ins Gewicht fallender gesellschaftlicher Verlust. Steuerflucht? Wer fliehen konnte, ist längst geflohen. Thermalquellen und andere, hohe Gewinne abwerfende Vermögensanlagen lassen sich nicht ins Ausland schaffen.

Die Klage, die Abgabenquote sei in der Bundesrepublik ohnehin zu hoch, unterschlägt all die Begünstigungen, die insbesondere denen zugute kommen, die über hohe und höchste Einkommen verfügen. Der jetzige Höchstsatz von 53 Prozent ist ein Papiertiger, der nicht zubeisst. Die Abgabenquoten aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sprechen eine deutliche Sprache: Sie lagen 1960 bei 21,2 und 1990 bei gerade 15,1 Prozent! Franz Klein, Präsident des Bundesfinanzhofes, vertrat die Ansicht, dass beim Abbau aller Vergünstigungen der Spitzensteuersatz auf etwa 28 Prozent gesenkt werden könne.

Generell ist es erforderlich, einen Höchstbetrag für den Lohnsteuersatz S_3 zu fixieren, da sich bei den Formeln für die obigen Tabellen (siehe Anhang B) sogar Steuersätze von über 100 % für sehr große Monatsbezüge rechnerisch ergeben würden. Empfehlenswerter scheint jedoch ein gemeinsamer Höchstsatz für die Summe der beiden Steuersätze S_2 und S_3 (Arbeitslosen-plus Lohnsteuersatz). Dieser Höchststeuersatz für sehr hohe Jahreseinkommen wird je nach politischer Parteiperspektive der Regierenden zwischen 45 und 70 Prozent liegen.

Zum Abschluss sei noch einmal ausdrücklich vermerkt, dass die Lohnsteuer eben auch für Selbständige gilt, da sie Arbeitgeber und Arbeitnehmer in einer Person sind. Für unseren selbständigen Frisör Carlos findet sich im Anhang A die komplette Lohnabrechnung.

Im Grunde sind es immer die Verbindungen mit Menschen, die dem Leben seinen Wert geben.

Wilhelm von Humboldt

Kapitel 4: Das variable Kindergeld

Mutterschaft bzw. Elternschaft als Beruf anerkannt

Familienarbeit und die Eigenleistungen der privaten Haushalte müssen wieder gestärkt und mehr unterstützt werden. Der Euphorie des Wohlfahrtsstaates muss wieder die nüchterne Erkenntnis folgen, dass private Haushalts- und Familienleistungen durch öffentliche und wirtschaftliche Einrichtungen nicht ersetzbar, sondern nur ergänzbar sind. In den privaten Haushalten werden schon heute mehr Arbeitsstunden geleistet als in der gesamten Wirtschaft. Ohne die im Eigenleistungsbereich erwirtschafteten geldsparenden Sach- und Dienstleistungen bräuchten die meisten ein wesentlich höheres Erwerbseinkommen.

Besonders nachdenklich stimmt jedoch die Wirklichkeit, die Martin Kempe²⁰ für Deutschland zeichnet:

Armut in Deutschland ist mehrheitlich weiblich: 53 Prozent der auf Sozialhilfe angewiesenen Menschen sind Frauen, viele davon sind Alleinerziehende. Nach einer Untersuchung des Familienministeriums steigt die Zahl der Alleinerziehenden ständig an. In Berlin sind es bereits 39 Prozent aller Familien, fast ausschließlich Frauen. 17 Prozent dieser Familien haben nicht einmal 1500 Mark monatlich zur Verfügung, 20 Prozent sind auf Sozialhilfe angewiesen. Die Frauen scheitern in aller Regel nicht an ihrer Qualifikation oder ihrem Willen zur Berufstätigkeit, sondern an den ungenügenden öffentlichen Angeboten zur Kinderbetreuung, an fehlender Bereitschaft zur Flexibilität der Arbeitgeber oder schlicht daran, dass sie als Alleinerziehende von den Arbeitgebern zur "Risikogruppe" derer gezählt werden, die unter dem Verdacht minderer Leistung stehen. "In einem der reichsten Länder der Welt ist das größte Armutsrisiko, ein Kind zu bekommen", stellte der Vorsitzende des deutschen Kinderhilfswerks, Thomas Krüger, im Sommer 1997 fest.

Die Armut der Eltern ist gleichzeitig die Armut - und damit oft auch der Verwahrlosung - der Kinder.

Frauen wollen heute meist einen Beruf ausüben und gleichzeitig Familie leben. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie steckt aber noch voller Widersprüche, denn sie stehen in einem antagonistischen Verhältnis: beide Sphären erheben einen möglichst totalen Anspruch auf die Zeit der Mütter. Das angenehme Gefühl, mit dem Selbstgroßziehen ihres Kindes etwas Richtiges zu machen, bezahlen viele Frauen mit der Sorge, im Beruf den Anschluss zu verpassen, und mit tatsächlichen beruflichen Nachteilen. Das bedeutet in Konsequenz, dass die Unsicherheiten für die Frauen zugenommen haben. Gelingt es dennoch einer berufstätigen Mutter die Kinderbetreuung zu organisieren, so bedeutet dies noch lange nicht, Familie und Beruf tatsächlich befriedigend zu vereinbaren. Wie viel Zeit bleibt für das Familienleben? Wie viel Spontaneität, wie viel Humor, wie viel gemeinsames Spielen, Essen und Vorlesen ist in Ruhe und ohne Stress möglich, wenn neben der Berufstätigkeit noch die Hausarbeit, der Einkauf, die Gänge zum Kindergarten / Schule zu erledigen sind? Wie sieht die Kindheit bei so einer Überforderung der Mütter aus? Was wollen die Eltern sich und ihren Kindern zumuten?

Die Optionen der Eltern lauten trotz gegenteiliger Behauptungen und Bestrebungen auch heute noch: entweder Familie und verantwortungsbewusste Kindererziehung oder Beruf und fast immer ein schlechtes Gewissen.

Eine Frau, die ihre Berufstätigkeit einschränkt oder vorübergehend einstellt, weil sie ihren Kindern ein zeitlich nicht eingegrenztes und stressfreieres Familienleben ermöglichen will, erbringt nicht nur für die eigene Familie, sondern ebenso für die Gesellschaft eine überaus wichtige Leistung. Erstens versucht sie, eine der schwierigsten Aufgaben zu meistern, nämlich Kinder zu erziehen und auf das Leben vorzubereiten. Und zweitens verzichtet sie vorübergehend – bis zum Wiedereinstieg in den Beruf – teilweise oder ganz auf einen bezahlten Arbeitsplatz und gestattet einem anderen, ihren früheren Arbeitsplatz einzunehmen. Diese Hausfrauen (oder Hausmänner) verdienen ein höheres Kindergeld für ihre häusliche und erzieherische Leistung. Die zunehmende Erkenntnis, dass die Erziehungsleistung in Familien durch keine öffentliche Einrichtung, sei es Kinderhort, Kindergarten oder Schule, ausgeglichen werden kann, sollte zu dieser neuen Honorierung der Elternrolle durch die Gesellschaft führen.

Darum sollte das Kindergeld in Zukunft auch nicht ein fester, sondern ein variabler Betrag sein, der die Erwerbssituation der Eltern stärker berücksichtigt. Das nach der jetzt vorzuschlagenden Formel errechnete Kindergeld soll monatlich zweimal bezahlt werden, einmal der Mutter und ein zweites Mal dem Vater, wenngleich die Höhe der beiden Beträge im Normalfall unterschiedlich ausfallen wird. Dies trägt der heutigen Situation der mehrfachen Ehen und Trennungen Rechnung, wo kaum eine Kinderkombination unmöglich ist.

$$\text{Kindergeld } K = \text{Grundbetrag } G + \\ + \text{Stundensatz } HS \cdot \text{Kinderzuwendungszeit } CT$$

abgekürzt: Kindergeld $K = G + HS \cdot CT$ (4.1)

Beispiel:

a) Der Grundbetrag G sei (für jedes Kind bis zum 20. Lebensjahr):

für das 1. Kind	50 Euro/Monat
für das 2. Kind	75 Euro/Monat
für das 3. Kind	100 Euro/Monat
für das 4. und jedes weitere Kind	125 Euro/Monat

b) Für die Kinderzuwendungszeit CT (= "children time") gelte folgende Regelung:

für jedes Kind zwischen 0 ? 1 Jahren, wird CT um 80 Stunden erhöht,	
für jedes Kind zwischen 1 ? 3 Jahren, wird CT um 60 Stunden erhöht,	
für jedes Kind zwischen 3 ? 6 Jahren, wird CT um 40 Stunden erhöht,	(4.2)
für jedes Kind zwischen 6 ? 10 Jahren, wird CT um 30 Stunden erhöht,	
für jedes Kind zwischen 10 ? 15 Jahren, wird CT um 20 Stunden erhöht,	
für jedes Kind zwischen 15 ? 20 Jahren, wird CT um 10 Stunden erhöht.	

- c) Der für die Höhe des monatlichen Kindergeldes wichtige Stundensatz HS sei bei gleichzeitiger Berufstätigkeit von den geleisteten bezahlten Monatsarbeitsstunden MH abhängig, und zwar nach der folgenden Tabelle:

Monatsarbeitsstunden MH	Stundensatz HS für das Kindergeld
0	7,0 Euro
bis 40 h	5,0 Euro
bis 60 h	4,0 Euro
bis 80 h	3,0 Euro
bis 100 h	2,0 Euro
bis 120 h	1,0 Euro
bis 140 h	0,5 Euro
mehr als 140 h	0 Euro

(4.3)

Unter der Annahme, dass von einem Ehepaar mit einem 10 Monate alten Sohn und einer vier Jahre alten Tochter die Mutter 60 Stunden und der Vater 140 Stunden im Monat arbeiten, ergibt sich:

$$\begin{aligned} \text{Grundbetrag} & \quad G = 50 + 75 = 125 \text{ Euro} \\ \text{Kinderzuwendungszeit} & \quad CT = 80 + 40 = 120 \\ \text{Kindergeld K für die Mutter} & \quad = 125 + 4 \cdot 120 = 605 \text{ Euro} \\ \text{Kindergeld K für den Vater} & \quad = 125 + 0,5 \cdot 120 = 185 \text{ Euro} \end{aligned}$$

Wäre die Mutter nicht berufstätig, ergäbe sich ein Kindergeld

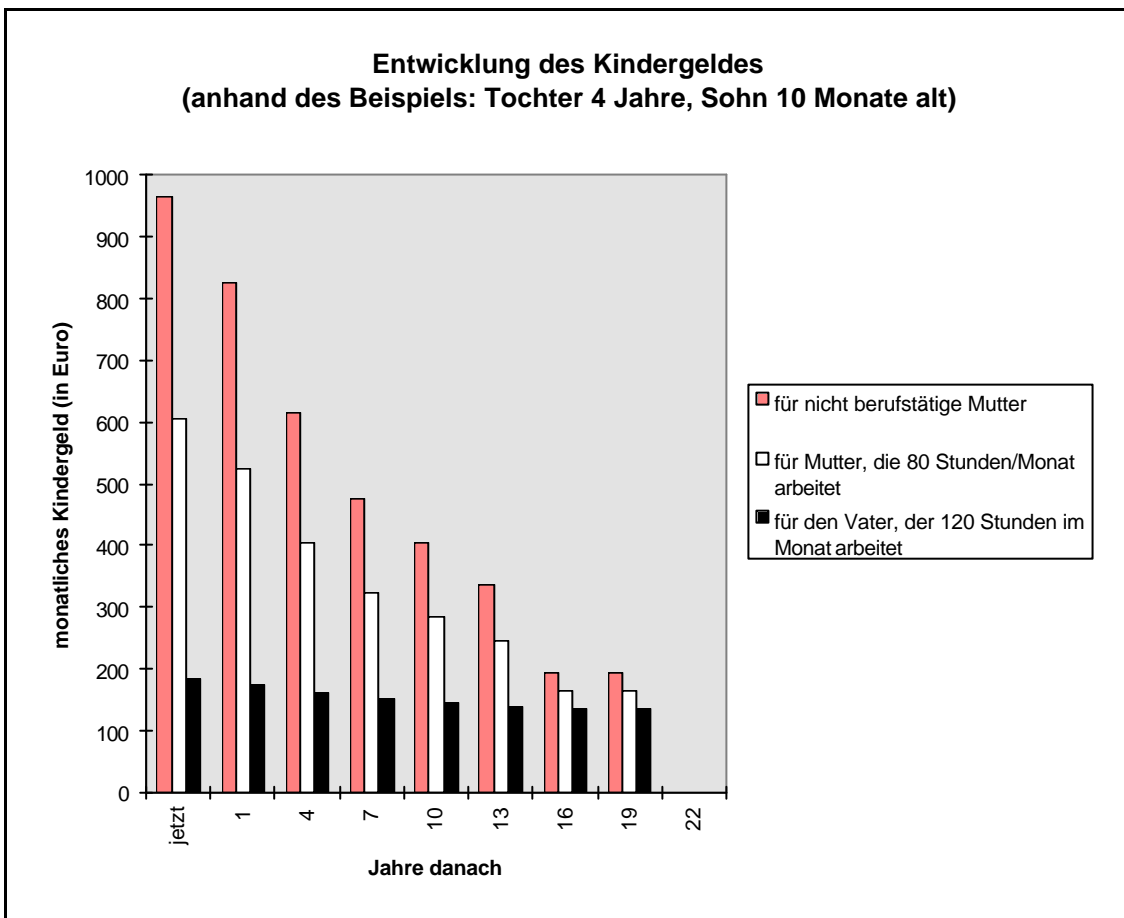
$$K = 125 + 7 \cdot 120 = 965 \text{ Euro}$$

Selbstverständlich kann das Kindergeld großzügiger oder knapper bemessen werden bei Wahl anderer Werte für den Stundensatz HS. Im Gegensatz zu jenen Stimmen, die dafür plädieren, gewisse Arbeitsplätze staatlich zu subventionieren, um so die Arbeitslosigkeit abzubauen, werden hier attraktive, steuerfreie Kindergelder für die nicht berufstätigen Mütter kleiner Kinder vorgeschlagen. Beträge wie die 965 Euro des vorhergehenden Beispiels bieten vielen Müttern (oder Vätern) die Möglichkeit, einige Jahre dem Erwerbsarbeitsmarkt fernzubleiben. Ideal für die Kinder wäre es, wenn das Kindergeld so ausreichend attraktiv gestaltet würde, dass die Mehrheit der Mütter (oder Väter) sich entschlossen, erst dann wieder einer bezahlten Arbeit nachzugehen, wenn ihre Kinder die Schule besuchen. Das Familienleben würde nicht unter einer Berufstätigkeit der Eltern leiden, sondern Beruf und Familie könnten den Wünschen der Eltern und Kinder entsprechend vereinbar sein.

Die spätere Rückkehr in das Berufsleben würde hier durch die vermehrten Offerten von Teilzeitbeschäftigungen und durch die stärker flexibilisierten Arbeitszeiten erleichtert. Um den Anschluss an den Beruf nicht zu verlieren, könnte die Kinderzuwendungszeit durch ein attraktives Kindergeld den finanziell gesicherten Zeitrahmen stellen, in dem die Mütter (oder Väter) sich stetig fortbilden und qualifizieren können. Die Gefahr einer möglichen späteren

Arbeitslosigkeit nach den Jahren, die vornehmlich der Kindererziehung gewidmet waren, würde so weitestgehend gebannt. Sogenannte "Wissenslücken", in denen das jeweilige Fachwissen nicht mehr auf dem neuesten Stand ist und in denen Kompetenzen wie z.B. Kommunikationsfähigkeit und Teamarbeit, im Berufsleben verloren gehen, würden durch diese "begleitende Qualifizierung" erst gar nicht entstehen.

Durch das Angebot flexiblerer Arbeitszeiten von Unternehmerseite und einem weiterhin qualifizierten beruflichen Fachwissen seitens der Mütter (oder Väter) kann so eine langsame, graduelle Rückkehr nach der Kindererziehungszeit in den Beruf erfolgen.



Kinderzuwendungszeit und Rente

Im nächsten Kapitel wird eine neuartige Rentenrechnungsphilosophie dargelegt. Sie stellt die Rente als eine Funktion der im Leben gearbeiteten Stunden dar, die sogenannten Lebensarbeitsstunden LH, und nicht als Funktion der erzielten Bruttoeinkünfte oder nur der Beiträge an die Sozialversicherung.

Da die Arbeit und der Fleiß der "nicht berufstätigen", die Kinder erziehenden Mutter bei der Rentenberechnung anerkannt werden sollten, wird dieser für die Rente wichtige

Lebensarbeitsstundenzähler LH monatlich um die Stunden der Kinderzuwendungszeit (CT) erhöht, wenn die Mutter kein Arbeitslosengeld bezieht.

Für die nicht berufstätige, kein Arbeitslosengeld beziehende Mutter vorhergehenden Beispiels (Tochter 4 Jahre, Sohn 10 Monate alt) würde bei der aktuellen Alterssituation ihrer Kinder ihr Lebensarbeitsstundenzähler LH um 120 Stunden monatlich erhöht. Die Kinderzuwendungszeit wird also wie eine Arbeitszeit bei der Rente honoriert.

Jedes Kind erhöht bei Anwendung der im Beispiel vorgeschlagenen Staffel für CT in seinen ersten 20 Jahren den Lebensarbeitsstundenzähler LH einer "Nur-Hausfrau" um 7080 Stunden, nämlich:

im	1. Lebensjahr um 80 Stunden ? 12 Monate =	960 Stunden
im	2.+ 3. Lebensjahr um 60 Stunden ? 24 Monate =	1440 Stunden
im	4.? 6. Lebensjahr um 40 Stunden ? 36 Monate =	1440 Stunden
im	7.? 10. Lebensjahr um 30 Stunden ? 48 Monate =	1440 Stunden
im	11.? 15. Lebensjahr um 20 Stunden ? 60 Monate =	1200 Stunden
im	16.? 20. Lebensjahr um 10 Stunden ? 60 Monate =	600 Stunden

Summe 7080 Stunden

Für die berufstätigen Mütter/Väter wird der Lebensarbeitsstundenzähler LH entweder um die Kinderstunden CT oder um die bezahlten Monatsarbeitsstunden MH erhöht. Es wird der höhere der beiden Werte berücksichtigt.

Wie in den vorhergehenden Kapiteln sind auch hier Variationen zu den vorhergehenden Tabellen überlegenswert. Aus der aktuellen Perspektive vieler Staaten der EU erscheint das vorgeschlagene Kindergeld sehr großzügig oder gar übertrieben. Dennoch sind die Werte für die Kinderzuwendungszeit der Tabelle (4.2) eher als viel zu niedrig einzustufen, denn die meisten nicht arbeitenden Mütter sind in den ersten Jahren monatlich viel mehr Zeit mit ihren Kleinkindern beschäftigt. Das enge Band zwischen Mutter und Kind führt nämlich dazu, dass sich Mütter viele Stunden sehr intensiv um das Wohlergehen und die Betreuung des Kindes sorgen. Eine vermutlich sehr bedenkenswerte und gerechtere Alternative wäre eine um 25 - 50 % erhöhte Kinderzuwendungszeit in der Tabelle (4.2) bei gleichzeitiger Reduktion der Stundensätze in der Tabelle (4.3). Dadurch gäbe es kaum eine Änderung in der Höhe des Kindergeldes, aber es würden sich dafür während der Kindererziehungszeit 25 - 50 % mehr Stunden auf dem Lebensarbeitsstundenzähler LH der Mutter kumulieren, was später zu einer verdienten, höheren Rente führen würde. Auch beim Kindergeld sind also andere Varianten denkbar, die den Anreiz zur vorübergehenden Aufgabe einer bezahlten Tätigkeit verstärken oder abschwächen können.

Besonders vermerkt sei noch einmal:

- ? dass das Kindergeld K immer steuerfrei ist,
- ? dass beide Elternteile Kindergeld beziehen; die Modalitäten im Scheidungs- fall hat der Gesetzgeber / Richter festzulegen,
- ? dass es variabel ist und die "Nur-Hausfrauen" finanziell stärker unterstützt,

- ? nicht berufstätigen Müttern, die keine Arbeitslosenunterstützung beziehen, jeden Monat die Kinderzuwendungszeit CT als Arbeitszeit für die Rente angerechnet wird.

Gesellschaftliche Solidarität mit Müttern bzw. Eltern

Diese Art der Berechnung und Verteilung eines attraktiven Kindergeldes erweist sich auch mit Blick auf die Gesellschaft an sich und die Realisierung von Solidarität als relevant.

Zum Beispiel kann selbst stark benachteiligten Gruppen wie z.B. alleinerziehenden Müttern mit behinderten Kindern³³ durch das vorgeschlagene und steuerfreie Kindergeld ein zeitlich flexiblerer und gleichzeitig finanziell stabilerer Rahmen gegeben werden, so dass sie nicht aufgrund ihrer Situation völlig aus dem Berufsleben und vom Arbeitsmarkt verdrängt werden. Die Anrechnung der Kinderzuwendungszeit auf die Rente würde diese Mütter weiterhin vor einer Altersarmut bewahren, da durch die Behinderung des Kindes eine Erwerbsarbeit immer nur an den Bedürfnissen des Kindes ausgerichtet, d.h. konkret als Teilzeitarbeit, möglich ist.

Die Jahre der intensiven Kinderbetreuung und Kindererziehung enden hier nicht mit dem Schuleintritt des Kindes, sondern sie werden ein Leben lang andauern. Die überdurchschnittlich hohe Leistung, die hier von den Müttern für die Gesellschaft erbracht wird, findet in der vollwertigen Anrechnung auf die Rente die verdiente Honorierung.

Des weiteren wird eine familienfreundlichere Gesamtpolitik unterstützt. Die publizierten "EUROSTAT"-Erhebungen (Stand: Januar 2000) zur Entwicklung der Bevölkerung in den 15 EU-Staaten registrierten für das Jahr 1999 in Deutschland, Italien und Schweden Geburtenraten je 1000 Einwohner, die fast ein Prozent unter den jeweiligen Sterberaten lagen. In Spanien und Österreich hielten sich Geburten- und Sterberate gerade die Waage. Nur dank der Einwanderung war keine Abnahme der Gesamtbevölkerung in diesen Ländern zu verzeichnen. Zur Aufrechterhaltung des aktuellen wirtschaftlichen Wachstums und der vorhandenen europäischen Sozialleistungen muss die EU kurz- bis mittelfristig entweder die Einwanderungsgesetze wesentlich lockern oder den Trend zu sinkenden bzw. niedrigen Geburtenraten umkehren. Letzteres Ziel wird nur dann erreichbar sein, wenn die Familie mit mehreren Kindern effizient unterstützt wird. Darum sind generell kinderfreundlichere Rahmenbedingungen zu schaffen, es sind die Kindergelder erheblich zu erhöhen, die Überstunden im Beruf abzubauen, die Teilzeitbeschäftigungschancen zu steigern und eine **größere Arbeitsplatzsicherheit** zu fördern. Denn sind die Berufsaussichten ungewiss, steht evtl. ein Neuanfang in einem anderen Umfeld bevor, droht womöglich ein Umzug, befürchtet man den Schulwechsel, den Verlust des engsten Freundeskreises, der Vertrauensärzte, dann sind die Bedingungen zur Erweiterung der Familie denkbar ungünstig. Die Zusammenhänge zwischen Geburtenrate und prekären bzw. unsicheren Arbeitsverhältnissen sind nicht länger zu ignorieren. Es ist kein Zufall, dass in Spanien, das in den neunziger Jahren die mit Abstand höchste Arbeitslosenquote der EU hatte, die Geburtenrate in dieser Periode auf den niedrigsten Stand fiel. Mit nur 1,07 Kindern je Frau (Weltrekord!) droht aus dem ehemals kinderreichen Spanien das kinderärmste Land der Welt zu werden.

Im Anhang A können nun weitere komplette Lohnabrechnungsbeispiele nachgelesen werden, die insbesondere den starken Effekt des Kindergeldes auf den Arbeitsmarkt explizit verdeutlichen. Die hier vorgeschlagene Kindergeldphilosophie ist tatsächlich ein zeitgerechtes, soziales Instrument gegen die Arbeitslosigkeit.

Kapitel 5: Die Renten

Die neue Rentenberechnungsbasis: die kumulierten Lebensarbeitsstunden

Im Arbeitskalender der Menschen gibt es ein Pflichtdatum, das den Lebenslauf der Menschen entscheidend verändert: das der Pensionierung. Manche erleben sie als eine Befreiung von einer übermäßigen Belastung, andere hingegen empfinden sie als eine schwer zu ertragende Leere, als eine Zäsur, die einen mit dem Stempel der Untauglichkeit, des "alten Eisens", des nicht mehr Zeitgemäßen versieht. Zwischen diesen beiden Extremen gibt es alle möglichen Varianten. Manche freuen sich über die gewonnene Freizeit, um sich jenen Dingen widmen zu können, die man zurückstellen musste; andere hingegen beginnen mit Begeisterung Kreatives, wie künstlerische Tätigkeiten, Basteln, Musizieren oder das Schreiben der eigenen Memoiren für die Nachkommen. Aber in jedem Falle entsteht ein soziales Vakuum für die Menschen, die diese Lebensetappe des Ruhestandes erreichen, weil unsere aktuelle Kultur vermutlich die aktive Berufsarbeit überbewertet. Aber die Menschen, die sich aus Altersgründen nicht mehr in der Lage fühlen, einen Vollarbeitsplatz zu belegen, verfügen dennoch über ein beachtenswertes Wissen und einen wichtigen Erfahrungsschatz. Viele ältere Menschen könnten Arbeiten verrichten, die Urteilsvermögen, Ruhe und Geduld erfordern. Einen Besitzstand zu vergeuden, wurde immer als Torheit betrachtet, doch heutzutage verschwenden wir das Wissen und den kollektiven Erfahrungsschatz Tausender, und dies nur weil sie eine vorgeschriebene Altersgrenze überschritten haben, ja bei den Frührentnern sogar ohne sie erreicht zu haben. Dabei ist allerdings zwischen zweierlei Art Wissen zu unterscheiden: dem expliziten Wissen einerseits, das in Büchern, Mails oder Datenbanken nachgelesen, leicht verteilt und gespeichert werden kann und folglich nicht an Hirne gebunden ist, und andererseits dem stillschweigenden Wissen der Weisheit, - Erfahrungen, Ideen, Urteile, Intuitionen - das viel bedeutsamer ist, um schnell zu bewerten, zu entscheiden und innovativ zu sein. Dieses Wissen ist schwieriger zu übertragen oder gar zu speichern, man teilt es mittels Diskussionen, Analogien und dem persönlichen Erfahrungsaustausch. Das bewusste Vernachlässigen dieses Erfahrungsschatzes der älteren, aber noch jungen Mitarbeiter stimmt bei vielen vorzeitigen Entlassungen in den Ruhestand äusserst nachdenklich, sind doch die Menschen und deren Erfahrungen das Hauptkapital zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens. Vor dem Hintergrund der wachsenden Anzahl älterer Menschen in Europa sollten wir darum nach Möglichkeiten suchen, damit sie sich nicht als Bürger zweiter Klasse empfinden und ihr Wissen den Firmen länger verfügbar bleibt. Denn wenn die Verschwendung von Dingen schon unangemessen ist, wieviel schlimmer ist die Vergeudung von Menschen: erst benutzt (manchmal sogar ausgenutzt), schließlich herausgeworfen. Bei so einem Vorgehen hätte keine der von uns so geschätzten Kulturen der Vergangenheit überlebt.

Horst Siebert²⁷ bemerkt dazu in seinem Buch "Arbeitslos ohne Ende?":

Es hat sich zunehmend eingebürgert, ältere Arbeitnehmer, noch bevor sie das Rentenalter erreicht haben, in den Ruhestand zu schicken. Dabei sind mittlerweile bereits Arbeitnehmer in den frühen Fünfzigern betroffen. Dies ist eine Fehlentwicklung. Das einzelne Unternehmen mag seine Wettbewerbsfähigkeit verbessern, wenn es sich von älteren Arbeitnehmern trennt. Für den Arbeitnehmer ist es jedoch ein gewaltiger Bruch, wenn er zum alten Eisen gehört, nicht zuletzt deshalb, weil Arbeit Sinn stiftet und

Lebensinhalt ist. Aber auch für eine Volkswirtschaft ist es nicht angebracht, qualifizierte Arbeitskräfte brachliegen zu lassen und allerhand Erfahrung nicht zu nutzen.

In Zukunft wird es sich die deutsche Volkswirtschaft nicht mehr leisten können, angesammeltes Humankapital der älteren Menschen nicht auszuschöpfen, denn dies wird auch nicht mehr finanzierbar sein. Die produktive Generation wird bei einer älter werdenden Bevölkerung die immer größer werdenden Rentenzahlungen an die älteren aufzubringen haben. Sie muss außerdem die Finanzierung des größten Teils der Staatsausgaben tragen. Die Lebensarbeitszeit wird also wieder verlängert werden müssen. Zudem sind intelligentere Formen der Arbeitszeit für ältere Arbeitnehmer zu finden, die einen besseren Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand möglich machen.

Genau dieser Forderung eines befriedigenderen, abgestuften Übergangs ist nachzukommen, und zwar erst recht in Anbetracht der Rentenfinanzierungsproblematik, die sich in den letzten Jahren in allen Ländern der EU gefährlich zugespitzt hat. Vor 50 Jahren pflegten die Menschen bis 65 zu arbeiten, aber ihre mittlere Lebenserwartung lag nur einige Jahre über dieser Grenze. Die stetigen Fortschritte in der Medizin und die damit verbundene höhere Lebenserwartung haben in allen Ländern der EU die Zahl der Rentner rapide ansteigen lassen. Aber außer dieser demographischen Entwicklung ist zusätzlich noch eine bemerkenswerte Veränderung der Erwerbsquoten zu verzeichnen. So hatten 1985 Männer im Alter von 60 Jahren noch eine Lebenserwartung von 17,5 Jahren und die Erwerbsquote (das ist das Verhältnis der Zahl der Beschäftigten zur Gesamtpopulation dieser Altersgruppe) bei den 55-64-jährigen Männern lag bei 54%. Zehn Jahre später hatte sich die noch verbleibende Lebenserwartung auf 19 Jahre erhöht, während die Erwerbsquote in dieser Altersgruppe auf 47% zurückgegangen war. In ihrem "Bericht über die Entwicklung der Erwerbsquoten 1998" schreibt die Europäische Kommission⁶ folgende Kommentare:

Die Umkehr der Tendenz zum vorzeitigen Eintritt in den Ruhestand spielt eine wichtige Rolle bei der Erhöhung der Erwerbsquoten, da das Auscheiden aus dem Arbeitsmarkt durch Frühverrentung oder wegen Erwerbsunfähigkeit normalerweise einen endgültigen Schritt darstellt und keine Möglichkeit zur späteren Rückkehr in den Arbeitsprozess besteht. Eine solche Trendumkehr erfordert jedoch sowohl ein Umdenken bei den Arbeitgebern, was die Produktivität älterer Arbeitnehmer betrifft, als auch grundlegende Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt selbst.

Für die rückläufige Erwerbsbeteiligung bei älteren Männern dürfte weniger der Wunsch ausschlaggebend sein, frühzeitig in den Ruhestand zu treten, als vielmehr Faktoren wie Arbeitsplatzmangel, geringere Mobilität und Qualifikationsdefizite. Eine Erhebung aus dem Jahre 1993 machte deutlich, dass nahezu zwei Fünftel der aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Personen in den damals 12 Mitgliedsstaaten lieber weitergearbeitet hätten, mehr als die Hälfte auf Teilzeitbasis. Erschwerend wirkt hier auch die Tatsache, dass Vorruheständler gewöhnlich ein relativ niedriges Bildungsniveau haben. Außerdem gibt es Anzeichen dafür, dass ältere Arbeitnehmer bei Schulungsmaßnahmen unterrepräsentiert sind. Gemäß der Arbeitsmarkterhebung werden nur 1,2 % der 50-64-jährigen Beschäftigten weitergebildet, verglichen mit 3,4 % insgesamt.

Eine höhere Beschäftigungsquote der 55-64-Jährigen würde die Schwierigkeiten verschiedener Staaten der EU in bezug auf die öffentlichen Finanzen und die Sozialversicherungssysteme spürbar verringern. Die schwierige Finanzsituation, in die die Rentenkassen geraten sind, verleitet daher die Politiker zu der Forderung, das Renteneintrittsalter zu erhöhen. Denn die Streichung der vorzeitigen Pensionierungen, ja sogar

die Erhöhung des Rentenalters jenseits der 65-Jahres-Grenze auf beispielsweise 67 Jahre würde eine spürbare finanzielle Entlastung bedeuten. Bei der aktuellen hohen Arbeitslosigkeit fand dieser Lösungsvorschlag wenig Akzeptanz, galt es doch vorrangig, die Jugendarbeitslosigkeit abzubauen, indem ältere Menschen vorzeitig in den Ruhestand geschickt wurden. Dies war und ist bis heute das meist angewandte Verfahren bei Firmen, die ihren Personalstand und damit die Personalkosten abbauen wollen. Die häufigen Fusionen führten in den letzten Jahren zu massiven Personalentlassungen, bei denen sogar 50-58-Jährige zu Lasten des Staates (= der Gemeinschaft) zum vorzeitigen Ruhestand verdammt wurden. Eigentlich ein erstaunliches Vorgehen, wenn stimmt, was immer öfter behauptet wird, nämlich dass das Wissen (Kenntnisse und Erfahrungen) der Mitarbeiter zukünftig den wichtigsten Erfolgsfaktor in den Unternehmen darstellen wird. Das Hauptanliegen des Unternehmers muss sein, die Arbeitnehmer langsam ausscheiden zu lassen, wenn sie dies wünschen, aber den Kontakt mit ihnen zu wahren, damit ihr Erfahrungsschatz dem Betrieb länger verfügbar bleibt und sie sich gleichzeitig nützlich und in die Gesellschaft integriert fühlen. Normalerweise wünschen sich viele "Sechziger" die Möglichkeit des langsamen Ausscheidens, was in der Praxis einer langsamen Reduktion der Monatsarbeitsstunden entspricht. Wünscht sich ein älterer Mitarbeiter beispielsweise folgende wöchentliche Arbeitszeiten:

vom 58. bis zum 61. Geburtstag:	die 4-Tage-Woche
vom 61. bis zum 64. Geburtstag:	die 3-Tage-Woche
vom 64. bis zum 67. Geburtstag:	die 2-Tage-Woche

so scheitert diese für beide Seiten vorteilhafte Kombination an dem sich daraus ergebenden geminderten Rentenanspruch. In Deutschland sind heute die Einbußen bei der Rente das größte Hindernis auf dem Weg zu mehr Teilzeitarbeit. Das Rentenniveau betrug im Jahre 1999 maximal 70 % des durchschnittlichen Nettoeinkommens, das ein Arbeitnehmer im Laufe seines Erwerbslebens erhalten hat. Will jemand heute in Deutschland die obigen kürzeren Arbeitszeiten ab dem 58. Lebensjahr, so verringert er sein durchschnittliches Nettoeinkommen und also seinen zukünftigen Rentenanspruch. Erstaunlich ist dieser nicht beseitigte Schwachpunkt des deutschen aber auch anderer europäischer Rentensysteme vor allem vor dem Hintergrund einer seit Jahren andauernden Diskussion über verschiedenen Modelle zur Rente ab 60 Jahren. Doch anderswo sieht es noch schlimmer aus. In Spanien werden zur Errechnung des Rentenanspruchs sogar nur die Rentenkassenbeiträge der letzten 15 Jahre herangezogen. Das bedeutet, es werden geradezu Höchstleistungen vor dem Ruhestand gefordert!! Wie kann man da in den letzten Jahren weniger arbeiten? Aber auch im deutschen "Öffentlichen Dienst" stellte das deutsche Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eine systematische Benachteiligung von Teilzeitbeschäftigten fest, die das Gericht am 7. September 1999 gerade wieder verurteilte. Die Badische Zeitung schrieb dazu am Folgetag:

Steuern und Sozialabgaben wurden nämlich nicht vom tatsächlichen Bruttogehalt einer Teilzeitkraft abgezogen, vielmehr wandte die VBL (Versorgungsanstalt von Bund und Ländern) ein perfides Sonderverfahren an: das Gehalt wurde erst auf ein Vollzeitgehalt hochgerechnet, dann die Abgaben abgezogen, um die Summe dann wieder auf Teilzeitniveau herunterzurechnen. Der Effekt liegt auf der Hand: Aufgrund der Steuerprogression für hohe Einkommen wurde damit eine völlig überhöhte Steuerlast unterstellt, die mit der realen Einkommenssituation von Teilzeitkräften nichts zu tun hatte.

Konsequenz des Urteils:

Je nach Lage sind Erhöhungen der Zusatzrente von bis zu 200 Mark pro Monat zu erwarten.

Das Bundesverfassungsgericht hielt in seiner Urteilsbegründung fest, dass eine gezielt ungerechte Rechenmethode ausgewählt wurde, obwohl eine genauso praktikable gerechte Methode anwendbar war.

Veraltete Rentensysteme, bei denen die Höhe der späteren Rente wesentlich vom Einkommen der letzten Arbeitsjahre vor dem Ruhestand abhängen, sind inkompatibel mit Altersteilzeit und folglich mit einem langsamen Ausscheiden aus dem Berufsleben. Gebraucht wird ein anderes Rentensystem, das nicht auf dem Einkommen beruht, das die Kindererziehungszeit der Mütter berücksichtigt, das die vom Menschen gewünschte Teilzeitarbeit unterstützt und das in den nächsten Jahrzehnten bei wachsender Lebenserwartung den Rentenantritt kontinuierlich hinauszögert. Die in Kapitel 1 vorgeschlagenen Formeln, die zu den für den Arbeitgeber interessanten Kurzarbeitszeiten führen, erleichtern es dem Arbeitgeber und dem schon älteren Arbeitnehmer, das Aussteigen aus dem Arbeitsleben graduell und für beide zufriedenstellend zu gestalten. Die anschließend beschriebenen Rentenformeln sowie die spezielle Besteuerung dieser Renten sollen endlich eine sanftere, befriedigendere Art des Ausscheidens aus dem Arbeitsleben unterstützen, die gleichzeitig die Finanzmisere der Rentenkassen entschärfen hilft.

Der Arbeiter im Ruhestand hat einen Anspruch auf eine monatliche, vom Staat zu zahlende Rente. Muss diese fix je Person sein oder variabel, weil man sich an einen gewissen Lebensstandard gewöhnt hat? Sollen beispielsweise Politiker, aber nicht nur sie, weiterhin besondere Versorgungsprivilegien haben? Die Politiker verschiedenster Parteien erreichten in den meisten Länder der EU Konsens, wenn es um ihre eigenen Bezüge und um ihre Ruhegeldansprüche ging. Da funktioniert ein zwar demokratischer, aber doch sittenwidriger Selbstbedienungsladen. Sollen auch zukünftig die Abgeordneten sich besondere Ruhestandsgehälter zugestehen dürfen oder sollten auch für sie die allgemein gültigen Regelungen zur Berechnung der Rente gelten?

Die Rentner sind insofern alle gleich, als sie alle den verdienten Ruhestand genießen. Darum sollten sie nicht nach ihrem alten Qualifikationsstandard oder nach vergangenen Leistungen gemessen werden, sondern prinzipiell die gleiche Rente erhalten. Wer im aktiven Berufsleben erfolgreich war und es zu höheren Einkommen brachte, vermochte für die Wechselfälle des Lebens zu sparen und so ein Vermögen für das Alter zu bilden; der Langzeitarbeitslose, der Geringverdiener dagegen hat vielleicht nur die Rente, um im Ruhestand das Monatsende zu erreichen. Deshalb sollte der Rentenansatz so sein, dass er einerseits beiden eine Mindestgrundrente sichert, andererseits aber auch eine nur von der Lebensarbeitszeit abhängige Zusatzrente vorsieht, damit er den Fleißigen ein akzeptables Auskommen sichert. Denn klar ist, dass der Staat jene Rentner "belohnen" sollte, die viele Stunden und viele Jahre intensiv arbeiteten. Die "Belohnung" sollte also die Lebensarbeitsstunden LH berücksichtigen und dies außerdem aus zwei völlig unterschiedlichen Gründen:

- a) Wer viele Stunden arbeitete, hat dem Staat zu größeren Steuereinnahmen verholfen. Darum sollte eine gewisse Proportionalität zwischen den Lebensarbeitsstunden (LH) und der Rente vorgesehen sein.

- b) Die niedrigeren Steuersätze für geringere Monatsarbeitsstunden sowohl beim Arbeitgebersteuersatz S als auch beim Arbeitslosensteuersatz S_2 benötigen einen Kontrapunkt und eine Kontrolle. Der Arbeitnehmer soll im Gegensatz zum Arbeitgeber ein Interesse an möglichst vielen Arbeitsstunden haben, weil diese später bei der Rente honoriert werden.

Die Rentenformel sieht darum folgendermaßen aus:

$$\text{Rente } R = k_4 \cdot (\text{Grundniveau } GN + \text{Lebensarbeitsstundenniveau } LHN)$$

wobei k_4 wieder eine festzulegende Konstante ist. Abgekürzt schreiben wir:

$$\text{Rente } \boxed{R = k_4 \cdot (GN + LHN)} \quad (5.1)$$

Beispiel: Das Grundniveau GN , auf das jeder Bürger ein Anrecht hat, sobald er den Ruhestand antritt, sei beispielsweise 600 Euro, d.h.

$$\boxed{GN = 600 \text{ Euro}} \quad (5.2)$$

Für das Lebensarbeitsstundenniveau LHN gelte die Formel:

$$\boxed{LHN = (LH - 12000) / 40} \quad (5.3)$$

wobei LH die Lebensarbeitsstunden bedeutet.

Bei weniger als 12000 Lebensarbeitsstunden ist $LHN = 0$ zu setzen (LHN darf also niemals negativ sein).

Der Arbeiter Robert, der 40 Jahre lang 6 Stunden pro Tag und 220 Tage pro Jahr gearbeitet hat, erreicht $40 \cdot 220 \cdot 6 = 52800$ Lebensarbeitsstunden und erhöht so seine Grundrente GN um sein Lebensarbeitsstundenniveau:

$$LHN = (52800 - 12000) / 40 = 1020 \text{ Euro}$$

Somit wird seine Rente (falls $k_4 = 1$)

$$R = GN + LHN = 600 + 1020 = 1620 \text{ Euro.}$$

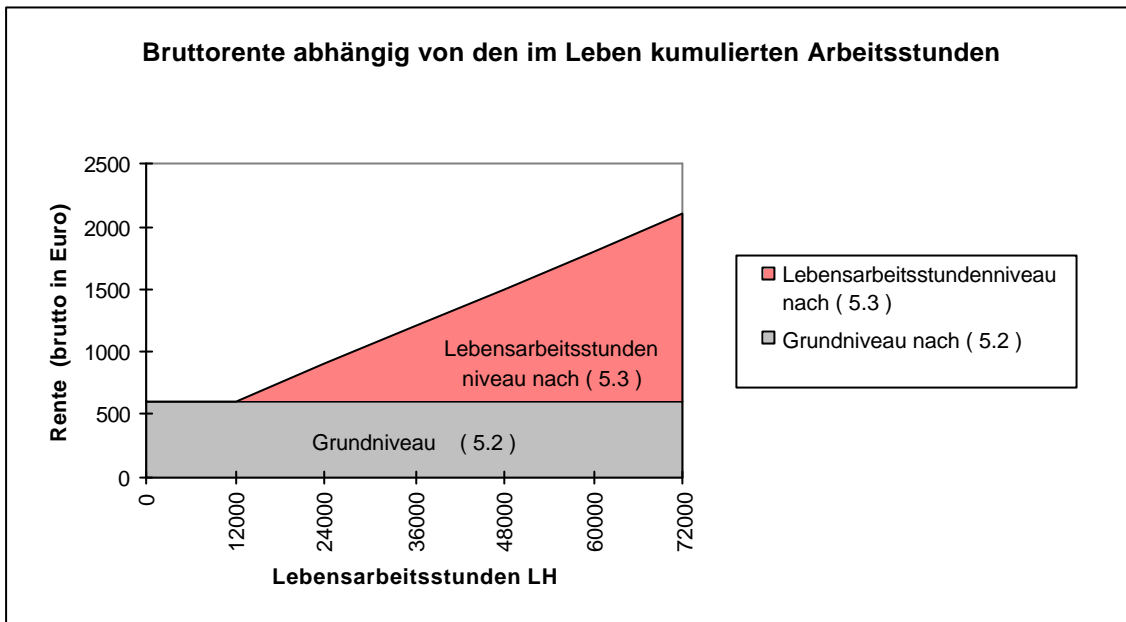
Eine Hausfrau, die vor der Geburt ihrer vier Kinder 5 Jahre 220 Arbeitstage à 8 Stunden arbeitete, kumulierte

$$5 \cdot 220 \cdot 8 = 8800 \text{ Stunden,}$$

zu denen für ihre Tätigkeit als kindererziehende Mutter (siehe Ende des 4. Kapitels) weitere

4 Kinder à 7080 Stunden = 28320 Stunden

hinzukommen werden, derart dass ihr nach (5.2) und (5.3) eine Rente von 1228 Euro schon zusteht. Entscheidet sie sich noch einmal eine gewisse berufliche Tätigkeit auszuüben, sobald ihre Kinder älter sind, so kann sie diesen Rentenanspruch noch erhöhen.



Für den Lebensarbeitsstundenzähler LH wird folgende Funktionsweise vorgeschlagen:

- ? LH addiert die gearbeiteten Monatsstunden aller Monate des Lebens auf
- ? LH beinhaltet keine bezahlten Urlaubsstunden
- ? LH beinhaltet keine Krankheitstage
- ? LH erhöht sich monatlich um die Kinderzuwendungszeit CT der kindererziehenden Hausfrauen / Hausmänner, die kein Arbeitslosengeld beziehen
- ? LH verändert seinen Wert nicht mehr, sobald man Rente bezieht
- ? LH reduziert sich um 3 - 10 Stunden je Tag, für den man Arbeitslosengeld bezieht, in Abhängigkeit von der Anzahl Tage, für die schon Arbeitslosengeld bezogen wurde:

(kumulierte) Zeiten erfahrener Arbeitslosenunterstützung	LH reduziert sich um
die ersten 100 Tage	3 Stunden / Tag
vom 101 - 200 Tag	4 Stunden / Tag
vom 201 - 300 Tag	5 Stunden / Tag
vom 301 - 400 Tag	6 Stunden / Tag
vom 401 - 500 Tag	7 Stunden / Tag
vom 501 - 600 Tag	8 Stunden / Tag
vom 601 - 700 Tag	9 Stunden / Tag
ab dem 701 Tage	10 Stunden / Tag

(5.4)

Ist man also im Urlaub oder krank, so verändert sich LH nicht, bezieht man hingegen Arbeitslosengeld einen Monat lang, so reduziert sich LH um mindestens 90 und höchstens 300 Stunden (30 Tage à 3 Stunden bzw. 30 Tage à 10 Stunden). Niemand wird also zukünftig ein Interesse haben, seine vorübergehende Arbeitslosigkeit absichtlich zu verlängern, denn sie kürzt seinen Rentenanspruch um so stärker, je länger sie ausfällt.

Die Konstante k_4 in (5.1) sollte jedes Jahr um den Inflationsfaktor korrigiert werden, damit die Rentenbezieher keinen Kaufkraftverlust hinnehmen müssen. Andererseits könnte ein einheitlich in der EU eingeführtes Rentensystem dazu führen, dass wegen der unterschiedlichen Lebenshaltungskosten beispielsweise $k_4 = 1,1$ in Schweden, gleich 0,9 in Frankreich und gleich 0,7 in Spanien wäre.

Die Rentensteuer

Vermerkt sei noch einmal, dass die Bruttorente natürlich von Abzügen wie der Arbeitslosensteuer oder der Lohnsteuer befreit ist. Dafür kommt eine vom Rentenaltersalter abhängige Rentensteuer S_4 zur Anwendung, die einen Anreiz zur Hinauszögerung des Ruhestandes schaffen soll, denn dies entlastet die Staatshaushalte. Wer frühzeitig, z.B. mit 62 oder 63 Jahren, aus dem Arbeitsleben ausscheidet, soll eine geminderte Nettorente erhalten, wer seinen Rentenanstritt bis zum Alter von 66 oder 67 hinauszögert, wird dafür mit einer höheren Nettorente entschädigt.

Ist beispielsweise die mittlere Lebenserwartung 80 Jahre und strebt der Staat den 66. Geburtstag als Zeitpunkt für den Rentenanstritt an, so wäre folgende Rentenbesteuerung denkbar:

reales Renten- antrittsalter	Rentensteuersatz S_4
66 und älter	0 %
65 Jahre	7,14 %
64 Jahre	13,33 %
63 Jahre	18,75 %
62 Jahre	23,53 %
61 Jahre	27,78 %
60 Jahre	31,58 %
59 Jahre	35,00 %
58 Jahre	38,10 %
57 Jahre	40,91 %

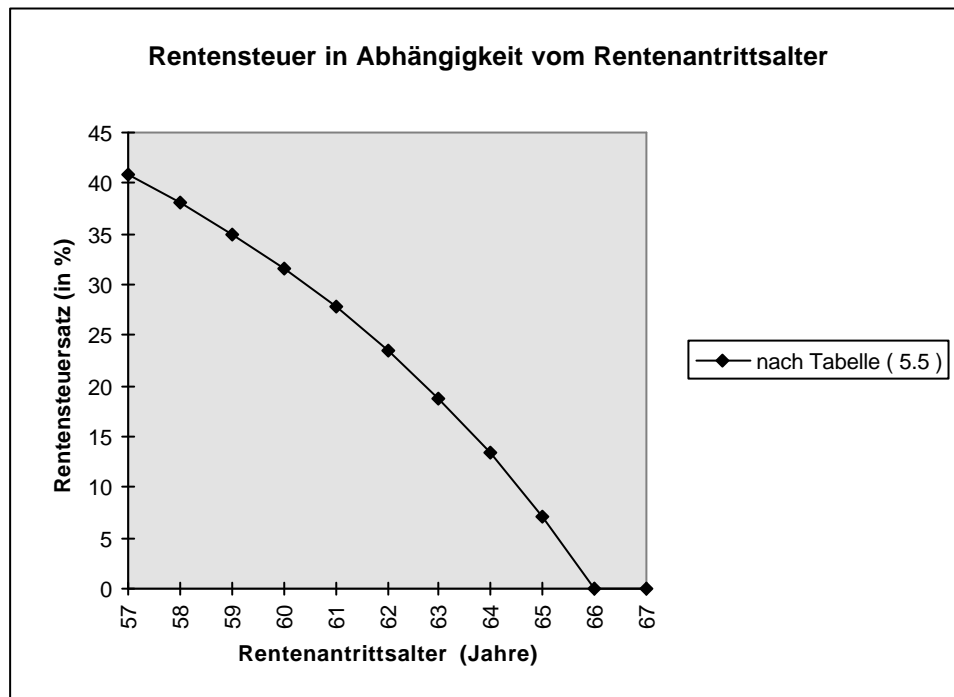
(5.5)

Für den Arbeiter Robert, der in 40 Jahren 52800 Lebensarbeitsstunden kumuliert hatte, errechneten wir eine Bruttorente von 1620 Euro. Tritt er seine Rente mit mindestens 66 Jahren an, so wäre dies auch seine Nettorente, da bei Anwendung obiger Tabelle (5.5) der Steuersatz $S_4 = 0$ % zur Anwendung käme. Hat er jedoch diese Lebensarbeitsstunden schon

mit 62 Jahren kumuliert und will er in diesem Alter schon in Rente gehen, so mindert sich seine Nettorente:

Bruttorente	1620,00 Euro
- Steuersatz $S_4 = 23,53\%$? 381,19 Euro

Nettorente	1238,81 Euro



Diese Besteuerung soll dazu beitragen, den Trend zum frühzeitigen Ruhestand zu brechen. Man kann jedoch in den letzten Jahren seine Arbeitszeit reduzieren, wenn sich bei LH schon genügend Lebensarbeitsstunden angesammelt haben, da dies keine negative Auswirkungen auf die Rentenhöhe hat.

Wie eingangs geschildert, verhindern heute die unglaublich schwerwiegenden Nachteile bei der Rente die Möglichkeit eines langsamen Ausstieges aus dem Arbeitsleben. Hier in diesem viel einfacheren System spielen hingegen die Einkommen keine Rolle, hier beeinflussen wesentlich niedrigere Einkünfte einer Person zwischen 60 und 65 Jahren die Rente nicht negativ (wie z. Z. in den meisten aktuellen Systemen der EU), sondern ganz im Gegenteil:

- ein Arbeiter sammelt weiterhin Lebensarbeitsstunden an (LH erhöht sich), wenn auch mit einem verlangsamten Tempo;
- akzeptiert ein Arbeiter Teilzeitbeschäftigung und verzögert so sein Rentenalters, so reduziert er seine Steuern auf die Rente, d.h. ein kleinerer Steuersatz S_4 erhöht seine Nettorente.

So wird die Teilzeitarbeit konsequent und permanent gefördert. Wichtig ist ferner, dass hier der Rentensteuersatz der Tabelle (5.5) nicht willkürlicher oder schwer verständlicher Natur ist, wie das in Deutschland und Spanien der Fall zu sein scheint. Trat man im Jahre 1999 mit 60 Jahren die Rente an, so erlitt man in Deutschland einen Abschlag von 18 %, in Spanien von 40 %. Zwei so unterschiedliche Prozentsätze können ja wohl kaum ein und derselben volkswirtschaftlichen Logik entsprechen. Dieser Willkür wird eine gewisse Rationalität mit der obigen Tabelle entgegengesetzt, denn hier werden bei gegebener Lebenserwartung unabhängig vom realen Rentenalters im Mittel annähernd ähnliche Nettoleistungen für den Rentner angestrebt. Mit der Rentensteuer wird also ein Gerechtigkeitsausgleich versucht: wer früher in Rente geht, erhält bei gleichen Lebensarbeitsstunden eine etwas geminderte Nettorente als derjenige der erst später in den Ruhestand geht, damit im statistischen Mittel (rein rechnerisch) beide ähnliche Rentenkosten dem Staat aufbürden. Diese Tabelle (5.5) belohnt absichtlich geringfügig den Spätrentner. Im Klartext bedeutet das: Wenn zwei Rentner genau im Alter von 80 Jahren (= der angenommenen mittleren Lebenserwartung) versterben, so haben beide zu diesem Zeitpunkt in etwa ähnliche Nettorenten seit ihrem jeweiligen Rentenanstritt bezogen, obgleich derjenige, der erst mit 66 Jahren die Rente antrat, absichtlich mit einer geringfügig höheren Gesamtnettorente belohnt wurde. Versterben beide erst mit 85 Jahren, so wird der Nachteil des Frührentners größer, versterben sie dagegen beide schon mit 75 Jahren, so hat der Frührentner netto mehr vom Staat erhalten.

Das entsprechende einfache Formelwerk für die Besteuerung der Bruttorente in Abhängigkeit vom Rentenalters und der mittleren Lebenserwartung sowie deren logische Begründung sind in Anhang C ausführlicher dargestellt.

Langsames Ausscheiden: Rentenanstritt in zwei Etappen

Weil das langsame Ausscheiden aus dem Berufsleben in weiten Kreisen der "Sechziger" Anklang findet, wird noch die Variante des Rentenanstritts in zwei Schritten ermöglicht: im ersten sollte der angehende baldige Rentner schon die halbe ihm zustehende Rente beziehen können, während er sich langsam aus dem Berufsleben zurückzieht, d. h. während er noch halbtags oder "halbwegs" berufstätig ist. Eine erste Reduktion der Arbeitszeit auf 80 Monatsstunden könnte aber trotz der niedrigeren Lohnsteuer und des Entfallens der Arbeitslosensteuer zu einem zu niedrigen Nettoeinkommen für den Betroffenen führen. In diesem Falle sollte er die Möglichkeit haben, die halbe Rente zusätzlich zu beziehen. In einem zweiten, zeitlich späteren Schritt würde er dann die volle Rente beziehen, ohne dass dies den automatischen Ausschluss vom Arbeitsmarkt bedeuten muss.

Wie wäre in diesem Falle des sachteren Ausscheidens aus dem Arbeitsleben und des progressiven Rentenbezugs das zur Ermittlung des Rentensteuersatzes entscheidende Rentenalters festzulegen? Nun, das Rentenalters für die erste Etappe wäre das Alter zum Beginn dieser Phase. Will Robert beispielsweise mit 62 Jahren schon die halbe Rente beziehen, so gilt für die gesamte Zeitspanne dieser ersten Etappe sein Rentenalters gleich 62 Jahre und seine halbe Bruttorente würde folglich bei Anwendung der Tabelle (5.5) mit einem Steuersatz S_4 von 23,53 % belastet. Da der Bezug von Rente nicht mit dem Bezug von Arbeitslosengeld vereinbar sein sollte, wird dem Rentner in dieser ersten Übergangsphase zum Ruhestand bei seiner gleichzeitigen bezahlten Berufstätigkeit die Arbeitslosensteuer erlassen. Allerdings kumuliert der Rentner in dieser ersten Etappe auch keine weiteren

Arbeitsstunden auf seinem Lebensarbeitsstundenzähler LH. Von dem Augenblick an, da ein Teil der Rente vorzeitig bezogen wird, wird der Lebensarbeitsstundenzähler gestoppt, er hat seinen für die Rentenberechnung entscheidenden Endwert erreicht, so dass die Bruttorente endgültig fixiert ist. Lediglich die Nettorente variiert beim Übergang von der ersten zur zweiten Phase. Einerseits erhält der Rentner in der zweiten Phase die volle und nicht nur die halbe Bruttorente der ersten Etappe, andererseits ist sein Steuersatz S_4 niedriger, weil für die zweite Etappe ein anderes (für den Rest seines Lebens gültiges) höheres Rentenantrittsalter festzulegen ist. Denn zweifellos wäre es ungerecht, wenn ein früher Start in die erste Etappe den Rentner zeitlebens mit einer hohen Rentensteuer belasten würde, doch es wäre genauso ungerechtfertigt, die erste Phase einfach zu ignorieren und als Rentenantrittsalter den Beginn der zweiten Phase zu akzeptieren. Richtiger ist, seinen "halben" Rentenbezug korrekt zu berücksichtigen und je zwei Jahre halben Rentenbezugs mit einem Jahr vollen Rentenbezugs gleichzusetzen. Nehmen wir an, unser mit 62 Jahren in die erste Rentenphase eingetretener Robert entscheidet sich erst mit 68 Jahren für den Übergang in die Etappe des verdienten absoluten Ruhestandes. Für diese zweite Etappe des Bezugs der vollen Rente ist darum als Rentenantrittsalter rechnerisch 65 Jahre einzusetzen (der Mittelwert zwischen 62 und 68), denn die 6 Jahre halber Rente entsprechen 3 Jahren voller Rente. Es ergibt sich dann für diesen konkreten Fall folgendes Gesamtbild:

	Bruttorente	reales Rentenantrittsalter	äquivalentes Rentenantrittsalter für die zweite Etappe	Rentensteuersatz S_4 nach (5.5)
erste Etappe: von 62-68 Jahren	halbe Rente 50 %	62		23,53 %
zweite Etappe: ab 68 Jahren	volle Rente 100 %	68	65	7,14 %

Aktuelle Systeme zur Rentenberechnung, bei denen sich deutlich niedrigere Einkünfte in den letzten Jahren vor Antritt der Rente negativ auf deren Höhe auswirken, werden hier durch eine Philosophie ersetzt, die ein langsames Ausscheiden fördert, weil dadurch der Arbeitgeber und der zukünftige Rentner Vorteile haben. Außerdem hat der Arbeiter einen großen Anreiz bis zum vollendeten 65. oder 66. Lebensjahr dank Teilzeitarbeit tätig zu sein, wodurch er länger in die Gesellschaft integriert ist und sich nützlich fühlt. Schließlich bestätigt sich, dass eine Rentenberechnungsformel, die nicht das Einkommen sondern die Lebensarbeitsstunden als Anspruchselement und Rechenbasis benutzt, es ermöglicht, die nicht bezahlte Tätigkeit der kindererziehenden Hausfrau/des Hausmannes bei der Rente zu honorieren. Schließlich entspricht es elementarster Gerechtigkeit, wenn Eltern, die Kinder erzogen haben, die sich deswegen einschränken mussten und darum kein Geld für eine private Zusatzvorsorge übrig hatten, später diese Erziehungsarbeit bei der Rente angerechnet erhalten.

Zweiter Abschnitt

Zur praktischen Umsetzung

Die vorhergehenden Steuervorschläge bedürfen einiger zusätzlicher Überlegungen, wenn eine erfolversprechende Umsetzung in die Praxis unterstützt werden soll. Wie immer steckt nämlich der Teufel im Detail, weshalb in diesem Abschnitt anhand von verschiedenen Gehaltsabrechnungsbeispielen konkrete Probleme näher beleuchtet werden. Die innere Logik der Zusammenhänge und die einfache Anwendbarkeit des gesamten Systems werden dadurch deutlicher. Verschiedene Übergangsregelungen sowie Maßnahmen zur Sicherstellung des permanenten finanziellen Ausgleichs werden vorgeführt.

Obgleich das vorgeschlagene Steuersystem anpassungs- und folglich zukunftsfähig ist, sollte der Staat dennoch möglichst frühzeitig eine Entwicklung einleiten, die eine schwächere Besteuerung des Produktionsfaktors Arbeit für die nächsten Jahrzehnte vorsieht. Denn diese arbeitszentrierte Industriegesellschaft befindet sich im Übergang zu einer anderen, nicht arbeitsfreien, aber doch von den Fesseln der Arbeit befreiteren Gesellschaft, die ihre finanziellen Ressourcen auf anderen Wegen besorgen müssen.

Dazu gehört die Einführung von Ökosteuern, um die Umweltbelastung abzusenken. Der Markt hat derzeit nur den Profit in seinem Kalkül, weil die Zerstörung der Natur, die Emmission von Schadstoffen oder der Verbrauch von unwiederbringlichen Ressourcen kostenlos ist.

Auch die problematische Irrationalität der internationalen Finanzmärkte erfordert ein geeignetes Steuerungsinstrument, das die gefährliche Instabilität der Finanzmärkte reduziert. Die Politik muss die Kapitalmärkte kontrollieren. Eine "Tobin-Steuer" auf die kurzfristigen, spekulativen Finanzströme würde helfen, diese einzudämmen und gleichzeitig zu beachtlichen Finanzeinnahmen führen.

Obgleich das Arbeitsvolumen schrumpfen wird, sollen Arbeitsplätze möglichst erhalten oder sogar neue geschaffen werden; darum sind die folgenden Überlegungen zur Entlastung der verschiedenen Arbeitssteuern und zum Auffinden von Alternativsteuern so bedeutungsvoll im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit.

Kapitel 6: Anwendungspraxis

Bei Einführung eines solchen Fiskalsystems sind verschiedene praktische Aspekte zu beachten, die anschließend nur kurz behandelt werden.

Löhne und Gehälter

In den vorhergehenden Seiten wurde keine Trennung zwischen Löhnen und Gehältern vorgenommen. Auch die Bezüge der Angestellten und der Beamten werden hier monatlich schwanken, weil die zu arbeitenden Monatsstunden MH variieren und diese die Basis für fast alle Steuersätze und für die Renten bilden.

Die übliche Differenzierung und die damit einhergehende Diskriminierung zwischen Lohn- und Gehaltsempfängern sollte endlich aufgehoben werden, weil:

- a) die Anzahl der Arbeiter permanent zugunsten der Angestellten und Selbständigen abnimmt,
- b) die Diskriminierung der Arbeiterschaft ungerecht ist,
- c) der Lohnempfänger in Zukunft nur am Monatsende (und nicht etwa wöchentlich) seine Lohnabrechnung erhält.

Auch sind keine Lohnsteuerjahresausgleiche vorzusehen, denn die Zeitabrechnungseinheit für sämtliche hier behandelten Steuern ist der Monat und nicht etwa das Quartal, das Jahr oder von Olympiade zu Olympiade. Dies dient auch dem Abbau der Bürokratie und des Beamtenapparats.

Arbeitnehmer von zwei Arbeitgebern

Ist eine Person bei zwei Unternehmen beschäftigt, so sind ihre realen Monatsarbeitsstunden richtig zu berücksichtigen, damit beide Unternehmen den korrekten Arbeitgeberanteil B an den Staat abführen. Die folgenden Betrachtungen gelten genauso für Teilzeit-Selbständige, denn für einen Selbständigen gibt es ja in unseren Betrachtungen keine Ausnahmen, es gilt, er ist sein eigener Arbeitgeber.

Stellen wir uns vor, dass ein Arbeiter morgens 4 Stunden lang in einer Autowerkstatt tätig ist und nachmittags weitere 4 Stunden in einer anderen Autowerkstatt. Selbstverständlich sind die Monatsarbeitsstunden MH

$$\text{MH} = (4+4) \cdot 20 \text{ Tage} = 160 \text{ Stunden}$$

und **beide** Arbeitgeber müssen bei der Ermittlung des Arbeitgeberanteils mit MH = 160 Stunden die abzuführenden Beträge B errechnen.

Da ein Unternehmen aber nicht alle Nebentätigkeiten aller Mitarbeiter ahnt bzw. eventuell nicht vollständig bzw. korrekt informiert ist (in einigen Ländern der EU möglich!), wird im folgenden Punkt für die zentrale Lohnverarbeitung plädiert.

Auch bei den Steuersätzen S_2 für die Arbeitslosensteuer sind bei beiden Arbeitgebern die Gesamtmonatsstunden MH zu berücksichtigen und folglich der dazugehörige Steuersatz in den Lohnabrechnungen der beiden Autowerkstätten einzusetzen.

Bei der Lohnsteuer ist der vom Stundenlohn abhängige Stundensteuersatz Sh_3 für jede Werkstatt verschieden, d.h. firmenindividuell. Der vom Gesamtbruttoeinkommen abhängige Monatssteuersatz Sm_3 muss jedoch bei beiden Werkstätten gleich sein, da die Bruttoeinkommen BE beider Betriebe eben zu summieren sind.

Wie würden die Gehaltszettel der beiden Werkstätten aussehen, wenn beide ignorieren, dass ihr Mitarbeiter auch bei der anderen Werkstatt beschäftigt wird? Nun bei einem Stundenlohn von 12 Euro könnte er wie folgt aussehen:

LOHNABRECHNUNG		Abrechnungszeitraum: Oktober 2002	
Arbeitnehmer: in Werkstatt A		Arbeitsstunden: 80	
	Prozent	Steuerbetrag	SALDO
Bruttoeinkommen			960,00
Arbeitslosensteuer A nach Tabelle (2.4)	0,00	0,00	960,00
Lohnsteuer L	4,42	42,43	917,57
Stundensteuer nach Tabelle (3.1)	1,57		
Monatssteuer nach Tabelle (3.2)	2,85		
Kindergeld K			
Grundbetrag G		125,00	1.042,57
zusätzlich HS*CT nach Tabelle (4.3)		360,00	1.402,57
Nettoeinkommen			1.402,57
Arbeitgeberanteil B nach Tabelle (1.1)	16,00	153,60	

Es wurde angenommen, dass der Arbeiter Vater einer 4 Jahre alten Tochter und eines 10 Monate alten Sohnes ist.

Der (extra unten separat angegebene) zur Anwendung kommende Arbeitgeberanteil B wäre nach Tabelle (1.1) $s = 16\%$ vom Bruttoeinkommen und also gleich 153,60 Euros.

Wenn in der Werkstatt B sein Stundenlohn nicht 12 sondern 15 Euro beträgt, so ergäbe sich folgende Abrechnung bei der von seiner Nebentätigkeit ebenfalls nichts ahnenden Werkstatt B:

LOHNABRECHNUNG		Abrechnungszeitraum: Oktober 2002	
Arbeitnehmer: in Werkstatt B		Arbeitsstunden:	80
	Prozent	Steuerbetrag	SALDO
Bruttoeinkommen			1.200,00
Arbeitslosensteuer A nach Tabelle (2.4)	0,00	0,00	1.200,00
Lohnsteuer L	6,68	80,16	1.119,84
Stundensteuer nach Tabelle (3.1)	3,00		
Monatssteuer nach Tabelle (3.2)	3,68		
Kindergeld K			
Grundbetrag G		125,00	1.244,84
zusätzlich HS*CT nach Tabelle (4.3)		360,00	1.604,84
Nettoeinkommen			1.604,84
<hr/>			
Arbeitgeberanteil B nach Tabelle (1.1)	16,00	192,00	

Wie würde die Abrechnung aussehen, wenn eine vollständig informierte Zentralstelle die Abrechnung für beide Werkstätten vornimmt? Unter Verwendung derselben Formeln (1.1), (2.4), (3.1), (3.2) und (4.3) ergeben sich bei Einsatz der echten 160 Gesamtarbeitsstunden im Monat und des echten Gesamtbruttoeinkommens von 2160 Euros völlig verschiedene Arbeitgeberanteile B und andere Steuersätze S_2 und S_3 . Logischerweise wird das Kindergeld auch nicht mehr doppelt ausbezahlt, sondern es reduziert sich erheblich, weil ihm bei 160 Monatsarbeitsstunden nach (4.3) nur der Grundbetrag von 50 Euro für die Tochter und von 75 Euro für den Sohn zusteht. Anschließend wird nur für die Werkstatt B die korrekte Abrechnung vorgeführt, für die erste Werkstatt sähe die Rechnung dementsprechend aus.

LOHNABRECHNUNG		Abrechnungszeitraum: Oktober 2002
Arbeitnehmer: in Werkstatt B	Arbeitsstunden:	80
Gesamtmonatsarbeitsstunden:	160	
Gesamtbruttoeinkommen:	2.160,00	

	Prozent	Steuerbetrag	SALDO
Bruttoeinkommen			1.200,00
Arbeitslosensteuer A nach Tabelle (2.4)	10,00	120,00	1.080,00
Lohnsteuer L	9,25	111,00	969,00
Stundensteuer nach Tabelle (3.1)	3,00		
Monatssteuer nach Tabelle (3.2)	6,25		
Kindergeld K			
Grundbetrag G	50	62,50	1.031,50
zusätzlich HS*CT nach Tabelle (4.3)	50	0,00	1.031,50
Nettoeinkommen			1.031,50

Arbeitgeberanteil B nach Tabelle (1.1)	32,00	384,00
--	-------	--------

Diese korrekte Abrechnung zeigt, dass erstens die Arbeitgeberanteile B doppelt so hoch ausfallen, und dass zweitens der gemeinsame Mitarbeiter 10 % Arbeitslosensteuer entrichten muss. Damit zahlt er genau den Betrag, den er zahlen müsste, wenn er nur in einer Werkstatt 8 Stunden arbeiten würde. Dies gilt auch fast für die Lohnsteuer S_3 (es gibt minimale Abweichungen bei Sh_3). Somit soll es für den Arbeiter gleichgültig sein, ob er seine Arbeitsstunden und sein Einkommen bei einem oder mehreren Arbeitgebern verdient.

Dieses Beispiel zeigt, dass es vorteilhaft ist, die Daten zentral zu verarbeiten. Fehlerhafte Lohnabrechnungen aufgrund von Unkenntnis über mehrere Beschäftigungsverhältnisse eines Arbeitnehmers werden so automatisch vermieden. Die Verantwortung der Betriebe würde sich auf die korrekte Übermittlung der eigenen Daten beschränken. Die Verarbeitung der Daten, die Kontrollfunktion, die Lohnabrechnung und weitere Serviceleistungen könnte eine zentrale Staatsstelle (z. B. das Finanzamt) übernehmen. Der dazu notwendige Verwaltungs- und Kontrollaufwand ist auch auf der Staatsseite keinesfalls schwindelerregend oder gar gigantisch, was heutzutage jeder Informatik- und Telekommunikationsexperte aber auch die mit Steuersystemen vertrauten Staatssekretäre der EU und ihrer Mitgliedsstaaten bestätigen können.

Damit soll aber keinesfalls die Allmacht eines "Orwell-Staates" heraufbeschworen sondern im Gegenteil eine kostenlose Serviceleistung gefordert werden, die den Personalabteilungen aller

Firmen die Arbeit vereinfacht und deren Kosten reduziert. Auf diesen idealen Staatservice wird im nächsten Punkt eingegangen.

Zentrale Staatsdienstleistungen

Heute wird der Staatsdienst bei Bürgern und Unternehmern als bürokratisch empfunden, viel Papierkrieg ist immer im Spiel. In Zukunft sollte der leistungsfähige, computer-gestützte Service des Staates den flexiblen Datenaustausch via Internet ermöglichen. Bei dem vorgeschlagenen Fiskalsystem könnte eine Staatszentrale die Lohn- / Gehaltsabrechnung für die ganze Nation erledigen. Dies würde nicht nur eine spürbare Entlastung für alle Personalabteilungen bedeuten, sondern ist aus folgenden Gründen empfehlenswert:

- a) Die Lebensarbeitsstunden LH pro Person könnten zentral kumuliert werden unter Beachtung der in Kapitel 5 festgelegten Spielregeln für Urlaub, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Kinderzuwendungszeit sowie für die erste Etappe des vorzeitigen, gleitenden Ruhestandes.
- b) Eine Unkenntnis über eine Mehrfachbeschäftigung eines Arbeitnehmers wird bei einer zentralen Datenverwaltung vermieden. Damit ist eine korrekte Erfassung der Monatsarbeitsstunden möglich und somit auch eine korrekte Ermittlung der Steuersätze für den Arbeitgeberanteil S , der Arbeitslosensteuer S_2 und der Lohnsteuer S_3 .
- c) Das stark erhöhte Kindergeld hängt sehr wesentlich von den realen Monatsarbeitsstunden ab und bedarf ebenfalls einer automatischen, zentralisierten Kontrolle. Ferner gilt es, die irrtümliche doppelte Auszahlung bei mehrfachen Beschäftigungsverhältnissen zu vermeiden (siehe vorhergehenden Abschnitt).
- d) Für die Rentner, die Arbeitslosen und die nicht berufstätigen Mütter / Väter ist eine zentrale Erfassung und Entlohnung ohnehin notwendig, da diese Funktionen nicht von den Unternehmen übernommen werden können. Zusätzlich ist beim hier möglichen zweistufigen Übergang in den Ruhestand das korrekte Festhalten der Startzeitpunkts der beiden Etappen sicherzustellen. Ebenfalls muss garantiert werden, dass dem angehenden Rentner schon in der ersten Etappe dieses gleitenden Ausscheidens die Arbeitslosensteuer erlassen und sein Lebensarbeitsstundenzähler gestoppt wird.
- e) Schließlich ist zentral zu überwachen, dass stets ein Gleichgewicht herrscht zwischen den verschiedenen Beiträgen der Bürger und den damit zu zahlenden Leistungen. Im letzten Punkt dieses Kapitels wird auf die Finanzierung, d. h. auf den permanenten Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben eingegangen, eine Aufgabe, die optimal nur die zentral Staatsstelle übernehmen kann.

Der Verwaltungsapparat des Staates muss ein die Volkswirtschaft entlastendes Dienstleistungsunternehmen sein, das kostenlos zentral zu speichernde Daten für die Unternehmen verarbeitet. Alle Regeln, Kontrollen und zukünftigen Änderungen sind ferner nicht den Unternehmen aufzubürden, sondern vom Staat zu übernehmen, für den der

Kontrollaufwand ungleich niedriger und einfacher ist. Hauptziel muss nicht nur die Entlastung der Unternehmen sein, sondern außerdem die Minimierung der Fehlerquellen und der Steuerhinterziehungschancen sowie das Vermeiden nachträglicher Kontrollen bzw. Inspektionen.

Datenverarbeitungstechnisch ist nur die Datenstruktur der monatlich von den Unternehmen an die Zentralstelle zu übermittelnden Informationen festzulegen. Ein leistungsfähiger Computer kann dann die Löhne / Gehälter aller Arbeitnehmer der Nation in einer Nacht errechnen, die Zahlungen auf die Konten der Arbeitnehmer, Rentner, Arbeitslosen etc. anordnen und die Firmen- bzw. Staatskassen belasten. Niemand sollte glauben, dass dies heute im Internetzeitalter eine schwierig zu organisierende Angelegenheit ist. Sie ist technisch jedenfalls nicht nur möglich, sondern auch viel einfacher realisierbar als die damalige Einführung der Mehrwertsteuersystems mit allen seinen Kontrollmechanismen. Denn hier ist der Staat der Dirigent, der aufgrund der erhaltenen exakten Daten die zu überweisenden Gelder lenkt, bei der Mehrwertsteuer ist dagegen noch heute der Staat auf schwer kontrollierbare, spät eingehende Daten von Unternehmen angewiesen, die jeweils nur einen Bruchteil der Wirklichkeit eines eventuell in mehreren Unternehmen und in verschiedenen Ländern sich abspielenden Produktionsprozesses widerspiegeln. Darum verführt die Mehrwertsteuer so viele Menschen und Firmen zum Finanzbetrug, beim hier vorgestellten Steuersystem ist zwar die Datenfälschung nicht auszuschließen, aber die Kontrollen sind jedenfalls viel einfacher und überschaubarer.

Das Ziel dieser Zentralisierung ist es, künftig die Firmen, insbesondere die Personalabteilungen und die Finanzbuchhaltungen, von Arbeit zu befreien. Die dadurch erzielbare Kostenreduktion soll die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Produkte verbessern helfen. Gleichzeitig sollen bei dem Fiskalsystem keine Hintertüren offen gelassen werden, durch die die besonders Findigen die Steuern der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer reduzieren könnten. Den legalen oder illegalen Kunstgriffen oder Machenschaften ist von Anfang an entschieden entgegenzutreten, damit jeder seine Steuern entrichten muss.

Die vielen heute existierenden schlechten Beispiele von gut verdienenden Menschen, die immer einen Weg finden, Steuern der Gemeinschaft vorzuenthalten, sollten in Zukunft unmöglich gemacht werden. Darum wird im nächsten Punkt über mögliche Strafen nachgedacht.

Steuerhinterziehung und Strafen

Ein Arbeitgeber hat großes Interesse daran, möglichst niedrige Monatsarbeitsstunden für seine Mitarbeiter anzugeben, damit der von ihm zu entrichtende Anteil B niedrig ausfällt. Da aber der Topf dieser Beiträge B aller Arbeitgeber dazu dienen soll, die Renten aller Rentner zu bezahlen, muss die zentrale Staatsstelle dafür sorgen, ein Gleichgewicht der Einnahmen und Ausgaben durch geeignete Wahl der Konstanten k_0 und k_1 bei der Festlegung des Steuersatzes S zu erzielen. Wenn aber einige Arbeitgeber zu wenig zahlen, so müssen die übrigen Arbeitgeber herhalten.

Generell sollten harte Strafen Arbeitgeber und Arbeitnehmer davon abhalten, falsche Angaben zu den Monatsarbeitsstunden und den Bruttoeinkommen zu machen.

So wäre es denkbar, dass bei unrichtigen Daten zu den Monatsarbeitsstunden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer bestraft werden. Der Arbeitgeber beispielsweise mit einem 50 %igen Arbeitgebersteuersatz S auf alle seine Mitarbeiter in den nächsten 12 Monaten und mit einem

75%igem Arbeitgeberanteil im Wiederholungsfall ebenfalls für ein Jahr lang. Der Mitarbeiter könnte mit zusätzlichen 10 Prozent beim Arbeitslosensteuersatz S_2 und im Wiederholungsfall mit zusätzlichen 20 Prozent bestraft werden, und zwar jeweils für die Dauer eines Jahres bei gleichzeitigem Stillstand seines Lebensarbeitsstundenzählers LH.

Mancher könnte befürchten, dass dieses zentralisierte System eines gigantischen Kontrollapparates bedarf, um Missbrauch zu verhindern. Das Gegenteil ist der Fall, da der Staat von den Unternehmen selbst die Daten erhält, er sie auswertet, er alle Löhne / Gehälter errechnet und die Zahlungen auf die Konten der Arbeitnehmer, Rentner, Arbeitslosen etc. anordnet, die die Firmen- bzw. Staatskassen belasten, hat er in seinen Computernetzen laufend die Informationen gespeichert, die er für seine Stichprobenkontrollen benötigt. Wer heute die verschiedenen Wege kennt, auf denen die für die Inspektion relevanten Daten einer Firma oder eines Bürgers zu den Beamten der Finanzämter gelangen, der ist geneigt zu behaupten, dass diese ineffizienten Umwege bzw. verschleiernenden Irrwege in vielen Ländern der EU nur deswegen am Ende des 20. Jahrhunderts noch existieren, um den Mächtigen unter den Steuersündern schützend beizustehen. Für Deutschland gilt: "obwohl ein einziger Steuerfahnder pro Jahr 1,3 Millionen (1995) in die Staatskasse bringt und die Steuerfahndung kaum mehr in der Lage ist, ihren gesetzlichen Auftrag zu erfüllen, mangelt es an Steuerfahndern. Es ist als ob der Staat sich geniert, das ihm zustehende Geld einzutreiben. Der Grund aber ist, dass Steuerbeamte aus dem jeweiligen Landeshaushalt bezahlt werden, die eingetriebenen Gelder den Ländern aber nicht zugute kommen. Sie wandern entweder in den Länderfinanzausgleich der zahlenden Länder oder werden mit Zuschüssen aus dem Finanzausgleich bei den empfangenden Ländern verrechnet. Wer böswillig ist, kann in der staatlichen Untätigkeit und in dem Kompetenzgerangel eine staatliche Beihilfe zur Steuerhinterziehung sehen."²⁸

Nur die Steuersünder fürchten die Strafen und die Allmacht des Staates, der kleine Normalbürger befürchtet eher das Gegenteil, die Ohnmacht des Staates gegenüber den global agierenden Konzernen, die nicht nur ihre Steuerzahlungen legal minimieren, sondern manchmal auch zur Korruption von Beamten neigen. Generell sind in den vorhergehenden Kapiteln auch keine Steuervergünstigungen vorgesehen, damit diese Quellen möglichen Missbrauchs entfallen. Bei einem so stark vereinfachten Steuersystem sind dank einer intelligent angewandten Informatik und dank der Telekommunikation heute umfassendere Kontrollen mit einem wesentlich geringeren Personalaufwand als früher möglich. Das ist ja gerade der Erfolg und zugleich das Leid unserer Zeit: Auch in vielen Dienstleistungen nimmt eben die Produktivität so rasch zu, dass die gleiche Arbeit in weniger Stunden und meist sogar zuverlässiger als bisher erledigt werden kann.

Der Gesetzgeber sollte ferner prüfen, ob es zur Bekämpfung der wachsenden Korruption und Kriminalität sinnvoll und zweckmässig ist, gewisse Delikte mit Abzügen beim Lebensarbeitsstundenzähler LH zu ahnden. Bei Steuerhinterziehung, bei der Annahme von Schmiergeldern sowie bei anderen Straftaten, die zu Steuereinbußen führen, wäre zu erwägen, ob eine durch Reduktion von LH bewirkte Kürzung des Lebensarbeitsstundenniveaus LHN bei der Berechnung der Rente (siehe Formel (5.3)) eine angemessene und sinnvolle Strafe darstellt, die abschreckend wirkt. Denn es gehört zu den besonders nachdenklich stimmenden Fakten, dass es den die Menschenrechte verletzenden Diktaturen Videlas in Argentinien und Pinochets in Chile gelang, die Anzahl und die Schwere der von der Bevölkerung verübten Verbrechen drastisch zu senken, während in unseren demokratischen Staaten seit Jahrzehnten das Gegenteil der Fall ist. Härtere, wirklich abschreckende Strafen scheinen vonnöten, um die

Anzahl der Delikte sowie die Korruption in Polizei, Justiz, Wirtschaft und Politik in Schach zu halten. Dass sich selbst höchste und dabei sehr angesehene Staatsdiener wie Kohl, Mitterand, Gonzalez, Craxi, Andreotti, usw. in kleine oder grosse Korruptionsaffären verwickelt sahen, beweist wie notwendig wirklich abschreckende Strafen sind.

Die Selbständigen

Die große Problematik, die sich bei den Selbständigen stellt, ist die Kontrolle der Daten, die zu den verschiedenen Steuersätzen führen. Besonders kritisch ist die Verifizierung der Monatsarbeitsstunden, aber auch die Einkommen sind sorgfältig zu überwachen.

Wer selbständig ist, ist sein eigener Arbeitgeber und muss für sich selbst den Arbeitgeberanteil B abführen sowie seine eigene Lohnabrechnung vorsehen, bei der die Arbeitslosensteuer und die Lohnsteuer genauso ermittelt werden wie für alle anderen Arbeitnehmer.

Für Ärzte, Rechtsanwälte, Berater, Krankengymnasten sind die Monatsarbeitsstunden MH vermutlich objektiv noch feststellbar und also kontrollierbar. Wie sieht es aber mit Schriftstellern, Programmierern, Sängern, Tennisstars usw. und deren Monatsarbeitsstunden MH aus, die so entscheidend ihre Abgaben beeinflussen?

Mehrere Lösungsvorschläge sind denkbar. Der einfachste ist vermutlich, die Monatsarbeitsstunden MH mit 125 Stunden fix festzulegen, wenn kein verlässlicher, kontrollierbarer Stundennachweis erbracht wird.

Vernünftiger und zugleich praktikabel wäre, dass jeder Selbständige eine Bandbreite für die gearbeiteten Stunden MH jeden Monat angibt, zum Beispiel:

$$100 \text{ ? MH ? } 120$$

Der Computer könnte die Nettobezüge für den Mittelwert

$$\text{MH} = 110$$

und für die beiden Extremwerte des Intervalls

$$\text{MH} = 100 \quad \text{und} \quad \text{MH} = 120$$

errechnen und den Wert MH für die Abrechnung benutzen, der die höchste Gesamtsteuerlast ergibt, da hohe Beiträge den günstigsten Fall für die Gemeinschaft darstellen. Jener Wert also von MH, für den die Summe

$$S + S_2 + S_3$$

am höchsten ausfällt, würde für die Lohnabrechnung verwendet.

Es gibt aber noch eine ganz andere Kategorie von Selbständigen, die anderen Aktivitäten nachgehen: Schuhputzer, Gepäckträger, Babysitter, aber auch Studenten, die neben ihrem Studium durch Altenpflege, Gartenarbeit oder andere Tätigkeiten Geld verdienen usw. Diese

Selbständigen sollen nicht gezwungen werden, einen Arbeitgeberanteil abzuführen und eine Lohnabrechnung zu erstellen. Sie sollten davon völlig befreit werden unter der Bedingung, dass deren einzelne Leistungen direkt von Personen bezahlt werden (nicht von Firmen), ohne Rechnungen, völlig belegfrei, ohne Verträge. Gleichzeitig sollten diese Einzelleistungen weniger als beispielsweise 50 Euro kosten. Diese Selbständigen dürfen auch keine Mitarbeiter und Sekretärinnen beschäftigen und kein Büro haben. Erfüllen sie diese Voraussetzungen, brauchen sie keinerlei Steuern abzuführen, kumulieren aber auch keine Lebensarbeitsstunden für eine spätere Rente und können kein Arbeitslosengeld beanspruchen.

Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle und Arbeitslosengeld

Das hier skizzierte Fiskalsystem soll vorrangig die Unternehmen dazu bringen, die Arbeit auf möglichst viele Menschen zu verteilen, was einen gewaltigen Mentalitätswandel erfordert. An dieser Stelle ist aber zu erinnern, dass hier nicht nur eine gerechtere Arbeitsverteilung, sondern auch eine Arbeitsplatzkostensenkung angestrebt wird. Im internationalen Wettbewerb einer globalisierten Weltwirtschaft vermögen die Unternehmen der EU langfristig nur erfolgreich zu sein, wenn zu ihrer Entlastung die von der Gesellschaft gewünschten Sozialleistungen zunehmend vom Bürger selbst getragen werden. Denn sämtliche mit einem Arbeitsplatz verbundenen fixen Kosten sind zu minimieren, ganz abgesehen davon, dass Unternehmen eigentlich ihre Mitarbeiter nur für geleistete Arbeit entlohnen sollten.

Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ist aber eine von der Gesellschaft erwünschte Errungenschaft, weshalb also der Bürger bereit sein sollte, sie durch seinen Beitrag aufrechtzuerhalten. Wie bei dieser Abgabe der Versuch einer gerechteren Verteilung der Lasten aussehen könnte, vermag man in meinem Buch⁷ "Arbeitslosigkeit eliminierbar!" nachzulesen.

Dort findet sich auch ein detaillierter Vorschlag, wie das Arbeitslosengeld zeitlich abgestuft werden sollte, damit jeder den Antrieb verspürt, sich umgehend nach einem neuen Arbeitsplatz umzusehen. Denn zu großzügige Arbeitslosengelder in einigen Ländern der EU verführten in der Vergangenheit und auch noch heutzutage manchen Arbeitslosen, seine Suche nach einem neuen Arbeitsplatz hinauszuzögern und Maximalforderungen an den neuen Arbeitsplatz zu stellen. Solche fragwürdigen Systeme, die ungewollt die Arbeitslosenzeit verlängern, reduzieren nicht nur die Produktivität der Wirtschaft, sondern schaden letztendlich auch den von Arbeitslosigkeit Betroffenen, weil jeder Unternehmer sich reiflich überlegen wird, ob er einen Langzeitarbeitslosen einstellt, zumal nicht nur Zweifel an seiner Seriosität und Arbeitsmoral, sondern auch an seiner Arbeitsfähigkeit und seinem Wissensstand entstehen können. Dessen ungeachtet sollte beim hier skizzierten System niemand zukünftig ein Interesse haben, lange vom Arbeitslosengeld zu leben, weil dies seinen Lebensarbeitsstundenzähler LH mindern und folglich seine Rente reduzieren würde, wie im Kapitel 5 dargelegt wurde. Generell wird die Gestaltung des Arbeitslosengeldes in Zukunft eine geringere Bedeutung erlangen, da der solidarischere Arbeitsverteilungsansatz nur zu kurzen Zeiten der Arbeitslosigkeit führen sollte.

Ausgleichszahlungen bei ungewollter Arbeitszeitreduktion

Bei Personalentlassungen sind heutzutage unterschiedliche Ausgleichszahlungen in der EU üblich, die eine Entschädigung für die einseitige Kündigung des Arbeitsverhältnisses durch den Arbeitgeber darstellen sollen. In diesem Sinne sind spanische Arbeitnehmer besonders geschützt, da sie bei einer Betriebszugehörigkeit von über 28 Jahren einen steuerfreien Abfindungsbetrag erhalten können, der dem Bruttoeinkommen von 3,5 Jahresbezügen entspricht. In England hingegen erhielten Arbeiter im Jahre 1998 in derselben Situation, d.h. nach über 30 Jahren Firmenzugehörigkeit nur eine Mini-Entschädigung, sie entsprach ca. 3 Monatsgehältern. Andererseits sollten über 50-jährige Mitarbeiter tatsächlich nicht nur wegen ihres höheren Alters, wegen ihrer eventuell geringeren Leistungsfähigkeit, wegen ihrer höheren Anfälligkeit gegen Krankheiten, usw. einfach entlassen werden und gegen frischeres, jüngeres Blut ausgetauscht werden. Mehr Menschlichkeit und eindeutige Spielregeln scheinen vonnöten. So empfand es wohl auch die sozialistische Regierung Frankreichs Ende 1998 und verabschiedete ein Gesetz, das höhere Strafen für Firmen mit mehr als 50 Beschäftigten vorsieht, die sich von älteren Mitarbeitern trennen. Das Gesetz als solches geht auf das Jahr 1987 zurück, als man diese Strafen einführte, um dem Trend der Unternehmen entgegenzuwirken, zu Lasten des Staates die vorzeitige Pensionierung ihrer ältesten Mitarbeiter zu betreiben. Nun wurden die Strafen drastisch erhöht, um dem Staat zusätzliche Finanzmittel zuzuführen, da er die erheblichen Zusatzkosten einerseits und den Ausfall dieser Steuerzahler andererseits zu ertragen hat.

Reduzieren die Mitarbeiter nicht freiwillig ihre Arbeitsstunden, sondern will oder muss ein Arbeitgeber einem Mitarbeiter kündigen oder allen einer Abteilung die Monatsarbeitsstunden kürzen, so sollte er für diese erzwungene Reduktion der Arbeitsstunden eine einmalige Ausgleichszahlung leisten, für die ich einen ausführlichen Vorschlag mit einer konkreten Formel in meinem Buch⁷ unterbreite, die das Alter des Beschäftigten und seine Betriebszugehörigkeit gebührend berücksichtigt. Sie ist komplexerer Natur, weil sie einen Ausgleich versucht zwischen dem gerechten Anspruch auf Arbeitsplatzsicherheit des langjährigen Mitarbeiters und dem Drang nach Flexibilität des Arbeitgebers. Dank so einer Formel werden langjährige und schon ältere Mitarbeiter durch höhere Ausgleichszahlungen (in der Größenordnung eines Jahresgehalts) gegen Kündigungen geschützt, während eine echte Arbeitszeitreduktion eine geringere Ausgleichszahlung (in der Größenordnung eines Monatsgehalts) impliziert, die folglich für den Arbeitgeber im Notfall keine zu starke Belastung darstellt.

Doch im Falle einer Arbeitszeitverkürzung sollte zu dieser Ausgleichszahlung noch ein unabänderliches Muss hinzukommen, das man nie vergessen sollte: Solche einschneidenden Entscheidungen müssen vorher klar kommuniziert und erläutert werden. Denn sobald Mitarbeiter das Gefühl haben, dass der Arbeitsaufteilungsprozess der Aufrechterhaltung der Arbeitsplätze dient und fair abgewickelt wird, sind sie auch bereit, sich mit den unvermeidlichen Konsequenzen nicht nur abzufinden, sondern sie auch mitzutragen. Unsensibles Verhalten führt dagegen zu Unzufriedenheit; nur Fairneß, Professionalität, Objektivität und eine offene, einfühlsame Kommunikation schaffen die Voraussetzungen für die Akzeptanz harter Entscheidungen und Veränderungen.

Mögliche Anreize in der Startphase

Tritt im Jahr y das neue Fiskalsystem in Kraft, so sollte der Staat Anreize geben, damit Arbeiter freiwillig ihre Monatsarbeitsstunden reduzieren. Konkret könnten vom Staat

Zuschläge an diejenigen gezahlt werden, die ihre Arbeitszeit um mindestens 20 Monatsarbeitsstunden reduzieren. Diese Zuschläge könnten wie folgt aussehen:

<u>Jahr</u>	<u>Zuschlag, falls neue Arbeitszeit stets unter 155 Monatsstunden</u>
y	+ 10 % vom Bruttomonatslohn
y+1	+ 5 % vom Bruttomonatslohn

Bei besonders kurzen zukünftigen Arbeitszeiten wäre diese Zuschlagsgestaltung denkbar:

<u>Jahr</u>	<u>Zuschlag, falls neue Arbeitszeit stets unter 125 Monatsstunden</u>
y	+ 15 % vom Bruttomonatslohn
y+1	+ 7,5 % vom Bruttomonatslohn

<u>Jahr</u>	<u>Zuschlag, falls neue Arbeitszeit stets unter 95 Monatsstunden</u>
y	+ 20 % vom Bruttomonatslohn
y+1	+ 10 % vom Bruttomonatslohn

Allerdings sollten die obengenannten Zuschläge nur für jene gelten, deren zukünftiger Bruttolohn je Arbeitsstunde unter beispielsweise 50 Euro liegt und die wirklich jeden Monat die oben jeweils genannten Monatsstunden zukünftig nicht überschreiten werden.

Ebenso wären Zuschläge für nicht berufstätige Mütter/Väter, die kein Arbeitslosengeld beziehen, vorstellbar:

<u>Jahr</u>	<u>Zuschlag zum Kindergeld</u>
y	+ 40 % mehr Kindergeld
y+1	+ 30 % mehr Kindergeld
y+2	+ 20 % mehr Kindergeld
y+3	+ 10 % mehr Kindergeld

Diese oder andere Einführungshilfen sind vermutlich notwendig, um in der Startphase zu erreichen, dass diejenigen bereitwilliger ihre Arbeitszeit reduzieren, die einem volltägigen Job nachgehen. Heutzutage erwarten alle Solidarität von den Mitmenschen, aber nur sehr wenige sind bereit, kleine Einkommenseinbußen in Kauf zu nehmen, um dem arbeitslosen Nachbarn zu helfen. Alle Neuerungen oder Änderungen in der Struktur unserer Wohlfahrtsstaaten wecken Kritik am Anfang, auch wenn sie Jahre danach von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung gutgeheißen werden. Darum sind anfänglich Anreize von Vorteil.

Übergangsregelungen bei den Renten.

Die Einführung der in Kapitel 5 vorgeschlagenen Rentenreform hat graduell zu erfolgen, ein fließender, nicht traumatischer Übergang von der bisherigen Rentenberechnungsformel zur Formel (5.1) für R ist wünschenswert, um die Widerstände der Benachteiligten zu mindern. Bezeichnen wir mit AR die alte Rente, die einem Bürger zusteht nach dem bisherigen Verfahren, und mit R die neue Rente, so lässt sich eine 50-jährige Übergangsphase ab dem

Jahr y derart gestalten, dass die Bezüge aller Rentner aus einer Mischformel hervorgehen, die Jahr für Jahr leicht variiert:

<u>Jahr</u>	<u>Rentenmix</u>
y	Übergangsrente = $0,98? AR + 0,02? R$
$y + 1$	Übergangsrente = $0,96? AR + 0,04? R$
$y + 2$	Übergangsrente = $0,94? AR + 0,06? R$
.	
.	
$y + 48$	Übergangsrente = $0,02? AR + 0,98? R$
$y + 49$	Übergangsrente = R

Wie sollen aber die zur Berechnung der neuen Rente R entscheidenden Lebensarbeitsstunden LH aller vergangenen Jahre abgeschätzt werden?

Man lege pro Jahr seit 1950 die mit den Gewerkschaften vereinbarten Wochen- bzw. Jahresarbeitszeiten zugrunde, um je Jahr die Stunden für alle Arbeiter einheitlich zu fixieren, die um einen ebenso einheitlichen durchschnittlichen Krankenstand zu kürzen sind. Individuell zu berücksichtigen ist die Zeit, da man Arbeitslosenunterstützung bezog, da LH sich in dieser Zeit um 3 - 10 Stunden pro Tag reduziert. LH kann also relativ einfach und gut abgeschätzt und damit R ermittelt werden.

Finanzierbarkeit des Systems.

Die vorhergehenden Rechenbeispiele dienten zur Erläuterung und bedurften darum stets konkreter Tabellen mit bestimmten Werten für die einzelnen Steuersätze. Völlig andere Festlegungen sind aber genauso denkbar. Wenn hier mit Varianten gespart wurde, dann deshalb, weil lediglich der grundlegende Ansatz zur Lösung des Arbeitslosenproblems beispielhaft aufgezeigt werden sollte.

Die steigende Tendenz der verschiedenen Steuersätze, ihr progressiver oder degressiver Charakter, kann nach Wunsch betont oder geschwächt werden. Vorgeführt wurde also ein System, das vielfältige Variationen zulässt. Sofort erhebt sich die Frage der Finanzierbarkeit des Systems, die Konsequenzen für den Staatshaushalt und das Sozialsystem, usw... Diese Fragen stellen sich in diesem System nicht, weil die beitragsgerechte Zuordnung der verschiedenen Einnahmen und Ausgaben zur unverzichtbaren Grundbedingung erklärt wird. Wenn sich ein Staat stark verschuldet, so ist dies, wie man heute an der Verschuldung und der Zinslastquote fast aller Länder der EU beobachten kann, ein Vergehen an den lebenden, aber auch den folgenden Generationen, die für die Schulden aufzukommen haben. Das hier vorgeführte Finanzsystem vermeidet dies vollkommen, es kann den permanenten Ausgleich der Einnahmen und der Ausgaben erreichen und soll dazu führen, dass für die Bürger der Zusammenhang zwischen Ausgaben und Steuerlast ganz deutlich wird. Die staatlichen Leistungen sind mit den dafür erbrachten Abgaben in Verbindung zu bringen, damit die Kontrolle erleichtert und über die sparsame Verwendung der Steuern gewacht wird. Konkret bedeutet dies die Überwachung folgender Beitrags- bzw. Leistungsflüsse:

<u>Beiträge</u>	?	finanzieren	?	<u>Leistungen</u>
Arbeitgeberbeiträge B			?	Renten R
Arbeitslosensteuer A			?	Arbeitslosengeld + Kindergeld K

Sind die Beiträge höher als die zu leistenden Zahlungen, so werden die Beiträge auf das Gleichgewichtsniveau sofort abgesenkt, sind die Beiträge dagegen zu niedrig, so werden sie genauso umgehend für den nächsten Monat angehoben. Diese zwei Gleichgewichtszustände sind erreichbar durch permanente Feinabstimmung der Konstanten k , die die Beiträge fixieren. Nach einer eventuellen Abweichung zwischen Ein- und Ausgaben unterliegen im Folgemonat die Konstanten:

k_0 und k_1 beim Arbeitgebersteuersatz S	Formel (1.3)
und	
k_2 und k_3 beim Arbeitslosensteuersatz S_2	Formel (2.1)

geringfügigen Änderungen, um die Abweichungen des abgelaufenen Monats auszugleichen und um die des nächsten Monats zu minimieren. Es ist ohne Mühe ersichtlich, dass Rentenausgaben, die beispielsweise um 0,2 % höher ausfielen als geplant, im nächsten Monat durch eine Erhöhung von k_0 , von k_1 , oder von einer Kombination von beiden ausgeglichen werden können. Die zentrale Abrechnungsstelle des Staates verfügt ja über alle Daten und kann im Nachhinein mittels Simulationen die geeigneten Werte herausfinden, die zu dem gewünschten Gleichgewichtszustand führen. Dadurch gerät das System nie aus dem Gleichgewicht. Hier braucht also weder die Regierung, noch das Parlament, noch die Bevölkerung jemals über Defizite in der Rentenfinanzierung, beim Kinder- oder Arbeitslosengeld zu diskutieren, denn diese Defizite gibt es erst gar nicht. Man kann lediglich debattieren, ob die Höhe der Beiträge oder Leistungen angemessen ist.

Die durch die starke Reduzierung der Arbeitslosigkeit dann erreichbare verbreiterte Basis der Beitragszahler gestattet generell, Änderungen auf der Ausgabenseite leichter aufzufangen. Aber die stetigen Veränderungen der Altersstruktur in der Bevölkerung führen uns laut Prognosen im Jahr 2020 zu einer Situation, in der jeder vierte Bürger in der EU über 65 Jahre sein wird. Darum sind zusätzliche begleitende Maßnahmen einzuplanen, zumal ein unaufhaltsames Ansteigen des Arbeitgebersteuersatzes S zur Sicherstellung der Rentenfinanzierung volkswirtschaftlich untragbar ist.

Diese zusätzlichen Maßnahmen sollten sein:

? Eine periodische Erhöhung des vom Staat erwünschten Rentenalters, das die Tabelle **(5.5)** bestimmt (siehe Anhang C). Dieses erwünschte Rentenalter sollte jedes Jahr um 0,1 Jahre angehoben werden.

- ? Eine ebenfalls ständige Anhebung der geforderten Lebensarbeitsstunden beim Lebensarbeitsstundenniveau LHN in Formel (5.1). Beispielsweise könnte in der Formel (5.3) des Beispiels die Konstante 12000 jede Woche um 2 erhöht werden. Dies hätte zur Folge, dass jedes Jahr $52 \cdot 2 = 104$ Lebensarbeitsstunden mehr bei Rentenantritt verlangt würden, um denselben Betrag LHN zu erhalten.
- ? Eine jährliche Änderung der Konstante k_4 , die nicht über der Inflationsrate des abgelaufenen Jahres liegt.

Das so ständig herbeizuführende Gleichgewicht der Einnahmen mit den Ausgaben ist als oberstes Gesetz zu deklarieren.

Viel unproblematischer ist die dauernde Feinabstimmung der Parameter für den zweiten Ein- / Ausgabenblock. Die Beiträge beim Arbeitslosen- / Kindergeld geraten durch die steigende Lebenserwartung nicht aus dem Gleichgewicht, weil sie von ihr nur in geringerem Maße abhängen. Eine große neue Kinderfreudigkeit würde eine Anpassung von k_2 / k_3 in Formel (2.1) erfordern. Die Einfachheit dieser Maßnahmen kontrastiert stark mit der Komplexität der laufenden Kontrolle der Rentenfinanzierung.

Die Wirtschaftsexperten pflegen sich auf das Subtile, ja sogar das Unverständliche zu berufen, um eine tiefere Weisheit und Kompetenz anzudeuten oder zu beweisen; oder sie beschwören eine gewichtige Schwierigkeit, die den Verbesserungsprozess passend herausfordert. Niemand sollte sich dadurch täuschen lassen.

John Kenneth Galbraith ("The culture of contentment")

Kapitel 7: Die Notwendigkeit neuartiger Steuern

Ökosteuern

Die weltweite Ausbreitung der technischen Zivilisation wirft derzeit große ökologische Probleme auf. Der Mensch hat zwar seit Jahrhunderten natürliche Rohstoffe genutzt und verbraucht, aber die Natur ersetzte sie ohne Schwierigkeit, so wie der Mensch seit Jahrhunderten Abfälle erzeugt hat, die von der Natur verarbeitet wurden. Aber nun haben wir diese Grenzen überschritten, und die Schäden an der Natur sind allmählich irreversibel, und die Folgen dieser Schäden zeigen sich auch auf weltweiter Ebene. Heute sind ökologische, wirtschaftliche und andere Probleme immer mehr internationaler Natur. Sie stellen sich auf globalem, übergreifendem Niveau und können nur mit Aktionen angegangen werden, die von dieser Ebene aus geleitet und gesteuert werden. Darum ist es nötig, dass die politischen Parteien den Bürgern vorschlagen, die globalen Interessen über die lokalen zu stellen.

Zur Finanzierung dieser globalen Interessen am Erhalt der Natur müssen die Staaten der EU in Zukunft mehr an ökologische Steuern denken. So wurde 1999 in Deutschland eine neue Stromsteuer, die 2 Pfennig je Kilowattstunde beträgt, eingeführt, ferner wurde die Mineralölsteuer auf Benzin und Diesel um 6 Pfennig und auf Heizöl um 4 Pfennig je Liter erhöht und Gas verteuerte sich um 0,32 Pfennig je Kilowattstunde. Zu beklagen ist, dass diese Gelder zur Senkung der Lohnnebenkosten eingesetzt werden sollen, wo doch die Einführung effizienter "grüner Steuern" dem absolut notwendigen, wirksamen Umweltschutz dienen sollte. Erinnerung sei an die jüngsten, enormen Waldbrände Indonesiens, Mexicos, am Amazonas, an die Umweltkatastrophe im Naturschutzgebiet des Coto Doñana, an die Meeresverschmutzung durch Öltanker, an die verseuchten Flüsse, aber auch an die Luftverschmutzung in Paris, Rom, Madrid, Mexico City, usw. Wenn wir weiterhin nichts dagegen unternehmen und die fossilen Brennstoffe im gegenwärtigen Umfang verbrennen, wird in wenigen Jahrzehnten die sich heute schon andeutende Klimakatastrophe unvermeidlich. Es ist technisch durchaus möglich, den Ausstoß von Kohlendioxid zu verringern und dennoch die Effizienz der Energie merklich zu steigern, aber in der globalisierten Wirtschaft erfordert dies die Einführung ökologischer Steuern, damit diese Energieersparnis eine Chance bekommt und diese Steuern die Staatskassen auffüllen helfen. Das Wahlkampfprogramm von 1998 der konservativen Partei Deutschlands (CDU/CSU) enthielt endlich (nach 16 Jahren Regierungsverantwortung) folgende Passage, die man eher anderen Ideologien zugeordnet hätte:

Unser Steuer- und Abgabensystem macht gerade das besonders teuer, was wir am dringendsten brauchen: Arbeitsplätze. Dagegen ist das, woran wir sparen müssen, eher zu billig zu haben: Energie- und Rohstoffeinsatz. Dieses Ungleichgewicht müssen wir stärker

ins Lot bringen, wenn wir unseren beiden Hauptzielen, mehr Beschäftigung und weniger Umweltbelastung, näher kommen wollen.

In einem nationalen Alleingang ist diese Aufgabe allerdings nicht zu lösen. Wenn nur bei uns in Deutschland Energie teurer wird, die Unternehmen daraufhin nicht mehr konkurrenzfähig produzieren können und Arbeitsplätze in Nachbarländer verlagert werden, wo dasselbe unter für die Umwelt weniger günstigen Bedingungen produziert wird, dann ist nichts gewonnen - für die Arbeitsplätze nicht und für die Umwelt auch nicht. Wer Umwelt gegen Arbeitsplätze ausspielt, der hat verspielt.

Eine ökologische Steuerreform sollte also schrittweise über einen Zeitraum von 10 bis 20 Jahren den Faktor Arbeit entlasten und gleichzeitig den Verbrauch von natürlichen Ressourcen steuerlich belasten. Unsere aktuelle Wirtschaftsphilosophie scheint die Zerstörung unseres Planeten hinzunehmen, zumal schnelle Unternehmensgewinne oder persönliche Vorteile die einzig wichtigen Kriterien darstellen. Was die Natur uns gibt, wird nicht bewertet. Die Wirtschaft sollte beispielsweise die Wohltaten und den Nutzen bewerten, die ein stabiles Weltklima oder eine fruchtbare Erde bedeuten. Doch dafür fehlen Werte und Gesetze. So können wir die Umwelt verschmutzen, das Klima zerstören, die Wälder vernichten, ohne dabei auch nur ein weltweit gültiges Gesetz zu missachten. Konrad Stopp³⁰ meint dazu:

Es ist in der Tat nicht vertretbar, dass Industrieländer die Umwelt verschmutzen und zerstören, ohne dafür zahlen zu müssen; Länder aber, deren Urwaldgebiete für das Weltklima unverzichtbar sind, ihre Leistung für den Erhalt des Urwaldes kostenlos erbringen sollen. Man kann schlechterdings von ihnen nicht verlangen, auf die Verwertung des Holzes und auf die Hebung der unter den Urwaldflächen lagernden Rohstoffe zu verzichten und dabei in Armut zu versinken, wenn alle anderen ihre natürlichen Ressourcen gewinnbringend verwerten. Weltklima muss wie Rohöl seinen Preis haben.

Und weiter:

Energie, Einsatz und Ausstoß umweltschädlicher Stoffe und der Verkehr, insbesondere der Güterverkehr auf Autobahnen und Straßen und der Güterluftverkehr, sind steuerlich zu belasten. Es mag derzeit, um nur ein Beispiel zu nennen, betriebswirtschaftlich rentabel sein, dass ein in Stuttgart hergestellter Erdbeerjoghurt und seine Bestandteile und Behältermaterialien insgesamt 3500 km weit reisen und dass von den Grundstoffen, die an die Zulieferer der Meierei gehen, 4500 km zuvor zurückgelegt werden. Hohe Transportkosten müssen diesem Unsinn ein Ende setzen und betriebswirtschaftliche Rentabilität und gesamtwirtschaftliche Produktivität zur Deckung bringen. Das Wünschenswerte ist zu fördern, das Umweltschädliche zu bestrafen. Im Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands heißt es: "Das ökologisch Schädliche muss teurer, das ökologisch Richtige ökonomisch vorteilhafter werden."

Ob wir die Erde erhalten oder wenigstens die schrecklichsten Missbräuche vermeiden wollen, ist die Frage, die der uruguayische Schriftsteller und Journalist Eduardo Galeano im Dezember 1997 in der spanischen Ausgabe von *Le Monde diplomatique* unter dem Titel "Die Mittel heiligen den Zweck" aufwarf. Daraus zitiere ich die folgenden Absätze:

Ende 1991 veröffentlichten die Wochenzeitung *The Economist* und die *New York Times* ein internes Memorandum der Weltbank, das von einem ihrer Direktoren unterzeichnet ist und als dessen Autor sich der in Harvard ausgebildete Ökonom Laurence Summers zu erkennen gibt. Laut diesem Dokument sollte die Weltbank die Verlagerung der Standorte umweltverschmutzender Industrien in unterentwickelte Länder fördern, und zwar aus drei Gründen: wegen der Logik der Wirtschaft, die nahelegt, Giftstoffe in den ärmsten Ländern zu entsorgen; wegen der niedrigen Umweltverschmutzung in den weniger dicht bevölkerten Ländern; und wegen der geringen Bedeutung, die Krebs für Personen hat, die ohnehin jung sterben.

Einige Gegenstimmen wurden laut, weil diese Dinge zwar gemacht aber niemals ausgesprochen werden, denn schließlich lebt die internationale Technokratie von der Pflege ihrer Euphemismen. Aber Laurence Summers ist kein surrealistischer Poet, sondern ein Autor, der zur brillanten Schule des kapitalistischen Realismus gehört. Später übernahm er das Amt eines Unterstaatssekretärs des Finanzministeriums, betraut mit den internationalen Angelegenheiten der Clintonregierung.

Der brasilianische Physiker Ennio Condotti hat betont, dass die reichsten und mächtigsten Länder ihre hohen Wachstumsraten nicht mehr aufrechterhalten können, ohne die Zerstörung in die Gebiete anderer zu exportieren. Japan stellt z.B. schon kein Aluminium mehr her. Aluminium wird in Ländern wie Brasilien produziert, in denen die Energie billiger ist und die Umwelt still leidet. Wenn der Aluminiumpreis die Umweltkosten beinhalten würde, hätte diese umweltschädigende Industrie keine Chance auf den internationalen Märkten.

Kolumbien züchtet Tulpen für Holland und Rosen für Deutschland. Holländische Unternehmen schicken die Tulpenzwiebeln in die Savanne Bogotá; deutsche Unternehmen schicken Rosenstöcke nach Boyavá. Wenn die Blumen in den riesigen Feldern gewachsen sind, erhält Holland die Tulpen, Deutschland die Rosen; Kolumbien behält seine niedrigen Löhne, seine von den Düngern zerstörte Erde und seine verbrauchten und vergifteten Gewässer zurück.

Bayer und Dow Chemical produzieren und verkaufen ungestraft Düngemittel und Pestizide in Lateinamerika, die in Deutschland und den Vereinigten Staaten verboten sind. Volkswagen und Ford produzieren und verkaufen ungestraft Autos ohne die Filter, die in Deutschland und den Vereinigten Staaten bereits vorgeschrieben sind. Über zweihundert Insektizide, die auf der schwarzen Liste der Weltgesundheitsorganisation stehen, werden in Uruguay, einem der Länder mit den höchsten Krebsraten, täglich eingesetzt. Die Einwohner Mexiko Citys haben die höchsten Bleiwerte im Blut; die Muttermilch der Indio-Frauen, die in den Feldern der Küste Guatemalas arbeiten, ist die vergiftetste der Erde.

Das ist die "Logik der Wirtschaft", auf die sich der Bericht der Weltbank bezieht - das ist das "Gesetz des Profits", das unsere heutige Welt zum göttlichen Gesetz erhoben hat und das ungestraft herrscht.

Der Wertschöpfungsprozess der kapitalistischen Industriegesellschaft beruht auf der schnellen Ausbeutung von Energie, die sich in einem Ordnungszustand hoher Qualität befindet (Kohle, Erdgas, Erdöl). Was in Millionen Jahren über die Sonne als primärer Syntropiequelle angelegt wurde, wird dazu im Verhältnis in Sekunden entnommen und bezogen auf den Ordnungszustand der Energie entwertet. Die Erschöpfung der natürlichen Ressourcen stellt dabei nur ein Problem dar. Noch viel entscheidender sind die Negativwirkungen, die mit der thermischen Abstrahlung, der Zunahme der Toxizität, der Reduzierung der biologischen Netzwerke, und damit der Vielfalt der Arten als schwere Störung des Evolutionsprozesses verstanden werden muss. Wenn sich die Situation verbessern soll, dann reichen technische

Maßnahmen allein nicht. Es braucht auch politische Utopien --- beispielsweise ein europäisches Netz mit eigens automatisierten Rangierbahnhöfen für den Güterzugverkehr, damit diese Züge billiger und schneller als die die Umwelt belastenden Pkws, lange Strecken im Eiltempo zurücklegen können; für den Bau von solchen Strecken wie Kopenhagen-Lissabon, Glasgow-Rom, Rotterdam-Wien, Berlin-Malaga,... sollten die Ökosteuern eingesetzt werden! Und es braucht auch neue kulturelle Leitbilder, obwohl der aufmerksame, nüchterne Beobachter der Klimakonferenzen das Gefühl mitnimmt, dass die Welt wartet, bis das große Desaster eintritt, um dann erst zu handeln, obwohl es dann vermutlich zu spät sein könnte. So erreichte das Ozonloch über der Antarktis im Sommer 2000 Rekordausmaße, während gleichzeitig am Nordpol die Eiskappe zu schmelzen begann. Wenn es der Menschheit wirklich ernst ist, ihre natürlichen Lebensgrundlagen auch für die nachfolgenden Generationen gesund zu erhalten, so werden die Staaten sich sehr bald auf Grenzen für Naturverbrauch und für Schadstoffemissionen einigen müssen. Dies bedeutet aber, dass die einzuführenden Ökosteuern allgemein gültig und deren Anwendung für alle Nationen unseres Planeten verbindlich sein müssen. Denn heute bewertet der Markt eben weder die Bodenverschlechterung noch das Ozonloch, weder die bevorstehende Klimakatastrophe noch den Artenverlust, weder die Qualität von Natur noch den unwiederbringlichen Verbrauch von natürlichen Rohstoffen. Vorschläge zu sinnvollen Ökosteuern sind endlich von den Experten der EU zu unterbreiten und dringendst in internationalen Gremien zu diskutieren, damit dem rücksichtslos umweltbelastenden Wirtschaften umgehend Einhalt geboten wird. Dies ist eine dringliche, aber keine einfache Aufgabe. Es gilt nämlich nicht nur umweltschädliche Schadstoffemissionen zu reduzieren sowie ressourcenschonendere Herstellungsverfahren, längere Produktlebensdauern und wirtschaftlichere Entsorgungs- bzw. Recyclingarten zu fördern, sondern gleichzeitig die kostentreibende Wirkung der neuen Ökosteuern oder anderer Vorschriften und Maßnahmen zu minimieren. Was für einen gewaltigen Umdenkungsprozess diese sinnvollere Gestaltung des Wirtschaftslebens bedeutet, soll anhand der folgenden Absätze von Orio Giarini und Patrick Liedtke⁴ aufgezeigt werden:

Für die Person, die saubere Wäsche wünscht, ist der Besitz einer Waschmaschine von untergeordneter Bedeutung. Was hingegen zählt, ist die Lösung des Problems "Schmutzige Wäsche". Da sich dieses Problem durch die gemeinsame Nutzung einer Waschmaschine von mehreren Personen bei vernünftiger Organisation adäquat lösen lässt, verliert die Anschaffung der Waschmaschine an Relevanz im Gegensatz zum Nutzungsrecht. Es kommt also primär auf die Dienstleistungsqualität beim Endnutzer an. Richtige Strategien, die diese Dienstleistungsqualität sicherstellen, gleichzeitig jedoch ressourceneffizienter sind, wären neben der gemeinsamen Nutzung z. B. die Vermietung von Produkten statt deren Verkauf, da der Hersteller dann ein Interesse an deren Langlebigkeit entwickelt. Oder das Remanufacturing, bei dem nur die Verschleißteile ausgewechselt, alle ansonsten voll funktionsfähigen Teile jedoch weiter verwendet werden. Erweiterte Produktverantwortung und eine Rücknahmepflicht (Entsorgungs- bzw. Recyclingpflicht) lassen Hersteller auf emissionsfreie Nutzung und wirtschaftlichere Entsorgung bzw. Wiederverwendung ihrer Produkte achten. Auch an dieser Stelle können durch Umweltschutzgedanken Arbeitsplätze geschaffen werden, wenn eine materialintensive Produktion einer personalintensiven Werterhaltung weicht. Oft zeichnet sich jedoch die Neuproduktion durch einen Kostenvorteil aus, der auf der Nicht-Internalisierung von externen Kosten beruht. Solange die arbeitsintensive Wartung und Aufarbeitung eines Produkts kostenträchtiger ist als dessen kapitalintensive Neuproduktion, wird auch neu produziert werden, werden Fertigungsroboter den

Wartungstechniker aus dem Felde schlagen. Es gilt also, die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens den gewandelten Realitäten der Dienstleistungsgesellschaft anzupassen, um solche Verwerfungen zu vermeiden.

Es ist also tatsächlich nicht so einfach, die Ökosteuern, die Vorschriften und die Gesetzestexte - eben die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens - so zu gestalten, dass das ökologisch Richtige in Zukunft auch das ökonomisch Vorteilhaftere wird.

Werbesteuern

Überwältigende Mehrheiten in den verschiedenen Ländern der EU beschwerten sich über die massive Bombardierung mit Werbespots, die sie beim Betrachten eines Films oder eines Sportereignisses bei den privaten wie auch den öffentlichen Fernsehgesellschaften erdulden müssen. Die Werbung in Presse, Funk und Fernsehen hat gewaltige Ausmaße erreicht. Sponsoring und auch die Werbung per Post, Fax, elektronischer Mails und mittels Webseiten im Internet gleichen einer wachsenden Flutwelle, der sich kaum einer entziehen kann. Die Ausmaße dieser Werbelawine führen dazu, dass die Verbraucher ihr zunehmend ausweichen, sie zappen sich über die Fernbedienung aus TV-Werbeblöcken heraus. Generell hat die Werbung damit zu kämpfen, dass der Verbraucher sie grundsätzlich als negativ empfindet. Die Gründe dafür sind vielfältig: von der erzwungenen Rezeption von Information bis zur Langeweile gegenüber uninteressant empfundenen Inhalten. Die Folgen sind Ausweichstrategien, das Wegzappen, das Ignorieren von Spots und Anzeigen. Dies wiederum zwingt die Werbeagenturen, sich zu spezialisieren, um den Kundenwünschen nach größeren Marktanteilen oder Bekanntheitsgraden entsprechen zu können. Die heute gängigen Werbeausgaben betreffen eine enorme Vielfalt: Beratung und Gestaltung für Werbung, Corporate-Identity, interne/externe Kommunikation, Direktmarketing, Verkaufsförderung, Kunden- und Mitarbeiterpublikationen, Industrial Design, Markt-, Meinungs-, Medien- und Werbeforschung. Und dies ohne die interaktiven Medien, die schon vor der Tür warten, weil sie zwei gewichtige Vorteile bieten: sie erhöhen die Akzeptanz der Werbung, da sie so plaziert werden kann, dass sie zum Themenumfeld passt, mit dem sich der Beobachter gerade beschäftigt und sie können ständige Wiederholungen vermeiden und interaktive Überraschungselemente enthalten, die den Zuschauer auf den Inhalt neugierig machen. Demzufolge werden die Einflüsse der interaktiven Medien auf die Gesellschaft in der Zukunft massiv sein.

Die werbungstreibende Wirtschaft sieht sich also gedrängt, in immer mehr Medien präsent zu sein. Die ausufernden, unglaublichen Summen der Werbeetats, die jährlich die Unternehmen der westlichen Industrienationen verpulvern, sind die Folge. Heutzutage übersteigen die Werbeausgaben in vielen Ländern die Rüstungs- bzw. Verteidigungsetats um ein Vielfaches. Um dieser Werbelawine eine für die Gemeinschaft positive Seite abzugewinnen und ihre Ausmaße zu begrenzen, sollte der von Konrad Stopp²⁹ gemachte Vorschlag ernsthaft bedacht werden:

Umfang und Aggressivität der Werbung sind ein eindeutiges Zeichen dafür, dass der Konsum an Grenzen stößt. Der Kampf um Marktanteile gewinnt an Schärfe. Bedürfnisse - und seien sie noch so absurd - sind zu wecken, um Umsatz machen zu können. Der Sinn der Werbung, Käufer mit neuen Produkten und deren Funktion bekanntzumachen, tritt

mehr und mehr in den Hintergrund. Werberror und psychologische Raffinesse ersetzen Sachinformationen. Ressourcen werden sinnlos verschwendet.

Es gibt nur ein Mittel der Entartung der Werbung zu begegnen: sie muss teurer werden. Eine Werbesteuer auf alle kommerzielle Werbung, sei es Werbung in der Presse, im Hörfunk und im Fernsehen bis hin zum Sponsoring von Sport und Kultur, erscheint dringend geboten. Eine Steuer in Höhe von 30 Prozent auf allen kommerziellen Werbeaufwand wäre ein sinnvoller Beitrag zum Abbau der ausgeuferten Staatsverschuldung.

Es besteht kein Grund, diesen Vorschlag nicht ernsthaft aufzugreifen, um die geeignetste Form seiner Umsetzung in die Praxis herauszufinden. Neue vernünftige Wege zur Eindämmung unerwünschter Nebenerscheinungen der globalen Marktwirtschaft sind stets gründlich zu untersuchen. Darum sollen anschließend auch noch die Finanzmärkte etwas unter die Lupe genommen werden.

Solange Länder die Kapitalströme nicht kontrollieren können, hat die Demokratie nur eine sehr begrenzte Chance, und der Spielraum für die Wirtschaftspolitik wird sehr beschränkt bleiben.

Noam Chomsky

Die problematische Irrationalität der Finanzmärkte

Heute spielen sich **97 Prozent des gesamten Welthandels** auf den Parketts der internationalen Finanzmärkte ab. Auf diesem Spielfeld werden nicht materielle Güter verkauft, hier wird mit Devisen spekuliert, mit Insider-Informationen werden Risiken eingegangen, mit Optionen, Aktien und Schuldverschreibungen wird gehandelt. Diese neue Art Wirtschaft produziert nicht, sie wettet an den Spieltischen des internationalen Kasinokapitalismus. Es wird nicht auf materielle Güter, sondern auf virtuelle Werte gesetzt: auf die Entwicklung der Zinssätze, der Inflation, der Verschuldung in den verschiedenen Ländern. Laut *The Economist* vom 7. 10. 1995 übersteigt das Volumen dieser Transaktionen bei weitem eine Billion Dollar täglich (zwölf Nullen hinter der Eins)! Auf diesen Finanzmärkten investieren Broker, Banken und manche Firmen, um schnelle Gewinne zu erzielen. Dabei muss dieses heiße Geld physisch überhaupt nicht bewegt werden, es genügen simple Aufzeichnungen auf einem Datenträger zur Verbuchung. Diese "virtuelle Wirtschaft" entscheidet jeden Morgen, welches Vertrauen die einzelnen Volkswirtschaften verdienen. Dementsprechend verschieben die internationalen Broker (Merrill Lynch, Salomon Inc., Lehman Brothers, Morgan Stanley usw.) so große Geldströme, dass sie die Zentralbanken in Schach halten können.

Wenn aber der internationale Güterhandel nur 3 % des Welthandels ausmacht, warum muss vorwiegend er die leeren Staatskassen füllen? Warum werden die Finanzmärkte nicht stärker besteuert? Hier fließen jedes Jahr die enormen, schier unvorstellbaren Geldmengen, hier wird mit Devisen spekuliert, hier flüchtet das Geld der Mächtigen, hier sollte der Staat intelligent anzapfen, um seine Finanzlöcher zu stopfen. Warum vermag man die Transaktionen auf den Devisenmärkten nicht mit beispielsweise 0,2 Prozent besteuern? Dies erst recht, wenn John Kenneth Galbraiths¹² Ansicht stimmt, wonach die moderne Gesellschaft unter den übertriebenen Reaktionen, dem Leichtsinn, den Fehlern und der Irrationalität der Akteure auf den Finanzmärkten meist stärker gelitten hat als aus anderen Gründen. Angesichts der seit dem zweiten Halbjahr 1997 so urplötzlich veränderten Finanzsituation in den ehemaligen "asiatischen Tigerstaaten" scheint diese These nicht abwegig, zumal im Februar 1998 selbst die Weltbank, der Internationale Währungsfond und Bewertungsagenturen wie Fitch IBCA, Moody's und Standard&Poor's erhebliche Bewertungsfehler eingeräumt haben. Schon im Dezember 1995 veröffentlichte Ignacio Ramonet²² mit kritischer Ironie:

Häufig funktionieren die Finanzmärkte auf gut Glück, indem sie Parameter einbeziehen, die an Hexerei oder Jahrmarktspsychologie erinnern, etwa die "Wirtschaft der Gerüchte", die "Analyse des Massenverhaltens" oder gar die "Erforschung der mimetischen Ausbreitungen" Derweil haben die Finanzmärkte angesichts ihrer neuen Merkmale zahlreiche neue, extrem komplexe und kurzlebige Produktlinien - Derivate, Futures - hervorgebracht, die nur von wenigen Fachleuten wirklich verstanden werden und diesen - nicht ohne Risiko, wie der Bankrott der englischen Barings Bank Anfang 1995 gezeigt hat - einen beträchtlichen Vorteil bei den Transaktionen verschaffen. Nur knapp ein Dutzend Personen weltweit verstehen es, mit den Währungs- und den Aktienkursen richtig - das heißt, zu ihrem größtmöglichen Vorteil - umzugehen. Sie werden als die "Herren der

Märkte" angesehen; ein Wort von ihnen, und alles kann ins Schwanken kommen, der Dollar kann sinken, die Tokioer Börse einen Crash erleben ...

Was können die Staaten gegenüber diesen Finanzkolossen tun? Nicht viel. Die Finanzkrise Mexikos, die Ende Dezember 1994 losbrach, hat dies klar gezeigt. Welches Gewicht haben die Devisenreserven der Vereinigten Staaten, Japans, Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Großbritanniens oder Kanadas - sprich, der sieben reichsten Länder der Welt - im Vergleich zur finanziellen Stoßkraft der privaten - zum größten Teil angelsächsischen bzw. japanischen - Investmentfonds? Ein sehr geringes. Die Transaktionen auf den Devisenmärkten belaufen sich auf eine Billion Dollar pro Tag (das ist fünfzig mal so viel, wie die Summe des Handelsaustausches von erzeugten Gütern und Dienstleistungen). Bedenken wir zum Beispiel, dass die Großmächte dieser Erde (u.a. die USA), die Weltbank und der Internationale Währungsfond in der größten Finanzaktion, die jemals in der modernen Wirtschaftsgeschichte zugunsten eines Landes - in diesem Fall Mexikos - durchgeführt wurde, zusammen rund 50 Milliarden Dollar zu vereinen vermochten. Eine beachtliche Summe. Nun gut, allein die drei wichtigsten amerikanischen Rentenfonds - die derzeitigen Big Three -: Fidelity Investments, Vanguard Group und Capital Research and Management kontrollieren 500 Milliarden Dollar.

Die Manager dieser Fonds halten in ihren Händen eine Wirtschaftsmacht eines noch nie dagewesenen Ausmaßes, über die kein Wirtschaftsminister oder Zentralbankdirektor verfügt. Auf einem globalen und in Echtzeit operierenden Markt kann jede brutale Verschiebung dieser wahren Finanzgiganten die finanzielle Destabilisierung jedes beliebigen Landes zur Folge haben. Die politischen Führer der wichtigsten Mächte der Erde haben bei dem Treffen mit den 850 wichtigsten Wirtschaftsführern der Welt im Rahmen des Internationalen Forums von Davos (Schweiz) im Januar 1995 klar aufgezeigt, wie gefährlich die übermenschliche Macht dieser Fondsmanager ab jetzt sein wird, deren unglaublicher Reichtum völlig unabhängig von den Regierungen ist und die sich ganz nach ihrem Belieben im Cyberspace der Weltfinanzen bewegen. Dies stellt eine Art "New Frontier" dar, ein neues Territorium, von dem die Zukunft eines erheblichen Teils der Welt abhängen wird. Ohne Sozialvertrag. Ohne Sanktionen. Ohne Gesetze. Mit Ausnahme jener, die willkürlich von den wichtigsten Hauptakteuren zu ihrem maximalen Nutzen festgesetzt werden.

"Die Märkte wählen täglich", meint George Soros, Finanzier und Multimillionär, "sie zwingen die Regierungen Maßnahmen zu ergreifen, die zwar unpopulär aber unvermeidlich sind. Die Märkte sind es, die Staatssinn haben". Darauf erwidert Raymond Barre, ehemaliger Premierminister Frankreichs und unbeirrbarer Verfechter des Wirtschaftsliberalismus: "Man darf die Welt ganz entschieden nicht in der Hand einer Bande unverantwortlicher Dreißigjähriger lassen, die nur daran denken, Geld zu verdienen!" Barre geht davon aus, dass das internationale Finanzsystem nicht über die angemessenen institutionellen Mittel verfügt, um sich den Herausforderungen der Globalisierung und der allgemeinen Öffnung der Märkte zu stellen. Dies stellt auch der ehemalige Generalsekretär der Vereinten Nationen, Butros Butros-Ghali, fest: "Die eigentliche Macht über die Welt gleitet den Staaten weitgehend aus der Hand".

Leider erweisen sich die auf diese Finanzderivate spezialisierten und dafür ausgezeichneten Nobelpreisträger als genauso gefährlich, unverantwortlich und destabilisierend wie die gerade erwähnten Dreißigjährigen. Der von ihnen und einigen hochkarätigen Experten verwaltete "Hedge Fund" namens "Long Term Credit Management" (LTCM) musste auf Anweisung der amerikanischen Federal Reserve im Herbst 1998 durch ein internationales Bankenkonsortium vor der offenkundigen Pleite gerettet werden, um größere Unruhen auf den internationalen Finanzmärkten zu vermeiden, zumal angeblich Schäden für die Wirtschaft der USA und

anderer Nationen zu befürchten waren. Man schätzt, dass Tausende solcher riskierender, absichernder, aber doch spekulierender Fonds heutzutage existieren. Um nur einen dieser so spekulierenden, privaten Fonds zu retten, eben den gerade genannten LTCM, wurden ca. 125 Milliarden Dollar von den Banken aufgebracht. Für die Opfer des fast zeitgleichen, in Zentralamerika wütenden Hurrikans Mitch, der außer Elend und Vernichtung auch noch Tausende von Toten und Obdachlosen hinterließ, wurden vergleichsweise nur Almosen gespendet. Den Multimillionären (Mindesteinsatz bei LTCM waren 10 Millionen Dollar!!), Opfer einer riskanten, fehlgeschlagenen Spekulation wird eben unter die Arme gegriffen, die Armen von Honduras, Opfer einer unvermeidbaren Naturkatastrophe, sie müssen sich selber helfen. Die sozialen Nöte einer von Unwettern heimgesuchten Gemeinschaft rangieren eben hinter den Geldinteressen der mächtigen Privatfonds.

Die folgende Analyse und das darin geäußerte kritische Urteil an unserem Wirtschafts- und Sozialsystem stammt nicht von linken Sozialisten oder Sozialdemokraten, sondern ausgerechnet von George Soros²⁸, dem erfolgreichsten Börsenspekulanten der letzten 30 Jahre:

Die Mängel der Politik erscheinen mir weit umfassender und lähmender als die Mängel des Marktmechanismus. Der individuelle Entscheidungsprozess, wie er im Marktmechanismus seinen Ausdruck findet, ist wesentlich effizienter als der kollektive Entscheidungsprozess, wie er in der Politik zum Tragen kommt – ganz besonders in der internationalen Arena. Es war vor allem die Desillusionierung im Hinblick auf die Möglichkeiten der Politik, die dem Marktfundamentalismus Auftrieb gegeben hat, und der Aufstieg des Marktfundamentalismus wiederum trug zum Versagen der Politik bei. Und ein entscheidender Fehler des kapitalistischen Weltsystems liegt darin, dass es bestimmten Marktmechanismen und Profitmotiven in Bereiche vorzudringen gestattete, in denen sie eigentlich nichts zu suchen haben.

Meine erste Argumentationslinie ist an die dem kapitalistischen Weltsystem immanente Instabilität geknüpft. Marktfundamentalisten haben eine grundfalsche Vorstellung davon, wie Finanzmärkte funktionieren, denn die Gleichgewichtstheorie in der Ökonomie entspringt einer völlig verfehlten Analogie zur Physik. Physikalische Objekte bewegen sich auf ihre jeweilige Art - unabhängig davon, was irgend jemand denkt. Finanzmärkte hingegen versuchen eine Zukunft vorauszuahnen, die wiederum von Entscheidungen abhängt, die Menschen in der Gegenwart fällen. Statt nur einfach die Realität passiv widerzuspiegeln, erschaffen Finanzmärkte aktiv die Wirklichkeit, die sie ihrerseits reflektieren. Zwischen heutigen Entscheidungen und künftigen Ereignissen besteht eine Wechselwirkung, die ich als Reflexivität bezeichne.

Dieser Rückkopplungsmechanismus ist bei sämtlichen Handlungen zu beobachten, an denen reflektierende Individuen beteiligt sind. Menschen reagieren auf die ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Kräfte in ihrer Umwelt, aber im Unterschied zu den leblosen Teilchen der physikalischen Wissenschaften besitzen sie Wahrnehmungen und Einstellungen, die gleichzeitig auch die auf sie einwirkenden Kräfte beeinflussen. Diese reflexive Interaktion zwischen dem, was die Teilnehmer erwarten, und dem, was tatsächlich passiert, ist von zentraler Bedeutung für das Verständnis aller ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Phänomene.

In den Naturwissenschaften gibt es keine Reflexivität, dort ist die Verbindung zwischen der Erklärung des Wissenschaftlers und den Phänomenen, die er untersucht, nur einseitig. Entspricht seine Erklärung den Tatsachen, ist sie richtig, wenn nicht, ist sie falsch. Auf diese Weise begründen Forscher ihr Wissen. Doch Marktteilnehmer befinden sich nicht in der bequemen Lage, ihre Entscheidungen auf Wissen stützen zu können. Sie müssen

fortlaufend Urteile über die Zukunft fällen; selbst die Vorurteile, die in diese Urteile eingehen, wirken sich auf das Ergebnis aus. Und die Ergebnisse stärken oder schwächen am Ende ihrerseits die Vorurteile der Teilnehmer.

Ich behaupte nun, dass der Begriff der Reflexivität für Finanzmärkte – wie für viel andere ökonomische und gesellschaftliche Phänomene – von größerer Bedeutung ist als der Begriff des Gleichgewichts, auf dem die konventionelle Wirtschaftswissenschaft aufbaut. Nicht Wissen, sondern Vorurteile liegen den Handlungen der Marktteilnehmer zugrunde. Die reflexive Rückkopplung wird das Vorurteil entweder korrigieren – in diesem Fall ergibt sich eine Tendenz zum Gleichgewicht – oder es verstärken, was dazu führen kann, dass die Märkte sich recht weit vom Gleichgewichtszustand entfernen, ohne eine Tendenz zur Rückkehr an ihren Ausgangspunkt zu zeigen. Obwohl Finanzmärkte durch Auf- und Abschwünge gekennzeichnet sind, verlässt sich die ökonomische Theorie weiterhin auf den Begriff des Gleichgewichts, der trotz aller gegenteiliger Erfahrungen die oben beschriebenen Phänomene leugnet. Doch die Tendenz zum Ungleichgewicht ist dem Finanzsystem inhärent und nicht Ergebnis äußerer Erschütterungen. Exogene Erschütterungen dienen als *Deus ex machina*, mit dem sich das häufige Scheitern der Wirtschaftstheorie auf den Finanzmärkten wegerklären lässt. Eine solche Vorgehensweise erinnert mich an die hochkomplizierten Konstruktionen von Sphären innerhalb von Sphären und an göttliche Kräfte, mit denen die Astronomen vor Kopernikus die Position der Planeten zu begründen pflegten, statt zu akzeptieren, dass die Erde sich um die Sonne dreht.

Meine zweite Argumentationslinie ist komplexer und lässt sich nicht so einfach zusammenfassen. Ich glaube, dass die Mängel des Marktmechanismus zur Bedeutungslosigkeit verblassen, wenn man sie mit dem Versagen jenes Bereichs vergleicht, den ich als Nichtmarktsektor bezeichnet habe. Damit meine ich die kollektiven Interessen der Gesellschaft, die Werte, welche auf Märkten keinen Ausdruck finden. Manche Menschen bezweifeln sogar, dass solche kollektiven Interessen existieren. Die Gesellschaft, sagen sie, bestehe aus Individuen, und deren Interessen kämen am besten in ihren Entscheidungen als Marktteilnehmer zur Geltung. Hegten sie zum Beispiel philanthropische Gefühle, könnten sie ihnen entsprechen, indem sie Geld verschenken; so lasse sich alles auf Geld zurückführen.

Es bedarf kaum der Erklärung, dass diese Sicht falsch ist. Natürlich gibt es Dinge, die wir individuell entscheiden können, doch gibt es andere Fragen, die einer gemeinsamen Antwort bedürfen. Als Marktteilnehmer versuche ich, meinen Profit zu maximieren. Als Bürger bin ich an sozialen Werten interessiert, an Frieden, Gerechtigkeit, Freiheit oder was auch immer – all diesen Werten können Marktteilnehmer keinerlei Ausdruck verleihen. Nehmen wir einmal an, die für die Finanzmärkte geltenden Regeln sollten geändert werden. Ich kann sie nicht einseitig ändern. Wenn ich die neuen Regeln für mich selbst gelten lasse, ohne dass sie auch für die anderen gelten, würde sich das zwar auf mein eigenes Abschneiden auf dem Markt niederschlagen – auf die Marktgeschehnisse insgesamt hätte es jedoch keinerlei Auswirkung, denn diese sind ja gerade so eingerichtet, dass kein einzelner Teilnehmer das Ergebnis beeinflussen kann.

Wir müssen also unterscheiden zwischen dem Aufstellen und dem Befolgen von Regeln. Zum Aufstellen von Regeln gehört ein kollektiver Entscheidungsprozess, der in den Bereich der Politik fällt. Zum Spielen nach solchen Regeln gehört hingegen der individuelle Entscheidungsprozess oder das, was wir Marktverhalten nennen. Leider wird diese Unterscheidung selten vorgenommen. Bei Wahlen scheinen Menschen ihre Stimme vor allem im Interesse ihrer Scheckbücher abzugeben, denn meist setzen sie sich für Gesetze ein, die ihnen selbst zugute kommen. Schlimmer noch: Auch die gewählten Vertreter

stellen ihre ganz persönlichen Interessen häufig über das Gemeinwohl. Nicht selten ist es Politikern wichtiger, unter allen Umständen wiedergewählt zu werden, als für bestimmte Werte einzustehen - und nach der vorherrschenden Ideologie des Marktfundamentalismus oder uneingeschränkten Individualismus gilt das auch als ganz natürliche und rationale Verhaltensweise. Eine solche Einstellung zur Politik untergräbt das Postulat, auf dem das Prinzip der repräsentativen Demokratie gründet. Gewiss, zwischen den persönlichen und den öffentlichen Interessen von Politikern gab es immer schon eine gewisse Spannung, doch in jüngster Zeit wird sie durch die weitverbreitete Neigung verschärft, finanziellen Erfolg über wesentliche Grundwerte wie etwa Ehrlichkeit zu stellen. Daher haben sich der Aufstieg des Profitstrebens und der Niedergang des kollektiven Entscheidungsprozesses wechselseitig verstärkt. Die Erhebung des Eigeninteresses zum moralischen Prinzip hat die Politik korrumpiert, und das Versagen der Politik wiederum ist zum stärksten Argument geworden, den Märkten einen immer größeren Spielraum zu geben.

Zu den Bereichen, die nicht alleine durch Marktkräfte reguliert werden dürfen, gehören viele der wichtigsten Dinge des Lebens, von moralischen Werten über Familienbeziehungen bis zu ästhetischen und intellektuellen Errungenschaften. Dennoch versucht der Marktfundamentalismus in Form eines ideologischen Imperialismus unablässig in diese Regionen vorzustoßen; ihm zufolge müsste man alles gesellschaftliche Tun und allen Verkehr zwischen den Menschen als tauschorientierte, vertragsbegründete Beziehungen betrachten und mit Hilfe eines einzigen Maßes, des Geldes, bewerten. Jedes Tätigwerden sollte soweit wie möglich durch die unsichtbare Hand der profitmaximierenden Konkurrenz reguliert werden. Dieses Eindringen der Marktideologie in Bereiche, die jenseits von Wirtschaft und Ökonomie liegen, hat zweifellos zerstörerische und demoralisierende Folgen für die Gesellschaft. Doch ist der Marktfundamentalismus inzwischen so mächtig, dass alle politischen Kräfte, die sich ihm zu widersetzen wagen, kurzerhand als sentimental, unlogisch oder naiv gebrandmarkt werden. In Wahrheit ist der Marktfundamentalismus selbst naiv und unlogisch. Auch wenn wir die größeren moralischen Fragen beiseite lassen und uns lediglich aufs ökonomische Feld konzentrieren, ist die Ideologie des Marktfundamentalismus in sich hoffnungslos widersprüchlich. Um es kurz und einfach zu sagen: Selbst wenn die Marktkräfte nur uneingeschränkte Geltung für den rein ökonomischen und finanziellen Bereich erhalten, produzieren sie Chaos und können letztlich sogar den Sturz des demokratischen kapitalistischen Weltsystems herbeiführen.

Der Konflikt, in dem wir uns befinden, ist deutlich beschrieben, und zwar von zwei hellen Köpfen, die unterschiedliche ideologische Ausgangspositionen und gegensätzliche Wirtschaftskonzepte vertreten. Ihre Lageeinschätzung stimmt jedoch überraschenderweise überein: einerseits klagen sie über die erschütternde Irrationalität der Finanzmärkte, andererseits befürchten sie, dass die globalisierten Marktkräfte die Kontrolle über die Wirtschaftspolitik den Staaten entreißen, ja sie ihnen sogar die wirtschaftlichen Entscheidungen aufoktroieren. Die Globalisierung nimmt keine Rücksicht auf Gesetze oder Normen, die die staatlichen Parlamente erlassen und die Gerichte der Nationen anwenden. Viele Entscheidungen werden an weitentfernten Orten getroffen, zu denen die Parlamentarier gar keinen Zugang haben, wo jede Kontrollmöglichkeit ausgeschlossen ist. Es gibt eben keine demokratische, effiziente Steuerung der gewaltigen Finanzströme, die von außen leicht die Nationalstaaten unterwandern. Bei den meisten Staaten hat man den Eindruck, dass die Globalisierung ihnen die Navigations- und Steuerungsinstrumente entrissen hat. Die Hoheitsrechte der Länder, die Demokratie, die Politik scheinen überrannt zu werden, sie verlieren zunehmend die Kontrolle über die Ereignisse, so als würde die Geschichte von

anonymen Herrschern diktiert; Herrschern mit so abstrakten Namen wie: Finanzmärkte, Zinssätze, Wechselkurse, Rohstoffpreise,...

Kapitalismus hat nämlich nichts mit Demokratie zu tun. Kriterium der Demokratie ist die Stimme des Wählers und also das öffentliche Interesse, das Kennzeichen des Kapitalismus ist das Streben nach Geld, die Profitmaximierung und also das private Interesse.

Die Tobin-Steuer

Die notwendigen Spielregeln und Kompetenzen, um auf internationaler Ebene Normen zu etablieren, werden zentrale Diskussionsthemen der nächsten Jahrzehnte sein. Das Ausmaß der Herausforderungen (man vergesse nicht die ökologischen und sozialen Fragen) und die zunehmende Globalisierung erfordern, eine Demokratie zu konzipieren, die vom Markt nicht auf ein bestimmtes Gebiet beschränkt wird, sondern eine neue Demokratie ohne räumliche und zeitliche Grenzen. Denn nur mit international gültigen Normen und Spielregeln wird es möglich sein, die globalen Aktivitäten der multinationalen Konzerne, der im Internet operierenden "virtuellen" Firmen und der internationalen Finanzmärkte zu kontrollieren. Leider wird die Bereitschaft zur Zusammenarbeit der Nationen immer wieder in Frage gestellt, leider rangiert das nationale Eigeninteresse vor den Interessen der Menschheit, leider fehlt der politische Wille, um jene Kompromisse zu erzielen, die erst die internationalen Abkommen und Kontrollen ermöglichen.

Die Notwendigkeit, den freien Kapitalverkehr mittels Ampeln zu steuern, wird immer offensichtlicher und zeigt, dass wegen der eingetretenen Globalisierung das in Bretton Woods ersonnene System der vierziger Jahre nicht mehr zeitgemäß ist. Die Marktfreiheit kann nicht automatisch zur Aufstellung von autoritären Maßnahmen zur Kontrolle der perversen Folgen eben dieser Freiheit führen. Auf Druck der Finanzmärkte machen Regierungen dem internationalen Finanzkapital enorme Konzessionen, um es ins Land zu locken. Das schwierige Dreieck Märkte-Globalisierung-Demokratie fordert ein Steuerungsinstrument, das die gefährliche Instabilität der Märkte reduziert. Eine intelligente Anwendung der neuen Informationstechnologien gestattet heute solche Steuermöglichkeiten. So sollte z.B. die vom Nobelpreisträger für Wirtschaft von 1981, James Tobin, konzipierte Steuer noch einmal genau untersucht werden, welche vorsah, alle Devisengeschäfte mit einem Steuersatz von 0,05 bis 0,25 % zu belegen, um so den Spekulanten Sand ins Getriebe zu streuen. Denn nach Ansicht von Finanzexperten sind heute 90 % der Devisengeschäfte reine Spekulationsgeschäfte, die nicht Handelsströme oder andere Fundamentaldaten berücksichtigen, sondern sich an kurzfristigen Trends ausrichten. Eine Steuer von 0,2 % auf die täglichen Geldbewegungen würde den üblichen Handelsverkehr kaum belasten und jene kurzfristigen spekulativen Geldströme bestrafen, die in der Lage sind, die Märkte über Nacht aus dem Gleichgewicht zu bringen und sogar den wirtschaftlich stärksten Nationen Schach zu bieten. Auf den eigentlichen Handel bzw. auf langfristige Investitionen hätte diese Steuer kaum Auswirkungen.

Den Gegnern dieses neuen Steuervorschlags sollte man ins Gedächtnis rufen, dass Chile in der jüngsten Vergangenheit bereits erfolgreich ähnliche Maßnahmen ergriff, um die kurzfristigen Kapitalströme zu bremsen, was dem Land eine große finanzielle Stabilität brachte. Mexiko hingegen ließ die Kapitalströme freifließen und musste eine totale Destabilisierung erleiden. Wahrscheinlich ist es auch kein Zufall, dass sich ausgerechnet Malaysia am besten von der

Asienkrise erholt hat - ein Land, das auf die Krise mit der Einführung solcher Kontrollen reagierte. Wenn der Internationale Währungsfond also denkt, dass sich Kapitalanleger zumindestens manchmal wenig um ökonomische Daten kümmern, dann sollte er die Einführung von Kapitalverkehrskontrollen verlangen. Nach Tobin ist die Vorstellung, die Märkte seien allwissend, falsch. Professor Ibrahim Warde der Berkeley Universität Kaliforniens veröffentlichte das folgende, sehr aufklärende Resümee³⁴ zu Tobins Vorschlag:

Im Oktober 1995 unternahm eine Gruppe von Fachleuten die erste große Untersuchung der "Tobin-Steuer" im Lichte der Erkenntnisse über die Kapitalströme und der Erfahrungen einiger Länder auf dem Gebiete der Kontrolle des Geldverkehrs. Einige der renommiertesten Experten der internationalen Wirtschaft und Finanzen - u.a. die Professoren Peter Kenen von der Universität Princeton, Jeffrey Frankel und Barry Eichengreen von der Universität Berkeley - analysierten den Einfluss einer solchen Steuer auf die Finanzströme und die jeweilige Währungspolitik, insbesondere die Fähigkeit, diese zu stabilisieren, um mehr Autonomie auf dem Feld der Wirtschaftspolitik zuzulassen und bedeutende Gewinne zu erzeugen. Im Juli 1996 veröffentlichte die Oxford University Press eine Sammlung von Aufsätzen³². Die Überraschung: mit Ausnahme einiger Skeptiker wurde die Tobin-Steuer gelobt. Trotz einiger an verschiedenen Orten laut gewordener Vorbehalte schlossen die meisten Fachleute, dass diese Steuer ernsthaft oder wenigstens gründlicher untersucht werden sollte. Später hat sie - weit davon entfernt, als "unrealistisch" angesehen zu werden - die Unterstützung von so unterschiedlichen Persönlichkeiten wie Jacques Delors (von 1985 bis 1994 Präsident der Europäischen Kommission), Butros Butros-Ghali (Generalsekretär der Vereinten Nationen von 1992 bis 1996) oder Barber Conable (von 1986 bis 1991 Vorsitzender der Weltbank) erfahren. Dennoch ist das Projekt von einer Verschwörung des Schweigens umgeben. Die Wirtschaftszunft schenkt ihm keinerlei Aufmerksamkeit. Den Beamten, die mit ihm zu tun hatten, wurde aufgetragen, nicht darüber zu reden. Seit der Veröffentlichung des Werkes hat kein angelsächsisches Presseorgan - einschließlich der Geschäftspresse - ein Wort darüber verloren.

... Die größte Hürde ist allerdings politischer Natur, denn die Idee richtet sich gegen alle großen neoliberalen Prinzipien - Steuersenkungen, finanzielle Liberalisierung, Rückzug der öffentlichen Hand aus der Wirtschaftsführung - über die sich die Regierungen, die großen Geldinstitute und das Establishment der Wirtschaftszunft weitgehend und voller Inbrunst einig sind. Alle sind daran interessiert, die Mängel von neuen Lösungen und die Unmöglichkeit einer alternativen Politik auf dem Gebiet des Finanzverkehrs hervorzuheben. So lassen sich die angestrebten Bemühungen, die Steuer zu verwerfen oder zumindest tendenziös darzustellen, besser verstehen.

Paradoxerweise sind es nicht die ursprünglichen Ziele der Steuer - makroökonomische Selbständigkeit der Regierungen und Währungsstabilität - die ein wenig Interesse wecken könnten, sondern ihre Fähigkeit, Gewinne in einem Moment zu schaffen, in dem alle Regierungen ihre Haushaltsdefizite abbauen müssen und die internationalen Organisationen sich einer gefährlichen Abnahme ihrer Mittel gegenübersehen. Selbst bei einer so geringen Gebühr wie 0,05 Prozent wären die Gewinne bedeutend: 26,6 Milliarden Dollar zusätzliche jährliche Einnahmen für das Vereinigte Königreich, 14 Milliarden Dollar für die Vereinigten Staaten und 3,3 Milliarden Dollar für Frankreich. So lange die Finanzkrise der reichsten Länder anhält, wird der Leichnam der Tobin-Steuer weiter schwimmen.

In jedem Falle sollten die nationalen Regierungen zusammen mit der Weltbank und anderen internationalen Organisationen die Tobin-Steuer ohne jeden interessierten Druck von außen erneut prüfen, denn sie scheint ein vernünftiges Instrument unserer Zeit, deren Einführung sorgfältig zu planen ist, um gleichzeitig zu entscheiden, wem und wofür diese Gelder zugestanden würden.

Die Notwendigkeit der Einführung von einer Finanzsteuer Tobin'scher Art zur Verteidigung der nationalen Wirtschaftspolitik sowie die Durchsetzung internationaler Ökosteuern zur Erhaltung unseres Planeten scheinen in dieser Zeit, da neoliberale Winde wehen, immer unumgänglicher. Die übertriebene Fixierung auf ökonomische Kennzahlen (unter Missachtung sozialer Kennziffern) ist vermutlich eines der tragischen Kennzeichen dieser Jahrtausendwende, das unsere Volkswirte und Politiker noch nicht richtig wahrgenommen haben und aus dem sie die richtigen Konsequenzen noch werden ziehen müssen. Neben wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit und rechtsstaatlicher Demokratie sehnen sich unsere europäischen Gesellschaften nach ökologischer Nachhaltigkeit sowie nach sozialer Gerechtigkeit und Solidarität. Diese gleichrangigen Ziele dürfen darum nicht gegeneinander ausgespielt und auch nicht vorübergehend vernachlässigt werden, sondern sie sind gleichzeitig und konsequent anzustreben.

Und schließlich die Frage: Was haben diese alternativen Steuern mit der Arbeitslosigkeit zu tun? Das neuartige Steuersystem verfolgt die steuerliche Entlastung der Arbeit durch eine deutlich niedrige Lohnsteuer, damit die durch die Arbeitszeitverkürzung verursachten Bruttolohneinbußen nicht zu kleineren Nettoeinkommen führen. Da auch die Unternehmen steuerlich entlastet werden, stärkt der neue Ansatz die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, schwächt aber zugleich bedeutend die Steuereinnahmen, die der Staat aus dem Flusse des Güterhandels bezog. Die vorangehenden Ausführungen zur Tobinsteuer sollen die Staaten veranlassen, nicht in diesem kleinen Flusse des Warenverkehrs sondern in den unkontrollierten Strömen der Finanztransaktionen ihre notwendigen Einnahmen zu fischen. Eine Tobinsteuer hilft nämlich, Haushaltsdefizite auszugleichen und errichtet zugleich einen ersten Deich zur Eindämmung der riskanten Spekulationsströme und damit zur Verteidigung der nationalen Wirtschaftsinteressen. Nationale Arbeitsplätze könnten nicht mehr so leicht durch fremde, spekulative Manöver verunsichert oder gar aufs Spiel gesetzt werden, wie das in der jüngsten Vergangenheit leider öfter völlig unnötig geschah.

Dritter Abschnitt

Die Massenarbeitslosigkeit ist eliminierbar

Die Armut inmitten des Reichtums, die wachsende Ungleichheit, die Angriffe auf die sozialen Sicherungssysteme unserer Wohlfahrtsstaaten, die Umweltzerstörung - all diese Phänomene signalisieren akute Gefahr und dringlichen Handlungsbedarf. Der rasante Produktivitätsfortschritt der letzten Jahrzehnte stößt an ökonomische und ökologische Grenzen. Er generierte die Massenarbeitslosigkeit in den reifen Industrienationen der EU.

Unseren europäischen Politikern, die so erschreckend hilflos wirken, werden in Bezug auf die Arbeitslosigkeit:

- der aktuelle **Ausgangspunkt**: die seit Jahren hohe Arbeitslosigkeit
- das erreichbare **Ziel**: die Arbeit wirtschaftlich sinnvoll zu teilen, damit **jeder** beteiligt wird
- der **Weg** dahin: eine grundlegende Neuorientierung der Steuer- und Rentensysteme

erneut ins Gedächtnis eingeprägt, damit sie den hier vorgezeichneten Ausweg aus dieser die Gesellschaft so beunruhigenden Krise antreten.

Kürzere Arbeitszeiten im Zusammenspiel mit einem geeigneteren Steuersystem garantieren allen Erwerbswilligen die Möglichkeit, einer bezahlten Beschäftigung nachgehen zu können. Die verkürzten Wochenarbeitszeiten wirken sich positiv für Arbeitgeber (Personalkostenreduktion) und sozialverträglich für Arbeitnehmer (kaum Nettolohneinbußen) aus. Dies ist notwendig, denn ohne Wirtschaftlichkeit können die Unternehmen nicht durchhalten, aber ohne Menschlichkeit können die Mitarbeiter es nicht aushalten. Die gleichzeitige Beseitigung der derzeit nachteiligen Auswirkungen der Teilzeitarbeit auf die Rente schafft die absolut notwendige Grundvoraussetzung für die Akzeptanz dieses Ansatzes. Es besteht kein Grund mehr, um die kürzere Arbeitszeit und die wiedergewonnene echte Freizeit zu fürchten. Die anzustuernde realistische Chance "eines Einkommens für alle" sichert die Freiheit und Würde aller Menschen. Die Eliminierung der Massenarbeitslosigkeit ist nicht mehr eine Utopie von Träumern, sondern die nun unabweisbare Pflicht der Politiker. Die Politiker sind zum Handeln aufgerufen. Sie können die gegenwärtige Entwicklung nicht länger hinnehmen, sie können die Wirtschafts- und Finanzkräfte nicht weiterhin sich selbst überlassen, wenn sie nicht einräumen wollen, "dass der Mensch die Kontrolle über seine Welt endgültig abgegeben, dass er sich selbst entmündigt hat".

Begreift ihr denn nicht, dass wir irgendwo vom rechten Weg abkamen? Der menschliche Termitenhaufen ist reicher als zuvor, wir verfügen über mehr Güter und mehr Muße, und doch fehlt uns etwas Entscheidendes, das wir schlecht umschreiben können. Wir fühlen uns weniger als Menschen, wir haben irgendwo geheimnisvolle Vorrechte eingebüßt.

Antoine de Saint-Exupéry (1938 geschrieben, 1946 veröffentlicht)

Kapitel 8: Ergebnisse - Chancen

Der Ist-Zustand: unser Unbehagen

Wo stehen wir, in welcher Ausgangsposition befinden wir uns? Der ehemalige portugiesische Präsident Mario Soares veröffentlichte eine tiefgehende Überlegung in der Zeitung "La Vanguardia" (12. 02. 99), der die folgenden Auszüge entnommen sind:

Für mich ist offensichtlich, dass die Linkswende der europäischen Wählerschaften ein Ergebnis objektiver Bedingungen ist, wie man in den besten Zeiten des Marxismus sagte. Welche?

- Die augenscheinliche Krise des Neoliberalismus, die den Reichtum in immer weniger Händen konzentriert und überall eine äusserst verwerfliche Armut ohne jegliche soziale Sensibilität mit sich bringt;
- die Geissel der Arbeitslosigkeit, die auch die zeitgenössischen, höher entwickelten Gesellschaften erreicht, und zwar über dem Wege der technologischen Revolution, die die Produktionsweise bestimmt;
- die Vorherrschaft der Wirtschaft über Politik und Sozialwesen, wodurch eine Unzahl von Outsidern und Randgruppen geschaffen wurden;
- der spekulative Kapitalismus außerordentlicher Mobilität, dessen einziges Ziel der Gewinn um des Gewinnes wegen ist, dem die Werte und Interessen der Völker und der Staaten gleichgültig sind;
- die Verherrlichung der Gewalttätigkeit, die täglich durch die audiovisuellen Medien geschürt wird, die ihrerseits von grossen Interessengemeinschaften abhängig sind;
- die Straffreiheit des international organisierten Verbrechens, wie der Drogenhandel;
- dem internationalen und geheimen Waffenhandel, der Verbreitung von gewaltigen Vergeltungswaffen,
- der Geldwäsche durch augenscheinlich respektable Finanzinstitutionen...

Das Bewusstsein um diese Zivilisationskrise -- mit der sich die Welt an diesem Jahrtausende konfrontiert sieht -- führte die Linke in dermaßen vielen Ländern der Europäischen Gemeinschaft an die Macht.

Die öffentliche europäische Meinung erwartet, dass die Regierungen, denen sie die Macht verlieh, sich an die von ihnen repräsentierten Werte der Solidarität halten, die Lebensbedingungen der Benachteiligten zu verändern helfen, gegen die Arbeitslosigkeit erfolgreich kämpfen und die ihnen gegebene historische Chance nicht vergeuden. Was würde aus der Europäischen Gemeinschaft und aus der von ihr erwarteten Rolle, ein ausgleichender Faktor in der Welt zu sein, wenn sie diese Gelegenheit nicht wahrnehmen würde? Der Weg zu neuen totalitären Abenteuern und zum aufwieglerischen Populismus würde sehr erleichtert...

Die Debatte um Ideen und Werte ist zu eröffnen. Europa kann und muss in diesem Teil der Welt, die neue schöpferische Utopie von großzügig ausgelegten Lösungen sein. Das

Bewusstsein ist zu erwecken, die bürgerlichen Gesellschaften haben mit offenem Geiste und unabhängig von politisch-ideologischen Standpunkten die großen Fragen unserer Zeit anzugehen. Die Europäische Gemeinschaft hat eine ungemein wichtige Rolle in der Geschichte zu übernehmen, wenn sie fähig wäre, einen Raum sozialer Stabilität, des Fortschritts und des Friedens zu schaffen, von dem aus sie die Werte der Solidarität, der Gerechtigkeit und des Pluralismus ausstrahlen könnte, um eine sich in Krise befindende Welt zu erleuchten.

Der amerikanische Volkswirtschaftler, Robert Heilbroner behauptet, dass sich Wissenschaft, Demokratie und Kapitalismus auf dem Scheideweg befinden und die Amerikaner selbst mit Hoffnung und Furcht in die Zukunft blicken, da sie sich nicht sicher sind, ihren Nachkommen ein besseres Leben als das Eigene bieten zu können. Seinem Buch "Visions of the future"¹⁵ entnehmen wir die folgenden, aus amerikanischer Perspektive entstandenen Überlegungen zur aktuellen Situation:

Tatsächlich ist es heutzutage üblich die Vitalität der marktorientierten Kräfte, die den globalisierenden Prozess vorantreiben, zu verherrlichen und die bremsende Wirkung der politischen Barrieren zu kritisieren, die versuchen, die primären wirtschaftlichen Energien zu ersticken oder ihre eingeschlagene Ausdehnungsrichtung zu kontrollieren. Die Globalisierung ist eher geneigt, Freunde anstatt Feinde zu gewinnen, wofür der allgemeine Konsens zwischen Wirtschaftlern und führenden Finanzexperten zur Unterstützung des amerikanischen Freihandelsabkommens ein Zeugnis ist.

Auf der anderen Seite, wird die Globalisierung mit weniger Begeisterung von denjenigen aufgenommen, die die Minderung der nationalen Kontrolle als Schwächung des einzigen uns zur Verfügung stehenden Mittels betrachten, um die internationale Privatwirtschaft den öffentlichen Interessen zu unterstellen. Konkret, die Internationalisierung verstärkt derzeit die Ängste, die die schwachen wirtschaftlichen Massnahmen, sowohl in Europa, wie auch in Nordamerika haben aufkommen lassen. Es stellt sich die Frage, wie der Markt die ständig ansteigende Zahl Nordamerikaner, Mexikaner oder Bürger anderer Länder aufnehmen wird, die wegen des starken Eindringens des Marktes in ihren Grenzen arbeitslos sind. Deswegen zeichnet die stärker werdende Gegenwärtigkeit der Globalisierung eine Perspektive der Welt, in der die internationalen Wirtschaftskräfte - die so unpersönlich sind wie "Sachwerte" - die Zügel in die Hand nehmen und die Menschheit führen werden. Ich habe den Verdacht, dass ein Teil dieser Perspektive, zusammen mit der Besorgnis über unsere hartnäckig ärmlichen wirtschaftlichen Leistungen, den grössten Teil unserer Beklemmung verursacht, die ungeachtet unserer erhaltenen politischen Hegemonie die wirtschaftliche Zukunft verdüstert.

Jegliche Ordnung nach Schichten -- der Feudalismus, die Aristokratien, der zentralgesteuerte Sozialismus sowie der Kapitalismus -- schaffen privilegierte Ordnungen, von denen die verschiedenen wirtschaftlichen Pfründen wie Zahlungen, Einkommen, Sinekuren, Sondereinkünfte für Leitende und Gewinnausschüttungen fließen. Der Prüfstein für den politischen Willen, als befreiende Kraft zu wirken, wird deutlich, sobald er seine demokratisierenden Energien gegen diese wirtschaftlichen Pfründen einsetzt. Im Falle des Kapitalismus, indem er eine gleichmäßigere Verteilung der Gewinne und des Reichtums versucht, ein Machtgleichgewicht zwischen der öffentlichen und der privaten Sphäre anstrebt und sich bemüht, die Lebensqualitäten des unteren und oberen Endes anzunähern.

In diesem Fall ging die Tendenz des letzten Jahrhunderts langsam in die Richtung einer gerechteren Verteilung von Gewinn und Reichtum: zum Beispiel sank der Gewinnanteil nach Versteuerung der 5 % bestgestellten Familien von einem Drittel im Jahr 1929 auf ein

Sechstel zu Beginn der 80iger Jahre, und die Konzentration des Reichtums reduzierte sich von Ende des 19. Jahrhunderts bis zu den siebziger Jahren ebenfalls, wenngleich nicht so stark. Seit dem letzten Jahrzehnt ist jedoch ein Rückgang dieser Tendenz oder sogar eine Trendwende zu verzeichnen. Während in den achtziger Jahren die realen Einkünfte der meisten nordamerikanischen Familien stagnierten oder sanken, stiegen die des obersten 1% der Bevölkerung um 115%. Ein sogar noch überraschenderer Kontrast: Die Zahl der Armen ist von 1975 bis 1991 von 23 auf 35 Millionen angewachsen, während ungefähr im gleichen Zeitraum die Anzahl der Multimillionäre von 642 auf 60.667 anstieg.

Die Ausübung des politischen Willens als ausgleichende Kraft bei den wirtschaftlichen Angelegenheiten scheint folglich in unserer Zeit zu einem Stillstand gekommen zu sein, und zwar hauptsächlich in den Vereinigten Staaten, wo die Einkommen der führenden Positionen um ein Hundertfaches die Löhne der Arbeiter übersteigen, das ist das Zehnfache der Indizes anderer fortschrittlicher kapitalistischer Staaten. Wir wissen nicht, ob sich die egalitäre Tendenz der Vergangenheit wieder durchsetzen wird. Ein Problem des Kapitalismus ist, dass die Unausgewogenheiten bei Gewinn und Eigentum, Differenzen aufweisen können, die als unerträglich betrachtet würden, wenn man sie auf die politischen Rechte, wie auf das Wahlrecht oder auf Bürgerrechte wie die gesetzliche Gleichberechtigung übertrüge. Sicherlich ergibt sich aus der geschichtlichen Perspektive, dass eine moderne politische Demokratie unwahrscheinlich ist, die eine Einengung statt einer Verstärkung der Bürgerrechte zuließe. Solange darum der westliche politische Geist weiterhin sein Unbehagen bezüglich der politischen und bürgerlichen Ungleichheit zum Ausdruck bringt, ist es nicht unvernünftig zu erwarten, dass die Toleranz gegenüber den extremen wirtschaftlichen Ungleichheiten früher oder später fallen wird. Bis der egalitäre Geist sich selbständig durchsetzt, wird jedoch und zumindest für Beobachter wie mich, dies weiterhin eine Ursache für unser unterschwelliges Unbehagen darstellen.

Die erste absolut vorrangige Notwendigkeit ist es, die vernichtende Armut in den Vorstädten, Stadtteilen und Aussenbezirken Afrikas, Südostasiens, des Nahen Ostens, Zentral- und Südamerikas zu überwinden, wo Milliarden von Personen mit dem Äquivalent eines Dollars pro Tag ihren Lebensunterhalt bestreiten, ein Lebensstandard der sich unserem wirtschaftlichen Verständnis entzieht, aber dessen politische Bedeutung verständlich wird, wenn wir die Gesichter betrachten, die die Bildschirme unserer Fernseher durchbohren.

Solange man diese Misere nicht beseitigt, und nicht nur mildert, ist es trügerisch zu erwarten, dass der politische Geist der unterentwickelten Welt seine normale Ausdrucksweise in gemäßigten Stimmen findet, die Programme einer stufenweisen und langfristige "Verwestlichung" vorschlagen. Das grundlegende Ziel jeder gemäßigten Politik ist es, die bestehende Ordnung zu bewahren. Ein von Pragmatik und Geduld geprägter Geist kann sich eventuell entwickeln, wenn die reichen Nationen prioritär die Aufgabe der Modernisierung der Wirtschaften der armen Welt ins Auge fassen -- ein hohe Steuern abverlangendes Unterfangen -- und wenn die armen Nationen Maßnahmen zur Stabilisierung ihrer Bevölkerung und zur Minderung der extremen Unterschiede zwischen ihren Reichen und ihren Armen ergreifen. Solange man davon nichts realisiert, mag der politische Wille der unteren Schichten den Anschein der ruhigen Gewässer eines Sees haben, aber es wird sich um einen mit Benzin gefüllten See handeln.

Die politischen Perspektiven stehen augenscheinlich besser in den fortschrittlicheren Nationen, obgleich ebenfalls entzündbare Lagunen im Innern ihrer Stadtkerne und in den vernachlässigten Grundwassern existieren.

Diese Zitate eines Politikers (Soares) und eines Wirtschaftswissenschaftlers (Heilbroner), zusammen mit denen eines Journalisten (Ramonet) und des Denkers und erfolgreichsten Devisenspekulanten (Soros) im vorigen Kapitel, sind deswegen so ausführlich hier eingefügt, weil sie das heutige Unbehagen so klar beleuchten, weil sie die kritische Unruhe der nachdenkenden Experten widerspiegeln, weil sie Ausdruck der Unzufriedenheit mit dem heutigen Istzustand sind. Es ist die Sorge um die Zukunft der Menschheit, um die Instabilität des kapitalistischen Weltsystems, um die Überlebensfähigkeit unseres Planeten, um unsere demokratischen Grundordnungen, um unsere moralischen und gesellschaftlichen Grundwerte, wie soziale Gerechtigkeit und Solidarität, die alle vier in Frage stellen. Beunruhigend für sie ist der erkennbare Trend zur Resignation, zur Gleichgültigkeit, zur Akzeptanz der wachsenden Ungleichheiten in weiten Kreisen der Wirtschaftsrepräsentanten in Arbeitgeberverbänden, aber auch in vielen Gewerkschaften, sowie unter Politikern und unter großen Teilen der Bevölkerung. Ohne Solidarität unter den europäischen Nationen laufen wir scheinbar Gefahr, in eine tiefe Krise zu stürzen, wenn man weiterhin die Wirtschafts- und Finanzkräfte sich selbst überlässt. Unsere Hauptsorgen gelten der Erschöpfung und Zerstörung der Natur, dem Zusammenbruch der sozialen Systeme und der offensichtlichen Resignation weiter Bevölkerungskreise. Dem erkennbaren Trend des Nicht-Nachdenkens, des Übernehmens suggerierter Ideen, des Sich-Ergebens in eine gängige Wirtschaftspraxis sollten wir entschieden entgegentreten, zumal in der Geschichte schon viele Ideologien und Theorien, die die Welt erschütterten und Spuren auf ihrem Antlitz zurückließen, uns heute unvernünftig erscheinen. Es bedarf darum visionärer, überzeugender und mutiger Politiker, die keine Angst haben vor dem selbständigen Nachdenken, die sich nicht hinter gängigen wirtschaftlichen Ideologien verschanzen, für die volkswirtschaftliche Kennzahlen kein Dogma sind, die nicht als Geiseln ihrer Parteien oder ihrer Wähler agieren, sondern imstande sind, über die kurze Frist einer Legislaturperiode hinauszuschauen. Politische Persönlichkeiten, die die sozialen Nöte der Arbeitslosen nicht nur rhetorisch, sondern wirklich als ihre größte Herausforderung akzeptieren und demzufolge alle möglichen Pläne und Alternativen untersuchen. Das Problem der Arbeitslosigkeit ist nicht unlösbar, es scheint nur allmählich unlösbar, weil es so lange gelehnet und verschleppt wurde, bis es tatsächlich kaum mehr zu bewältigen ist. Professor Peter Grottian bemerkte dazu in der Publikation "Deutschland" (Nr 6/99):

Die großen Schwierigkeiten, ohne größeren Umbau des Steuerstaats und der öffentlichen Institutionen Jobs in Millionenzahl anzubieten, führt dazu, dass schicksalsergeben vom "Ende der Arbeit" geschrieben und damit ein Klima der Akzeptanz geschaffen wird für die zunehmende, aber keineswegs zwangsläufige Ungerechtigkeit und Ausgrenzung. Der Preis ist hoch: Die Gesellschaft verzichtet darauf, die Arbeitsleistung und die Qualifikation von Erwerbslosen zu nutzen.

Sind die Politiker nicht imstande, die Furcht vor den nächsten Wahlergebnissen zu begraben und die notwendigen Reformen des Arbeitsmarktes anzugehen, begnügen sie sich statt dessen einmal mehr mit bequemen Lösungen, die niemandem weh tun, aber keinen sozialen Fortschritt für die Benachteiligten in unserer Gesellschaft bedeuten, so drohen der EU schwerste Umwälzungen. Die gerechte Organisation des Systems gesellschaftlicher Arbeit und die Herstellung befriedigender individueller Arbeitsverhältnisse ist eine Grundvoraussetzung für den innergesellschaftlichen Friedenszustand und dadurch für den Frieden insgesamt. Oder glaubt jemand, dass 15 bis 20 Prozent Jugendarbeitslosigkeit in der EU nicht ausreichen, um in Kürze eine soziale Stimmung zu entfachen, die die notwendigen Veränderungen erzwingt? Die

Ungleichheit, sobald sie ein nicht mehr tolerierbares Maß überschreitet, führt zu politischer Instabilität, zum Aufkommen autoritärer Gelüste, zur Verbreitung extremistischen Gedankenguts, zur Gefährdung der Demokratie. Die französischen Sozialisten jedenfalls verdanken ihren Wahlsieg von 1997 nicht zuletzt dem Versprechen, eine humanere, sozial gerechtere Aufteilung der Arbeit zu versuchen.

Die europäischen Gewerkschaften haben im Frühjahr 97 die erste Großkundgebung gegen die unerträglich hohe Arbeitslosigkeit durchgeführt. Im Januar 1998 empfing der französische Regierungschef Jospin Vertreter der Langzeitarbeitslosen und verhandelte direkt mit ihnen, um eine sich gefährlich ausbreitende Protestbewegung möglichst im Keim zu ersticken. Eine Revolte der Erwerbslosen wäre ein Horrorszenario, ein Alptraum für die Politiker und für den selbstzufriedenen Teil unserer Gesellschaft. Es ist zu erwarten, dass die Arbeitslosen sich allmählich ihrer Macht bewusst werden und darum diese Arbeitslosenunruhen Frankreichs zu einem Schlüsselereignis in der Geschichte des ausgehenden 20. Jahrhunderts werden. Es ist schon fünf vor zwölf ! - Tiefe Risse gehen durch viele unserer europäischen Gemeinwesen. Die Arbeitslosen, die Behinderten, die Inmigranten, die Obdachlosen, die illegal Eingewanderten,... alles nicht gut organisierte "soziale Randgruppen", sie protestieren, weil sie am meisten leiden. Die Mehrheit der Bevölkerung unterstützt sie, da unsere Wirtschaftsgesellschaft heute niemanden vor dem sozialen Absturz schützt. Viele fürchten, den erreichten sozialen Status in Zukunft nicht halten zu können. Denn niemand schützt sie vor den neuen Gefährdungen und Schattenseiten der Globalisierung. Die meisten Fusionen der jüngsten Vergangenheit führten zu massiven Personalentlassungen. Dabei kann jeder vom Boten bis zum Manager arbeitslos werden. Niemand mehr gewährleistet Kontinuität, Berechenbarkeit und Sicherheit. "Die Arbeitslosigkeit vieler Tüchtiger und Leistungswilliger sowie die bohrende Angst einer halben Generation vor demselben Schicksal" sind endlich zu beseitigen.

Dienstleistungssektor und Arbeitslosigkeit

Bisher wurden von Politikern und Wirtschaftsleuten immer wieder der Dienstleistungssektor als Schlüssel zur Lösung des Arbeitsmarktproblems dargestellt. Zweifellos gibt es in der Wirtschaft Dienstleistungssektoren (Informationstechnologien, Kommunikation, Botendienste,...), in denen neue Arbeitsplätze entstehen. Besonders stark haben sich die personenbezogenen Dienste entwickelt: in Sport-, Freizeit- und Erholungszentren, in Kinder- und Altenheimen, im Gesundheitswesen und der Krankenpflege, in Bildung, Kultur und Weiterbildung. Dennoch haben in vielen Ländern der EU diese personenbezogenen Dienstleistungen einen gewaltigen Nachholbedarf im Gesundheitswesen und in der Altenpflege, in Deutschland sogar in der Gastronomie, im Tourismus und im Handel. Während 1997 in den USA 16 % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter im Handel und im Gastgewerbe beschäftigt war, machten die Beschäftigten in diesen Bereichen der EU nur 11,2 % aus. Es handelt sich hierbei traditionell um eine Niedriglohnbranche und dies erklärt die unterschiedlichen Beschäftigungsgrade, denn in den USA werden leichter Arbeitskräfte zu niedrigen Löhnen gefunden und generell ist dort eine stärkere Kundenorientierung feststellbar. Aber auch in der EU sind laut der Europäischen Kommission⁷ im Handel und Gastgewerbe unterschiedliche Beschäftigungstrends zu beobachten: einerseits Zunahmen in Österreich und den Niederlanden (ca. 3 %), andererseits Rückgänge in Deutschland und Italien. Viel niedriger als in den USA ist die Beschäftigung vor allem in den drei Bereichen: kommunale

Dienstleistungen, Dienstleistungen für Unternehmen und Handel sowie Hotel- und Gaststättengewerbe. Man sagt, dass die Welt von morgen von Dienstleistungen aller Art geprägt sein wird. Dazu gehören Dienstleistungen mit starkem Bezug zur Industrie: Forschung und Entwicklung, Finanzdienstleistungen, technische und kaufmännische Unternehmensberatung, Implementierung von vernetzten Softwarelösungen. Dies sind allesamt Dienstleistungen, die längst schon selbst zu einem eigenständigen Faktor im weltweiten Wettbewerb geworden sind. Aber man ignoriert dabei ständig die Kehrseite derselben Medaille, nämlich dass im Dienstleistungsbereich allein in Deutschland ein Arbeitsabbaupotential von über 5 Millionen Stellen existiert (siehe Rainer Thome³¹). Diese Stellen werden in einem Zeitraum von 7-10 Jahren durch Organisationsreformen, Optimierung der Arbeitsabläufe, Automatisierung und Verkürzung der Vertriebswege eingespart werden. Das Aufkommen elektronischer Märkte zeigt, dass dieser neue Distributionskanal die Möglichkeit eröffnet, über den direkten Kundenkontakt auf den Einsatz von Zwischenhändlern zu verzichten und die Handelsspanne selbst abzuschöpfen. So hat sich beispielsweise der weltweit führende PC-Hersteller Compaq im Frühjahr 1999 fast von seinem kompletten Händlernetz in den USA getrennt, da sie sich gezwungen sahen, wie ihre Konkurrenten Dell, IBM, Hewlett-Packard, usw. direktere Liefer- und Verkaufswege anzusteuern. Das erhebliche Einsparungspotential der elektronischen Märkte bei diesen Transaktionen stellt ein wichtiges Kriterium zugunsten dieser Kanäle dar. Auch werden kommunale Online-Dienste, die federführend von einigen Städten in der EU konzipiert und getestet werden, schon in den nächsten Jahren dazu führen, dass alltägliche Vorgänge wie Umzüge, Kfz-Anmeldungen, Anträge auf Kindergeld, alles was mit lästigen Behördengängen verbunden ist, online oder offline vom Heimcomputer oder von öffentlichen Datenterminals erledigt werden kann. Die Abwicklung einer wachsenden Anzahl von Amtsgeschäften via Internet, die elektronische Kommunikation zwischen den verschiedenen staatlichen und regionalen Behörden sowie die digitale Speicherung des gesamten rechtsverbindlichen Schriftverkehrs (samt elektronischer Unterschriften) wird zu einem Abbau von Bürokratie und zu einer gewaltigen Reduzierung des Beamtenapparats führen. Nicht anders sieht es bei den Fusionen der europäischen Banken aus, ein wichtiger Dienstleistungssektor der mittels Einverleibung der Konkurrenten in den letzten 25 Jahren konsequent Arbeitsplätze eliminiert hat. Und bei neu entstehenden Industriedienstleistungen wird normalerweise nicht erfasst, inwieweit es sich dabei nur um Ausgründungen handelt, die zugleich mit Arbeitsplatzverlusten verbunden sind. Der Dienstleistungssektor erbringt also kaum eine relevante Entlastung des Arbeitsmarktes, sondern ist eher ein Arbeitsplatzvernichter. Es ist eben zu wiederholen, dass mit einem immer geringer werdenden menschlichen Arbeitsvolumen gleichbleibend viel oder mehr gesellschaftlicher Reichtum erzeugt werden kann ("jobless growth"). Meinhard Miegel vom Institut für Wirtschaft und Gesellschaft in Bonn veröffentlichte ("Der Spiegel", 11. 01. 99) folgende Zukunftsperspektiven für das Jahr 2005:

Allmählich, doch für viele spürbar, schwindet die Bedeutung der Erwerbsarbeit. Der Strom von Gütern und Diensten, die weitgehend ohne den Einsatz von Arbeitskräften geschaffen werden, schwillt ständig an. Arbeitsplätze wandeln sich zügig zu Wertschöpfungsplätzen, an denen Kapital und Wissen wirken, vor allem Wissen, das nicht länger an Hirne gebunden ist.

Wachsende Teile der Erwerbsbevölkerung finden sich in niedrig produktiven und deshalb weniger lukrativen Bereichen der Volkswirtschaft wieder. Dadurch steigt die

Einkommens- und Vermögensungleichheit, was in einer nach wie vor sozialdemokratisch geprägten EU zu Umverteilungsmaßnahmen jedweder Art führt.

Die Bevölkerung, die auf diese Veränderungen von den Politikern nur unzureichend vorbereitet wurde, reagiert enttäuscht. Restaurative Kräfte erhalten Auftrieb, in den Regionen keimt - unterschiedlich heftig - Widerstand gegen das Neue. Europa wird unruhig.

Allgemeine Hoffnung: Teilhabe am Arbeitsmarkt

Wir sind in eine epochale Verteilungskrise hineingeraten, ohne uns damit auseinanderzusetzen. Die hohen Einkommen und die großen Vermögen wachsen seit Jahr und Tag unaufhörlich und von Jahr zu Jahr rasanter. Der materielle Reichtum in der EU ist ins Unermessliche gestiegen, die Formen seiner Verteilung unter der Bevölkerung ins Groteske. Wer auf moderne Technologien in der Wirtschaft und in der Distribution setzt, der sollte auch geeignete, moderne Steuersysteme zur angemessenen Verteilung des Reichtums und damit zum Zusammenhalt der Gesellschaft verlangen. Die Devise für die unmittelbare Zukunft muss "**vernünftige Arbeitsteilung**" lauten. Die Forderungen nach einer 30- oder 35-Stundenwoche ist nichts anderes als der mehrheitliche Wunsch der Gesellschaft, allen die Teilhabe am Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Der Mangel an Arbeitsplätzen ist durch eine wirtschaftlich sinnvolle Arbeitsteilung zu kompensieren. Eine offensive Arbeitszeitpolitik soll den ersehnten solidarischen Ansatz

"alle arbeiten weniger, damit alle arbeiten können"

zum Durchbruch verhelfen.

Wer den Willen hat, selbständig nachzudenken, wird bald erkennen, dass zwei Haupthindernisse den Weg zu einer vernünftigen Verteilung des vorhandenen Arbeitsvolumens versperren: die meist zu starren Arbeitsmarktvorschriften und die überholten Steuersysteme. Beide zusammen schnüren den Arbeitsmarkt vieler Länder der EU ein. In der spanischen Verfassung ist das "Recht auf Arbeit" ausdrücklich und unmissverständlich verankert, dennoch wird dem Bürger in der Praxis der Zugang zu einem Arbeitsplatz weder garantiert noch erleichtert. Es entstanden bei jeder Konjunkturrebbe immer größere Inseln der Arbeitslosigkeit, kam jedoch die Arbeitsflut, so leisteten diejenigen, die noch beschäftigt waren, Überstunden: für die Arbeiter eine willkommene Alternative zur Erhöhung des Einkommens, für die Firmen eine risikolosere Lösung angesichts der besonders teuren Kündigungsschutzklauseln, die in Spanien üblich sind. Die Arbeitsgesetze wirken wie Deiche, die verhindern, dass die sich (aufgrund der Produktivitätssteigerungen) ständig reduzierenden Wassermassen des "Flusses der Arbeit" über alle Arbeitswilligen ergießen. Jeder Arbeiter verursacht so hohe Kosten und Risiken, dass man eher gegen EU-Normen verstößt, bevor man jemand zusätzlich einstellt (darum Rekordarbeitslosigkeit in der EU). So werden spanischen Krankenschwestern an manchen Tagen sogar mehr als 13 Anwesenheitsstunden abverlangt (Verletzung der EU-Richtlinien), obwohl sie auf der sehr anstrengenden Intensivstation eines Krankenhauses tätig und Tausende ihrer Kolleginnen arbeitslos gemeldet sind. Die Funktion der Arbeitsmärkte ist heute weder die Schaffung von Arbeitsplätzen, noch die, für eine sinnvolle Arbeitsverteilung zur Unterstützung der Arbeitssuchenden zu sorgen. Die Arbeitsmärkte sind erstarrt, weil durch die heutigen Arbeitsschutzgesetze, Kündigungsschutzklauseln, Lohnfortzahlungsregelungen, Tarifverträge usw. ihnen jene Elastizität verloren geht, die einen Markt charakterisieren sollte.

Die übermäßige Arbeitsmarktregulierung hält in vielen Ländern der EU die Arbeitgeber von Neueinstellungen ab. Die Europäische Kommission kritisierte erneut im September 1999, "Deutschland schöpfe das in den Dienstleistungsunternehmen liegende Potenzial zur Schaffung von Arbeitsplätzen nicht aus. Noch immer erschweren hohe rechtliche und steuerliche Hindernisse die Gründung neuer Unternehmen".

Von den notwendigen Anpassungen, um im internationalen Wettbewerb einer globalisierten Weltwirtschaft bestehen zu können, wird ständig gesprochen. Denn die Devise der Unternehmen für das 21. Jahrhundert lautet: "rund-um-die-Uhr" verfügbar, global, virtuell, vernetzt, und auf den Kunden ausgerichtet. Wir steuern auf Unternehmen zu, für die es keinen Sonnenuntergang, keine geographischen Grenzen, keine Sommerpausen, keine biologischen Rhythmen, keine Zeitzonen geben wird. Ohne "Just-in-time" wird es kein Wachstum für die Firmen geben und nur jene werden überleben, die sofort reagieren, flexibel sind und permanent ihre Abläufe optimieren, um einer ebenso global agierenden Konkurrenz erfolgreich begegnen zu können. Aber dennoch kommt die Flexibilisierung der Arbeitszeiten kaum voran. In zunehmendem Maße vereinbaren darum in der EU einzelne Firmen mit ihren Mitarbeitern eigene, betriebsinterne Absprachen, derart, dass die Firma sich verpflichtet, Personalentlassungen zu vermeiden, wenn die Betriebsangehörigen ihrerseits einer Reduktion der Arbeitsstunden und entsprechend der Löhne und Gehälter zustimmen bzw. auch bereit sind, an manchen Wochenenden zu arbeiten.

Auch ohne Unterstützung der Politik bahnen sich Arbeitsteilung und Arbeitszeitflexibilisierung langsam ihren Weg. Dennoch ist es die Pflicht der Politiker, die Initiative zu ergreifen, wenn die sinnvolle Arbeitsverteilung gefördert werden soll. Teilzeitarbeit ist entschlossener zu unterstützen, denn sie ist der entscheidende Baustein auf dem Weg zu einem flexibleren Arbeitsmarkt, obgleich in vielen Ländern der EU Teilzeitkräfte als Arbeitnehmer zweiter Klasse eingestuft werden. Dieser Wahrnehmung ist entgegenzutreten, denn nur mit kürzeren Arbeitszeiten wird es gelingen, die Arbeitssuchenden in den Kreislauf der Wirtschaft permanent zu integrieren. Ein Umschwung am Arbeitsmarkt ist nur durch seine Öffnung herbeizuführen. Der reformierte Ordnungsrahmen muss europaweit die von den Arbeitgebern eingeforderte Flexibilität und die von den Arbeitnehmern gewünschte Arbeitsplatzsicherheit in ein ausgewogenes Verhältnis bringen. Eine enorme Anzahl von Überstunden darf nicht gleichzeitig mit einer hohen Arbeitslosigkeit koexistieren. Dies ist heute noch möglich, weil man die Arbeitsmärkte so mit Regelungen eindämmt, dass man sie des ausgleichenden Elementes beraubt, das gerade einen freien, flexiblen Markt kennzeichnet. Die Politiker haben darum dafür zu sorgen, dass die Arbeitszeit auf dem Arbeitsmarkt die Rolle übernimmt, die der Preis auf den Waren- und Dienstleistungsmärkten spielt, d. h. die Arbeitszeit hat das regulierende Element zu sein, das Angebot und Nachfrage ausgleicht.

Das erreichbare Ziel: Arbeit für alle

In den vorhergehenden Kapiteln wurde aufgezeigt, dass eine über den Arbeitgeberanteil geförderte, sinnvoll flexibilisierte Arbeitszeit die Variable ist, die es gestattet, das ersehnte Gleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt auf eine unkomplizierte, fast automatisch wirkende Weise herbeizuführen. Ganz egal, ob die Konjunktur anzieht oder eine Flaute bevorsteht, die zu Arbeitsplatzverlusten führt, über die steigenden bzw. fallenden Arbeitszeiten pendelt sich beim

hier vorgeschlagenen Modell **ständig und selbständig** das Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage ein.

Am Beispiel eines von starken Nachfrageeinbrüchen betroffenen Unternehmens soll noch einmal verdeutlicht werden, wie dieses Ziel durch das hier vorgeschlagene Fiskalsystem erreichbar wird. Bei Gefährdung der Überlebensfähigkeit einer Firma sind stets die Kosten zu senken. Bisher erschienen Kurzarbeit, Personalentlassungen (Frühverrentungen) in Produktion und Verwaltung der naheliegendste Weg, um die Personalkosten zu reduzieren. In Zukunft ist die Arbeitszeitreduktion das geeignetere Mittel, weil beispielsweise einer Halbierung der Arbeitszeit eines Mitarbeiters eine Einsparung von 75% beim Arbeitgeberanteil entspricht (siehe entsprechende Abbildung im ersten Kapitel). Den in Schwierigkeiten geratenen Arbeitgeber helfen Arbeitszeit-kürzungen mehr als Personalentlassungen, weil:

- ? diese für die Beschäftigten und für die Firma weniger traumatisch sind, keiner verliert seinen Job,
- ? zukünftige Arbeitszeiten lassen sich so von Abteilung zu Abteilung je nach Bedarf unterschiedlich abstufen,
- ? die zukünftigen Kosten für die Arbeitgeberanteile sinken so stärker,
- ? die dem Arbeitnehmer bei Arbeitszeitreduktion zustehenden und vom Arbeitgeber zu leistenden Ausgleichszahlungen fallen wesentlich niedrigerer als bei Kündigungen aus (in Kapitel 6 kurz behandelt).

Die Reaktion der von einer ungewollten Arbeitszeitkürzung betroffenen Arbeitnehmer wird hingegen die Suche nach einer anderen Stelle sein, wo eine längere Arbeitszeit offeriert wird. Kündigen deswegen mehrere, so werden die verbleibenden Kollegen wieder mehr Stunden arbeiten müssen. D. h. die Belegschaft des in Schwierigkeiten geratenen Unternehmens wird so lange abnehmen, bis die betriebsinterne Arbeitszeit der in diesem Wirtschaftssektor "normalen" Arbeitszeit entspricht. Verallgemeinernd heißt dies, dass jene Arbeitskräfte wechseln werden, die mehr verdienen wollen, die keine Aufstiegschancen sehen oder aber in wettbewerbsschwachen Branchen Lohnkürzungen befürchten müssen. Genau dies aber ist das Kennzeichen eines wirklich funktionierenden freien Arbeitsmarktes: er besitzt ein ausbalancierendes Element (die Arbeitszeit und somit den Lohn!), das Angebot und Nachfrage an Arbeitsstunden im Gleichgewicht hält, das also die Überstunden mit den "Unterstunden" ausgleicht. Bei anziehender Konjunktur bietet der Unternehmer längere Arbeitszeiten an, in Krisenzeiten verkürzt er sie, aber vermeidet die Personalentlassungen. Der Strukturwandel verlangsamt sich, er reduziert sein Tempo auf ein humaneres Maß, das mit der Wahrung eines hohen Beschäftigungsgrades kompatibel ist und die beschränkte Mobilität der Bevölkerung berücksichtigt. Die humane Dimension des Arbeitsmarktes, die Langsamkeit der Menschen, ihre begrenzte Bereitschaft zur beruflichen und geographischen Mobilität sowie die Trägheit der sozialen und politischen Organisationen in den Demokratien der EU verliert man so nicht aus den Augen. Sie erfordern, dass die Konsequenzen der globalisierten Weltwirtschaft auf den Arbeitsmarkt in ihrer Änderungsgeschwindigkeit moderiert werden. Nur durch eine für die Bevölkerung verdauliche Dosierung der technischen und sozialen Änderungen wird die Assimilation durch den Menschen sichergestellt. Verändert sich nämlich die Situation zu schnell für das Auffassungsvermögen der Menschen, so ist ein Graben zwischen Denken und Realität die Folge. Die Menschen verlieren die Orientierung, zumal wenn sich die Ereignisse so überstürzen, dass ihnen die Zeit fehlt, um sie zu interpretieren, zu diskutieren und um Alternativen auszuarbeiten. Das hier vorgeführte System zügelt die Dynamik der Globalisierung, denn nur so ist eine soziale Verträglichkeit und eine Akzeptanz zu erwarten, nur

so vermeidet man leidenschaftliche Proteste, organisierte Aufstände oder irrationales Chaos. Es wird dem kapitalistischen Wildwuchs hier kein "sozialistischer" Zwang entgegengesetzt, sondern es wird vielmehr eine marktwirtschaftliche Lenkung hin zu einem sozialen Ziel verfolgt. Die Wirtschaftlichkeit wird also nicht aus dem Auge verloren, Leistung wird weiterhin gefordert, doch gleichzeitig wird auf Humanität gezielt, auf eine Kultur der Solidarität, auf die Bereitschaft sich einzuschränken, damit die ständige, unfreiwillige Arbeitslosigkeit niemanden in seiner ganzen Schwere treffen muss und jeder die Chance zur Selbstverwirklichung erhält.

Die weitestgehend flexibilisierte Arbeitszeit sollte nicht mit einer pauschalen Verkürzung der Arbeitszeit verwechselt werden. Diese Arbeitszeitreduktionen im Rahmen flexibler Arbeitszeiten kann man immer rückgängig machen, sobald sich die Lage des Betriebes verbessert. Die Verkürzungen der Arbeitszeit erfolgen nur solange wie notwendig und jene Abteilungen, die Engpässe sind, werden davon überhaupt nicht betroffen. Denn es geht nicht nur um die Flexibilität nach unten, die Arbeitsplätze in einer Absatzflaute sichern soll, sondern genauso um die Flexibilität nach oben, die den Unternehmen gestatten soll, die Produktion den Nachfragespitzen anzupassen, um so neue Absatzchancen wahrzunehmen. Auch werden besonders qualifizierte Arbeitskräfte, wie der erfahrene Handwerker, der innovative Ingenieur, der spezialisierte Informationstechniker oder der motivierende Organisator meist weniger von Beschäftigungskrisen und Arbeitszeitreduktionen betroffen sein, weil ihre positiven Impulse oft unverzichtbar sind. Die Arbeitszeit eines Menschen wird zu einem Maß für seine besondere Qualifikation und für den Nutzen seiner Arbeit, genauso wie die Arbeitszeiten der Unternehmen zu einem Indikator für ihre Produktqualität und Wettbewerbsfähigkeit werden.

Schließlich sollte das Management aller Unternehmen das wesentliche Element aller Erfolge nicht vergessen: eine innovative Firmenkultur, der stets neue Anreiz, die Motivation, der aktive menschliche Geist seiner Mitarbeiter. Das leistungsfähige Unternehmen macht sich den stetigen Wandel zum Verbündeten, es fördert die kritischen Fragen, die Experimente und die Veränderungen und kämpft gegen selbsterstörerische Routine. Wenn der Arbeitsplatz unsicher ist, wenn das notwendige Einkommen gefährdet scheint, wenn der Beschäftigte kein Vertrauen in die Zukunftsaussichten mehr hat, dann schwindet der Geist, die Phantasie, der Stil, die Daseinsberechtigung, dann sichert nichts mehr die Zukunft. Die Träume, obgleich man sie zur Zeit scheinbar so geringschätzt, sind der Motor eines jeden Unternehmens. Es ist unmöglich, ein neues Projekt anzugehen, wenn keine Zukunftsvision existiert, wenn man zur Begeisterung, zum Traum unfähig ist, wenn die Motivation fehlt. Die Hingabe, die Zugehörigkeit zu einer Gruppe, das "Sich-nützlich-fühlen" im Betrieb, das Vertrauen unserer Vorgesetzten, der Zusammenhalt, der Stolz auf "seine" Firma, dies alles ist es, was einen gewöhnlichen Menschen zu außergewöhnlichen Leistungen anspornt, was ihn dazubringt, mit Freude und Effizienz zu arbeiten. **Dazu aber bedarf es eben einer gewissen Arbeitsplatzsicherheit, fehlt sie, so leidet darunter die menschliche Motivation.** Das Humankapital ist, auch in der Ära der Roboter und gerade in Krisenzeiten, noch immer der wesentlichste Faktor für den Erfolg einer Firma.

Die hier konsequent verfolgte Wiedereingliederung der Arbeitslosen in die Gesellschaft verwirklicht echte Solidarität zwischen den Menschen, und dies bei gleichzeitiger Kostenentlastung für die Firmen. Die angestrebte, weil notwendige Personalkostenreduktion in den Unternehmen vollzieht sich auf verschiedenen Ebenen. Einerseits führt die Arbeitsverteilung (= hoher Beschäftigungsstand bzw. niedrige Arbeitslosigkeit) zu niedrigeren Arbeitgeberanteilen, andererseits wird die Arbeitslosensteuer voll vom Arbeitnehmer getragen, und ferner soll ein kostenloser, zentralisierter Staatsservice zu einer Kostenentlastung in den

Personalabteilungen der Unternehmen beitragen. Schließlich wird der immer teure und traumatische Personalabbau durch den kostengünstigeren und sozial akzeptableren, temporären Arbeitsstundenabbau ersetzt. Die freigestellte Fixierung der Arbeitszeiten ermöglicht eine bessere Auslastung der Produktionsanlagen, zumal eine für die Beschäftigten attraktiv gestaltete Samstagsarbeit auch ein Instrument sein kann, das für eine zeitlich bessere Ausnutzung der Maschinen hilfreich ist. Längere Betriebszeiten und somit günstigere Kapitalnutzungszeiten bedeuten aber gleichzeitig eine Senkung der Abschreibungskosten je produzierter Einheit. Die Produktivität der Arbeit erhöht sich, die Wirtschaft wird wettbewerbsfähiger und die Produktion muss nicht ins Ausland verlagert werden.

Unabhängig davon müssen einige Länder der EU (wie z. B. Deutschland) durch Festschreibung oder gar Reduzierung des allgemeinen Einkommensniveaus sich den Gürtel enger schnallen, wenn sie ihre Position im internationalen Wettbewerb behaupten wollen. Die Vorstellung, alle Arbeitskräfte ließen sich mit Hilfe genügend hoher Humankapitalinvestitionen im Bereich hochqualifizierter Tätigkeiten mit entsprechend hohen Löhnen einsetzen, ist unrealistisch. Der Sektor der geringfügigen Arbeitsverhältnisse, der wenig qualifizierten Dienstleistungen ist besonders in Deutschland zu potenzieren, was hier durch die besonders schwachen Steuern für niedrige Einkommen ermöglicht wird. Dies alles zusammen ermöglicht eine Kostenreduktion sämtlicher Dienstleistungen sowie der Produkte in der Fabrikation und in den Vertriebskanälen. Die so erhöhte Wettbewerbsfähigkeit sowie die größeren Exportchancen werden im nachhinein automatisch zu neuen Arbeitsplätzen führen. Wichtig ist, dass unser Wohlfahrtsstaat mit seinen sozialen Errungenschaften nicht unsere Wirtschaft belastet, sondern hauptsächlich von den Bürgern als den eigentlichen Nutznießern des Wohlstandes getragen wird.

Es ist erneut darauf hinzuweisen, dass die Kürzung der Arbeitszeit und damit des Bruttolohnes für die meisten Durchschnittseinkommen vermutlich gar keine Nettoeinbußen gegenüber dem Istzustand zur Folge hätte, denn die hier so niedrig vorgeschlagene Lohnsteuer ist ungemein schwächer als die derzeit in der EU angewandten Lohnsteuertabellen. Die Nominallohnverluste werden aber nicht nur durch Steuerentlastungen abgefedert. Beim Kindergeld findet geradezu eine indirekte Subventionierung statt, die die einschneidenden Arbeitszeitverkürzungen von Müttern mit Kleinkindern besonders stark belohnt (siehe Abrechnungsbeispiele in Anhang A).

Entschärfung der Rentenproblematik

Seit Jahren wird in vielen Ländern über notwendige Rentenreformen diskutiert, wobei die Ausgangsbasis in den Ländern der Europäischen Union unterschiedlich ist. Besonders großzügig ist der italienische Staat, der es den Frauen mit 58, den Männern mit 63 Jahren erlaubt, Rente zu beziehen, und zwar in Höhe von 80 % des letzten Einkommens. Ja es gibt sogar Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, die sich mit nur 20 Jahresbeiträgen im Alter von 50 - 55 Jahren zurückziehen dürfen. Die im Oktober 1997 von der Regierung vorgenommenen Einschnitte verändern nur geringfügig die großzügige Grundhaltung der italienischen Gesellschaft, da sie sich weiterhin den teuren Luxus leistet, 55 Jahre alten Menschen nach 35 Arbeitsjahren eine Rente / Pension zu gewähren. Da außerdem Invaliditätsrenten an Millionen italienischer Bürger bezahlt werden, sind dort die Rentendefizite extrem hoch.

Beim Rentensystem kommt es vor allem darauf an, es zukunftssicher zu machen. Es muss den Ansprüchen genügen, die die jetzigen und zukünftigen Rentner haben, gleichzeitig darf es aber auch die jetzt Arbeitenden finanziell nicht überfordern. Außerdem muss es Langfristrisiken im Auge behalten. Eine zusätzliche demographische Problematik ist in den nächsten Jahrzehnten zu erwarten, einfach weil der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung abnimmt. Die Arbeitszeitgestaltung und die Gestaltung der Lebensarbeitszeit sind die zwei Seiten ein und desselben Problems. Eine höhere Beschäftigung der 55-64-jährigen Menschen würde die Schwierigkeiten der Staaten der EU in Bezug auf die öffentlichen Finanzen und die Sozialversicherungssysteme, die auf eine Überalterung der Bevölkerung zurückzuführen sind, spürbar verringern. Die folgende Tabelle verdeutlicht die Entwicklung in der Zeitspanne 1985 - 1997:

Erwerbstätigenquoten der 55-64-Jährigen, 1985 und 1997

		B	D	DK	E	F	I	NL	S	UK	EU	USA	JAP
Alle	1985	25,9	37,8	51,2	36,6	33,6	32,7	28,5	66,8	47,0	38,0	58,0	60,4
	1997	22,0	36,8	52,2	33,7	29,1	27,4	30,6	61,8	48,5	35,9	57,2	63,6
Männer	1985	43,1	55,4	63,4	56,1	42,1	52,6	45,7	75,6	62,3	54,3	71,4	78,9
	1997	32,2	45,8	62,2	50,9	33,2	41,6	41,9	64,1	58,6	46,5	65,5	80,6
Frauen	1985	10,4	23,8	40,7	18,1	26,0	14,6	13,2	58,8	32,7	23,6	45,9	44,4
	1997	12,4	27,8	42,0	18,1	25,2	14,4	19,3	60,0	38,8	25,9	49,5	47,7

Anmerkung: Werte 1985: NL und S 1987
Werte 1997: Japan 1996

Quelle: Europäische Kommission

Wären die Erwerbsquoten in der EU so hoch wie in den drei führenden Staaten (Dänemark, Großbritannien und Schweden) so würden sich sämtliche Rentenfinanzierungsprobleme leicht lösen lassen. Aber in allen Ländern gehen in der Altersgruppe über 55 Jahre die Erwerbsquoten bei den Männern deutlich zurück und zwar EU-weit um durchschnittlich 8 Prozentpunkte, von 54,3 % auf 46,5 %. In der Altersgruppe der 60-64-jährigen ist der Vorruhestand sogar die Regel. Bei den Frauen ist hingegen die Erwerbsquote fast in allen Ländern gestiegen, aber sie bewegt sich weiterhin auf sehr niedrigem Niveau (25,9 %). Der Zwang zum späteren Ausstieg aus dem Arbeitsleben ist durch den Fortschritt der Medizin und die damit verbundene, in den letzten Jahrzehnten stark gestiegene Lebenserwartung bedingt. Das im 5. Kapitel dargelegte Rentenkonzept unterstützt die notwendig gewordene Trendumkehrung: der Ausstieg aus dem Berufsleben ist zu verzögern und graduell zu gestalten. Die "Älteren" fühlen sich heute "jünger" als vor fünfzig Jahren, sie können darum durch ihre Zuverlässigkeit, ihre geringere Fluktuation und durch ihre Erfahrung auf sehr positive Weise zum Erfolg im Unternehmen beitragen. Eine ab 60 Jahren stufenweise und kontinuierlich sich reduzierende Wochenarbeitszeit bedeutet natürlich niedrigere Einkommen in den letzten Jahren. Aber dank einer die kumulierten Lebensarbeitsstunden honorierenden Rentenformel führen geringere Einkünfte vor dem Rentenantritt nicht zu einem geminderten Rentenanspruch. Bei vielen heute in der EU benutzten Rentensystemen wirken schwächere Bruttoeinkommen in

den letzten Jahren vor dem Übergang in den Ruhestand wie eine Strafe, denn sie benachteiligen den angehenden Rentner. Wie will man Teilzeitbeschäftigung im höheren Alter fördern, wenn man Rentenberechnungssysteme konzipiert hat und weiter verwendet, wo der zukünftige Rentenanspruch sehr stark vom durchschnittlichen Einkommen der letzten Jahre abhängt? Viele Arbeitnehmer würden gerne kürzer arbeiten, aber die Nachteile bei der Rente sind bei den heutigen Systemen zu schwerwiegend, wie anhand von Beispielen aufgezeigt wurde. Hier im Gegenteil erhöht man durch jede vor Rentenanstritt zusätzlich geleistete Arbeitsstunde seine Rente. Ferner belohnt die in Kapitel 5 erläuterte, vom Rentenanstrittsalter abhängige Rentensteuer jene "Sechziger" mit einer erhöhten Nettorente, die ihre Entlassung aus dem Arbeitsleben hinauszögern. Die hier aufgezeigte Variante des Rentenanstritts in zwei Schritten sollte das langsame Ausscheiden aus dem Berufsleben erleichtern: Im ersten sollte der angehende baldige Rentner schon die halbe ihm zustehende Rente beziehen können, während er noch gleichzeitig berufstätig ist. Dieser ersten Reduktion der Arbeitszeit würde Jahre später der zweite Schritt des endgültigen Ausstieges aus dem Berufsleben folgen, in dem er dann die volle Rente bezieht, ohne dass dies aber den totalen Ausschluss vom Arbeits- und Dienstleistungsmarkt bedeuten muss. Diesen graduellen Ausstieg unterstützen auch Orio Giarini und Patrick M. Liedtke⁴:

Bemerkenswert ist, dass die mangelnde Vertrautheit mit Teilzeitarbeit offenbar eins der Hindernisse in Richtung von Teilzeitarbeit älterer Arbeitnehmer darstellt, vor allem, wenn sie bereits das offizielle Rentenalter überschritten haben. Menschen neigen dann zur Skepsis, wenn sie noch keine Erfahrungen mit Teilzeitarbeit gemacht haben. Wo diese jedoch entwickelt ist, wird sie im allgemeinen sowohl von den Betroffenen als auch von ihrem Arbeitsumfeld begrüßt. Außerdem können jüngere Kollegen durch die Weitergabe wertvoller Fertigkeiten von dem Ausbau der Teilzeitarbeit für erfahrene Arbeitnehmer profitieren, die sonst in Vollrente gehen würden und dann als Ansprechpartner nicht mehr zur Verfügung stünden.

In Anbetracht der Tatsache, dass im allgemeinen der ökonomische Nutzen der Teilzeitarbeit für Ältere die Kosten übersteigt, gibt es auch aus sozialer und medizinischer Sicht keine Hindernisse, und die Praxis zeigt, dass viel mehr Aufgaben von Teilzeitarbeitern übernommen werden könnten, als es gegenwärtig der Fall ist. Der Ausbau der Teilzeitarbeit erweist sich als eine ideale Möglichkeit, das Arbeitsleben zu verlängern und/oder zu flexibilisieren und somit wertvolles Humankapital dem Produktionsprozess zu erhalten.

Besonders hervorzuheben ist, dass dieser verlangsamte Ausstieg aus dem Beruf nicht im Widerspruch steht mit dem Bestreben, die Arbeitslosigkeit zu minimieren, sondern sich harmonisch und logisch sinnvoll in das dargelegte Konzept der solidarischen Arbeitsverteilung einfügt. Denn die von sehr vielen Sechzigjährigen erwünschte und nun ohne Nachteile praktikable Teilzeitarbeit hilft die Arbeitslosigkeit zu senken, während der gleichzeitig hinausgezögerte Austritt aus dem Berufsleben das Rentensystem nicht belastet.

Chancen, Aufgaben

Die im 6. Kapitel geprüften praktischen Aspekte bei der Verwirklichung eines solchen, auf Arbeitsteilung bedachten, sozialen Fiskalsystems zeigten, dass "nur" der notwendige

Mentalitätswandel in Politik und Wirtschaft einer schnellen Einführung im Wege steht. Politiker, Unternehmer, Gewerkschaften und Wirtschaftsfachleute wissen angeblich, wie man die Vernichtung bzw. Abwanderung von Arbeitsplätzen aufhält, wie man die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts EU sichert, wie man Jobs für niedrigqualifizierte Arbeitskräfte schafft, wie man die praktizierten realen Überstunden reduziert, um mehr Menschen am vorhandenen Arbeitspotential teilhaben zu lassen, wie man eine Beschäftigungsexpansion im Dienstleistungssektor fördert, wie man die verfilzte Bürokratie abbaut und Outsourcing beim Staatsapparat einführt, usw... - doch jedes dieser wohlgemeinten Rezepte, alle diese Empfehlungen, um die Arbeitslosigkeit zu reduzieren, wurden in der Vergangenheit offensichtlich nicht verstanden, verworfen, nicht korrekt angewandt, als falsch erkannt oder brachten nicht den gewünschten Erfolg. Jedenfalls kam der zielstrebige Abbau der Arbeitslosigkeit in der EU kaum voran. Weder die Langzeitarbeitslosen noch die vorübergehend Arbeitslosen, denen es gelingt, diese traumatisierende Staffel an andere weiterzugeben, können länger das erfolglose Experimentieren mit wirtschaftlichen Theorien abwarten. Sie können nicht bis zum Jahre 2010 oder 2020 abwarten, um festzustellen, ob eine Studie richtig ist, derzufolge mit den geburtenschwächeren Jahrgängen, die dann an den Arbeitsmarkt gelangen, das Problem sich von alleine löst.

Zu lange schon bleiben in den meisten Ländern der EU nachhaltige Erfolge aus. Das hier erklärte System ist sofort einführbar, der Staat muss nur die Steuersätze per Gesetz ändern. Denn würden die Regierungen ihre Steuersysteme den hier dargelegten Vorschlägen entsprechend anpassen, so würde die Wirtschaft umgehend mitziehen, eine Arbeitsverteilung käme in Gang, die in kürzester Zeit zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit führen würde. Die Unternehmen würden rapide auf die möglichen Einsparungspotentiale reagieren, denn nur diese monetäre Sprache der Kostenreduktion nehmen sie wahr und verstehen sie sofort. Die Arbeitsteilung wäre sehr schnell das Allheilmittel. Die automatischen Folgen wären: mehr Flexibilität bei der Arbeitszeit, Eliminierung der Überstunden, eine Bandbreite für die monatlichen Arbeitszeiten (Arbeitszeitkorridore), Samstagarbeit, günstigere Kapitalnutzungszeiten, mehr Spielraum für die Einstellung minderqualifizierter Menschen, und dies alles ohne dass zusätzliche Reglementierungen erforderlich würden. Und dies nur weil die Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf mehrere Mitarbeiter plötzlich nicht Mehrkosten sondern eine Personalkostenreduktion bewirkt. Ein echtes Interesse am Wegfall sämtlicher Überstunden sorgt automatisch für eine reale Arbeitsaufteilung auf mehr Menschen. Die wirklich überlasteten Manager kämen endlich wieder in den Genuss von jener zusätzlichen Freizeit und jenen echten Wochenenden, für die sie bereit sein sollten, auf einen Teil ihres Einkommens zu verzichten. Die Rentabilität in den Unternehmen würde nicht negativ beeinträchtigt, sondern im Gegenteil positiv. Gewinnsteigerung durch Arbeitsteilung würde praktisch vorgeführt, etwas völlig Utopisches bei den heute in der EU angewandten Steuersystemen, aber anscheinend auch schwer vorstellbar für viele Wirtschaftsexperten. Diese vermuten wahrscheinlich, dass ein solidarischer Grundansatz mit unserer globalisierten Wettbewerbsgesellschaft "per definitionem" inkompatibel sein muss, dass ein nivellierendes, ausgleichendes Sozialsystem einer egalitär gesonnenen Gesellschaft nicht zur geforderten Selbstverantwortung, nicht zum abverlangten Leistungswillen, nicht zur fachlichen Weiterqualifikation, nicht zum knallharten, den Gewinn kompromisslos maximierenden Wettbewerb passen kann. Aber die Arbeitslosigkeit in unserer Gesellschaft zu eliminieren, ist eben keine Utopie, ein solidarischer Ausweg ist nun vorgezeichnet.

Sobald das europäische Heer der ca. 18 Millionen Arbeitslosen über einen Arbeitsplatz und ein gesichertes Einkommen verfügt, wird die Anzahl der Verbraucher beträchtlich ansteigen. Aber auch jene, die heute in einem Unternehmen mit ungewissen Zukunftsaussichten tätig sind, wissen, dass sie ihren Konsum nicht einschränken müssen, weil ein Neuanfang an anderer Stelle stets möglich ist. Diese Tatsache stellt eine fundamentale Trendwende dar, die dafür sorgen wird, dass auch die Stimmung in der Bevölkerung sich bessert, was sich seinerseits positiv auf das Konsumverhalten auswirken wird. Die zukünftige Sicherheit wird die Nachfrage nach Gütern verstärken, die heutige Ungewissheit, die fehlende Arbeitsplatzsicherheit wirken dagegen bremsend (ein typische Beispiel von Reflexivität, in Soros' Sinne²⁸).

Sobald unsere Wirtschaft wächst, werden längere Arbeitszeiten und damit erhöhte Einkommen bei gleichzeitiger Vollbeschäftigung zeigen, dass die Gesellschaft nicht nur eine solidarische Arbeitsverteilung erreicht hat, sondern dass die Sorge um den Arbeitsplatzverlust die Menschen psychisch nicht mehr belastet. Diese neue Zuversicht in ihre Beschäftigungschancen wird für die große Masse der Bevölkerung das entscheidende Merkmal des hier dargestellten Systems sein. Es wird plötzlich für alle offenkundig, dass ein liberaler Wirtschaftskurs und die Öffnung des Arbeitsmarktes auch zukünftig vereinbar sind mit einem sozialen Wohlfahrtsstaat europäischer Prägung.

Die Forderungen der Gewerkschaften werden nicht mehr auf Verkürzung der Arbeitszeit bzw. Abbau der Überstunden zielen (dafür wird dann ein wirklich ausgleichender Arbeitsmarkt sorgen), sondern sie werden die auf Stunden basierenden Löhne / Gehälter aushandeln. Sie werden auch darauf drängen müssen, dass für den Bildungsurlaub in Zukunft nicht mehr das gilt, was Martin Kempe²⁰ für Deutschland festhielt:

In vielen Bundesländern gibt es einen Freistellungsanspruch bei voller Lohnbezahlung für Bildungsurlaub, je nach Bundesland begrenzt auf fünf oder zehn Tage im Jahr. Aber im Bundesdurchschnitt traut sich nur ein Prozent aller abhängig Beschäftigten, dieses Recht gegenüber ihrem Arbeitgeber tatsächlich wahrzunehmen. "Angst vorm Chef", vor negativen Folgen im Beruf hat verhindert, dass der Bildungsurlaub als selbstverständliches Recht von Arbeitnehmern angesehen wird.

Ferner werden die Gewerkschaften bei der Einführung eines solchen Fiskalsystems begleitende Maßnahmen fordern müssen. Der Langzeitarbeitslose, aber auch die kindererziehende Mutter benötigen entweder eine Umschulung oder ein System zur permanenten Weiterbildung, um die geforderte Qualifikation zu erreichen. Denn ein hoher Prozentsatz der Langzeitarbeitslosen verfügt über eine Qualifikation, die durch die lange Zeitspanne der Ausgeschlossenenseins aus dem Berufsleben entwertet wurde. Ein System zur permanenten Weiterbildung ist notwendig, um den immer schnelleren Veränderungen von Anforderungsprofilen gerecht zu werden. Wie schnell sich diese ändern, zeigt die Tatsache, dass im Februar 2000 urplötzlich den deutschen Bürgern der Mangel an qualifizierten Fachkräften bewusst wurde, als der deutsche Bundeskanzler auf einen akuten, rasant wachsenden Bedarf an Computerexperten und Ingenieuren aufmerksam machte, der laut eigenen Aussagen nur durch die Anwerbung zehntausender ausländischer Fachkräfte zu befriedigen sei. Erstaunlich bleibt, dass Politiker, Wirtschaftsinstitute, Hochschulen, Fachjournalisten und die berühmten, die Regierung beratenden Wirtschaftsweisen diese hausgemachten Kompetenzdefizite Deutschlands jahrelang nicht rechtzeitig erkannten. Die deutsche Wirtschaft, die sogenannte Wirtschaftslokomotive der EU mit fast 4 Millionen

Arbeitslosen, war aus eigener Kraft gar nicht für die Zukunft gerüstet, sie benötigte fremde Hilfe und dies nicht nur in den Informationstechnologien. Für die gesamte EU ergibt sich daraus die Notwendigkeit einer Ausbildungs-offensive, die allen Bürgern den Zugang zur Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts erleichtert, damit möglichst viele fähig sind, diese neuen, sich ständig ändernden Kommunikationstechnologien anzuwenden und die vorhandenen Berufsmöglichkeiten selbst wahrzunehmen. Aber das Schul- und Weiterbildungssystem ist zu einem permanenten, lebenslänglichen Lernprozess zu erweitern. Die traditionelle Schulpflicht wird dabei keine lebenslange Chancengleichheit mehr sichern, weil die Halbwertszeit des Wissens sich dauernd verkürzt. Chancengleichheit erhalten heißt, ein lebenslanges Lernen und den Bildungsurlaub für alle zu institutionalisieren, um den Anforderungen der Wirtschaft von morgen gewachsen zu sein. Den Basisfächern sind frühmöglichst hinzuzufügen: das Grundverständnis für Technik und für die Dynamik der Technologien, das Beherrschen von Fremdsprachen, Disziplin und Bereitschaft zur Einordnung in die Gesellschaft, die Förderung der Solidarität, des Teamgeistes und des Dienstes am Nächsten, die Fähigkeit Andersdenkende zu respektieren und sich angemessen zu verhalten. Es muss auch gelernt werden, den Extrakt aus dem heutigen Überangebot an Wissens- und Datenmaterial herauszufiltern, die Informationen zu selektieren, die Qualität der Quellen einzuschätzen und die Ergebnisse in einem Zusammenhang so einzuordnen, dass daraus ein individueller Nutzen resultiert. Wer die Interaktionsmöglichkeiten positiv zu nutzen versteht, wird besser und einfacher einen kollektiven Erfahrungsschatz anzapfen können, um Probleme selbständig zu lösen. Das Selbstvertrauen der Menschen ist zu stärken, damit sie sich weitere Kompetenzen, weitere Fähigkeiten aneignen wollen. Die Motivation zum ständigen Aufnehmen und Unternehmen ist die Quelle der Innovationen. Die Informationsvielfalt der interaktiven Zukunft ist leicht abrufbar, sie macht es möglich, den individuellen Horizont zu erweitern, sich mit neuen Gedanken auseinanderzusetzen und in Online-Foren die persönliche verbale Fähigkeit zur Lösung von Konflikten zu verbessern. Der Umgang mit den sich schnell entwickelnden Informationstechnologien sowie der Zugang zur Information sollte nicht wie ein differenzierender, ausschließender Faktor wirken, sondern sollte den Zusammenhalt der Gesellschaft stärken, die Integration der Randgruppen fördern und den Wiedereintritt der Arbeitslosen erleichtern. Durch diese Weiterbildung sowie durch Beratung, Unterstützung und soziale Betreuung seitens der Gewerkschaften muss jeder Arbeitlose das Gefühl wiedergewinnen, wirklich gebraucht zu werden.

Solidarität

Zu den Forderungen der Gewerkschaften und der Weltorganisationen muss die Einhaltung des weltweiten Verbots der Kinderarbeit gehören (nicht nur in der EU sondern jetzt wegen der Globalisierung eben weltweit). Die Gewerkschaften können nicht einfach zusehen, wie international agierende Konzerne in der Dritten Welt dubiosen Unternehmen Aufträge erteilen, die nur deswegen so kostengünstig sind, weil sie systematisch Kindern die Arbeit übertragen, die sie kostenlos oder zu Hungerlöhnen ausführen. Zwischen Indien und Pakistan gibt es einen verdammten, toten Flecken Erde, wo bedürftige Frauen und Männer, aber vor allem Kinder und Sklaven die Fußballnähte nähen.

Es wird zu neun Peseten das Stück genäht. Hunderttausend Personen fertigen Bälle, Stich für Stich, die 80 Prozent der Produktion ausmachen. Diese Fertigung handgenähter Bälle bringt jährlich 75 Millionen Dollar in die Häuser Islamabad. Die Löhne der Ballschneider sind wohl bekannt: Kinder unter acht Jahren erhalten 20 Peseten pro Tag (12 bis 16 Stunden); diejenigen zwischen 8 und 10 Jahren 40 Peseten; von 12 bis 14 Jahren etwas mehr als 50 Peseten, und so weiter.

(Anmerkung: 10 Peseten = 0,06 Euro)

Unsere so reiche Fußballwelt, wo die Millionen im Überfluss vorhanden sind, selbst sie meint, solche Kinderausbeutung nutzen zu müssen. Diese dem Sonntagsmagazin der "La Vanguardia" (27 / 1998) entnommenen Informationen zeigen, dass die Globalisierung auch zum Ausnutzen solcher schändlichen Situationen verleitet. Aufgabe der Gewerkschaften muss es sein, solche Sklavenarbeit bekanntzumachen und anzuprangern. Der Globalisierung der Wirtschaft ist die Globalisierung der Solidarität entgegenzusetzen. Werden die Grundprinzipien unserer Gesellschaft im Namen der Zweckmäßigkeit und des wirtschaftlichen Nutzens ignoriert, so verlieren auch die rechtschaffenen Menschen bald die Orientierung, den moralischen Halt. Die Stabilität, nach der alle sich sehnen, lässt sich in der EU nur aufrechterhalten, wenn wir weiterhin an einigen sozialen Grundprinzipien festhalten, ungeachtet der Konsequenzen. Die größte Herausforderung unserer Zeit besteht darin, die Solidarität als Grundwert unserer globalen Wirtschaftsgesellschaft zu etablieren. Jedoch führt die kühle Berechnung des Eigeninteresses nicht zu diesem Ziel, denn das Eigeninteresse diktiert, das zu tun, zu sagen, zu denken, was zweckmäßig ist. Und immer mehr Politiker, Unternehmer und auch Gewerkschaften machen sich diese Rechnung zu eigen und entscheiden sich immer häufiger für die Zweckmäßigkeit und gegen die Moral. Persönliche Neigung und gesellschaftlicher Trend gehen Hand in Hand und verstärken diesen Trend zur Verteidigung des puren Eigeninteresses. Man schätzt die Menschen wegen ihres Reichtums, ihres Erfolgs, ihrer Macht, aber nicht wegen ihrer Integrität oder ihres Einsatzes zum Wohle der Gemeinschaft. Warum sollte man edel, hilfreich und gut sein, wenn der Erfolg der Maßstab ist, der Macht, Anerkennung und Reichtum sichert? Die moralischen, gesellschaftlichen Grundwerte werden immer durchlässiger, nur am Wert des Geldes zweifelt niemand, deshalb vertritt es zunehmend die wirklichen Werte wie Tugend, Lauterkeit und Solidarität. Unserer Welt fehlen Visionen, Hoffnungen, Perspektiven für die Einzelnen und die Gemeinschaft. Oder anders herum: es fehlen Vertrauen, Geborgenheit, mitmenschliche Wärme - kurz: Solidarität. George Soros²⁸ schreibt:

Wir müssen uns mit der Gesellschaft beschäftigen, in der wir leben. Und wenn es um kollektive Entscheidungen geht, sollten wir uns vom Wohl der Gesellschaft als Ganzes und nicht von unseren ureigenen Anliegen leiten lassen. Die bloße Zusammenführung einer Vielzahl von Eigeninteressen durch den Marktmechanismus birgt ungewollte und negative Konsequenzen.

Das Gemeinwohl ist über unser individuelles Eigeninteresse zu stellen, auch wenn es die anderen nicht tun. Das Gleiche wird für die Firmen gelten müssen, denn die Menschen gehören so zu einem Unternehmen wie die Einwohner zu einer Stadt. Die Aktionäre sind nicht die wirklichen Eigentümer eines Unternehmens, sondern sie stellen nur Geld zur Verfügung. Die Erkenntnis, dass die Mitarbeiter, die ihre Zeit und ihre Fähigkeiten in den Dienst der Firma stellen, dieselben Rechte haben sollten wie die Aktionäre, die Finanzmittel bereitstellen, diese

Erkenntnis sollte dazu führen, dass die wichtigen Zukunftsfragen eines Unternehmens (z. B. Fusion, Verkauf, usw.) von den Mitarbeitern und den Aktionären gemeinsam mittels Stimmabgabe entschieden werden. Und die Stimmen der Mitarbeiter könnten zukünftig sogar wichtiger sein als die der Aktionäre. Dazu seien anschließend einige Auszüge aus einem Gespräch mit dem Gründer der Firma Magna International, Frank Stronach, wiedergegeben, das die Franfurter Allgemeine Zeitung am 9. 09. 1999 veröffentlichte. Magna gehört zu den bedeutendsten Automobilzulieferern der Welt.

Magna, zu dessen Hauptkunden Chrysler, Ford, General Motors, die VW-Gruppe, BMW/Rover und Mercedes gehören, besitze eine eigene Wirtschaftskultur, die auf ein faires Wirtschaftssystem ziele, hebt Stronach gerne hervor. Unzufriedene Arbeiter schaffen keine Qualitätsprodukte zu wettbewerbsfähigen Preisen. Magna versteht er mehr und mehr als eine Bank, deren Spezialität menschliches Kapital sei. Die auf dem fairen Wirtschaftsprinzip beruhende Wirtschaftsrechtsverfassung und Arbeitsrechtsverfassung dieses Unternehmens seien seit 25 Jahren in Kraft. "Wir sind das einzige Unternehmen in der Welt mit einer Wirtschaftsrechtsverfassung", glaubt Stronach. Die wichtigste Frage sei die Verwendung des Gewinns, zu dem die drei Kräfte Management, Kapital und Arbeiter beitragen. Es müsse eine Balance zwischen diesen drei Kräften herrschen. "Ohne Arbeiter können wir keinen Gewinn machen." Genauso wenig seien aber Management und Kapital vernachlässigbar. Zehn Prozent des Gewinns bekämen daher die Arbeiter (davon sieben Prozent in Aktien und drei in bar), zwanzig Prozent erhalten die Aktionäre und sechs Prozent das Management. Zwei Prozent werden nach den Angaben Stronachs für soziale Anliegen verwendet und sieben Prozent für Forschung, denn Forschung ist für Stronach das Fundament für die Zukunft. Ein Unternehmen, das nicht forsche, könne in der Zukunft nicht existieren. Der Rest werde reinvestiert beziehungsweise für Steuerzahlungen verwendet.

Zum Thema Lohndumping sagt der Austrokanadier, der 1932 als Franz Strohsack im steirischen Weiz geboren wurde: "Die Löhne müssen im Durchschnitt der Konkurrenz innerhalb der Region liegen." Er sage zu den Arbeitern, wenn Löhne zu hoch seien, bekomme man die Aufträge nicht. Durch die Gewinnbeteiligung seien die Einkommen höher als bei der Konkurrenz. Für die Arbeiter der insgesamt 162 Magna-Werke scheint Stronach wohl aus seiner Herkunft mit der Lehre als Werkzeugmacher eine Menge zu empfinden, wenn er sagt: "Bei uns gibt es keine schlechten Arbeiter, nur schlechte Manager." Arbeiter sollen nur durch ihresgleichen entlassen werden, also durch die Belegschaft. Wenn eine einzelne Person entlassen werde, müsse es eine geheime Abstimmung geben.

Besonders in älteren Fabriken habe sich die "Magna Charta" bewährt, erklärte der Magna-Chef. Es dauere aber Jahre, bis sich diese Kultur verbreite. Insgesamt seien vier Fünftel aller Arbeiter an das System der Mitarbeiterbeteiligung angeschlossen. Jedoch seien nur 50 bis 60 Prozent der Fabriken in dieser Philosophie verwurzelt. Diese erzielen die höchsten Gewinne. Stronach ist überzeugt, dass Mitarbeiterbeteiligung zu einem Motivationsschub führt und dass sein Unternehmen der neoliberalen Doktrin weit voraus ist. Entstanden sei dieses auf ökonomischer Freiheit fußende Gedankengebäude über die ideale Gesellschaft anlässlich eines philosophischen Diskurses an einer Universität. Es habe kein Vorbild für die "Magna-Charta" gegeben außer Ideen über die ideale Gesellschaft und Demokratie als Ausfluss ökonomischer Freiheit.

Stronach geht es um ein Durchbrechen der augenscheinlich ehernen Regel, wonach die Menschheit von Personen dominierte werde, die das Geld haben. Sein Hang die Mitarbeiter wie Partner zu behandeln und zu beteiligen, habe nichts mit Altruismus zu tun, sondern mit Selbsterhaltung, bekräftigt der Magna-Boss. Nur auf diese Weise fühlten sich

die Arbeiter mit dem Management in einem Boot, und es werde keine Unzufriedenheit gesät.

Die Belegschaft ist nämlich nicht eine Position des Inventars, nicht eine Anzahl unbekannter Mitarbeiter, sondern das sind einzelne Individuen, jedes mit seinem Talent, seiner Erfahrung und seinem Einsatz. Sie sind der wichtigste Aktivposten, darum muss man sich um sie sorgen, sie versorgen und ihnen zuhören, so wie das Frank Stronach in in der Praxis seit vielen Jahren vorexerziert. Der Aktivposten "Belegschaft" darf nicht wie der Aktivposten "Computernetz" behandelt werden, bei dem einfach ältere Computer durch leistungsfähigere, billigere Rechner der nächsten Generation ersetzt werden. Nur wenn wir, das Gemeinwohl respektierend, solidarisch mit den älteren, nicht mehr so leistungsfähigen Menschen sind, nur dann wird unsere moderne Wirtschaftsgesellschaft eine Überlebenschance erhalten und **dem Menschen dienen**, so wie es die Grundidee der sozialen Marktwirtschaft für Deutschland forderte.

Wanderer, es gibt keinen Weg,
das Voranschreiten schafft erst den Weg.
(Antonio Machado)

Politische Durchsetzbarkeit

Um diese Debatte anzugehen, ist zuerst an die kollektive Verantwortung zu appellieren, denn die Arbeitslosigkeit lief bisher die Gefahr, das "Problem von Niemandem" zu sein. Denn alle sprechen von ihr, alle sind ihretwegen besorgt, aber niemand fühlte sich dafür verantwortlich. Sie ist nicht das Problem des Arbeitgebers, der mit der Zukunft seiner Firma genügend Sorgen hat; sie ist nicht das Problem des beschäftigten Arbeitnehmers, der sich um die Zukunft seiner Familie kümmert; und der Staat kann immer die Schuld auf ein externes und unkontrollierbares Element schieben: die Wirtschaft, der Markt, die Globalisierung, die Außenwelt oder gar die Technologie, die den neuen Zeitgeist verkörpert.

Zu allererst ist also die Verantwortung für die Arbeitslosen aus diesem aktuellen Niemandsland herauszuholen, sie muss ab sofort unser aller Verantwortung werden. Dazu muss zuerst die Wirtschaft ihres wissenschaftlichen und technischen Nimbus befreit und der Politik wieder untergeordnet werden. Sie ist den Experten zu entreissen - obgleich ihre Beiträge zu respektieren und sehr wünschenswert sind - und der Gesellschaft, der öffentlichen Diskussion, der Politik zurückzuführen. Der große Fehler, der große Trugschluss der letzten Jahre war, die Wirtschaft wie eine schicksalhafte, externe Kraft hinzunehmen, die auf Schienen fährt, die niemand entworfen hat und die niemand kontrolliert. Auch Martin Kempe²⁰ behauptet:

Die These von der völligen Machtlosigkeit der Politik gegenüber den Zwängen der Ökonomie ist falsch. Niemand - auch nicht der Weltmarkt - kann die Politik der Bundesrepublik daran hindern, auf die Globalisierung mit einem gesellschaftlichen Reformprojekt zu antworten, das wirtschaftliche Modernisierung mit sozialer Neugestaltung verbindet.

Um das Problem der Arbeitslosigkeit anzugehen (jene die sie erleiden, haben sowenig Möglichkeiten, um sozialen Druck auszuüben!), bedarf es einer neuen Grundeinstellung, eines Mentalitätswechsels. Das größte zu überwindende Hindernis sind die Vorurteile der wohlhabenden Mehrheit. Vielleicht handelt es sich im Grunde auch nicht um Vorurteile sondern um eine resignierte bis zynische Akzeptanz der Arbeitslosigkeit, wie wenn sie ein notwendiges Übel wäre. Aber in Anbetracht der sozialen Veränderungen in unserer Gesellschaft, der international agierenden Wirtschaft und der beschleunigten technischen Entwicklungen ist eine ohnmächtig resignierende Einstellung unverantwortlich. Reagieren wir nicht, so ist unser aktueller Wohlstand mittel- und langfristig in Gefahr. Die nationalstaatliche Politik darf ihren regulierenden Einfluss auf das Wirtschaftsgeschehen nicht einbüßen. In allen politischen Lagern gilt es endlich Abschied zu nehmen von einigen politischen Lebenslügen wie die Dienstleistungshoffnung, wie das Wachstumsdogma, wie die Finanzierbarkeit der Renten, es gilt nun den steuerlich innovativen Ausweg aus der Massenarbeitslosigkeit zu studieren, zu akzeptieren, zu verbessern und einzuführen. Die Vertreter der europäischen Völker in den verschiedenartigsten Institutionen sollten nicht vergessen, dass zum Wesen politischen Handelns die Fähigkeit gehört, etwas Neues anzufangen. Sie sind darum aufgerufen, realistische Auswege aus der Arbeitslosigkeit aufzugreifen und zu erproben.

Weder die berechtigte Kritik, die jedes neue System (wie das hier vorgeschlagene) provoziert, noch die Schwierigkeit, uns von alten Ideen und Gewohnheiten zu befreien, noch der zu

erwartende Widerstand jener, die unter den heutigen Bedingungen zu den Gewinnern gehören, entbindet die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft von der Pflicht, einen Mentalitätswandel einzuleiten, um die sich anbahnenden sozialen Spannungen zu entschärfen. Aber wird der einzelne fähig sein, auf einen Teil seines vermeintlichen Besitzstandes "freiwillig" zu verzichten? Gehören nicht viele zu jener Sorte Personen, die die Mutter Theresa von Kalkutta bewunderten, ihr vielleicht insgeheim nacheifern wollten, aber dann zu bequem und egoistisch sind, um mit dem arbeitslosen Nachbarn wirklich etwas zu teilen und seine Sehnsucht nach menschlicher Nähe zu stillen? Finden wir nicht stets die "geeigneten" Ausreden, die es gestatten, unsere Sorgen, unsere Probleme, unsere Interessen in den Vordergrund zu schieben und mit Eifer zu verteidigen, und die schlimmeren Nöte und die Hoffnungslosigkeit der Arbeitslosen zu ignorieren, zu verdrängen oder abzuschwächen? Ist der "Leidensdruck" der Arbeitslosen heute schon groß genug und ist die Fähigkeit zum Wandel in der Gesellschaft schon gegeben, um eine klare, von den Politikern zu verbreitende, miteinander geteilte Vision zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit erfolgreich in die Tat umzusetzen? Dies scheint eine Frage des rechtzeitigen Handelns, damit nicht eine schon revolutionäre Stimmung der Arbeitslosen diese Änderungen in unserer Mentalität erzwingen muss. Es wäre traurig, wenn unsere Gesellschaft nur mittels sozialer Unruhen und gefährlich eskalierender Emotionen die Trägheit, Angst und Blindheit unserer Politiker überwinden kann, um deren Hang zu faulen Kompromissen mit den verschiedenen Interessengruppen ein Ende zu setzen. Schon Machiavelli wusste: "Wer erneuern will, hat alle die zum Feind, denen es unter den alten Bedingungen gut ergangen ist." Die Bedenken und die Widerstände in breiten Schichten der Bevölkerung, vom selbständigen Einzelhändler über die Arbeiter, Angestellten und Beamten bis hin zu den Managern der Konzerne werden gewaltig sein, weil zum Verzicht und zur ernsthaften Identifizierung mit den Problemen der Arbeitslosigkeit meistens nur jene bereit sind, die sie am eigenen Leibe erfahren haben. Beim Experiment von Volkswagen in Wolfsburg wurden diese anfänglichen Ängste und Sorgen, aber auch die spätere Erleichterung deutlich (siehe Ulrich Beck¹):

Als Anfang der 90er Jahre sich die Krisensymptome verstärkten, die Kosten explodierten und gleichzeitig immer weniger Menschen einen VW haben wollten, waren plötzlich 15.000 Menschen zuviel beschäftigt. Doch die Konzernspitze beschloss nicht mit dem Prinzip zu brechen: VW entlässt nicht. So schmiedete man Pläne, Arbeit durch Umverteilung zugleich billiger zu machen und rentabler einzusetzen: "Kosten statt Köpfe", lautete die Devise. Das bedeutete volle Auslastung der Betriebskapazitäten, die VW-Beschäftigten arbeiteten 20 Prozent weniger und verdienten 15 Prozent weniger. Da gab es viel Streit, Angst und Sorge. Die einen fürchteten um ihren Lebensstandard, die anderen, die Gewerkschaften und Betriebsräte, um ihren Einfluss. Doch am Ende ist die Angst Episode geworden.

Nach der bisher umfassendsten Untersuchung hat die Belegschaft von VW die neue Arbeitswelt weitgehend akzeptiert. Nur 16 Prozent der Befragten äußerten sich "unzufrieden" oder "sehr unzufrieden". Überraschenderweise sind ausgerechnet in der untersten Einkommensgruppe die Arbeitenden sehr angetan vom neuen Arbeitsmodell. Die Unzufriedenheit wächst mit steigendem Einkommen. Niedrigqualifizierte, folgern die Sozialforscher, schätzen die Sicherung des Arbeitsplatzes, während hochqualifizierte Angestellte darüber klagen, dass sie in weniger Zeit mehr arbeiten müssen - "Leistungsverdichtung" wird das genannt. Die Annahme die Einkommenseinbuße sei das zentrale Problem der 28,8-Stunden-Woche, bestätigt sich nicht. Das Fazit lautet: Je attraktiver die Arbeitszeitmodelle, desto größer die Bereitschaft zu radikalen

Arbeitszeitverkürzungen. Frauen - insbesondere mit Kindern - sind deutlich zufriedener als Männer, jüngere akzeptieren die neue Arbeitswelt leichter als ältere Arbeitnehmer.

Darum muss der nötige Bewusstseinswandel, z. B. auch unter den Managern, durch die Politik eingeleitet werden. Denn gerade die Wirtschaftsbosse werden die erheblichen Schwierigkeiten, die auf allen Firmenebenen in der Übergangsphase entstehen, mit dramatischen Worten bei jeder Diskussion hervorheben, sowie die Komplexität der Zusammenarbeit, die Probleme bei der Entscheidungsfindung, beim Delegieren, Koordinieren und Kontrollieren herausstellen. Auch sind tendenziöse, leicht einprägsame Schlagworte wie "viel Arbeiten wird teuer", "Arbeiten wird für den Tüchtigen unattraktiv", "Rentensystem bestraft Frührentner" u. v. a. m. zu erwarten, doch vergesse niemand die aktuelle Ausgangslage: **um die 12 Millionen Arbeitslose in der EU**, die unruhig, sehnsüchtig, und oft hoffnungslos, wie Vögel in ihrem Käfig harren. Sie fordern eine offensive Arbeitszeitpolitik, die eine Umverteilung des Arbeitspotentials und somit eine Verbesserung ihrer Lebensqualität herbeiführt. Sie wünschen die Vereinbarkeit von Markt und Menschlichkeit und sozialer Sicherheit. Sie ersehnen den solidarischen Ansatz: "alle arbeiten weniger, damit alle arbeiten können". Wer das vorgeschlagene Fiskalsystem für unrealistisch und undurchführbar hält, sollte mindestens zeitlich und örtlich begrenzte Testversuche weder disqualifizieren noch behindern. Das Experimentieren in der Praxis zeigt vielleicht nach den anfänglichen Geburtswehen auch den Kritikern den Weg zu einem erfolgversprechenden Konzept. Alle müssen lernen, mit Veränderungen zu leben. Neue Alternativen stoßen immer zuerst auf Widerstand, das Verlassen bekannter Wege, die man zu beherrschen glaubt, scheint stets ein Risiko. Aber wenn sich die Spielregeln in der nun international verflochtenen, globalisierten Wirtschaftswelt verändert haben, dann ist Althergebrachtes neu zu bewerten, dann sind neue Ideen nicht von vornherein abzulehnen, sondern großer Mut und Toleranz sind aufzubringen, um einen Weg in eine Zukunft mit geringer Arbeitslosigkeit nicht zu verbauen. Bei so viel Veränderung um uns herum müssen wir bereit sein, uns auch selbst zu verändern. Zwar steht sich jeder selbst am nächsten, weshalb die subjektiven Gefühle zur Verteidigung des Besitzstandes oft die objektiven Argumente übertönen, aber jeder kreative Vorschlag zur Lösung der Not aller Familien mit arbeitslosen Vätern, Müttern oder Kindern sollte rational überdacht werden.

Wir dürfen der Realität nicht länger entfliehen, sondern müssen mindestens die grundlegenden Probleme entschlossener anpacken: erstens, unseren Mitmenschen eine sie erfüllende Arbeitschance ermöglichen und zweitens, unserem Planeten ein langfristiges Überleben sichern. Das Ziel, eine wettbewerbsfähige Wirtschaftsgesellschaft zu konstruieren, deren Stärke nicht auf der Ausbeutung der Kinderarbeit in der dritten Welt beruht, die mit der Umwelt sorgfältig umgeht, in der keiner von der Arbeitswelt ausgeschlossen wird, in der jeder sich nach seinen Fähigkeiten entfalten und sein Lebensprojekt realisieren kann, ist nicht utopisch, sondern durchaus erreichbar, wie auch das Beispiel der Niederlande mit dem sogenannten "Wassenaar-Abkommen" zur Arbeitsverteilung ja bewiesen hat. Arbeitszeitpolitik ist das zentrale Instrument für die Umverteilung von Arbeit. Dies ist die wichtigste Erfahrung der erfolgreichen arbeitsmarktpolitischen Strategien in den skandinavischen Ländern und den Niederlanden. Die Holländer wollen nicht das nationale Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung maximieren, sie versuchen vielmehr eine hohe Lebensqualität zu erreichen und fördern die gesellschaftliche und wirtschaftliche Partizipation der Bürger am politischen Geschehen, damit der Zusammenhalt der Gesellschaft gestärkt wird. Darum ist die Effizienz der niederländischen Wirtschaft je geleistete Arbeitsstunde sehr hoch, während gleichzeitig die

Anzahl Arbeitsstunden je Bürger eher niedrig sind. Anfang 1996 waren 36,5 % der holländischen Arbeitskräfte Teilzeitarbeiter, obwohl die Beschäftigung kräftig weiter wächst und darum voraussichtlich 1998 "eine halbe Million Menschen mehr" (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. 9. 97) als 1994 einer bezahlten Arbeit nachgehen werden. Dort ist es gelungen, einer wachsenden Zahl von Frauen, Jungen und Alten neuen Zugang zu bezahlter Erwerbsarbeit zu verschaffen, ohne dass dabei das Modell des sozial und solidarisch regulierten Kapitalismus kontinentaleuropäischer Prägung verlassen werden musste. Das niederländische Beispiel zeigt ferner, dass eine wirkungsvolle Belebung der Konsumnachfrage durch eine kontinuierlich wachsende Erwerbsquote und durch verbesserte längerfristige Beschäftigungsaussichten für die Arbeitnehmer und ihre Familien erreicht werden kann. Aber auch wenn es das Beispiel der Niederlande nicht gäbe, auch wenn es die erneuten Bemühungen Frankreichs zur Reduktion der normalen Arbeitszeit und zur "Bestrafung" der Überstunden nicht gäbe, wissen wir nun, dass ein wirksames Steuerungsinstrumentarium zur dauerhaften Überwindung der Massenarbeitslosigkeit existiert; es wurde hier nicht mit vagen Worten, sondern deutlich und detailliert beschrieben. Darum muss die Arbeitslosigkeit in Zukunft die Gesundheit des Bürgers nicht belasten, den sozialen Frieden nicht gefährden, keine erhöhte Kriminalität verursachen, die Wirtschaft nicht bremsen, kein Heer von Frührentnern generieren und den Staat nicht mit Kosten erdrücken. Diese Hydra wird endlich besiegt sein.

Die Arbeitslosen, aber auch die Gewerkschaften müssen erreichen, dass die Regierenden und diejenigen, die 8-Stunden-Jobs haben, bereit sind, ein Fiskalsystem der hier vorgeschlagenen Art zu akzeptieren und zu verwirklichen. Dies scheint schwierig, aber es ist absolut unumgänglich, um einen enormen Fortschritt zu verwirklichen. Die Wirksamkeit dieses Systems bei der zielstrebigem Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sollte darum das Widerstreben überwinden, das viele Politiker angesichts des Unbekannten lähmt. Die geschichtliche Erfahrung lehrt, dass nichts kostspieliger ist als die Nichtreform, als überholte Verhältnisse am Leben zu halten.

Natürlich ist die Ausgangslage in den Ländern der EU sehr unterschiedlich, weshalb man die Situationen Schwedens und Spaniens, Italiens und Deutschlands nicht vergleichen kann, aber die Arbeitslosen aller dieser Länder würden den hier vorgeschlagenen Ansatz mit überwältigender Mehrheit als einen Hoffnungsschimmer bezeichnen, der dem bedrückenden Dahinleben von Millionen von Familien eine lebenswerte, würdige Zukunftsperspektive eröffnet. Dass dieses Konzept für alle EU-Staaten grundlegende Veränderungen bedeutet, erleichtert vielleicht eine für alle akzeptable, mehr oder minder einheitliche Einführung (zwecks Steuerharmonisierung!) nach einem gemeinsamen, bestimmt sehr schmerzlichen Umdenkungsprozess. Dieser Mentalitätswandel scheint ein dringend notwendiger Schritt, um eine Revolution zu verhindern, die jetzt keiner erwartet. Aber auch die Berliner Mauer fiel 1989 für fast alle Politiker unerwartet, weil in Vergessenheit geraten war, dass der urplötzlich geeinte Wille eines Bevölkerungsteils mittels unnachgiebigen Protests sehr wohl seine Ansprüche durchzusetzen vermag. Und in echten Demokratien ist dies viel einfacher als in Diktaturen. Der polnische Dichter Julian Tuwim erinnert darum in seinem Gedicht *"An die Führenden"*:

Wir sind es, die vorüberziehenden Unbekannten,
die hier die Führenden sind.

Den ständigen Debatten, den politischen Absichtserklärungen, den wissenschaftlichen Studien, den vielen Worten müssen endlich die Taten folgen, bevor die Kluft zwischen den Arbeitslosen und denen, die einen Job haben, zu unbeherrschbaren Spannungen führt. Eine von der Arbeitslosigkeit besonders hart getroffene, frustrierte und wütende Jugend wird sehr bald nicht mehr hinnehmen, dass eine privilegierte Schicht die Arbeitsplätze für sich beansprucht. Ein 8-Stunden-Arbeitsplatz für jedermann ist heutzutage in der EU eine Utopie. Wenn die Arbeitsplätze aber nicht existieren, so sollen die arbeitslosen Mitmenschen keinen Tag länger als notwendig sich der vergeblichen und darum demütigenden Arbeitssuche widmen. Eine gerechte Gesellschaft degradiert nicht Millionen Menschen zu Statisten in einer permanenten Warteliste, sondern identifiziert sich mit ihren Sehnsüchten, ihren Ängsten und ihren Verzweiflungen. Zuerst sind also die Bedingungen zu schaffen, die es gestatten, dass dank vernünftiger Arbeitsteilung jeder ein Einkommen haben kann, denn dies ist die einzige Möglichkeit, würdig zu leben und zu überleben. Im Namen der Gleichheit hat jeder Jugendliche einen garantierten Zugang zu einer Schulausbildung, im Namen der Brüderlichkeit sollte jeder Erwachsene dank solidarischer Arbeitsteilung eine reale Chance auf einen Arbeitsplatz haben. Denn Arbeit als ein planvolles, auf ein Ziel ausgerichtetes Tun kennzeichnet das menschliche Leben. Ohne sinnvolle Arbeit geht ein Stück Menschenwürde verloren.

Darum lautet jetzt die auszugebende Parole: **"die soziale Intelligenz fördern"**. Gesellschaften können nämlich, wie die Menschen, intelligent oder schwerfällig sein. Eine Gesellschaft ist intelligent, wenn sie neue Ideen zur Lösung alter Probleme mutig debattiert, ohne dabei auch nur einen Augenblick den sicheren Boden der Ethik zu verlassen. Die Massenarbeitslosigkeit in der EU ist die Folge einer ungezügelter Wirtschaftsdoktrin sowie der ungeeigneten Steuer- und der veralteten Sozialsysteme. Die Wirtschaft ist wieder der Politik, also dem Willen der Mehrheit, unterzuordnen. Ein sozialverträglicher Neoliberalismus darf den Menschen nicht vergessen. Denn wie Richard Sennett am Ende seines Buches²⁶ feststellt, kann dieses wirtschaftspolitische System nicht lange Zeit seine Legitimation bewahren, wenn es den inneren Bedürfnissen und tiefen Sehnsüchten der Menschen nicht entspricht.

Die Politiker sind aufgerufen, den klar aufgezeigten, solidarischen Ausweg aus der Massenarbeitslosigkeit ohne Verzögerung anzutreten. Die Langzeitarbeitslosen sind umgehend von den demütigenden Fesseln ihrer empfundenen bzw. scheinbaren Minderwertigkeit zu befreien. Die europäischen Gesellschaften sehnen sich nach der Befreiung von dieser wirtschaftlichen und sozialen Krankheit des ausgehenden 20. Jahrhunderts. Sie wollen immun sein.

Anhang

Beispiele - Formeln - Kommentare

Abrechnungsbeispiele

Es folgen einige Abrechnungsbeispiele, die einerseits der Veranschaulichung dienen, andererseits aber mit Zahlen die stets vertretene These untermauern sollen, wonach die vorgeschlagenen Arbeitszeitreduktionen in dem vorgeführten Steuersystem für den Arbeitgeber wirtschaftlich sehr interessant sind, während gleichzeitig die damit verbundenen Nettoeinkommenseinbußen für den Arbeitgeber erträglich ausfallen, obgleich jeder Mensch jede Minderung immer als sehr einschneidend empfindet. Als Ausgleich wurde hier aber für ein niedrigeres Steuerniveau nicht nur für die unteren sondern auch für die durchschnittlichen Einkommensstufen plädiert.

Erheblicher Freizeitgewinn bei erträglichen Nettolohneinbußen

Zuerst soll gezeigt werden, dass selbst bei höheren Bruttoeinkommen in der Grössenordnung von 6000 Euro (für 160 Monatsarbeitsstunden), praktisch alle Beschäftigten relativ schmerzlos eine Reduktion der Arbeitszeit auf 120 Monatsarbeitsstunden verkraften können, ohne dadurch allzusehr ihren gewohnten Lebensrhythmus einschränken zu müssen. Alex und Jordi haben pro Stunde dasselbe Gehalt, jedoch arbeitet der erste 160 Stunden und der zweite nur 120 Stunden. Schließlich sei angenommen, dass beide eine Tochter im Alter von 4 Jahren und einen 10 Monate alten Sohn haben. Die jeweiligen Lohnabrechnungen sehen dann wie folgt aus:

LOHNABRECHNUNG	Abrechnungszeitraum: Oktober 2002
Arbeitnehmer: ALEX	Arbeitsstunden: 160

	Prozent	Steuerbetrag	SALDO
Bruttoeinkommen			6.000,00
Arbeitslosensteuer A nach Tabelle (2.4)	10,00	600,00	5.400,00
Lohnsteuer L	21,23	1.273,80	4.126,20
Stundensteuer nach Tabelle (3.1)	8,56		
Monatssteuer nach Tabelle (3.2)	12,67		
Kindergeld K			
Grundbetrag G		125,00	4.251,20
zusätzlich HS*CT nach Tabelle (4.3)		0,00	4.251,20
Nettoeinkommen			4.251,20

Arbeitgeberanteil B	32,00	1920,00
nach Tabelle (1.1)		

LOHNABRECHNUNG	Abrechnungszeitraum: Oktober 2002
Arbeitnehmer: JORDI	Arbeitsstunden: 120

	Prozent	Steuerbetrag	SALDO
Bruttoeinkommen			4.500,00
Arbeitslosensteuer A nach Tabelle (2.4)	5,00	225,00	4.275,00
Lohnsteuer L	19,11	859,95	3.415,05
Stundensteuer nach Tabelle (3.1)	8,56		
Monatssteuer nach Tabelle (3.2)	10,55		
Kindergeld K			
Grundbetrag G		125,00	3.540,05
zusätzlich HS*CT nach Tabelle (4.3)		120,00	3.660,05
Nettoeinkommen			3.660,05

Arbeitgeberanteil B	24,00	1080,00
nach Tabelle (1.1)		

Man beachte, dass bei einer Arbeitszeitverkürzung von 25 % sich der Arbeitgeberanteil dagegen um 43,75 % reduziert. Für den Arbeitnehmer ergibt sich dagegen, dass einer Minderung seines Bruttoeinkommens um 25 % eine Schmälerung seiner Nettoeinkünfte um 13,9 % entspricht. Die Gründe dafür sind mehrfach: seine Arbeitslosensteuer sinkt von 10 auf 5 Prozent, die Lohnsteuer fällt um etwas mehr als 2 Prozent und schliesslich steigt sein ihm zustehendes Kindergeld um 120 Euro.

Das Steuersystem verpflichtet also den Arbeitgeber zur Einstellung neuer Mitarbeiter und folglich zur sinnvollen Arbeitsaufteilung wegen der erzielbaren Kosteneinsparungen beim Arbeitgeberanteil. Die damit für den einzelnen Arbeitnehmer verbundene proportionale Minderung des Bruttogehalts führt zu wirtschaftlich viel niedrigeren und folglich erträglicheren Einbußen seines Nettoeinkommens, wie hier beispielhaft und stellvertretend für andere Situationen vorgerechnet worden ist. Erneut sollte dabei nicht übersehen werden, dass dieser Vergleich ausschließlich innerhalb des hier vorgeschlagenen Fiskalsystems gilt. Der Vergleich dieses Systems mit dem aktuell in irgendeinem EU-Lande gültigen Steuersystem hat in erster Linie, die stark erniedrigten Lohnsteuersätze und die recht hohen steuerfreien Kindergeldbeträge nicht aus den Augen zu verlieren. Sie ermöglichen, den Übergang von dem aktuellen System zu einem neueren, die Arbeitslosigkeit eliminierenden Steuersystem so zu gestalten, dass dabei höchstens minimale Nettolohneinbußen entstehen. Die dabei gleichzeitig gewonnene, freiverfügbare Zeit sollte als ein Zugewinn angesehen werden; der Hast unserer Arbeitszeit begegnen wir mit mehr Freizeit zur Erhöhung unseres Wohlbefindens, mit mehr Zeit für bürgerliches Engagement, mit mehr Zeit für unseren persönlichen Belange und die unserer Familien, mit mehr Zeit für unsere Kinder. Nur so vermeiden wir, dass ein Vater sein Zuhause wie "ein vertrautes Hotel benutzt, das von der alleinerziehenden Mutter seiner Kinder geführt wird".

Besonders extrem war der im 1. Kapitel vorgestellte Fall meines Dorffrisörs Carlos, der tatsächlich ca. 300 Stunden jeden Monat arbeitet. Bei so einer anormalen Monatsarbeitszeit soll unter den dortigen Hypothesen, was sein ihm selbst zugeständenes Bruttoeinkommen anbelangt, gezeigt werden, dass sein Nettoeinkommen nicht an der Bruttolohneinbuße leidet, was zum Teil an der nicht proportionalen Minderung liegt, die dieser Selbständige bei einer Reduktion von 300 auf 180 Monatsstunden sich gewiss nicht antun würde.

LOHNABRECHNUNG	Abrechnungszeitraum: Oktober 2002
Arbeitnehmer: Frisör CARLOS	Arbeitsstunden: 300

	Prozent	Steuerbetrag	SALDO
Bruttoeinkommen			3.000,00
Arbeitslosensteuer A nach Tabelle (2.4)	27,50	825,00	2.175,00
Lohnsteuer L	8,00	240,00	1.935,00
Stundensteuer nach Tabelle (3.1)	0,00		
Monatssteuer nach Tabelle (3.2)	8,00		
Kindergeld K			
Grundbetrag G		0,00	1.935,00
zusätzlich HS*CT nach Tabelle (4.3)		0,00	1.935,00
Nettoeinkommen			1.935,00

Arbeitgeberanteil B nach Tabelle (1.1)	60,00	1800,00
--	-------	---------

Um seinen Frisörbetrieb nicht mit diesem anormal hohen Arbeitgeberanteil von 1800 Euro zu belasten, erschien die Einstellung eines Gehilfen ratsam, und zwar nicht aus altruistischen Überlegungen zur Reduktion der Arbeitslosigkeit, sondern weil sein Frisörbetrieb dank der Einstellung des Gehilfen Kosten sparen, seine Kundschaft ausdehnen, sowie die Einnahmen und folglich den Gewinn steigern kann. Für ihn selbst bedeutet die Reduktion seines selbst gegönnten Bruttoeinkommens von 3000 auf 2500 Euro überhaupt keine Nettominderung.

LOHNABRECHNUNG	Abrechnungszeitraum: Oktober 2002
Arbeitnehmer: Frisör CARLOS	Arbeitsstunden: 180

	Prozent	Steuerbetrag	SALDO
Bruttoeinkommen			2.500,00
Arbeitslosensteuer A nach Tabelle (2.4)	12,50	312,50	2.187,50
Lohnsteuer L	9,53	238,25	1.949,25
Stundensteuer nach Tabelle (3.1)	2,53		
Monatssteuer nach Tabelle (3.2)	7,00		
Kindergeld K			
Grundbetrag G		0,00	1.949,25
zusätzlich HS*CT nach Tabelle (4.3)		0,00	1.949,25
Nettoeinkommen			1.949,25

Arbeitgeberanteil B nach Tabelle (1.1)	36,00	900,00
--	-------	--------

Er bezieht netto sogar mehr!! Und das obgleich bei der Lohnsteuer ein bemerkenswertes Phänomen eintritt. Der Anteil der Monatssteuer sinkt mit dem niedrigeren Bruttoeinkommen, die Stundensteuer steigt aber, weil er früher pro Arbeitsstunde nur 10 Euro und zukünftig wegen der nicht proportional Einkommensminderung dagegen fast 14 Euro pro Stunde verdienen wird.

Korrekte Berücksichtigung des arbeitsmarktwirksamen Kindergeldes

Anschließend soll noch einmal die Bedeutung des Kindergeldes hervorgehoben werden. Die folgenden vier Abrechnungsbeispiele für die Mütter Irma, Sonia, Jannika und Saskia, die denselben Stundenlohn verdienen und alle einen 10 Monate alten Sohn und eine 4 Jahre alte Tochter haben sollen, zeigen, wie sich für Mütter mit jungen Kindern bei einer starken Reduktion ihrer Monatsarbeitsstunden (von 160 \rightarrow 120 \rightarrow 80 \rightarrow 40) die Nettoeinkünfte dennoch sachte abstufen, weil das steuerfreie Kindergeld eine immer bedeutendere Rolle spielt. Vergleichen wir zunächst Irma's Lohnabrechnung (sie arbeitet 160 Stunden im Monat) mit der von Sonia, die ihre Arbeitszeit auf 120 Stunden reduziert hat.

LOHNABRECHNUNG		Abrechnungszeitraum: Oktober 2002	
Arbeitnehmer: IRMA		Arbeitsstunden: 160	
	Prozent	Steuerbetrag	SALDO
Bruttoeinkommen			2.200,00
Arbeitslosensteuer A nach Tabelle (2.4)	10,00	220,00	1.980,00
Lohnsteuer L	8,82	194,04	1.785,96
Stundensteuer nach Tabelle (3.1)	2,47		
Monatssteuer nach Tabelle (3.2)	6,35		
Kindergeld K			
Grundbetrag G		125,00	1.910,96
zusätzlich HS*CT nach Tabelle (4.3)		0,00	1.910,96
Nettoeinkommen			1.910,96

Arbeitgeberanteil B
nach Tabelle (1.1)

32,00	704,00
-------	--------

LOHNABRECHNUNG	Abrechnungszeitraum: Oktober 2002
Arbeitnehmer: SONIA	Arbeitsstunden: 120

	Prozent	Steuerbetrag	SALDO
Bruttoeinkommen			1.650,00
Arbeitslosensteuer A nach Tabelle (2.4)	5,00	82,50	1.567,50
Lohnsteuer L	7,47	123,26	1.444,25
Stundensteuer nach Tabelle (3.1)	2,47		
Monatssteuer nach Tabelle (3.2)	5,00		
Kindergeld K			
Grundbetrag G		125,00	1.569,25
zusätzlich HS*CT nach Tabelle (4.3)		120,00	1.689,25
Nettoeinkommen			1.689,25

Arbeitgeberanteil B nach Tabelle (1.1)	24,00	396,00
--	-------	--------

Es zeigt sich, dass Sonia wegen des ihr zustehenden, deutlich erhöhten Kindergeldes zwar gegenüber Irma 25 % Stunden weniger arbeitet, aber ein nur um 12,6 % niedrigeres Nettoeinkommen bezieht.

Wie stark dieser Kindergeldeffekt wirkt, zeigt die folgende Abrechnung für Jannika. Sie arbeitet im Monat nur halb so viele Stunden wie die recht gut bezahlte Irma und schafft es dennoch, 79,6 % deren Nettoeinkommens ausbezahlt zu erhalten. Dabei spielt natürlich die Befreiung von der Arbeitslosensteuer (von 10 % auf 0 % Prozent) eine gewisse Rolle, doch hauptsächlich ist dies durch den Bezug eines um 360 Euro erhöhten Kindergeldes zu erklären. Das Kindergeld für Mütter junger Kinder wirkt also durchaus attraktiv auf sie und vermag sie, wie hier beabsichtigt, zur vorübergehenden Aufgabe bzw. Einschränkung ihrer Berufstätigkeit zugunsten einer intensiveren Kinderfürsorge zu bewegen.

LOHNABRECHNUNG	Abrechnungszeitraum: Oktober 2002
Arbeitnehmer: JANNIKA	Arbeitsstunden: 80

	Prozent	Steuerbetrag	SALDO
Bruttoeinkommen			1.100,00
Arbeitslosensteuer A nach Tabelle (2.4)	0,00	0,00	1.100,00
Lohnsteuer L	5,82	64,02	1.035,98
Stundensteuer nach Tabelle (3.1)	2,47		
Monatssteuer nach Tabelle (3.2)	3,35		
Kindergeld K			
Grundbetrag G		125,00	1.160,98
zusätzlich HS*CT nach Tabelle (4.3)		360,00	1.520,98
Nettoeinkommen			1.520,98

Arbeitgeberanteil B nach Tabelle (1.1)	16,00	176,00
--	-------	--------

Abschließend sei noch der Extremfall anhand von Saskias Gehaltsabrechnung vorgeführt. Wir errechneten anhand des Beispiels von Kapitel 4, dass einer nicht berufstätigen Mutter mit zwei Kindern im gleichen Alter wie die vier Mütter dieser Beispiele ein Kindergeld von 965 Euro zustand. Unsere nur 40 Stunden im Monat arbeitende Saskia schafft es durch dieses geringfügige Arbeitsverhältnis ihren aktuellen Kenntnisstand und ihre fachliche Fortbildung zu sichern sowie ihre Nettoeinkünfte auf 1256 Euro zu steigern. Obgleich sie im Monat nur 25 % der 160 Monatsstunden Irmas arbeitet, und also nur 25 % von deren Bruttoeinkommen verdient, erzielt sie dank dem attraktiven Kindergeld fast 65,7 % von deren Nettoeinkünften!! Das Kindergeld ist, solange die Kinder nicht im Schulalter sind, ein wichtiger Betrag, den man in so einem solidarischen, neuartigen Steueransatz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit keinesfalls unterschätzen oder gar ignorieren sollte.

LOHNABRECHNUNG	Abrechnungszeitraum: Oktober 2002
Arbeitnehmer: SASKIA	Arbeitsstunden: 40

	Prozent	Steuerbetrag	SALDO
Bruttoeinkommen			550,00
Arbeitslosensteuer A nach Tabelle (2.4)	0,00	0,00	550,00
Lohnsteuer L	3,47	19,09	530,92
Stundensteuer nach Tabelle (3.1)	2,47		
Monatssteuer nach Tabelle (3.2)	1,00		
Kindergeld K			
Grundbetrag G		125,00	655,92
zusätzlich HS*CT nach Tabelle (4.3)		600,00	1.255,92
Nettoeinkommen			1.255,92

Arbeitgeberanteil B	8,00	44,00
nach Tabelle (1.1)		

Teilzeit- selbst Miniarbeitsverhältnisse für Mütter mit Kleinstkindern könnten sich also durchaus lohnen, wenn man alle Nebeneffekte berücksichtigt, dagegen erscheint es äußerst zweifelhaft, ob der Übergang von 80 auf 120 oder gar 160 Monatsstunden die erzielte Steigerung der Nettoeinkünfte um 169 bzw. 390 Euro wert ist.

Schließlich sei noch ein ganz anderer Sonderfall kommentiert. Drillinge sind selten bei Geburten, aber wer so einen Fall aus der Nähe betrachten konnte, weiß, dass die Eltern dieser Kinder zumindestens in den ersten Jahren völlig überfordert sind. Sie haben permanent Arbeit mit den Drillingen und können selbst nur sehr wenige Stunden durchschlafen. Wenn darum in so einem Falle beide Elternteile beschließen sollten, mindestens während des ersten Lebensjahres der Drillinge nicht berufstätig zu sein, sondern sich gemeinsam um das Wohl der Kinder zu kümmern, so würde **jeder von ihnen** den Grundbetrag von 225 Euro und zusätzlich $240 \cdot 7 = 1680$ Euro für die Kinderzuwendungszeit erhalten, d.h. insgesamt ein Kindergeld in Höhe von 1905 Euro. Die insgesamt 3810 Euro steuerfreien, monatlichen Kindergelder ermöglichen beiden Eltern im ersten Lebensjahr der Drillinge keiner bezahlten Tätigkeit nachzugehen und jeder von ihnen kumuliert dabei auf seinem Lebensarbeitsstundenzähler LH monatlich sogar 240 Arbeitsstunden, also mehr als wenn sie sich einem anderen Job widmen würden.

Arbeitsteilung bei den überlasteten Spitzenverdienern

Da aber nicht nur Mütter sondern auch die hochbezahlten, viele Überstunden leistenden Manager zur Arbeitsteilung zu bewegen sind, soll das nun folgende Beispiel eines sehr gut verdienenden Geschäftsführers oder Ministers noch einmal verdeutlichen, dass sich die realen Überstunden in Zukunft nicht lohnen. Sie benachteiligen den Arbeitnehmer zu stark mit Arbeitslosensteuersätzen, die nur wegen der vielen Überstunden so hoch ausfallen.

LOHNABRECHNUNG		Abrechnungszeitraum: Oktober 2002	
Arbeitnehmer: Geschäftsführer oder Minister		Arbeitsstunden: 250	
	Prozent	Steuerbetrag	SALDO
Bruttoeinkommen			15.000,00
Arbeitslosensteuer A nach Tabelle (2.4)	21,25	3.187,50	11.812,50
Lohnsteuer L	33,80	5.070,00	6.742,50
Stundensteuer nach Tabelle (3.1)	12,00		
Monatssteuer nach Tabelle (3.2)	21,80		
Kindergeld K			
Grundbetrag G		0,00	6.742,50
zusätzlich HS*CT nach Tabelle (4.3)		0,00	6.742,50
Nettoeinkommen			6.742,50
Arbeitgeberanteil B nach Tabelle (1.1)		50,00	7500,00

Die vielen Überstunden führen tatsächlich zu "bestrafenden" Arbeitslosensteuersätzen, weshalb die Inhaber dieser hochdotierten Posten eher geneigt sein werden, systematische Überstunden zu eliminieren und der Arbeitsaufteilung zuzustimmen, zumal die damit verbundene Bruttolohnaufsplittung ihrer Firma zu sehr wichtigen Kosteneinsparungen beim Arbeitgeberanteil verhilft. Die Hauptersparnisse ergeben sich für die Unternehmen, wenn sie die realen Arbeitszeiten ihrer Führungsriege merklich reduzieren, die Gesamtverantwortlichkeiten folglich nicht in wenigen Händen konzentrieren, sondern im Gegenteil diese soweit wie möglich an andere geeignete Mitarbeiter weiterdelegieren. Dieser Steueransatz und die mit ihm einhergehende Arbeitsteilung ist also nicht nur ein Rezept, um viel

mehr Arbeitsplätze für weniger Qualifizierte am unteren Sektor der Lohnskala bereitzustellen, sondern führt gerade am oberen Ende der Managerebenen und mancher Selbständigenberufe zu bedeutsamen Personalkosteneinsparungen. Die folgende Abrechnung soll das noch einmal in aller Deutlichkeit vor Augen führen, und zwar anhand des keine Überstunden leistenden "halben" Geschäftsführers oder Ministers, der statt 250 nur noch 125 Stunden arbeitet und demzufolge nur das halbe Spitzengehalt brutto verdient. Die 125 Stunden mehr Freizeit erkämpft er sich für eine auf diesem Niveau zu verkraften Nettoeinbuße, die jedenfalls die wiedergewonnene Zeit wert sein sollte.

LOHNABRECHNUNG		Abrechnungszeitraum: Oktober 2002	
Arbeitnehmer: "halber" Manager oder Minister		Arbeitsstunden: 125	
	Prozent	Steuerbetrag	SALDO
Bruttoeinkommen			7.500,00
Arbeitslosensteuer A nach Tabelle (2.4)	5,63	421,88	7.078,13
Lohnsteuer L	26,54	1.990,50	5.087,63
Stundensteuer nach Tabelle (3.1)	12,00		
Monatssteuer nach Tabelle (3.2)	14,54		
Kindergeld K			
Grundbetrag G		0,00	5.087,63
zusätzlich HS*CT nach Tabelle (4.3)		0,00	5.087,63
Nettoeinkommen			5.087,63
<hr/>			
Arbeitgeberanteil B nach Tabelle (1.1)	25,00	1875,00	

Der Arbeitgeberanteil reduziert sich wieder um 75 %, wie wir bereits anhand des ersten Beispiels in Kapitel 1 sowie der dort gezeigten Graphik feststellten, aber absolut bedeutet dies hier eine monatliche Reduktion von 5625 Euro. Deswegen kostet hier ein Minister oder Manager, der 250 Stunden im Monat arbeitet, viel mehr als zwei Minister oder Manager, die jeweils 125 Stunden arbeiten. Das Unternehmen, im Falle des Managers, der Staat, im Falle des Ministers erhalten so mehr Leistung für bedeutend weniger Geld.

Diese vielen hier im Detail gezeigten Lohnabrechnungen beweisen, dass die Arbeitsteilung sich von alleine ohne Zwangsmaßnahmen einstellt, weil sie bei den Unternehmen zu erheblichen Kosteneinsparungspotentialen führt und weil jeder Mensch bestrebt ist, die unbezahlten, sein Einkommen bestrafenden, realen Überstunden zu meiden. Diese bisher unbezahlten, in keiner Statistik registrierten Überstunden werden also automatisch minimiert und führen ihrerseits zu mehr Arbeitsplätzen und einer wirtschaftlich vernünftigeren Arbeitsaufteilung. Für die Spitzengehälter gilt wahrscheinlich, dass die Überstunden schon im hohen Einkommen berücksichtigt sind und insofern schwerlich als unbezahlte Überstunden bezeichnet werden können, aber in Zukunft führt die vorgeschriebene, weil notwendige Angabe der realen Arbeitstunden auch am oberen Ende der Lohnskala zu der gewünschten Arbeitsaufteilung. Kein Mensch wird mit pausenlosen Einsatz unnötig eine permanent über 20 %ige Arbeitslosensteuer provozieren und sich ins eigene Fleisch schneiden.

Einkommensteuer, Vermögenssteuer

Diese Steuern wurden hier nicht berührt und werden hier in dem Anhang nur kurz gestreift, da sie weder zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen, noch neuartig sind. Aber der Staat sollte keinesfalls auf sie verzichten, denn sie sind ein Instrument zur Herstellung eines sozialen Ausgleichs und stellen gleichzeitig eine zusätzliche Einnahmequelle für die Staatsfinanzen dar.

Der Lohnsteuertarif des 3. Kapitels, der ausschliesslich auf Erwerbseinkommen (Einkünfte aus selbständiger oder unselbständiger Arbeit) angewandt werden sollte, unterscheidet sich von der Steuer, die auf Einkünfte aus Kapitalvermögen, Vermietung, Verpachtung oder sonstiger Art zu erheben sind. Diese Einnahmen bedürfen eigener Steuersätze, da die auf den Arbeitsstunden aufbauenden vorhergehenden Tabellen dafür ungeeignet sind. Diese Einkünfte sind also getrennt zu betrachten und nicht zu dem schon versteuerten Arbeitseinkommen zu addieren, da die Erwerbsarbeit keinesfalls einer zweiten Versteuerung unterliegen soll. Für die Summe dieser arbeitsunabhängigen Jahreseinkünfte könnte folgende Tabelle gelten:

arbeitsunabhängige Jahreseinkünfte	Einkommens- steuer
bis 2000 Euro	0 %
4000 Euro	5 %
8000 Euro	10 %
14000 Euro	15 %
22000 Euro	20 %
32000 Euro	25 %
44000 Euro	30 %
74000 Euro	40 %
112000 Euro	50 %
ab 158000 Euro	60 %

Auch diese Tabelle ist nicht als Treppenfunktion zu verstehen, sondern diese Steuersätze würden genau für die konkret angegebenen Jahreseinkünfte gelten; für jeden Betrag gibt es also einen eigenen festen Steuersatz, so wie wir das hier von allen Steuersätzen gewohnt sind. Die Steuersätze steigen immer stetig und niemals sprunghaft an.

Eine Vermögenssteuer könnte pro Person eine halbe Million Euro steuerfrei lassen und auf das Restvermögen beispielsweise einen Steuersatz von 1 % erheben. Das wäre ein sehr niedriger Steuersatz über den sich keiner der überreichen Euromillionäre berechtigt erregen oder beschweren könnte. Andererseits ist eine Vermögenssteuer ein absolut notwendiger Schritt in Richtung sozialer Gerechtigkeit und Solidarität, da sich derzeit die Gesellschaft über nicht zu vertretende Gewinnbeteiligungen führender Manager immer häufiger erregt, sobald diese publik werden. Eine hundertköpfige Führungsriege der spanischen Telefongesellschaft "Telefónica", bis vor kurzer Zeit staatlicher Monopolist, teilte im Februar 2000 unter sich 81.700 Millionen Pesetas (= 491 Millionen Euros) auf, die sich aus einem zwei Jahre davor vereinbarten "Stock Options"-Plan zur Firmenanbindung der Manager ergaben. Die Tatsache,

dass dem Präsidenten von "Telefónica" Juan Villalonga nach nur zwei Jahren ca. 17 Millionen Euro zustanden, erregte zutiefst die Gemüter der Menschen. Dass ein vor wenigen Jahren noch staatliches Monopol nun solche Unsummen "verschenkte", war ein sozialer und politischer Skandal, der die spanische Regierung zwang, den Höchststeuersatz von 48 % einzufordern und ein Gesetz zu verabschieden, das die ausdrückliche Billigung der Aktionärsversammlung für solche außerordentlichen Zuwendungen zukünftig vorsieht. Der vorgeschlagenen Tabelle zufolge käme für so hohe Sondereinkünfte wie die der "Telefónica"-Manager ein Einkommenssteuersatz von 60 % zur Anwendung und jährlich wäre 1 % als Vermögensteuer abzuführen. Eine starke Steuerbelastung für so extreme Sondereinkünfte und große Vermögen ist eine soziale Notwendigkeit, solange andere im gleichen Land noch in tiefer Armut hausen und leben (man erinnere die Revolte der wirtschaftlich ausgebeuteten Einwanderer in den Treibhäusern von der südspanischen Ortschaft "El Ejido", die sich zeitgleich abspielte).

Formeln zur Lohnsteuer

Die zu den Tabellen des dritten Kapitels gehörigen Formeln sollen hier niedergeschrieben werden. Zwei Tabellen wurden dort benutzt: Tabelle (3.1) legte den Stundensteuersatz Sh_3 fest, während der das Monatseinkommen berücksichtigende Monatssteuersatz Sm_3 sich aus der Tabelle (3.2) ergab. Die Addition beider ergab den Lohnsteuersatz S_3 .

Stundensteuersatz

Die Parameterdarstellung der Tabelle (3.1) lautet:

$$\begin{aligned} \text{Stundenlohn BH} &= \frac{5}{2} n (n + 1) + 10 \\ \text{Steuersatz } Sh_3 &= 3n \end{aligned}$$

d. h. setzt man für n den Wert $n = 0$ ein, so erhält man die erste Linie der Tabelle (3.1), für $n = 1$ erhält man die zweite Zeile, für $n = 2$ die dritte,...

Da die Tabelle, wie mehrfach ausdrücklich hervorgehoben, keine Treppenfunktion darstellt, nutzt diese einfache Darstellung wenig, wenn man für einen konkreten Wert des Stundenlohnes BH den dazugehörigen Steuersatz Sh_3 ermitteln will. Hilfreicher ist darum die folgende, leider komplexer aussehende Formel, die der direkten Errechnung des Steuersatzes Sh_3 dient:

$$Sh_3 = -\frac{3}{2} + \frac{3}{10} \sqrt{40 \cdot BH - 375}$$

Monatssteuersatz

Für die Tabelle (3.2) lautet hingegen die Parameterdarstellung:

$$\begin{aligned} \text{Bruttoeinkommen BE} &= 25 (3n + 2) (3n + 3) + 250 \\ \text{Monatssteuersatz } Sm_3 &= 3n \end{aligned}$$

und die Formel zur Errechnung des zu einem beliebigen Bruttoeinkommens BE zugehörige Monatssteuer Sm_3 lautet hier:

$$Sm_3 = -\frac{5}{2} + \frac{1}{10} \sqrt{4 \cdot BE - 975}$$

Mit diesen Formeln wurden die Lohnsteuersätze aller Beispiele der vorhergehenden Seiten errechnet.

Formeln zur Rentensteuer

In Kapitel 5 wurden Formeln für die Rente vorgeschlagen, die Anreize zum verzögerten Ausstieg aus dem Arbeitsleben enthalten. Es wurde dort hervorgehoben, dass jede weitere vor Rentenbezug kumulierte Arbeitsstunde die Bruttorente erhöht und dass das Hinauszögern des Renten Eintrittsalters mit einem sich mindernden Rentensteuersatz belohnt wird.

Wie gelangt man nun zu Rentensteuersätzen wie die der Tabelle (5.5), die als konkretes Beispiel verwendet wurde?

Ist beispielsweise die mittlere Lebenserwartung 80 Jahre, so kassieren durchschnittlich die mit 62 Jahren in Rente gehenden Personen 18 Jahre lang Rente, während die mit 66 Jahren in Rente gehenden im Durchschnitt nur 14 Jahre Rente beziehen werden. Es wäre ungerecht und falsch, wenn im statistischen Mittel dieser letztere Personenkreis bis zum 80. Lebensjahr (die hier angenommene mittlere Lebenserwartung) eine kleinere Gesamtnettorente beziehen würde, schließlich soll der spätere Ausstieg gefördert werden. Angenommen das vom Staat angestrebte Renten Eintrittsalter sei gerade 66 Jahre, so sollte die Nettorente gleich der Bruttorente für diejenigen sein, die dieses Alter bei Renten antritt erreicht haben. Diese Menschen werden im statistischen Mittel also 14 Jahre lang ihre Bruttorente R jeden Monat netto ausgezahlt bekommen. Sollen die mit 62 schon in Rente gehenden bis zu ihrem 80 Lebensjahr sich nicht besser stehen, so ist deren Bruttorente um einen Steuersatz zu kürzen, der die Relation 18 Jahre Rentenbezug (der 62-Jährigen) zu 14 Jahren Rentenbezug (der 66-Jährigen) berücksichtigt.

Bezeichnet darum Z das vom Staat angestrebte Renten Eintrittsalter, A das reale Renten Eintrittsalter des Bürgers und MLE die mittlere Lebenserwartung zum Zeitpunkt des Renten antritts, so führt die folgende Formel zu einer gerechten Rentensteuer S_4 :

$$S_4 = (Z - A) \cdot 100 / (MLE - A + 1) \quad \text{für } Z > A$$

$$S_4 = 0 \quad \text{für } Z < A$$

Setzen wir hier $Z = 66$ und $MLE = 80$, so erhält man hieraus die Besteuerungssätze der Tabelle (5.5) des 5. Kapitels. Der Steuersatz von 23,53 % für die mit 62 Jahren in Rente gehenden Personen errechnet sich leicht als:

$$S_4 = (66 - 62) \cdot 100 / (80 - 62 + 1) = 400 / 17 = 23,53 \%$$

Die um die 23,53 % Rentensteuer geminderte Bruttorente führt dazu, dass:

$$(100 - 23,53) \text{ Bruttorente} \cdot 18 \text{ Jahre} \cdot 12 \text{ Monate pro Jahr}$$

ein etwas kleineren Betrag ergibt als:

$$100 \text{ Bruttorente} \cdot 14 \text{ Jahre} \cdot 12 \text{ Monate pro Jahr}$$

Wünscht man die Spätrentner gegenüber den Frührentner stärker zu belohnen, so muss man den Nenner $(MLE - A - 1)$ in obiger Formel durch $(MLE - A - 2)$ oder sogar durch $(MLE - A - 3)$ ersetzen.

Betont sei ferner, dass hier zur Vereinfachung stets ganze Zahlen für die durchschnittliche Lebenserwartung MLE, für das vom Staat erwünschte Rentenantrittsalter Z und für das reale Reantrittsalter A des Bürgers angenommen wurde, aber die Formel sollte wirklich mit den mit Dezimalen versehenen Werten benutzt werden, zumal ja im 6. Kapitel der Vorschlag unterbreitet wurde, jedes Jahr das angestrebte Zielrentenalter Z um 0,1 zu erhöhen. Es sollen also nicht auf ganze Zahlen gerundete Werte sondern exakte Werte in der obigen Rechenformel eingesetzt werden.

Ist also die mittlere Lebenserwartung MLE 80,6 Jahre, das als erwünscht angegebene Rentenantrittsalter 66,4 Jahre und tritt der Bürger mit 62,75 Jahren seine Rente an, so wird sein Rentensteuersatz S_4 :

$$S_4 = (66,4 - 62,75) \cdot 100 / (80,6 - 62,75 - 1) = 365 / 16,85 = 21,66 \%$$

Unter dieser Prämisse sollen alle Betrachtungen in Kapitel 5 verstanden werden, insbesondere auch der Absatz zum Rentenantritt in zwei Etappen und die daraus resultierende Errechnung des anzuwendenden Rentenantrittsalters für den definitiven Ruhestand.

Literaturhinweise

- 1 Ulrich Beck: Schöne neue Arbeitswelt. Vision: Weltbürgergesellschaft (Campus Verlag, Frankfurt / New York) 1999, siehe Seiten 40 und 83
- 2 Pierre Bourdieu: Contre-feux (Liber -Raisons D'Agir) 1998
- 3 Holger Buch: Mehr Beschäftigung durch alternative Berechnung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung (Zeitschrift "Sozialer Fortschritt", Januar / Februar 1997)
- 4 Jürgen Espenhorst: Arbeitsgesellschaft USA (Pangaea Verlag) 1995
- 5 Joaquín Estefanía: La nueva economía. La globalización (Editorial Debate) 1996, siehe Seite 120
- 6 Europäische Kommission: Bericht über die Entwicklung der Erwerbsquoten 1998 KOM(98) 572 endg.
- 7 Gerd Flum: Arbeitslosigkeit eliminierbar ! (Haag + Herchen) 1998
- 8 Orio Giarini / Patrick M. Liedtke: Wie wir arbeiten werden. Der neue Bericht an den Club of Rome (Hoffmann und Campe) 1998, siehe Seiten 188 und 242
- 9 Viviane Forrester: L'horreur économique (Ed. Fayard) 1996
- 10 Chris Freeman and Luc Soete: Work for all or Mass Unemployment? (Pinter Publishers) 1994
- 11 John Kenneth Galbraith: The culture of the contentment (Houghton Mifflin, Boston) 1992, siehe 15. Kapitel
- 12 John Kenneth Galbraith: The good society (Houghton Mifflin, Boston) 1996, siehe 10. Kapitel
- 13 Jordi Goula: La societat del coneixement (Beta Editorial) 1998
- 14 Friedrich August von Hayek: Die Verfassung der Freiheit (J.C.B. Mohr, Tübingen) 1993, siehe Seiten 49 - 65
- 15 Robert Heilbroner: Visions of the future. The distant past, yesterday, today and tomorrow (Oxford University Press, New York) 1995, siehe 4. Kapitel

- 16 Friedhelm Hengsbach: Abschied von der Konkurrenzgesellschaft. Für eine Ethik in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft (Knaur TB 80073, München) 1995, siehe Seite 219
- 17 Alfred Herrhausen Gesellschaft für den internationalen Dialog: Arbeit der Zukunft, Zukunft der Arbeit (Schäffer - Poeschel) 1994
- 18 Ernst-Ulrich Huster: Reichtum in Deutschland. Die Gewinner der sozialen Polarisierung (Campus) 1997
- 19 Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit: "IAB werkstattbericht" Nr. 5 / 10. 9. 1996 : Wege zu mehr Beschäftigung, Simulationsrechnungen bis zum Jahr 2005 am Beispiel Westdeutschland
- 20 Martin Kempe: Die Jobwende. Wie man Arbeit schafft (Fischer TB 14156, München) 1995, siehe Seiten 21, 40 und 83
- 21 Alain Minc: La mondialisation heureuse (Plon) 1997
- 22 Ignacio Ramonet: Los nuevos amos del mundo, Le Monde Diplomatique (Spanische Ausgabe), Dezember 1995
- 23 Jeremy Rifkin: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft (Campus) 1996, siehe Kapitel 14
- 24 Helmut Saiger: Die Zukunft der Arbeit liegt nicht im Beruf. Neue Beschäftigungs- und Lebensmodelle (Kösel Verlag, München) 1998
- 25 Paul A. Samuelson: Volkswirtschaftslehre (Bund-Verlag) 1981, siehe Kapitel 18
- 26 Richard Sennett: The corrosion of character: The personal consequences of work in the New Capitalism (W.W. Norton & Company, New York) 1998
- 27 Horst Siebert: Arbeitslos ohne Ende? Strategien für mehr Beschäftigung (Gabler) 1998
- 28 George Soros: Die Krise des globalen Kapitalismus. Offene Gesellschaft in Gefahr (Alexander Fest Verlag, Berlin) 1998, siehe Einleitung und Reflexivität (im 1. Teil)
- 29 Konrad Stopp: Wider die Raffgesellschaft *oder* Wie der Sozialstaat noch zu retten ist (Beck'sche Reihe, München) 1994, siehe Seiten 76 und 117
- 30 Konrad Stopp: Aufbruch statt Krisenverwaltung / Von der Arbeitsgesellschaft zur Kultugesellschaft (Herbert Utz Verlag, München) 1997, siehe Seiten 133 und 147

- 31 Rainer Thome: Arbeit ohne Zukunft? (Verlag Vahlen) 1997,
siehe Seiten 11 und 125
- 32 Mahbub Ul Haq, Inge Kaul, Isabelle Grunberg: The Tobin Tax: Coping with Financial
Volatility (Oxford University Press, Oxford) 1996
- 33 vamv NRW (Verband alleinerziehender Mütter und Väter Landesverband NRW e.V.):
Alleinerziehende Mütter und Väter mit behinderten Kindern - Wie sie leben - wie sie
kämpfen - was sie fordern; Informationsschrift Januar 1997
vamv, Juliusstr. 13, 45128 Essen
- 34 Ibrahim Warde: El proyecto de "tasa Tobin", Le Monde Diplomatique
(Spanische Ausgabe), Februar 1997
- 35 Carl Friedrich von Weizsäcker: Der bedrohte Friede - heute (Carl Hanser Verlag) 1994,
siehe Seite 141: Gehen wir einer asketischen Weltkultur entgegen?
(zuerst veröffentlicht in DEUTLICHKEIT, München 1978)
- 36 Daniel Yergin, Joseph Stanislaw: The commanding heights
(Simon & Schuster) 1998